

# Rundbrief 3|4

AG Rechtsextremismus/Antifaschismus beim Bundesvorstand der Partei DIE LINKE

2012

30. Januar 1933 – 80 Jahre danach



**DIE LINKE.**



# INHALT

EDITORIAL . . . . .	3
Matthias Höhn, MdL	

## 30. JANUAR 1933 – 80 JAHRE DANACH

<b>Das deutsche Großkapital, der Keppler-Kreis und die NSDAP. Eine unentbehrliche Vorgeschichte des 30. Januar 1933 . . . . .</b>	<b>4</b>
Reiner Zilkenat	

<b>Die verkannte Niederlage. Das Dilemma des deutschen Kommunismus 1933 . . . . .</b>	<b>25</b>
Klaus Kinner	

<b>Ein Zeitungsartikel vom 26. Januar 1933 – und ein Kommentar 80 Jahre später . . . . .</b>	<b>32</b>
Karl Sachse	

<b>»Vorstoß zum Sozialismus«? Die wirtschafts- und gesellschafts- politischen Pläne der SPD im Sommer 1932 . . . . .</b>	<b>34</b>
Reiner Zilkenat	

<b>»Hitler Reichskanzler – Heraus zum Generalstreik!« . . . . .</b>	<b>41</b>
Günter Wehner	

<b>130 Jahre Georgi Dimitroff – Zur Erinnerung an den Reichstagsbrandprozess . . . . .</b>	<b>44</b>
Ulrich Schneider	

<b>In der deutsche Zange! Vor 80 Jahren entstand eine Konzeption für die Unterwerfung der Balkanländer mit wirtschaftlichen Mitteln . . . .</b>	<b>47</b>
Martin Seckendorf	

<b>»Lebhafte Heilrufe« – Die Gründung des Reichseinheitsverbandes des Deutschen Bewachungsgewerbes e.V. 1933 . . . . .</b>	<b>53</b>
Stephan Jagielka	

<b>Kapitalisierte Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Reflexionen angesichts des Buches »Von Arisierung bis Zwangsarbeit« . . . . .</b>	<b>59</b>
Siegfried Ransch	

<b>Kindheitserfahrungen . . . . .</b>	<b>66</b>
Horst Helas	

<b>April 1933: reichsweiter Boykott und ein gestelltes Foto . . . . .</b>	<b>69</b>
Horst Helas	

## NEUES ZU RECHTSEXTREMISMUS UND ANTIFASCHISMUS

<b>Der Untersuchungsausschuss des Bundestages zum Thema Naziterror</b> . . . . .	71
Gerd Wiegel	

<b>Die völkische und extrem nationalistische Rechte Russlands (Teil 1)</b> . . . . .	75
Karl Heinz Gräfe	

<b>Rassismus und Antiziganismus in Bulgarien</b> . . . . .	83
Sevim Dagdelen MdB	

## ZUR DISKUSSION

<b>Ein Stein des Anstoßes. Der Gedenkstein in Berlin-Friedrichsfelde</b> . . . . .	89
Jürgen Hofmann	

## BERICHTE UND INFORMATIONEN

<b>Praktizierter Verfassungsschutz. Vorschläge zur Auflösung des Inlandsgeheimdienstes</b> . . . . .	94
Jan Korte MdB	

<b>Adam König ist tot</b> . . . . .	103
-------------------------------------	-----

<b>»Das Kartell der Verharmloser«</b> . . . . .	106
Julia Wiedemann	

<b>25 Jahre »Topographie des Terrors«</b> . . . . .	107
Horst Helas	

<b>Anschläge auf Wahlkreisbüros nehmen zu</b> . . . . .	108
Julia Wiedemann	

<b>REZENSIONEN UND ANNOTATIONEN</b> . . . . .	109
---	-----



## EDITORIAL

# Erinnern, um zu widerstehen!

Liebe Leserinnen und Leser, am 30. Januar des kommenden Jahres jährt sich die Machtübernahme der Nazis zum achtzigsten Male. Unmittelbar nach dem 30. Januar 1933 folgten die Entdemokratisierung Deutschlands, die Gleichschaltung und die Verfolgung und Ermordung politischer Gegner. Antisemitismus wurde zur Staatsräson.

Für den »Rundbrief« ist dieser Jahrestag Anlass, die Zusammenhänge und Hintergründe von 1933 zu reflektieren und zugleich den heutigen Umgang mit der NS-Vergangenheit in Deutschland kritisch unter die Lupe zu nehmen. Abschließend wollen wir einen Bogen zur Gegenwart schlagen. Er zeigt, wie wichtig die Erinnerung an das Jahr 1933 ist, um zu verstehen, was Neofaschismus und Rechtsextremismus bis hin zur Mordserie des NSU für die Gesellschaft bedeuten.

30. Januar 1933: Noch am selben Tag rief die KPD Württemberg zum Generalstreik auf: »Massenstreik! Hitler Reichskanzler! Wir sind bereit, Schulter an Schulter im engsten Klassenbündnis den drohenden Schlag des Faschismus durch den kühnen Gegenschlag mit der Waffe des Massenstreiks zu beantworten!« Auf den Aufruf zum Generalstreik geht Günter Wehner in seinem Beitrag in diesem »Rundbrief« ein. Die Hoffnung auf den Aufstand erfüllte sich leider nicht.

Die Reichstagsbrand-Notverordnung vom 28. Februar 1933 bildete den gesetzlichen Rahmen zur Verfolgung politischer Gegner. Ulrich Schneider erinnert in seinem Beitrag an den Reichstagsbrandprozess und Georgi Dimitroff, dem eine Schlüsselrolle in diesem Prozess zugesprochen war. Die Diskussion um diesen Prozess, um Täter, Anstifter und Nutznießer hält bis heute an – und ist Beispiel dafür, wie Geschichte gemacht wird.

Im Beitrag des »Rundbrief«-Redakteurs Reiner Zilkenat zum deutschen Großkapital werden der Keppler-Kreis und seine Bedeutung für den Aufstieg Hitlers näher beleuchtet. Wilhelm Keppler, mittelständischer Unternehmer und Mitglied der NSDAP, unterstützte Hitler mit Kontakten in die Wirtschaft. Zu den Mitgliedern des Keppler-Kreises zählten einflussreiche Repräsentanten der Industrie- und Bankenwelt. Mit deren Hilfe sollten die wirtschaftspolitischen Forderungen der NSDAP und des Großkapitals in Einklang gebracht werden.

Wie sah die Situation der Opposition gegen Hitler 1933 in Deutschland aus? Klaus Kinner betrachtet die Lage der KPD 1933, Reiner Zilkenat geht auf die wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Pläne der SPD im Sommer 1932 ein.

Der Blick in die Vergangenheit und auf die kollektive Verantwortung bringt uns zurück zu den aktuellen Auseinandersetzungen. Unter der Rubrik »Aktuelles« erscheinen zwei Beiträge,

die einen Blick in andere Teile Europas werfen. Sevim Dagdelen berichtet über Rassismus und Antiziganismus in Bulgarien. Karl Heinz Gräfe befasst sich mit der völkischen und nationalistischen Rechten in Russland. Zur Situation in Deutschland stellt Gerd Wiegel die neuesten Erkenntnisse aus dem NSU-Untersuchungsausschuss vor, und Jan Korte bespricht das aktuelle Buch von Claus Leggewie und Horst Meier, in dem sie für eine Abschaffung des Verfassungsschutzes plädieren.

Über die publizistische Arbeit hinaus werden wir mit einer Veranstaltung an den Beginn des dunkelsten Kapitels deutscher und europäischer Geschichte erinnern. Am 30. Januar 2013 im Kino »Babylon« in Berlin-Mitte wollen wir »Erinnern, um zu widerstehen«. Wir sagen, dieses Thema gehört in den Blickpunkt gesellschaftlicher Debatten. Unser Anspruch ist es, gesellschaftlich zu sensibilisieren und Widerstand zu wecken: gegen Neofaschismus, Antisemitismus und Rassismus, aber auch gegen unglaubliches Behördenversagen im Zusammenhang mit der Mordserie der NSU.

**Matthias Höhn,**

Bundesgeschäftsführer der Partei »DIE LINKE«

### Redaktionelle Anmerkung:

Viele der in diesem Heft abgedruckten zeitgenössischen Fotos und Flugblätter drucken wir mit der Genehmigung des Karl Dietz Verlages ab, wofür wir Dr. Jörn Schütrumpf herzlich danken (S. 22, 25, 58, 63, 67, 82, 93, 104 f., 111). Für das Recht, die beiden Fotos auf den Seiten 68 und 70 publizieren zu dürfen, danken wir dem Landesarchiv Berlin (Fotoabteilung, F Rep. 290, II 6939 u. II 6755). Hinweise auf mehrere der hier wiedergegebenen Zeitungsartikel und Flugschriften (S. 129–131) erhielten wir von Peter Klaar (Berlin-Neukölln). Mehrere Reproduktionen aus amtlichem Schriftgut entstammen dem damaligen Staatsarchiv Potsdam (S. 65, 112, 136 ff.), das vor längerer Zeit aufgelöst worden ist. Wir sind außerstande zu sagen, wo sich die entsprechenden Akten mittlerweile befinden. Die Kopien wurden bereits 1990/1991 angefertigt.

Aus dem Bundesarchiv Berlin stammen die Schriftstücke auf den folgenden Seiten: BAarch, R 8048/411, Bl. 42 (S. 6); BAarch, R 72/73, Bl. 56 (S. 15); BAarch, R 8051/7, Bl. 30 u. RS (S. 30 f.); BAarch, R 8005/48, Bl. 240 (S. 64); BAarch, R 72/174, Bl. 167 f. (S. 114 f.); BAarch, R 1501/126130, Bl. 31 f.

30. JANUAR 1933 – 80 JAHRE DANACH

## **Das deutsche Großkapital, der Keppler – Kreis und die NSDAP: Eine unentbehrliche Vorgeschichte des 30. Januar 1933**

Die Legenden-Bildungen zu den Ursachen der Machtübergabe an die NSDAP begannen bereits am 30. Januar 1933. Die deutschen Faschisten selbst sprachen von »nationaler Revolution« und »Machtübernahme«; sie proklamierten die Schaffung einer klassenübergreifenden »Volksgemeinschaft«. Bürgerliche Autoren haben diese terminologischen Verschleierrungs-Manöver der Nazis übernommen, zu denen auch die Selbstbezeichnung der deutschen Faschisten als »Nationalsozialisten« gehört. Sie sind hierzulande Allgemeingut in den Schulbüchern und den herrschenden Medien sowie in den am meisten verbreiteten Darstellungen zur Geschichte des Faschismus. Allerdings: Zeigen nicht auch linke Autorinnen und Autoren, einschließlich des Autors dieser Zeilen, gelegentlich manche Unbefangenheit beim Gebrauch von Begriffen, die von den deutschen Faschisten absichtsvoll zur Tarnung ihrer politischen Ziele und zur Irreführung des Publikums konstruiert worden waren?

Derartige Praktiken dienen seit mittlerweile achtzig Jahren einem einzigen Ziel: Ein genetischer Zusammenhang zwischen der Entstehung und dem Wachstum der Nazi-Bewegung einerseits und der herrschenden bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsordnung andererseits sowie die aktive Unterstützung der Faschisten durch einflussreiche Kreise des Großkapitals dürfen um keinen Preis in das Geschichtsbewusstsein breiter Bevölkerungskreise eindringen; sie müssen auch im akademischen Betrieb unerwünschte, ja beschwiegene Themen bleiben. Die berühmte Formulierung Max Horkheimers: »Wer vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen«<sup>1</sup>, sei durch empirische Forschung gegenstandslos geworden, so heißt es in einer weit verbreiteten »Geschichte des Nationalsozialismus«, gedacht für den akademischen Unterricht.<sup>2</sup>

Die politischen Motive derartiger Geschichtsmanipulationen hat einst der US-amerikanische Historiker Henry A. Turner mit folgenden Worten definiert: »Entspricht die weit verbreitete Ansicht, dass der Faschismus ein Produkt des modernen Kapitalismus ist, den Tatsachen, dann ist dieses System kaum zu verteidigen. Ist diese Meinung jedoch falsch, dann ist es auch die Voraussetzung, auf der die Einstellung vieler Menschen zur kapitalistischen Wirtschaftsordnung beruht. Die Frage gehört zu denen, über die eine Einigung geboten ist, wenn die Menschheit zu einem friedlicheren Neben- und Miteinanderleben kommen soll.«<sup>3</sup>

Am Vorabend des 80. Jahrestages der Machtübergabe an die deutschen Faschisten ist es deshalb von immenser politischer Relevanz, den Schleier des Geheimnisses zu lüften, der über den 30. Januar 1933 und seine Vorgeschichte gestülpt worden ist.

### **Hitler und die NSDAP – Lange Zeit kein Thema für das Großkapital?**

Schon lange, bevor die NSDAP eine wähler- und mitgliederstarke Partei wurde, galten ihr und ihrem selbst ernannten »Führer« Adolf Hitler das Interesse einflussreicher Herren aus den Vorstandsetagen deutscher Monopole.<sup>4</sup> Hinter verschlossenen Türen wurde Hitler immer wieder die Gelegenheit geboten, seine politischen Ansichten und Ziele unverblümt auszuplaudern – ohne die lästige Rücksichtnahme auf die ansonsten in der Öffentlichkeit verkündeten Phrasen über einen angeblich angestrebten »nationalen Sozialismus«. Meilensteine derartiger Auftritte bildeten seine Rede vor dem renommierten »Hamburger Nationalklub von 1919« am 28. Februar 1926 und mehrere Ansprachen vor Großkapitalisten und Managern an Rhein und Ruhr im gleichen und im darauf folgenden Jahr.<sup>5</sup>

Hier bejubelten die anwesenden Herrschaften regelmäßig die von Hitler artikulierten politischen Auffassungen, bei denen es im Kern stets um die Notwendigkeit einer Vernichtung der Organisationen der Arbeiterbewegung, die Zerstörung der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie und um die zielstrebige politische, ideologische und materielle Vorbereitung eines zweiten »Griffs nach der Weltmacht« durch den deutschen Imperialismus ging.

In einem Brief vom 30. März 1927 an Walter Hewel, Teilnehmer des gescheiterten »Hitler-Ludendorff-Putsches« am 9. November 1923 in München, schildert Rudolf Hess, der Sekretär Hitlers und später sein Stellvertreter innerhalb der NSDAP, welche Wirkung der Nazi-»Führer« bei den Zuhörern im Ruhrgebiet erzielen konnte: »Wie in Hamburg, so war auch hier die Stimmung erst ziemlich kühl, ablehnend, teils saß man mit spöttischem Lächeln dem Volkstribunen gegenüber. Ich hatte große Freude daran, beobachten zu können, wie sich die Herren allmählich umstellten, wobei man ihnen ihr innerliches Sträuben anmerkte. Zum Schluss wurde geklatscht, wie diese Herren wohl selten klatschten.«<sup>6</sup> Wiederum an He-

wel adressiert, heißt es rückblickend in einem Schreiben vom 8. Dezember 1928: »Jedes Mal sprach er (Hitler – R.Z.) auch in Essen vor einem geladenen Kreis von Wirtschaftlern, Wissenschaftlern usw. in einer denen gemäßen Weise. Immer größere Säle mussten auch für diese Veranstaltungen genommen werden. Zum Schluss nahmen die Spitzen der Wirtschaft teil ... Stets restlose Zustimmung, und ein Beifall, wie man ihn bei diesen Kreisen nicht gewohnt ist.«<sup>7</sup>

**Aus Hitlers Rede am 28. Februar 1926 vor dem »Hamburger Nationalklub von 1919«:**

**»Die Aufgabe meiner Bewegung ist sehr eng umschrieben: die Zertrümmerung und Vernichtung der marxistischen Weltanschauung. Ich muss eins herausgreifen: die Zertrümmerung und Vernichtung, das ist etwas wesentlich anderes als das, was die bürgerlichen Parteien als Ziel vor den Augen haben. Den bürgerlichen Parteien schwebt als Ziel nicht die Vernichtung vor, sondern nur ein Wahlsieg. (...) Das wäre anders, wenn man prinzipiell kämpfen sollte. Einer bleibt dann am Boden liegen, entweder der Marxismus rottet uns aus oder wir rotten ihn aus bis zur letzten Spur. Diese Formel würde naturgemäß eines Tages eine Macht bringen, die allein regiert, so, wie in Italien heute eine Weltanschauung, eine Macht regiert, die den anderen rücksichtslos das Genick zermalmt und zerbricht und kein Hehl daraus macht, dass der Kampf erst an dem Tag beendet ist, an dem der andere restlos erledigt ist ... (...) Wenn man begriffen hat, dass die Schicksalsfrage darin besteht, dass der Marxismus gebrochen wird, dann muss auch jedes Mittel recht sein, das zum Erfolg führen kann. Das ist das erste: eine Bewegung, die das durchführen will, muss sich an die breite Masse wenden, an die Masse, mit der der Marxismus selbst kämpft. Eine solche Bewegung kann sich nur an die Mannesfaust wenden, die weiß, man kann Gift nur durch Gegengift brechen. (...) So muss eine Bewegung, ... die zum Kampf ausholen will, sich selbst der Masse bedienen ... Diese breite, sture Masse, die vernarrt, verbohrt, für den Marxismus kämpft, ist die einzige Waffe für die Bewegung, die den Marxismus brechen will. Mit nichts anderem würden wir dieser Weltpest Herr werden. (...) Wenn eine Bewegung aber an die breite Masse appellieren will, ... tritt das große Recht in Erscheinung, dass dann jedes Mittel zu verantworten ist, das zum Ziele führt. (Bravo!)«**

Werner Jochmann: Im Kampf um die Macht. Hitlers Rede vor dem Hamburger Nationalklub von 1919, Frankfurt a.M. 1960, S. 102 f., 104, 106. Hervorhebungen von mir – R.Z. Auch in: Hitler. Reden – Schriften – Anordnungen. Februar 1925 bis Januar 1933, Bd. I, hrsg. und kommentiert v. Clemens Vollnhals, München u. a. 1992, S. 318 f., 319 f., 320, 321.

Die von Hitler in seinen Reden propagierten Anschauungen – sie waren weitgehend identisch mit den Grundelementen seiner Ansprache vor dem »Hamburger Nationalklub« – waren durchaus kompatibel mit nicht wenigen Vorstellungen einflussreicher Exponenten des Monopolkapitals, aber auch mit grundsätzlichen Zielstellungen ihrer beiden wichtigsten Interessenverbände, des Reichsverbandes der Deutschen Industrie (RDI) und der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, die in entsprechenden Denkschriften wie auch in nicht-öffentlichen Erklärungen gegenüber den Reichsregierungen<sup>8</sup> abgegeben worden waren. Dabei war die im Dezember 1929 vom RDI publizierte programmatische Denkschrift mit dem dramatisch klingenden Titel »Aufstieg oder Niedergang?« von herausragender Bedeutung.<sup>9</sup> Die hier vorgeschlagenen Maßnahmen eines rigiden Sozialabbaus bei gleichzeitiger drastischer Senkung der Steuern und Abgaben für die Unternehmen, wobei die Gewerbesteuer vollständig abgeschafft werden sollte, sowie die mit dem Begriff einer »Verwaltungsvereinfachung« propagierten Maßnahmen eines nachhaltigen Demokratieabbaus, konnten letztlich nur mit Hilfe eines autoritären Regimes und nach der politischen Ausschaltung der Gewerkschaften und Arbeiterparteien durchgesetzt werden.<sup>10</sup> Derartige Vorschläge bestätigten:

Das Verhältnis der deutschen Monopolbourgeoisie zur Weimarer Republik war vornehmlich taktischer Natur. Die in der Novemberrevolution und danach von der Arbeiterklasse erkämpften politischen und sozialen Errungenschaften wurden von ihnen nur solange anerkannt, wie sie dazu beitrugen, in der Zeit der revolutionären Nachkriegskrise die kapitalistischen Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse stabilisieren zu helfen. So schnell als möglich wollten sie z. B. den Acht-Stunden-Arbeitstag, die Anerkennung der Gewerkschaften als gleichberechtigte Tarifpartner, den Rechtsanspruch auf Arbeitslosengeld für Erwerbslose, die Möglichkeiten des Staates, als Schlichter in ergebnislos geführte Tarifverhandlungen einzugreifen (»Zwangsschlichtung«), die Ausbreitung des kommunalen Wohnungsbaus, die Etablierung eines öffentlichen Sektors in der Volkswirtschaft und das Betriebsrätegesetz wieder außer Kraft setzen, mithin das gesamte System der staatlichen Sozialpolitik bis zur Unkenntlichkeit reduzieren.<sup>11</sup> Vor allem: Sollte endlich der Zeitpunkt herangereift sein, um den im eigenen Kontor praktizierten »Herr-im-Hause«-Standpunkt kompromisslos auf den Staat übertragen zu können, so galt es, zielgerichtet zu handeln. Als politischer Bündnispartner spielte die faschistische Partei mangels Massenanhang dabei zunächst nur eine untergeordnete Rolle.

Doch seit dem 14. September 1930, nachdem bei den Wahlen zum Reichstag die zuvor unbedeutende NSDAP zur zweitstärksten Partei nach der SPD avanciert war<sup>12</sup>, und angesichts einer sich verschärfenden ökonomischen und gesellschaftlichen Krisis bisher nicht gekannten Ausmaßes, wurde für die Vertreter des Großkapitals die Frage akut: »Wie halten wir's mit der NSDAP?«

3. APR. 1917

Mainz, den 31. März 1917.

48

An die  
Mitglieder des geschäftsführenden Ausschusses  
und die Ortsgruppen-Vorsitzenden  
des Alldeutschen Verbandes!

18

Am Ostersonntag, den 8. April, begeht das Mitglied  
unserer Hauptleitung

Herr Geheimrat Dr. ing. e. h. Emil Kirdorf  
(zurzeit Düsseldorf, Parkhotel)

seinen 70. Geburtstag.

Dieser führende Mann der deutschen Großindustrie ist  
zugleich ein Vaterlandsfreund von außerordentlichen Ver-  
diensten – uns Alldeutschen ist er der stets hilfsbereite Freund  
und Förderer unserer Sache gewesen.

Ich möchte daher empfehlen, daß die Gesinnungsgenossen  
dem ausgezeichneten Manne und stolzen Bürger zum 70. Ge-  
burtstag eine Begrüßung zukommen lassen.

Mit deutschem Grusse!

H. Claß.

## Emil Kirdorf als Protektor der NSDAP

Allerdings ist dabei zu beachten, dass es, »bevor die Nationalsozialisten an die Macht kamen, für die Wirtschaft nicht opportun war, enge Beziehungen zu ihnen in aller Offenheit zu pflegen. Nur ein paar Einzelgänger wie Fritz Thyssen und Emil Kirdorf machten sich nichts daraus, sich öffentlich mit der NSDAP zu identifizieren.«<sup>13</sup>

Tatsächlich gehörten die beiden genannten Exponenten der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie zu den Nazi-Propagandisten der ersten Stunde.<sup>14</sup>

Der 1847 geborene Kirdorf galt als der »große, alte Mann« an Rhein und Ruhr.<sup>15</sup> Von 1893 bis 1926 amtierte er als Generaldirektor des größten Bergbau-Unternehmens in Deutschland, der Gelsenkirchener Bergwerks-AG; bis 1927 gehörte er überdies dem Vorstand der Siemens-und-Halske-Werke an. Bereits in der wilhelminischen Ära unterstützte er mit großem finanziellem Aufwand verschiedene reaktionäre Organisationen und Publikationsorgane, vor allem den Alldeutschen Verband.<sup>16</sup> Dessen »Bamberger Erklärung« vom Januar 1919, in der die Verantwortung Kaiser Wilhelms II., der militärischen, politischen und wirtschaftlichen Eliten des Deutschen Reiches an der Entfesselung des Ersten Weltkrieges sowie an der erlittenen Niederlage vehement geleugnet und eine offene Kampfansage an die in der Novemberrevolution wirkenden sozialistischen und anderen demokratischen Kräfte formuliert worden war, hatte er als Mitglied der fünfköpfigen Hauptleitung des Verbandes mit unterzeichnet.<sup>17</sup>

Auch in den Jahren seines Ruhestandes genoss Kirdorf große Autorität und behielt beträchtlichen Einfluss unter den Monopolherren der Schwerindustrie. Im Juli 1927 schloss er sich im Ergebnis eines viereinhalbstündigen Gesprächs mit Hitler der NSDAP an (Mitglieds-Nummer 71032)<sup>18</sup> und spendierte der faschistischen Partei als »Eintrittsgebühr« 100.000 Mark. Noch im gleichen Monat organisierte Kirdorf in seinem Haus ein exklusives Treffen Hitlers mit anderen führenden Industriellen. Bereits ein Jahr später verließ er jedoch wieder die NSDAP. Für bürgerliche Historiker wird dies stets als Beleg für seine schnell vollzogene »Entfremdung« von der Nazipartei angeführt, geradezu paradigmatisch für das Verhältnis Großindustrieller zur NSDAP.<sup>19</sup> Die Fakten vermitteln jedoch ein anderes Bild, denn die Motive für seinen Parteiaustritt waren keineswegs grundsätzlicher Natur.

In einer persönlichen Stellungnahme über seine Beziehungen zur Nazipartei formulierte er, dass die NSDAP »im Revier eine Richtung einschlug, gegen die ich mich wenden musste«. Für Hitler empfinde er jedoch weiterhin »warme Freundschaft und Hochschätzung«<sup>20</sup>. Warum ist es wichtig, an diese Episode zu erinnern? Zum einen bezog sich das, was hier als die »Richtung« der NSDAP »im Revier« umschrieben wird, auf die in der Parteipropaganda stark akzentuierte antikapitalistische Phraseologie, die besonders dem Ziel diente, den

beiden Arbeiterparteien möglichst viele Anhänger und Wähler abspenstig zu machen. Die NSDAP im Ruhrgebiet hatte durch entsprechende propagandistische Aktivitäten, die Hitler in ihrer zugespitzten Form nicht billigte und die schließlich zu einer personellen und organisatorischen Neustrukturierung der Parteiarbeit an Rhein und Ruhr geführt hatte<sup>21</sup>, tiefes Misstrauen, ja offene Ablehnung bei den Herren der Schwerindustrie verursacht. Vor allem die Publikation von »14 Thesen der Deutschen Revolution« im Juli 1929 sorgte für großes Aufsehen. Die 8. These formulierte, man verwerfe »individuelle Wirtschaftssysteme des Kapitalismus, dessen Sturz die Voraussetzung zum Gelingen der Deutschen Revolution ist.«<sup>22</sup>

Kirdorf und andere Industrielle befürchteten, dass hier eine Büchse der Pandora geöffnet wurde. Niemand konnte sich dafür verbürgen, dass diese lauthals postulierten Ziele eines Kampfes gegen »den« Kapitalismus sich nicht nur gegen das »raffende jüdische Kapital« und die »Plutokraten«, sondern am Ende gegen sie selbst, das »schaffende deutsche Kapital«, wie es in der faschistischen Terminologie hieß, richten könnten.

Kirdorf blieb der NSDAP allerdings eng verbunden, auch wenn er jetzt innerhalb der vom Medien-Mogul Alfred Hugenberg geführten Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) agierte. So war er u. a. Gast auf dem Parteitag der NSDAP im August 1929 in Nürnberg, wo Hitler ihn persönlich bat, auf der Ehrentribüne Platz zu nehmen, spendierte den Nazis weiterhin bedeutende Summen aus eigener Tasche, vermittelte Hitler streng vertrauliche Treffen mit anderen Großindustriellen von Rhein und Ruhr und wurde folgerichtig im »Dritten Reich« der Faschisten mit dem Goldenen Parteiabzeichen sowie der Anwesenheit von Hitler und Goebbels bei den Feierlichkeiten zu seinem 90. Geburtstag im April 1937 geehrt.

## Fritz Thyssen – »Der gewaltigste unter den Machthabern des Ruhrgebietes« als Finanzier der NSDAP

Fritz Thyssen zählte wie Kirdorf zu den mächtigsten Exponenten der Schwerindustrie an Rhein und Ruhr. Er sei »als Vorsitzender des Aufsichtsrates der Vereinigten Stahlwerke AG mit einem Aktienkapital von 800 Millionen Mark der gewaltigste und auch der schärfste unter den Machthabern des Ruhrgebietes«<sup>23</sup>, urteilte der sozialdemokratische »Vorwärts«. Alles sprach für die Richtigkeit dieser Annahme.

Seit der Bildung der Vereinigten Stahlwerke AG im Jahre 1926, des größten schwerindustriellen Konzerns in Europa und des zweitgrößten weltweit, amtierte er als Vorsitzender des Aufsichtsrates. Daneben war er stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der zum Flick-Konzern gehörenden Mitteldeutschen Stahlwerke AG. Weitere Aufsichtsratsmandate nahm er z. B. bei der Gelsenkirchener Bergwerks AG, den Siemens-Schuckert-Werken, bei den Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerken (RWE), bei der Bremer Vulcan

Schiffbau- und Maschinenfabrik und bei der Ufa wahr. Außerdem war er Mitglied des Zentralausschusses der Deutschen Reichsbank sowie des Präsidiums des RDI und der »Ruhrlande«. Dabei handelte es sich um einen im Januar 1928 gegründeten, im Verborgenen wirkenden Kreis von wenigen Großindustriellen des Ruhrgebietes, die für bürgerliche Parteien, einschließlich der NSDAP, finanzielle Mittel für die Organisation von Wahlkämpfen, aber auch für die Herausgabe von »industriefreundlichen« Zeitungen, darunter die renommierte »Deutsche Allgemeine Zeitung«, bereit stellten.<sup>24</sup> Offenbar wurden hier auch die Vorgehensweisen bei Tarifaufinandersetzungen in der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie koordiniert.<sup>25</sup>

Thyssen hatte bereits 1923, im Jahr des Hitler-Ludendorff-Putsches in München, die Bekanntschaft Hitlers gemacht und ihm im Mai 1930 100.000 Mark zur Verfügung gestellt. Damit wurde der Ankauf einer repräsentativen Immobilie in München ermöglicht, um hier das »Braune Haus« als Parteizentrale der Nazi-Partei einzurichten. Nach den Tagebuch-Aufzeichnungen von Otto Wagener, einem Wirtschaftsberater und engem Vertrauten Hitlers, war Thyssen überdies »der Hauptfinanzier Görings«.<sup>26</sup> Die entsprechenden finanziellen Transaktionen spielten sich offensichtlich recht unspektakulär ab. Einmal erhielt Göring von Thyssen Bargeld im Restaurant eines seiner Hüttenwerke ausgehändigt, ein anderes Mal entnahm der spätere »Reichsmarschall« mit Hilfe eines Zweitschlüssels eine größere Summe aus einem Bankschließfach des Ruhrmagnaten.<sup>27</sup> Thyssen pflegte »forsch« aufzutreten und aus seinen extrem reaktionären Überzeugungen kein Geheimnis zu machen.<sup>28</sup> Großes Aufsehen erregte Thyssen, als er am 27. November 1930 bei einer Tagung des Hauptausschusses des RDI den anwesenden Reichskanzler Heinrich Brüning (Zentrum) frontal angriff. Der sensationelle Wahlerfolg der NSDAP lag erst zwei Monate zurück: »Die politische Führung, die wir bisher hatten, war keine glückliche. Man kann sich nicht wundern, wenn angesichts dieser Tatsache eine Bewegung im Reiche entsteht, wie sie sich bei den letzten Wahlen gezeigt hat. Ich möchte nur wünschen, Herr Reichskanzler, dass es Ihnen gelingt, die Bewegung aller nationalen Kreise hinter sich zu ziehen; denn ich glaube, dass erst dann Sie vollen Erfolg mit Ihren Absichten haben werden.«<sup>29</sup>

Neben ablehnendem »Zischen« vermerkt das Protokoll auch Beifall für diese Ausführungen Thyssens, die eine unverzügliche Regierungsbeteiligung der NSDAP beinhalteten. Doch die Zeit schien dafür noch nicht reif zu sein. Denn der RDI und viele Großindustrielle unterstützten zu jener Zeit noch Heinrich Brüning, der mit Hilfe von Notverordnungen des Reichspräsidenten gemäß Artikel 48 der Weimarer Reichsverfassung regierte und insgeheim anstrebte, die Monarchie mit einem der Enkel Wilhelms II. als neuem »Deutschen Kaiser« wieder einzuführen.<sup>30</sup> Er schien in der Phase der sich zuspitzenden ökonomischen Krise der geeignete Mann zu sein,

um die Teilhabe des Parlamentes, der Parteien und Gewerkschaften am politischen Entscheidungsprozess entscheidend zurückzudrängen und den Weg in ein autoritäres Regime zu öffnen.

### **Wirtschaftspolitische Dissonanzen**

Die Zeit arbeitete jedoch für die NSDAP. Denn der Wahlerfolg der Faschisten bei den Reichstagswahlen am 14. September 1930 blieb keine Ausnahme. Im Gegenteil: Die Nazis erzielten bei den Landtags- und Kommunalwahlen seit 1929/1930 herausragende Ergebnisse, so dass sie mittlerweile in Thüringen (Januar 1930 bis April 1931) und Braunschweig (September 1931 bis Januar 1933) Regierungsverantwortung trugen. Zugleich wurde die NSDAP zu einer mitgliederstarken Massenpartei. Ihre paramilitärischen »Sturmabteilungen« (SA) wuchsen zu einer wahren Bürgerkriegsarmee heran, die vor allem die Arbeiterorganisationen mit gewaltsamen Aktionen provozierte. In den proletarischen Quartieren der Großstädte, nicht zuletzt in Berlin, wo Gauleiter Goebbels öffentlich das Ziel proklamiert hatte, »der Reichshauptstadt den Charakter einer roten Metropole zu nehmen«<sup>31</sup>, entfachten sie den blutig betriebenen »Kampf um die Straße«.<sup>32</sup> Anders gesagt: Die SA demonstrierte mit ihren gewalttätigen, vor Morden nicht zurückschreckenden Aktionen, dass Hitler es durchaus ernst gemeint hatte, als er in seiner oben zitierten Rede im »Hamburger Nationalklub« davon gesprochen hatte, »den Marxismus bis zur letzten Spur auszurotten«.

Spätestens seit den Reichstagswahlen vom 14. September 1930 und den sich daran anschließenden weiteren Wahlerfolgen sowie dem sich steigerndem Zustrom zu den unterschiedlichen Gliederungen der Nazi-Bewegung wurde unübersehbar, dass es sich bei der NSDAP und ihren »Vorfeldorganisationen« nicht um kurzlebige Phänomene handelte. Die Haltung großindustrieller Kreise zur faschistischen Partei bedurfte somit – wie schon gesagt – dringend einer Klärung. Dabei existierten vornehmlich drei bedeutsame Probleme.

### **»Die Sozialisten verlassen die NSDAP!« (Otto Strasser)**

**Erstes Problem:** Für Irritationen sorgte die bereits oben angesprochene antikapitalistische Propaganda der faschistischen Partei. Innerhalb der NSDAP wurden relevante Teile der SA, vor allem aber die Gebrüder Otto und Gregor Strasser, als Exponenten derartiger Stimmungen, als Anführer eines so genannten linken Flügels der Partei identifiziert.<sup>33</sup> Otto Strasser hatte allerdings bereits im Juli 1930 mit der Parole »Die Sozialisten verlassen die NSDAP« der Partei den Rücken gekehrt<sup>34</sup> und die »Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten« gegründet, die aber keinerlei relevanten politischen Einfluss gewinnen konnte.<sup>35</sup> Sein Bruder Gregor, der für das vom Reichswehrminister bzw. Reichskanzler Kurt

von Schleicher Ende 1932 avisierte »Querfront«-Bündnis<sup>36</sup>, bestehend aus der Reichswehr, den Führungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) und der Christlichen Gewerkschaften sowie dem »linken Flügel« der NSDAP, vielleicht angereichert durch das katholische Zentrum und die fast zur Bedeutungslosigkeit herabgesunkene Deutsche Volkspartei, große Sympathien entwickelt hatte, blieb jedoch Mitglied der faschistischen Partei. Als »Reichsorganisationsleiter« der NSDAP und wirtschaftspolitischer Sprecher im Reichstag war er einer ihrer einflussreichsten Funktionäre. Mehrfach trat er öffentlich für groß angelegte, vom Staat finanzierte Arbeitsbeschaffungs-Programme zur Überwindung der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise ein.<sup>37</sup> Die Nähe zu zeitgleich entwickelten Vorstellungen des ADGB war unübersehbar und von Strasser bewusst thematisiert worden.<sup>38</sup>

**Aus der Rede von Gregor Strasser (NSDAP)  
im Reichstag am 10. Mai 1932:**

»Wenn der Verteilungsapparat des weltwirtschaftlichen Systems von heute es nicht versteht, den Ertragsreichtum der Natur richtig zu verteilen, dann ist dieses System falsch und muss geändert werden um des Volkes wegen. Das Volk protestiert gegen eine Wirtschaftsordnung, **die nur in Geld, Profit, Dividende denkt, und die vergessen hat, in Arbeit und Leistung zu denken. Interessant und wertvoll an dieser Entwicklung ist die große antikapitalistische Sehnsucht ..., die durch unser Volk geht, die heute vielleicht schon 95 Prozent bewusst und unbewusst erfasst hat.** Diese antikapitalistische Sehnsucht ist nicht im Geringsten eine Ablehnung des aus Arbeit und Sparsinn entstandenen sittlich berechtigten Eigentums. **Sie hat insbesondere nichts zu tun mit den sinnlosen und destruktiven Tendenzen der Internationale.** Sie ist vielmehr der **Protest des Volkes gegen eine entartete Wirtschaft**, und sie verlangt vom Staat, dass er, um das eigene Lebensrecht zu sichern, mit den Dämonen Gold, Weltwirtschaft, Materialismus, mit dem Denken in Ausfuhrstatistik ... bricht und ehrliches Auskommen für ehrlich geleistete Arbeit wiederherzustellen in der Lage ist. (Lebhafte Zustimmung bei den Nationalsozialisten.)

**Diese große antikapitalistische Sehnsucht ist ein Beweis dafür, dass wir vor einer ganz großen, vor einer grandiosen Zeitenwende stehen: die Überwindung des Liberalismus und das Aufkommen eines neuen Denkens und einer neuen Einstellung zum Staat. (...)**«

Verhandlungen des Reichstags, Band 446, 62. Sitzung, 10. Mai 1932, S. 2511.

**Aus der Entgegnung von Rudolf Hilferding (SPD)  
am 11. Mai 1932:**

»Meine Herren Nationalsozialisten, ich habe die Empfindung: wenn Sie so sehr gegen den Liberalismus losziehen, so handelt es sich bei Ihnen nicht um das, worum es sich bei uns handelt. **Wir sind Feinde des ökonomischen Liberalismus, wir wollen dieses System der kapitalistischen Konkurrenzwirtschaft beseitigen; aber wir sind keine Feinde dessen, was seinerzeit der Liberalismus in der Glanzzeit des Bürgertums geistig geschaffen hat. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)** Ich fürchte, wenn Sie gegen den »Liberalismus« sprechen, dann sprechen Sie zugleich gegen die persönliche Freiheit und die persönliche Selbstbestimmung, dann sprechen Sie gegen die Gewissensfreiheit. Wenn Sie gegen den ökonomischen Liberalismus sprechen, dann glauben Sie, zugleich wieder alles das vernichten zu können, was an den geistigen Errungenschaften der Menschheit in den letzten zwei Jahrhunderten wertvoll ist. (...)

**Ich möchte doch einmal fragen, ob die Rede, die Herr Strasser hier in der Öffentlichkeit vor dem deutschen Volke gehalten hat, im Wortlaut oder wenigstens im Sinn mit der übereinstimmt, die Herr Hitler im Industrieklub in Düsseldorf (am 26. Januar 1932 – R.Z.) gehalten hat.** (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ich weiß nicht, was Herr Hitler dort gesagt hat. Aber eines wissen wir. Als Herr Hitler geschlossen hatte, erhob sich Herr Fritz Thyssen, der Sohn eines bedeutenden Vaters und der Erbe eines bedeutenden Vermögens, der Mann, der sich nach den Zuständen vor dem Kriege, die uns von Deutschnationalen so gepriesen werden, zurücksehnt, wo die Gewerkschaften nicht verhandlungsfähig waren, wo jeder Großindustrielle an Ruhr und Rhein Herr im eigenen Hause war, **Herr Thyssen**, der in Amerika Reden hält, dass das ganze deutsche Unglück von der Sozialpolitik, von der Arbeitslosenversicherung, von den Sozialbeiträgen kommt – **das war der Mann, der nach der Rede »Heil Hitler« gerufen hat** (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Deswegen glaube ich: **Zwischen dem, was Herr Strasser öffentlich sagt, und dem, was Herr Hitler im Geheimen den Industriellen sagt, wird der Unterschied ebenso groß sein, wie der Unterschied zwischen einem Lohnarbeiter und Herrn Thyssen, dem Aufsichtsratsvorsitzenden des größten deutschen Montanunternehmens.** (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)«

Verhandlungen des Reichstags, Bd. 446, 63. Sitzung, 11. Mai 1931, S. 2634 f. und 2637 f.

Nach Schleichers Vorstellungen, dessen wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Pläne mit denen Strassers im Wesentlichen kompatibel waren, hätte dieser, nicht Hitler, als Vizekanzler in ein von ihm geführtes Kabinett eintreten können,

dem zugleich prominente Exponenten der Gewerkschaften angehören sollten. Alles das ließ das Misstrauen vieler Großindustrieller in die politische Verlässlichkeit der faschistischen Partei nicht ruhen.

Zwar hatten Adolf Hitler, Hermann Göring, Heinrich Himmler und andere maßgebliche NS-Führer stets glaubhaft versichert, dass sie nicht daran dächten, die kapitalistische Gesellschaftsordnung anzutasten und wirtschaftspolitische Experimente gemeinsam mit General von Schleicher, der Gewerkschaftsführung oder anderen politischen Kräften anzustreben. Die pseudo-sozialistische Demagogie sollte nur dazu dienen, »Eroberungen« innerhalb der Arbeiterklasse und in den verelendeten Kreisen des Mittelstandes zu realisieren. Doch wie sicher konnte man sein, dass sie weiterhin die Richtlinien der Politik innerhalb der NSDAP bestimmen würden? Wer konnte garantieren, dass der bei Partei- und SA-Mitgliedern, aber auch bei manchen führenden Kadern der faschistischen Bewegung subjektiv empfundene Antikapitalismus – so diffus er sich auch immer zu artikulieren pflegte – innerhalb der faschistischen Bewegung nicht eines Tages dominant werden könnte?

### **Exportorientierung, ausländische Kapitalinvestitionen und die Haltung deutscher Konzerne zur NSDAP**

**Zweitens Problem:** Es galt für die Führung der NSDAP, unterschiedliche ökonomische Interessen unter den deutschen Großindustriellen ins Kalkül zu ziehen, die sich auf ihre Abhängigkeit vom Export bezogen, die vor allem bei den Metall- und Elektrokonzernen stark ausgeprägt war. In diesem Zusammenhang ist zu berücksichtigen, dass einige große Konzerne aus diesen Branchen noch in der ersten Phase der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise bedeutende Exporterlöse und Auftragseingänge aus dem Ausland zu realisieren vermochten und dadurch ihre betriebswirtschaftliche Lage zeitweilig stabilisieren konnten. Exemplarisch seien folgende Sachverhalte genannt:

Im gesamten Maschinenbau stieg bei gleichzeitigem Rückgang der wertmäßigen Ausfuhr von 1928 bis 1933 (1,12 zu 0,53 Mrd. Reichsmark) der Anteil des Exports von 30,2 auf 34,6 Prozent. Speziell bei Werkzeugmaschinen wurden 1933 75,9 Prozent der produzierten Erzeugnisse exportiert, bei Textilmaschinen 54,2 und bei Druckmaschinen 47,9 Prozent.<sup>39</sup> Die Bergmann-Elektrizitätswerke sowie Orenstein und Koppel, nach Siemens, AEG und Borsig die größten Werke der Metall- und Elektroindustrie in Berlin, vermeldeten im Frühjahr 1930 eine »Belebung des Auslandsgeschäftes« bzw. eine Erhöhung des Anteils exportierter Erzeugnisse auf 60 Prozent.<sup>40</sup>

Ferner vollzogen sich ausgerechnet im Jahre 1930, dem Jahr des großen Wahlerfolges der NSDAP, noch engere Verflechtungen zwischen großen deutschen Elektrokonzernen und US-amerikanischen Investoren. In Berlin, dem damals wich-

tigsten Standort der Metall- und Elektroindustrie in Europa, kaufte sich die International Telephone and Telegraph Co. (ITT) bei der Telefonfabrik Berliner AG ein<sup>41</sup>, einem renommierten Hersteller von automatisierten Telefonanlagen. Bei der Standard-Elektrizitäts-Gesellschaft konnte ITT siebenzig Prozent des Aktienkapitals von der niederländischen Philipps-Gruppe erwerben.<sup>42</sup> Es kam hinzu, dass für den Siemens-Konzern das Bankhaus Dillon, Read and Co. eine 14-Millionen-Dollar-Anleihe an der New Yorker Börse mit einer Laufzeit von eintausend (in Worten: eintausend) Jahren auflegte, die eine Verzinsung von mindestens sechs Prozent per anno vorsah. Größter Abnehmer dieser Anleihe war interessanter Weise die General Electric Company, der weltweit größte Konkurrent des Hauses Siemens, an deren Spitze Owen D. Young wirkte. Bei ihm handelte es sich um den ehemaligen Vorsitzenden des Komitees zur Neuordnung deutscher Reparationen, das den nach ihm benannten »Young-Plan« ausgearbeitet hatte. Insgesamt wurden mit dieser Anleihe, deren für festverzinsliche Wertpapiere vollkommen ungewöhnlicher Ausgabekurs bei fast 250 Prozent lag, dem Siemens-Konzern ca. 150 Millionen Reichsmark neues Kapital zur Verfügung gestellt.<sup>43</sup>

Auch bei der AEG war General Electric aktiv. Hier erfolgte 1930 die Übernahme von Stammaktien zu einem Kurswert von etwa 30 Millionen Reichsmark, nachdem General Electric bereits im Vorjahr ein bedeutendes Aktienpaket der AEG für 200 Millionen Reichsmark erworben und dafür fünf Aufsichtsratssitze eingeräumt bekommen hatte. Einer der Aufsichtsräte war übrigens Owen D. Young.<sup>44</sup>

Angesichts derartiger Aktivitäten des US-amerikanischen Kapitals war es verständlich, dass die Wahlerfolge der NSDAP und die dadurch immer instabiler werdende innenpolitische Lage in Deutschland, zeitweilig zu großen Irritationen bei den führenden Repräsentanten der Industrie und der Banken in den Vereinigten Staaten, aber auch in Großbritannien und Frankreich führten. So verlor die Reichsbank nach dem erdrutschartigen Wahlsieg der Nazis vom 14. September 1930 innerhalb weniger Tage Devisen und Gold in der Größenordnung mehrerer Hundert Millionen Reichsmark.<sup>45</sup> Auch danach war die Verunsicherung vor allem US-amerikanischer Investoren, angesichts der scheinbar unaufhaltsamen Erfolge der Nazis, mit Händen zu greifen. Dies galt um so mehr, als an der Wall Street seit Mitte der zwanziger Jahre zahlreiche Anleihen für deutsche Unternehmen und öffentliche Körperschaften verkauft worden waren<sup>46</sup>, auf deren Rückzahlung und die anfallenden Zinszahlungen die vornehmlich US-amerikanischen Investoren selbstverständlich größten Wert legten. Eine Reichsregierung mit der Beteiligung der NSDAP schien ihnen jedoch ein großes Risiko für die Zuverlässigkeit des Kapitaldienstes darzustellen.

Der Delegierte der Aufsichtsräte der Siemens-Schuckert- und der Siemens-und-Halske-Werke<sup>47</sup>, Carl-Friedrich von Siemens, zugleich Präsidiums- bzw. Senatsmitglied des RDI, hatte sich deshalb bemüht, am 27. Oktober 1931 in New York, anlässlich eines ihm zu Ehren gegebenen Essens, beruhigend auf



seine US-amerikanischen Gastgeber von der General Electric Company einzuwirken. Er hob hervor, dass die Nazis ihr »Ziel durch gesetzliche Maßnahmen, d. h. durch den Stimmzettel verwirklichen« wollten. Er bescheinigte ihnen ferner »Selbstlosigkeit«, und dass bei ihnen »hohe nationale Ideale« anzutreffen seien. Die »Wurzel der Hitlerschen Bewegung«, so fuhr von Siemens fort, »ist der Kampf gegen den Sozialismus, d. h. gegen den Marxismus«. Am Ende seiner Ausführungen formulierte er dann in dankenswerter Offenheit: »Eines möchte ich noch betonen: wenn die große Mehrzahl nicht nur der deutschen Geschäftsleute, sondern auch der Angehörigen aller gebildeten Klassen, viele von Hitlers *Methoden* verurteilen, so betrachten sie doch das Hitlertum als das kleinere Übel gegenüber dem Kommunismus.«<sup>48</sup>

Eine bemerkenswerte Stimme, angesichts des allgegenwärtigen Terrors der SA, in wachsendem Maße auch gegenüber Juden<sup>49</sup> angesichts der von den Faschisten offen angedrohten Willkürmaßnahmen in einem zu errichtenden »Dritten Reich«.<sup>50</sup> Die Nazi-Partei bemühte sich ihrerseits nach Kräften, ausländischen Unternehmen zu versichern, dass ihre Investitionen in einem von ihnen geführten »Dritten Reich« absolut sicher wären. So berichtete der US-amerikanische Journalist Hubert R. Knickerbocker in seinem viel gelesenen Buch »Kommt Europa wieder hoch?« Beruhigendes von seiner im Sommer 1932 geführten Unterhaltung mit – ausgerechnet! – Gregor Strasser: »Wir erkennen das Privateigentum an. Wir erkennen die private Initiative an ... Wir sind gegen die Verstaatlichung der Industrie. Wir sind gegen die Verstaatlichung des Handels.« So der Originalton des mit antikapitalistischen Tiraden ansonsten nicht geizenden Strasser. Knickerbocker folgerte durchaus zutreffend, »dass der Kapitalismus von den Nationalsozialisten nichts zu fürchten hat.« Nach seinem Gespräch mit Strasser sei »von der offiziellen Version (des Programms der NSDAP – R.Z.) nicht viel übrig geblieben. Der nationalsozialistische Radikalismus hat in direktem Verhältnis zur Annäherung der Partei an die Möglichkeit einer Verantwortungsübernahme abgenommen.«<sup>51</sup>

Doch ungeachtet solcher Aussagen galt: Solange Hitler nicht die Dissonanzen in den wirtschaftspolitischen Aussagen seiner Partei zweifelsfrei und endgültig ausräumen konnte, blieb die Skepsis vor allem exportorientierter deutscher Unternehmen sowie ausländischer Geschäftspartner und Investoren weiter bestehen. Sie wurde durch das immer wieder in der Parteipresse und durch Parlamentsredner proklamierte Ziel einer faschistischen Wirtschaftspolitik, weitgehende wirtschaftliche Autarkie realisieren zu wollen, noch gesteigert.<sup>52</sup>

### Regierungsbeteiligung nur mit Hitler als Reichskanzler

**Drittes Problem:** Für alle anderen politischen Kräfte war in Rechnung zu stellen, dass die faschistische Partei, die seit den Reichstagswahlen vom 31. Juli 1932 die mit Abstand stärkste parlamentarische Kraft im Reich darstellte<sup>53</sup>, sowie

in den beiden wichtigsten Ländern Preußen und Bayern seit den Landtagswahlen vom 24. April des gleichen Jahres jeweils mehr Mandate erringen konnte als die beiden Arbeiterparteien zusammen genommen<sup>54</sup>, den Posten des Reichskanzlers für Adolf Hitler beanspruchte.<sup>55</sup> Schon im Vorfeld der Reichstagswahlen vom September 1930 hatte Goebbels hierzu selbstbewusst im »Angriff« formuliert: »Wir gehören zu jener Sorte von Menschen, die, wenn man ihnen den kleinen Finger gibt, bald die ganze Hand haben.«<sup>56</sup> Als »Juniorpartner« in ein Kabinett einzutreten und mit dem Amt eines Vizekanzlers abgefunden zu werden, war für die NSDAP und die meisten ihrer Mitglieder und Anhänger zwei Jahre später erst recht undenkbar, auch wenn diese Regierungskonstellation von einigen Vertretern großer Konzerne favorisiert wurde. Aber Hitler war keine Marionette in den Händen der Herren Kirdorf, Thyssen und Co., sondern stellte angesichts des rapide wachsenden Massenanhangs seiner faschistischen Partei selbstbewusst Bedingungen für den Eintritt in eine von ihm geführte Reichsregierung. Dabei schreckten er vor verbalen und die SA auch vor physischen Angriffen gegen potenzielle Bündnispartner wie die Deutschnationale Volkspartei und den »Stahlhelm – Bund der Frontsoldaten« keineswegs zurück.<sup>57</sup> Was war in dieser Situation zu tun? Um die wirtschaftspolitischen Forderungen der Partei mit den Vorstellungen des Großkapitals in Einklang zu bringen sowie Hitler und die faschistische Partei für den Einzug in die Reichskanzlei vorzubereiten, wurde schließlich ein Kreis prominenter Industrieller und Bankiers aus der Taufe gehoben, die Hitler in diesen Fragen kompetent »beraten« sollten.

### Joseph Goebbels: Goldene Worte für einen Diktator und für solche, die es werden wollen

1. Zu einer Diktatur gehört dreierlei: ein Mann, eine Idee und eine Gefolgschaft, die bereit ist, für Mann und Idee zu leben und, wenn nötig, zu sterben. Fehlt der Mann, dann ist es schlimm, fehlt die Idee, dann ist es unmöglich, fehlt aber die Gefolgschaft, dann ist die Diktatur nur ein schlechter Witz.
2. Eine Diktatur kann zur Not zwar gegen das Parlament, aber niemals gegen das Volk regieren.
3. Auf Bajonetten lässt sich schlecht sitzen.
4. Erste Aufgabe des Diktators ist: das, was er will, populär zu machen und den Willen der Nation mit seinem eigenem Willen in Übereinstimmung zu bringen.
5. Höchste Pflicht des Diktators ist die soziale Gerechtigkeit. Hat das Volk das Gefühl, dass die Diktatur nur die Repräsentanz einer dünnen Oberschicht ist, die mit ihm eigentlich gar nichts zu tun hat, dann wird es den Diktator als feindlich und hassenswert empfinden und ihn über kurzem zum Sturz bringen.

6. Diktaturen werden dann ein Volk retten, wenn sie bessere Wege weisen als die von ihnen bekämpften Regierungsformen, und wenn ihre Macht in breiten Volksschichten so verankert ist, dass sie sich niemals auf die bewaffnete Gewalt zu stützen brauchen, sondern ihren Schutz vielmehr immer in ihren Gefolgschaften finden.
7. Es wird nicht vom Diktator verlangt, dass er sich dem Willen der Mehrheit füge. Aber er muss die Fähigkeit besitzen, sich den Willen des Volkes gefügig zu machen ... (...)
9. Diktaturen müssen aus eigenem geistigen Vorrat leben können ... (...)

Der Angriff, Nr. 173, 1. September 1932

### Wilhelm Keppler betritt die politische Bühne

Im Mai 1927 wird ein mittelständischer Industrieller Mitglied der NSDAP: Wilhelm Keppler. Fünf Jahre zuvor hatte er in Eberbach am Neckar gemeinsam mit dem weltweit agierenden US-amerikanischen Eastman Kodak-Konzern die Chemischen Werke Odin GmbH gegründet, die sich auf die Herstellung von Fotogelatine spezialisierten. Keppler pflegte freundschaftliche Beziehungen zu Robert Ley, Gauleiter der faschistischen Partei in Rheinland-Süd, dem späteren »Führer« der »Deutschen Arbeitsfront«, sowie intensiven geschäftlichen Umgang mit dem Kölner Privatbankier Kurt Freiherr von Schröder.

Keppler und Adolf Hitler hatten seit ihrem ersten Zusammentreffen kurz nach dem Parteieintritt des Chemieindustriellen immer wieder miteinander kommuniziert. Als im Dezember 1931 die Frage zu beantworten war, wer künftig als offizieller Wirtschaftsberater Hitlers fungieren sollte, fiel die Wahl auf Wilhelm Keppler.

Hitler übertrug ihm vor allem die Aufgabe, möglichst rasch mit der Konstituierung eines aus prominenten Wirtschaftsführern bestehenden Gremiums zu beginnen, das für die NSDAP und deren »Führer« nicht nur wirtschaftspolitische Expertisen ausarbeiten, sondern auch innerhalb der Großindustrie für die Machtübergabe an die Naziartei Stimmung machen sollte.<sup>58</sup> Bemerkenswerter Weise gab Hitler Wilhelm Keppler den Ratschlag mit auf den Weg, dass er sich um die Theorien des »Braunen Hauses« nicht zu kümmern brauche, er mithin freie Hand bei seiner Tätigkeit als Leiter des nach ihm benannten Kreises von Industriellen und Bankiers sowie als sein Wirtschaftsberater habe.<sup>59</sup> Außerdem galt es, die wirtschaftspolitischen Kompetenzen innerhalb der NSDAP neu zu ordnen. Keppler schaffte es, die Vorgaben Hitlers zu erfüllen. Allerdings musste er sich zunächst eines »Konkurrenzunternehmens« erwehren.

Hjalmar Schacht, von 1923 bis 1930 Präsident der Deutschen Reichsbank, zuvor Vorstandsmitglied der »Darmstädter und Nationalbank« und Reichswährungskommissar, hat-

te sich Hitler in einem vertraulichen Schreiben vom 12. April 1932 erfolgreich angedient, unter seiner Leitung eine »Arbeitsstelle« einzurichten, da sich »bei gemeinsamer Arbeit eine völlige Übereinstimmung zwischen den Grundanschauungen des Nationalsozialismus und der Möglichkeit privater Wirtschaft erzielen lässt.«<sup>60</sup> Schachts Arbeitsstelle, für deren Finanzierung bereits Gelder von potenten Herren der Großindustrie eingesammelt worden waren<sup>61</sup>, und Keppers Industriellen-Kreis beendeten nach Hitlers Intervention rasch ihr Konkurrenzverhältnis, so dass am Ende offenbar der Keppler-Kreis der maßgebliche Ort darstellte, an dem das wirtschaftspolitische Handeln der NSDAP koordiniert wurde.

Wer konnte zur Mitarbeit gewonnen werden? Genannt sei August Rosterg, Generaldirektor des Deutschen Kalisyndikates und der Wintershall AG, die bei Merkers in Thüringen das größte Kalibergwerk der Welt bewirtschaftete. Wes Geistes Kind dieser Großindustrielle war, demonstrierte er in einem Beitrag für die »Deutsche Bergwerks-Zeitung«, als er seiner Meinung Ausdruck gab, »die Hälfte aller Kranken sind Simulanten«<sup>62</sup>, so dass drastische Kürzungen der Ausgaben für die Sozialversicherungen gerechtfertigt seien.

Ein weiteres Mitglied des »Keppler-Kreises« war Ewald Hecker, Sohn des Geschäftsinhabers der Großbank Disconto-Gesellschaft.<sup>63</sup> Dieser außerordentlich umtriebige Industrielle, ein Duzfreund Franz von Papens, hatte ursprünglich Karriere als Zivilbeamter in der kaiserlichen Kolonialverwaltung im Fernen Osten und als Generalstabsoffizier gemacht. Von 1914 bis 1916 war er so genannter Delegierter des Deutschen Roten Kreuzes in den USA, anschließend Stabs-offizier im Range eines Majors in der Armee des Osmanischen Reiches. Seit 1923 amtierte er zunächst als Mitglied des Vorstandes, dann als Vorsitzender und Delegierter des Aufsichtsrates der Ilseder Hütte AG in Niedersachsen.<sup>64</sup> Zugleich war er als Präsident der Industrie- und Handelskammer zu Hannover tätig und gehörte als stellvertretender Vorsitzender dem Aufsichtsrat der Commerzbank an. A propos Commerzbank. Mit Friedrich Reinhart, Vorstandsmitglied dieses Kreditinstituts, und Franz Heinrich Witthoefft, Vorsitzender des Aufsichtsrates, war diese Großbank höchst prominent im »Keppler-Kreis« repräsentiert. Dass Witthoefft darüber hinaus Senator der Freien und Hansestadt Hamburg (von 1928–1931), Vizepräsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, Vorsitzender seines Außenhandelsausschusses, Mitglied der Aufsichtsräte bei der Deutschen Werft in Hamburg und der C. Lorenz AG in Berlin (später: SEL – Standard Electric Lorenz) sowie Inhaber der weltweit engagierten Hamburger Übersee-Handelsfirma Arnold Otto Meyer war, die in China, Südafrika und Lateinamerika insgesamt sechzehn Dependancen des insolventen Stinnes-Konzerns übernommen hatte, diente als weitere Empfehlung für die Zugehörigkeit zum Keppler-Kreis. Friedrich Reinhart von der Commerzbank zeichnete sich vor allem darin aus, dass er von Reichskanzler Heinrich Brüning (Zentrum) als »Sach-

verständiger« der Reichsregierung während der Bankenkrise im Sommer 1931 berufen worden war. In dieser Eigenschaft hatte er auch an Kabinettsitzungen und vertraulichen Gesprächsrunden teilgenommen. Er galt deshalb als intimer Kenner wirtschafts-, finanz- und außenpolitischer Planungen der Reichsregierungen.<sup>65</sup> Zudem war er seit 1925 Mitglied des »Engeren Beirates« der Deutschen Reichsbank und Inhaber zahlreicher Aufsichtsrats-Mandate. In seinen Memoiren behauptet Heinrich Brüning, dass Friedrich Reinhart »Einfluss im Hause des Reichspräsidenten«<sup>66</sup> ausgeübt habe. Damit umschreibt er die damals beliebte Methode, über Paul von Hindenburgs Sohn, den Oberst der Reichswehr Oskar von Hindenburg, dessen Vater für die eigenen politischen Anschauungen und Projekte zu gewinnen.

Aber auch die beiden anderen Großbanken waren mit von der Partie. Für die Dresdner Bank arbeitete Emil Meyer, Syndikus der Genossenschaftsabteilung, im »Keppler-Kreis« mit. Die Deutsche Bank bevorzugte den direkten Zugang zu Adolf Hitler, anstatt einen Beauftragten in dieses Gemium zu entsenden.

Emil Georg von Stauß, Vorstandsvorsitzender in Deutschlands wichtigstem Finanzinstitut und Vorsitzender der Aufsichtsräte bei Daimler-Benz und BMW, bei der Deutschen Lufthansa und den Bergmann-Elektrizitätswerken, viele Jahre lang Koordinator der von der Deutschen Bank weltweit praktizierten Geschäfte mit dem Erdöl, Mitglied des Zentralaussschusses der Deutschen Reichsbank, ging in Hitlers Berliner Domizil, dem mitten im Regierungsviertel gelegenen Hotel »Kaiserhof«, ein und aus. Aus den Tagebüchern von Joseph Goebbels und von Hitlers langjährigem Wirtschaftsberater Otto Wagener erfahren wir, dass neben Gesprächen in Hitlers Suite im zweiten Stockwerk des Berliner Nobelhotels immer wieder verschwiegene Bootsfahrten auf dem Wannensee mit der Motoryacht des Deutschbankers stattfanden.<sup>67</sup> Auch der Vorstandsvorsitzende des Allianz-Versicherungskonzerns, Dr. Kurt Schmitt, zugleich Vorstandsmitglied des RDI, schätzte Gespräche mit Hitler unter vier Augen im Hotel »Kaiserhof«, das der damaligen Zentralverwaltung der Allianz gegenüber lag. Als bekennender Antisemit<sup>68</sup> verstand er sich offenbar prächtig mit dem »Führer« der faschistischen Partei, der ihn später, am 29. Juni 1933, zum Reichswirtschaftsminister ernannte. Die Industriellen-Familie Quandt, Großaktionäre bei Daimler-Benz, den Mauserwerken AG und bei Varta, war geradezu ein unentbehrlicher Bestandteil von Hitlers Entourage im »Kaiserhof«. Häufig gab es Gespräche, Ausflüge und gemeinsame Essen.<sup>69</sup> Das freundschaftliche Verhältnis zwischen den Quandts und Adolf Hitler wurde noch dadurch enger geknüpft, dass Joseph Goebbels am 19. Dezember 1931 Magda Quandt ehelichte.<sup>70</sup> Jetzt zählte diese Großindustriellen-Familie gewissermaßen zur »Verwandtschaft« des faschistischen »Führers«. Eines Tages meldete sich Harald Quandt, gerade zehn Jahre alt, in Uniform und mit umgeschalltem Dolch bei Hitler mit den Worten: »Der jüngste Hitler-Junge Deutschlands meldet sich bei seinem Führer!«<sup>71</sup>

Am Rande bemerkt: Herbert Quandt war in der Bundesrepublik einer der wirtschaftlich und politisch einflussreichsten Industriellen. Seine Erben, die etwa die Hälfte des Aktienkapitals der Bayerischen Motorenwerke und weitere bedeutende Industriebeteiligungen halten (u. a. Altana, Varta), sind es bis zum heutigen Tag.

Doch zurück zum »Keppler-Kreis«.

Mit von der Partie waren außerdem die schon erwähnten Bankiers Hjalmar Schacht und Kurt Freiherr von Schröder, Mitinhaber des Bankhauses J. H. Stein, der als einer der eifrigsten Freunde und Förderer Hitlers und der faschistischen Bewegung galt. Schröder hatte übrigens, wie auch die späteren Reichskanzler Franz von Papen und Kurt von Schleicher, während des Ersten Weltkrieges zeitweilig als Offizier im Großen Generalstab gedient. Seine geschäftliche und gesellschaftliche Reputation beruhte nicht zuletzt darauf, verschwägert mit Kurt von Schnitzler zu sein, einem illegitimen Sohn des 99 Tage-Kaisers Friedrichs III. (9. März bis 15. Juni 1888) aus dem Hause Hohenzollern und Vorstandsmitglied der IG Farben, des damals größten Chemiekonzerns weltweit. Zu den weiteren Mitgliedern des Keppler-Kreises zählte Rudolf Bingel, Vorstandsmitglied der Siemens-Schuckert-Werke AG. Auch Emil Helfferich, Aufsichtsratsvorsitzender der größten deutschen Reederei, der Hamburg-Amerika-Paketfahrt AG (HAPAG) sowie der Deutsch-Amerikanischen Petroleum Gesellschaft (Esso), und Otto Steinbrinck, Vorstandsmitglied der zum Flick-Konzern gehörenden Mitteldeutschen Stahlwerke AG, in den zwanziger Jahren als Leiter seines Büros »die rechte Hand« Flicks, und Mitglied des Verwaltungsrates der Deutschen Reichsbahn, wurden für die Mitarbeit gewonnen. Zu guter letzt durften Fritz Thyssen und Albert Vögler, Vorstandsvorsitzender der Vereinigten Stahlwerke AG, Präsidiumsmitglied des RDI, Mitglied des Hauptvorstandes des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller und der Ruhrlade, Aufsichtsratsvorsitzender der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke, der Gelsenkirchener Bergwerks AG sowie der Ruhrgas AG, Aufsichtsratsmitglied u. a. der Siemens-und-Halske- und der Siemens-Schuckert-Werke, der HAPAG, der Bayerischen Vereinsbank und der Nordstern Lebensversicherungs AG, in dieser Runde nicht fehlen. Vögler hatte bereits am 26. März 1926, also in der Zeit der relativen Stabilisierung des Kapitalismus in der Weimarer Republik, in einer Aufsehen erregenden Rede, die er in Berlin während der Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie hielt, einen rhetorischen Generalangriff gegen das »Weimarer System« geführt. Er trug u. a. vor: »Es geht zurzeit eine wirtschaftsfeindliche Welle über die Lande. (...) Die Staatsmänner und Regierungen sollen nicht den falschen Ehrgeiz haben, wirtschaftliche Aufgaben zu lösen. Sie sollten sich begnügen, das zu erledigen, was ihnen obliegt, die Autorität im Lande aufrecht zu erhalten. Für Zucht und Ordnung sorgen, Leib und Leben und Eigentum schützen und sichern. (...) Wir hoffen, dass jene Periode sozialistisch infi-

zierter Wirtschafts- und Staatspolitik (in der Zeit der Novemberrevolution und danach – R.Z.) endgültig vorbei ist. (...) Der Staat muss alles daran setzen, die private Wirtschaftsform zu schützen und zu fördern. Er muss sie wieder zum ehernen Bestand seiner Wirtschaftspolitik machen.«<sup>72</sup> Ganze sieben Jahre musste sich Vöglger gedulden, bis diese Wünsche ausnahmslos Realität werden konnten.

Schließlich stieß auch Gottfried Graf von Bismarck zum Keppler-Kreis, ein Enkel des »eisernen Kanzlers«. Bismarck bewirtschaftete Ländereien in der Uckermark, hatte aber in den zwanziger Jahren leitende Funktionen bei der HAPAG und in der Geschäftsstelle des RDI in Berlin bekleidet.

### **Wirtschaftspolitische Neuausrichtung der NSDAP**

Der Keppler-Kreis kam am 20. Juni 1932 im Hotel »Kaiserhof« zu einem Treffen mit Adolf Hitler zusammen. Einmal mehr redete der »Führer« der NSDAP in kleinem Kreis Klartext. Er wolle im vom ihm angestrebten »Dritten Reich« die Organisationen der Arbeiterbewegung endgültig zerschlagen, die bürgerlichen Parteien verbieten und mit groß angelegten Rüstungen beginnen. Wie sich Keppler im September 1946 in einer eidesstattlichen Erklärung für das Nürnberger Kriegsverbrechertribunal erinnerte, erhob niemand aus dem »Keppler-Kreis« irgendwelche Einwände gegen diese Zielvorstellungen. Im Gegenteil. Man drückte die »Besorgnis aus, dass es ihm nicht gelingen werde, diese hervorragenden Ideen in die Tat umzusetzen.«<sup>73</sup>

Der »Keppler-Kreis« erreichte vor allem, dass wichtige wirtschaftspolitische Erklärungen vorab Hitler vorgelegt werden mussten und damit letztlich der Kontrolle Wilhelm Kepplers unterlagen. Die Parteizentrale in München wurde nach und nach derart umorganisiert, dass leitende Mitarbeiter, deren wirtschaftspolitische Ansichten nicht vollständig den Vorstellungen der Großindustriellen entsprachen, kalt gestellt wurden.<sup>74</sup> Das betraf vor allem Gregor Strasser, der endgültig im Dezember 1932 seinen politischen Einfluss verlor, aber auch Gottfried Feder, den Autor des Parteiprogramms von 1920<sup>75</sup> sowie Hitlers langjährigen Wirtschaftsberater Otto Wagener, der eine Neuorganisation des Staates und der Volkswirtschaft nach ständischen Modellen favorisierte.<sup>76</sup>

Seit Dezember 1932 führte Walther Funk, der ehemalige Chefredakteur der »Berliner Börsen-Zeitung«, hier die Geschäfte eines Leiters der Kommission für Wirtschaftspolitik, nachdem er von Hitler bereits im Juni des gleichen Jahres »für das Gesamtgebiet der Wirtschaft dem Reichsorganisationsleiter«, also Gregor Strasser, »als Berater zur Seite gestellt«<sup>77</sup> worden war. Funk hatte sich bei den Herren der Großindustrie und der Banken mit seinen »schwungvoll« formulierten Leitartikeln einen Namen gemacht, in denen er gleichermaßen einen nachhaltigen Demokratie- wie den massiven Sozialabbau propagierte, aber auch, wenn es nö-

tig schien, die Führung der NSDAP ermahnte, den antikapitalistischen Phrasen nur eine propagandistische Funktion zuzuweisen.<sup>78</sup> Wie Manfred Asendorf schreibt, wurde Funk »von der Ruhrindustrie in die Umgebung Hitlers geschleust, um dem Parteiführer gleichsam die schwerindustriellen Korsettstangen einzuziehen«.<sup>79</sup> Otto Wagener attestierte Funk interessanter Weise, er sei »kein Nationalsozialist«, sondern ebenso wie Keppler, »von Natur aus Wirtschaftsliberalist.«<sup>80</sup> In seiner Vernehmung während des Nürnberger Kriegsverbrecherprozesses antwortete Walther Funk im Übrigen auf eine entsprechende Frage des US-amerikanischen Anklägers wahrheitsgemäß, der »Verbindungsmann zwischen der Nazi-Partei und den großen Geschäftsleuten in Deutschland gewesen zu sein.«<sup>81</sup>

### **Die »Industriellen-Eingabe« an Hindenburg vom November 1932**

Im November 1932 schlug dann die Sternstunde des Keppler-Kreises. Seine Mitglieder sowie weitere führende Repräsentanten der deutschen Industrie- und Bankenwelt, einige mittelständische Unternehmer sowie Exponenten der nach wie vor gesellschaftlich und politisch einflussreichen Großgrundbesitzer unterzeichneten eine Eingabe an den Reichspräsidenten von Hindenburg, in der die Übergabe der Regierungsmacht an die faschistische Partei gefordert wurde. Verabschiedet wurde die endgültige Fassung der Petition in den Räumen des Direktionsgebäudes der Commerzbank in der Behrenstraße 46 in Berlin-Mitte am Nachmittag des 8. November 1932. Diese Zusammenkunft fand kurz nach der Niederlage der Nazis bei den Reichstagswahlen am 6. November statt, als die faschistische Partei mehr als vier Prozentpunkte (33,1 zu 37,3 Prozent) und etwas mehr als 2 Millionen Wählerstimmen (11,74 zu 13,75 Millionen) sowie 34 Mandate im Vergleich zu den Reichstagswahlen vom Juli 1932 eingebüßt hatte (196 zu 230). Es schien jetzt Eile geboten, die NSDAP an die Schalthebel der politischen Macht gelangen zu lassen, da der Gipfelpunkt ihrer Entwicklung überschritten zu sein schien. Auch die ökonomische Krisis hatte inzwischen wohl ihren Scheitelpunkt erreicht. Vor allem sorgte die Haltung der Berliner Gauleitung der NSDAP und der gerade in Berlin überaus aktiven »Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation« (NSBO) beim am 3. November begonnenen Berliner Verkehrsarbeiterstreik für erneut aufflammendes Misstrauen bei den nazi-freundlichen Industriellen und Bankiers. Denn Gauleiter Joseph Goebbels hatte im »Angriff« einen Streikaufruf für die Mitglieder und Anhänger der NSDAP publiziert; zwar streikten Kommunisten bzw. Sozialdemokraten und Nazis nicht gemeinsam, aber parallel im weltweit größten kommunalen Betrieb, der Berliner Verkehrs-Gesellschaft (BVG).<sup>82</sup> Auch Reichspräsident von Hindenburg war irritiert und befragte Adolf Hitler bei einem Gespräch im Reichspräsidenten-

von O p p e n - Dannenwalde.  
-----

z. Zt. Berlin, den 23. M ä r z 1932.

-----  
Kronprinzenufer 6.

Herrn

Rittmeister von M o r o s o w i c z ,

W u h d e n bei Podelzig  
-----

Kr. Lebus.

Sehr verehrter Herr von Morosowicz !

Obgleich ich nicht eingetragenes Mitglied der NSDAP. bin, habe ich bei der Reichspräsidentenwahl für Hitler gestimmt, gedenke dies wieder zu tun und auch bei der Preussenwahl entsprechend zu verfahren.

Mit Rücksicht auf den sich hieraus ergebenden Zwiespalt mit den vom Stahlhelm herausgegebenen politischen Richtlinien bitte ich mich in der Liste der dem Provinzial-Stahlhelm der Provinz Brandenburg unmittelbar angehörenden Mitglieder streichen zu wollen.

Mit der Versicherung vorzüglicher Hochachtung

bin ich

Ihr sehr ergebener

*W. Oppen.*

Palais über die dieser Entscheidung zugrunde liegenden Motive: »Auf eine Frage des Herrn Reichspräsidenten, warum die nationalsozialistische Bewegung sich bei dem Berliner Verkehrstreik beteiligt hat, erwiderte Adolf Hitler: **»Die Leute sind sehr erbittert. Wenn ich meine Leute von der Beteiligung abgehalten hätte, hätte der Streik doch stattgefunden, aber ich hätte meine Anhänger in der Arbeiterschaft verloren; das wäre auch kein Vorteil für Deutschland.«**<sup>83</sup>

Eine derartige Aussage, die wahrheitsgemäß Zeugnis von der Doppelbödigkeit der antikapitalistischen und sozialen Propaganda der faschistischen Partei ablegt, konnte natürlich nicht öffentlich, sondern nur hinter fest verschlossenen Türen formuliert werden. Sie dokumentiert im Übrigen das Dilemma der NSDAP-Führung, einerseits von Zeit zu Zeit den Stimmungen ihrer Massenbasis nachzugeben, aber andererseits ihre großindustriellen Protektoren nicht zu verprellen, wenn z. B. die Beteiligung von Nazi-Arbeitern an Arbeitskämpfen außer Kontrolle geraten sollte. Dieser Fall wäre eingetreten, wenn gemeinsame Streikleitungen und Aktionen mit sozialdemokratischen oder kommunistischen Kollegen, gegen den erklärten Willen der Gauleitung, durch die streikenden Nazis praktiziert worden wären. Konnte eine solche Entwicklung angesichts der nicht im Voraus zu kalkulierenden Dynamik, die groß dimensionierten Arbeitskämpfen stets immanent ist, und angesichts der kommunistischen Streiktaktik, durch einheitliche Kampfaktionen die der NSBO angehörenden Arbeiter dem politischen und ideologischen Einfluss der Naziführung zu entreißen, ausgeschlossen werden?

Ohnehin konnten zugespitzte Auseinandersetzungen innerhalb der faschistischen Bewegung zu keiner Zeit wieder aufflammen, wie z. B. die »Stennes-Revolution« der Berliner SA in den Jahren 1930/1931 bewiesen hatten.<sup>84</sup>

Der Handlungsbedarf für die Herren des Keppler-Kreises war jedenfalls zu Beginn des Novembers 1932 größer denn je. Erarbeitet wurde der Text der Industriellen-Eingabe von Hjalmar Schacht. Unterschrieben hatten diese Petition bzw. sich schriftlich mit ihrem Anliegen einverstanden erklärt, ohne selbst zu unterzeichnen, die bereits genannten Mitglieder des Keppler-Kreises. Hinzu kamen mit Paul Reusch und Fritz Springorum zwei weitere führende Repräsentanten der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie.

Reusch gehörte seit 1905 dem Vorstand der Gutehoffnungshütte an, den er inzwischen als Vorsitzender leitete. Außerdem amtierte er als Aufsichtsratsvorsitzender der Deutschen Werft AG und als stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg (MAN). Weitere Aufsichtsratsmandate nahm er u. a. bei der Deutschen Bank, der AEG, der Bayerischen Vereinsbank und bei der Philipp Holzmann AG wahr. Die herausragende Bedeutung dieses Industriellen wird noch durch seine Mitgliedschaft im Präsidium des RDI, in der Ruhrlade und durch seine Funktion als Vizepräsident des Deutschen Industrie- und Handelstages unterstrichen.

Springorum war seit 1920 Vorstandsvorsitzender der Hoesch AG. Zugleich gehörte er dem Hauptvorstand des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, der Ruhrlade sowie dem Vorstand des RDI an.

Besonders wichtig für den Eindruck, den die Eingabe auf Hindenburg hinterlassen sollte, waren die Unterschriften prominenter Großagrarien. Hier finden wir den schlesischen Magnaten Eberhard Graf von Kalckreuth, den Präsidenten des Reichslandbundes (RLB), der einflussreichen Interessenorganisation der Großagrarien, denen sich der Reichspräsident verbunden fühlte und für deren Anliegen er stets ein offenes Ohr hatte. Kalckreuth war zudem Mitglied des Zentralausschusses der Deutschen Reichsbank und Aufsichtsratsvorsitzender der Deutschen Landwirtschaftsbank AG. Joachim von Oppen-Dannenwalde, Sohn eines Generalleutnants, war Großgrundbesitzer in der Ostprignitz und seit 1921 Präsident der Landwirtschaftskammer Brandenburg sowie Mitglied des Deutschen Landwirtschaftsrates. Beide Adligen hatten zudem in preußischen Garderegimentern gedient; für den greisen Generalfeldmarschall a. D. von Hindenburg stets ein gutes Argument, um die Ansichten derartiger Herrschaften ernst zu nehmen. Weiterhin hatte Robert Graf von Keyserlingk die Eingabe unterzeichnet, ein Jurist mit langer Karriere im preußischen Staatsdienst. Unter anderem war er als Referent im Landwirtschaftsministerium tätig gewesen und avancierte schließlich zum Regierungspräsidenten von Königsberg. Im Weltkrieg hatte er zeitweilig Hindenburgs Stabschef, den General Erich Ludendorff, bei der Lösung volks- und agrarwirtschaftlicher Fragen beraten. In der Weimarer Republik zählte Graf Keyserlingk zu den Mitbegründern der DNVP, wurde Mitglied des Preußischen Staatsrates und 1921 zum Mitglied des Vorstandes landwirtschaftlicher Arbeitgeberverbände gewählt. 1927 gehörte er der deutschen Delegation auf der Genfer Weltwirtschaftskonferenz an. Schließlich hatte der preußische Junker von Rohr-Manze die Eingabe an Hindenburg unterschrieben, der Vorsitzende des Schlesischen Landbundes.

Für den Reichspräsidenten war ebenfalls wichtig, dass einige der Unterzeichner dem »Stahlhelm-Bund der Frontsoldaten« verbunden waren, dem von Hindenburg als Ehrenmitglied angehörte. Mit Graf v. Kalckreuth, Fritz Springorum, Otto Steinbrinck und Dr. Lübbert, einem mittelständischen Unternehmer der Baubranche, gehörten vier Persönlichkeiten, die der Industriellen-Eingabe ihre Zustimmung gegeben hatten, dem Wirtschaftsrat des »Stahlhelms« an.<sup>85</sup> Ohnehin wurden mit größter Selbstverständlichkeit führende Industrielle und Großgrundbesitzer, deren größte Sympathien am Ende der Weimarer Republik Hitler und der faschistischen Bewegung galten, wie z. B. Fritz Thyssen, Albert Vögler, von Rohr-Manze, Fritz Springorum, Emil Kirdorf, Hjalmar Schacht und Emil Georg v. Stauß, seit jeher als Ehrengäste zu Großveranstaltungen des »Stahlhelms« eingeladen.<sup>86</sup>

**Eingabe von Industriellen und Großagrariern an Reichspräsident Paul von Hindenburg vom 19. November 1932, überreicht von Friedrich Reinhart, Vorstandsmitglied der Commerzbank, an den Staatssekretär im Reichspräsidialamt Otto Meissner**

»Hochzuverehrender Herr Reichspräsident!

Gleich Eurer Exzellenz durchdrungen von heißer Liebe zum deutschen Volk und Vaterland, haben die Unterzeichneten die grundsätzliche Wandlung, die Eure Exzellenz in der Führung der Staatsgeschäfte angebahnt haben, mit Hoffnung begrüßt. Mit Eurer Exzellenz bejahen wir die Notwendigkeit einer vom parlamentarischen Parteiwesen unabhängigen Regierung, wie sie in den von Eurer Exzellenz Gedanken eines Präsidialkabinetts zum Ausdruck kommt. Der Ausgang der Reichstagswahl vom 6. November d. J. hat gezeigt, dass das derzeitige Kabinett, dessen aufrechten Willen niemand im deutschen Volk bezweifelt, für den von ihm eingeschlagenen Weg keine ausreichende Stütze im deutschen Volk gefunden hat, dass aber das von Eurer Exzellenz gezeigte Ziel eine volle Mehrheit im deutschen Volk besitzt, wenn man – wie es geschehen muss – von der staatsverneinenden Kommunistischen Partei absieht.

Gegen das bisherige parlamentarische Parteiregime sind nicht nur die Deutschnationale Volkspartei und die ihr nahestehenden kleinen Gruppen, sondern auch die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei grundsätzlich eingestellt und haben und haben damit das Ziel Eurer Exzellenz bejaht. Wir halten dieses Ergebnis für außerordentlich erfreulich und können uns nicht vorstellen, dass die Verwirklichung dieses Zieles nunmehr an der Beibehaltung einer unwirksamen Methode scheitern sollte.

Es ist klar, dass eine des öfteren wiederholte Reichstagsauflösung mit sich häufenden, den Parteikampf immer mehr zuspitzenden Neuwahlen nicht nur einer politischen, sondern auch jeder wirtschaftlichen Beruhigung und Festigung entgegenwirken muss. Es ist aber auch klar, dass jede Verfassungsänderung, die nicht von breiter Volksströmung getragen ist, noch schlimmere wirtschaftliche, politische und seelische Wirkungen auslösen wird.

Wir erachten es deshalb für unsere Gewissenspflicht, Eure Exzellenz ehrerbietigst zu bitten, dass zur Erreichung des von uns allen unterstützten Zieles Eurer Exzellenz die Umgestaltung des Reichskabinetts in einer Weise erfolgen möge, die die größtmögliche Volkskraft hinter das Kabinett bringt.

Wir bekennen uns frei von jeder engen parteipolitischen Einstellung. **Wir erkennen in der nationalen Bewegung, die durch unser Volk geht, den verheißungsvollen Beginn einer Zeit, die durch Überwindung des Klassengegensatzes**

**die unerlässliche Grundlage für einen Wiederaufstieg der deutschen Wirtschaft erst schafft. Wir wissen, dass dieser Aufstieg noch viele Opfer erfordert. Wir glauben, dass diese Opfer nur dann willig gebracht werden können, wenn die größte Gruppe dieser nationalen Bewegung führend an der Regierung beteiligt wird. Die Übertragung der verantwortlichen Leitung des mit den besten sachlichen und persönlichen Kräften ausgestatteten Präsidialkabinetts an den Führer der größten nationalen Gruppe wird die Schwächen und Fehler, die jeder Massenbewegung notgedrungen anhaften, ausmerzen und Millionen Menschen, die heute noch abseits stehen, zu bejahender Kraft mitreißen.**

In vollem Vertrauen zu Eurer Exzellenz Weisheit und Eurer Exzellenz Gefühl der Volksverbundenheit begrüßen wir Eure Exzellenz mit größter Ehrerbietung.

Dr. Hjalmar Schacht, Berlin; Kurt Freiherr von Schröder, Köln; Fritz Thyssen, Mülheim; Eberhard Graf von Kalckreuth, Berlin; Friedrich Reinhart, Berlin; Kurt Woermann, Hamburg; Fritz Beindorff, Hamburg; Kurt von Eichborn, Breslau; Emil Helfferich, Hamburg; Ewald Hecker, Hannover; Carl Vincent Krogmann, Hamburg; Dr. Erwin Lübbert, Berlin; Erwin Merck, Hamburg; Joachim von Oppen, Dannenwalde; Rudolf Ventzky, Esslingen; Franz Heinrich Witthoefft, Hamburg; August Rosterg, Berlin; Robert Graf von Keyserlingk, Cammerau von Rohr-Manze; Engelbert Beckmann, Hengstey

BArch, NS 20/76, Bl. 28 f. Auch zitiert in: Eberhard Czichon: Wer verhalf Hitler zur Macht? Zum Anteil der deutschen Industrie an der Zerstörung der Weimarer Republik, 2. Aufl., Köln 1971, S. 69 ff. Hervorhebungen von mir – R.Z.

**Aus dem Schreiben Friedrich Reinharts an Otto Meissner vom 21. November 1932**

»(...) Ich habe den Auftrag, Ihnen, Herr Staatssekretär, namens der Herren Dr. Albert Vögler, Dortmund, Kommerzienrat Dr. Paul Reusch, Oberhausen, Dr. Fritz Springorum, Dortmund, zur Weitergabe an den Herrn Reichspräsidenten mitzuteilen, dass diese Herren grundsätzlich voll und ganz auf dem Boden der Eingabe stehen, aber nicht zu unterzeichnen wünschen, da sie politisch nicht hervortreten wollen. Das Originalschreiben des Herrn Vögler mit entsprechendem Inhalt werde ich morgen vorlegen können. Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung bin ich Ihr ergebenster Friedrich Reinhart.«

Zitiert nach: Eberhard Czichon: Wer verhalf Hitler zur Macht? S. 71 f.

Noch zwei Monate sollte es dauern, bis das mit der »Industriellen-Eingabe« verfolgte Ziel, die Berufung Hitlers zum Reichskanzler durch Paul von Hindenburg, schließlich realisiert werden konnte.

Bei dem finftenreichen Intrigenspiel, in dessen Ergebnis der lange widerstrebende Reichspräsident schließlich Hitler am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler ernannte, waren die Hauptrollen vor allem Kurt von Schröder, Friedrich Reinhart, Ewald Hecker, Oskar von Hindenburg, dem eingeheirateten Inhaber der Henkell-Sektkellerei und späteren Reichsaußenminister Joachim von Ribbentrop sowie in besonderer Weise dem ehemaligen Reichskanzler Franz v. Papen zugewiesen worden. Im Hintergrund wirkten die Mächtigen der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie. In der Kölner Villa von Schröders und im Hause Ribbentrops in der Lentzeallee in Berlin-Dahlem wurden streng vertrauliche Verhandlungen und Gespräche zur Installierung Hitlers als Reichskanzler geführt. In ihrem Ergebnis wurde das Einverständnis erzielt, Franz v. Papen den Posten des Vizekanzlers zu übertragen, den DNVP-Vorsitzenden Alfred Hugenberg als Reichswirtschafts- und Ernährungsminister und Paul Freiherr v. Eltz-Rübenach als Reichsverkehrsminister zu berufen. Der »Stahlhelm«-Vorsitzende Franz Seldte wurde Reichsarbeitsminister. Die parteilosen Konservativen Lutz Graf Schwerin v. Krosigk und Konstantin Freiherr von Neurath verblieben in ihren Ämtern als Reichsfinanz- bzw. Reichsaußenminister. Das Amt des Reichswehrministers übertrug Hindenburg dem General von Blomberg, einem glühenden Anhänger Hitlers und seiner faschistischen Partei. Neben Hitler war mit Hermann Göring lediglich ein weiteres Mitglied der NSDAP in das Kabinett berufen worden – ohne Portefeuille, aber zugleich mit dem Amt des Preußischen Innenministers versehen.

Über den genauen Hergang der Gespräche, an denen zeitweilig auch Otto Meißner teilnahm, der Staatssekretär Hindenburgs, existieren leider nur lückenhafte Aufzeichnungen und Dokumente.<sup>87</sup> Am Ende waren es wohl vor allem Franz v. Papen und Oskar v. Hindenburg, die beim Reichspräsidenten grünes Licht für die Übertragung der Regierungsmacht an ein von Hitler geführtes Kabinett bewirkten.

Die Nazis hatten jetzt, frei nach Goebbels, »den kleinen Finger« bekommen, bald hatten sie »die ganze Hand« ergriffen.

## **Zusammenfassung**

### **Erstens**

Der »Keppler-Kreis« stellte einen »halbwegs repräsentativen Querschnitt durch Großindustrie, Handel und Bankwelt«<sup>88</sup> dar. Erweitert man den Blick auf die nicht zu diesem Gremium gehörenden Industriellen, Bankiers und Großagrarien, die aber ihre Unterschrift unter die Industriellen-Eingabe an Hindenburg vom 19. November 1932 gesetzt oder sich mit ihr einverstanden erklärt hatten, nimmt man auch die bei Hitler antichambrierenden Herren Schmitz und v. Stauß sowie die

Quandt hinzu, ist dieser Aussage von Dirk Stegmann uneingeschränkt zuzustimmen.

### **Zweitens**

Die Bedeutung der Mitglieder des »Keppler-Kreises« ergab sich nicht allein wegen ihrer jeweils geschäftsführenden Funktion in großen Konzernen. Sie waren auch anderweitig in leitenden Stellungen tätig – in Aufsichtsräten anderer Unternehmen, häufig als deren Vorsitzende; in leitenden Positionen der wichtigsten industriellen Interessenverbände, aber auch in öffentlichen Körperschaften. In schwierigen wirtschafts- und finanzpolitischen Situationen, nicht zuletzt während der Bankenkrise im Sommer 1931, wurden z. B. Vögler, Reinhart und Springorum von Reichskanzler Heinrich Brüning als Ratgeber in Anspruch genommen. Einige von ihnen galten als ministrabel. Es handelte sich bei ihnen um großindustrielle Multifunktionäre, die maßgeblich an der Erarbeitung und Umsetzung der unternehmerischen Strategie gegenüber der Reichsregierung, den Parteien und dem Reichstag sowie der Öffentlichkeit und anderen Verbänden, nicht zuletzt den Gewerkschaften, beteiligt waren. Sie waren es gewohnt, erfolgreich an der Schnittstelle zwischen Ökonomie und Politik zu handeln. Offenbar kreuzten sich bei nicht wenigen von ihnen im Verlaufe ihrer Karrieren immer wieder die Wege, existierten auch verwandtschaftliche Beziehungen, Mitgliedschaften in exklusiven Zirkeln (u. a. »Deutscher Herrenklub« in Berlin<sup>89</sup>, »Ruhrlade«) sowie parallel verlaufende militärische Karrieren. Um diese Netzwerke unterschiedlichster Art auszuleuchten, sollten zukünftig eingehende Forschungsarbeiten unternommen werden.

### **Drittens**

Die wichtigste Trennlinie zwischen den Industriellen und Bankiers, die auf die Konstituierung eines faschistischen Regimes in Deutschland orientierten, bildete die Frage, ob dieser Faschismus »von unten« oder »von oben«, d. h. mit oder ohne Massenbewegungen, installiert werden sollte. Während des Jahres 1932 existierten diese unterschiedlichen Konzeptionen längere Zeit als »Modell Papen« und »Modell Hitler«. Das »Modell Schleicher«, das mit dem weiter oben skizzierten »Querfront«-Konzept auf eine faktische Spaltung sowohl der faschistischen Bewegung als auch der Sozialdemokratie<sup>90</sup> ausgerichtet war, stellte letztlich ein *mixtum compositum* der beiden Grundmuster dar.

Im Geschäftsführenden Ausschuss des Alldeutschen Verbandes kam es am 9. September 1932 zu einer hitzigen Debatte, in deren Verlauf die entsprechenden Argumente in aller Deutlichkeit und in paradigmatischer Weise ausgetauscht wurden. Der Vorsitzende Heinrich Claß erklärte unmissverständlich: »Man muss sich darüber klar sein, dass auch eine nationale Massenpartei »Masse« ist. Die Geschichte aber lehrt, dass ein Volk nur glücklich sein kann, wenn es von wenigen zu seinem Glück gezwungen wird.«<sup>91</sup> Demgegenüber erklärte Hitlers langjähriger Mitstreiter, der Verleger Julius Lehmann aus Mün-



chen: »Was treibt Hitler zu seiner ganzen Politik? Der Grundgedanke ist, aus dem deutschen Volk ein einiges Volk von Brüdern zu machen, er will die Arbeiterschaft wieder zu nationalem Denken erziehen. Er tut etwas, was wir seit vierzig Jahren erstrebt haben, was uns aber nie gelungen ist. (...) Dass Hitler es fertig gebracht hat, 13 Millionen hinter sich zu bringen, ist eine Leistung, auf die ich mit Bewunderung blicke.«<sup>92</sup>

#### Viertens

Die Vorstellung, Hitler und die Seinen seien bloße Marionetten in der Hand mächtiger Großindustrieller gewesen, ist angesichts der anhaltenden und widersprüchlichen, von vielen ernsten Vorbehalten geprägten Debatten innerhalb der deutschen Großbourgeoisie über ihr Verhältnis zur NSDAP nicht realistisch. Es gilt nach unserer Auffassung vielmehr die differenzierende Aussage von Wolfgang Ruge: »Das Großkapital ist nicht in der Lage, sich einfach Regierungschefs ... zu kaufen, die die rechtlichen Grundlagen für die profitabelsten Ausbeutungsbedingungen schaffen, sondern muss ... bestrebt sein, solche Politiker an die Exekutivgewalt heranzuführen, die die Profitschöpfung und den Expansionsdrang auch ideologisch, massenpolitisch und organisatorisch abzusichern vermögen, das heißt, imstande sind, mit hunderterlei, zum Teil auch riskanten oder imperialistische Teilinteressen beeinträchtigenden Mitteln beträchtliche Teile der Werktätigen zur aktiven Unterstützung ihrer Herrschaft zu bewegen.«<sup>93</sup>

Ein gewissen »Restrisiko« für die Herren des großen Kapitals blieb auch nach dem 30. Januar 1933 bestehen, dass erst mit den Ereignissen des so genannten Röhm-Putsches auf blutige Weise im Juni 1934 aus der Welt geschafft werden konnte.<sup>94</sup> Dennoch: Ohne das aktive Eingreifen des Keppler-Kreises und seines Umfeldes hätte es zu Beginn des Jahres 1933 wohl kaum die Errichtung einer faschistischen Diktatur in Deutschland gegeben.

#### Fünftens

Bei alledem bleibt festzuhalten, dass die Bankiers, Industriellen und Großgrundbesitzer, die für die Übertragung der Regierungsmacht an die deutschen Faschisten plädierten, offenbar keine ernsthaften Probleme mit dem beispiellosen Terror der SA und anderer Gliederungen der NSDAP hatten, der gegen die Arbeiterbewegung und in wachsendem Maße auch gegenüber Juden ausgeübt wurde. Unterstützen sie nicht gerade deshalb die Nazis, weil und nicht obwohl dieser Terror praktiziert wurde und er Rückschlüsse auf noch radikalere, von ihnen nicht unerwünschte Verfahrensweisen in einem »Dritten Reich« unter der Kanzlerschaft Hitlers zuließ?<sup>95</sup>

Wie auch immer: Letztlich belegen die Verhaltensweisen der Eliten in den Großkonzernen und bürgerlichen Parteien, in der protestantischen Kirche, an Hochschulen und Universitäten, in der Verwaltung und in der Justiz, in der Reichswehr und in vielen anderen gesellschaftlichen Bereichen, wie zutreffend die Aussage von Hans Mommsen ist: »Es wäre verfehlt, den Millionen, die aus Verzweiflung über ihre materielle Lage, auf-

grund der Enttäuschung über die etablierten Parteien, ... Hitler vorübergehend ihre Stimme gaben, für die Entwicklung zur faschistischen Diktatur verantwortlich zu machen. Die NSDAP hat bei Wahlen vor der Machtergreifung niemals mehr Wähler hinter sich zu bringen vermocht als die beiden Linksparteien zusammen. (...) **Die politische Verantwortung für die nationalsozialistische Machtergreifung liegt primär bei den traditionellen Eliten ...**«<sup>96</sup>

Henry A. Turner, einer der professionellen Weißwäscher des deutschen Großkapitals, schrieb einst: »Die launenhafte Fortuna stand eindeutig auf Hitlers Seite.«<sup>97</sup> Müsste es nicht stattdessen heißen: »Besonders reaktionäre Kreise der deutschen Industrie- und Bankenwelt und des Großgrundbesitzes bedienten sich Hitlers und der NSDAP, um ihre ökonomischen und politischen Interessen endlich kompromisslos in die Tat umsetzen zu können.«

Es scheint an der Zeit zu sein, wenige Monate vor dem 80. Jahrestag der Machtübergabe an die deutschen Faschisten, an die Verantwortung derjenigen zu erinnern, ohne die Hitler und seine Partei in Deutschland nie die Macht hätten erringen und die Welt in den furchtbarsten aller Kriege hätten stürzen können.

#### Reiner Zilkenat

- 1 Max Horkheimer: Die Juden und Europa, in: Zeitschrift für Sozialforschung, Bd. VIII, 1939, H. 1–2, Reprint München 1970, S. 115 f.
- 2 Siehe Michael Wildt: Geschichte des Nationalsozialismus, Göttingen 2008, S. 9. Ebenda werden die zu dieser Thematik publizierten Ergebnisse der DDR-Geschichtswissenschaft ebenso unterschiedslos wie ignorant als »in der Tat wissenschaftlich nicht viel wert« disqualifiziert. Einige dieser »wertlosen« Publikationen werden wir in den Anmerkungen dieses Beitrages aufführen.
- 3 Henry A. Turner: Faschismus und Kapitalismus in Deutschland. Studien zum Verhältnis zwischen Nationalsozialismus und Wirtschaft, Göttingen 1972, S. 7.
- 4 Siehe Kurt Gossweiler: Kapital, Reichswehr und NSDAP 1919–1924, 2., durchgesehene Aufl., Berlin 1984, S. 339 ff. und 558 ff.; Helmuth Auerbach: Hitlers politische Lehrjahre und die Münchner Gesellschaft 1919–1923. Versuch einer Bilanz anhand der neueren Forschung, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 25. Jg., 1977, H. 1, S. 1 ff., bes. S. 31 f.
- 5 Siehe Kurt Gossweiler: Hitler und das Kapital 1925–1928, in: derselbe: Aufsätze zum Faschismus. Mit einem Vorwort von Rolf Richter, 2., durchgesehene Aufl., Berlin 1988, S. 486 ff.
- 6 Zitiert nach ebenda, S. 500.
- 7 Zitiert nach ebenda.
- 8 Siehe für die Zeit der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise das aussagekräftige Material in: Politik und Wirtschaft in der Krise 1930–1932. Quellen zur Ära Brüning, bearb. v. Ilse Maurer und Udo Wengst unter Mitwirkung v. Jürgen Heideking, Düsseldorf 1980, 2 Teile.
- 9 Siehe Aufstieg oder Niedergang? Deutsche Wirtschafts- und Finanzreform 1929. Eine Denkschrift des Präsidiums des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Berlin 1929 (Veröffentlichungen des RDI, Nr. 49). Ähnlich: Die Reform der Sozialversicherung – eine Schicksalsfrage des deutschen Volkes. Vorschläge der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Berlin 1930 sowie: Abänderungsvorschläge der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände zur Schlichtungsordnung, Berlin, im April 1929 (Exemplar in: Bundesarchiv Berlin – im Folgenden: BAArch – R 8034 II/4208, Bl. 178 ff.). Zur Vorbereitung und Bedeutung der Denkschrift des RDI sowie zur bereits an der Jahreswende 1928/1929 begonnenen Kapitaloffensive siehe Reiner Zilkenat: »Der Feind steht links!« Kapitaloffensive gegen Demokratie und Arbeiterbewegung 1929, in: Rundbrief, H. 3–4/2009, S. 26 ff.
- 10 Unverständlich ist, dass Reinhard Neebe behauptet, die in dieser Denkschrift vorgeschlagenen Maßnahmen, seien »durchaus innerhalb des politischen Systems von Weimar durchzusetzen« gewesen. Reinhard Neebe: Konflikt und Ko-

# Schwerindustrielle Verfassung?

Flid und Thyssen fordern den faschistischen „Umbau“ der Republik

Düsseldorf, 11. August. (Eigenbericht.)

Der Arbeitgeberverband für den Bezirk der Nordwestlichen Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller geht in seinem diesjährigen Bericht auf aktuelle wirtschafts- und sozialpolitische Fragen ein. Er wendet sich heftig gegen die bisherige staatliche Lohnpolitik, von der er erklärt, sie sei eine verfehlte Konsumentenpolitik und keine Wirtschaftspolitik gewesen. Der Lohnabbau sei stets von Kosten-, Steuer- und Sozialabgabenerhöhung begleitet gewesen und gleichzeitig mit ihm sei ein Preisabbau verlangt worden, der die löhnmäßige Selbstkostenentlastung stets wieder um ihre Wirkung gebracht habe. In dem Bericht wird dann weiter ausgeführt, daß nur eine grundlegende Reform helfen könne, eine Reform des Staates und seines Verhältnisses zur Wirtschaft.

Es läge vor allem darauf an, die Wirtschaft in verlorengegangene Funktionen wieder einzufügen, Unternehmerfreiheit und Unternehmerverantwortung, die wirtschaftliche und soziale Funktion der Wirtschaft wiederherzustellen. Das sei möglich durch Zulassung freier Lohnfindung im Wege eines Spielraumes innerhalb der laufenden Tarifverträge, deren Einzelarbeitsverträge einen bestimmten erheblichen Hunderteratz zu unterschreiten gestatten müßten. Eine Neugestaltung im großen, Umbau staatszentralistischer Einrichtungen zu Selbstverwaltungseinrichtungen des staatlichen Zwangsrechts zu echtem staatlichem Aufsichtsrecht, der Gewerkschaften zu berufsständischen Arbeitervertretungen, der Tarifverträge zu Tarifgemeinschaften im Rahmen berufsständischer Gemeinschaftsarbeit könne dann dem Fortgang der staatspolitischen Entwicklung überlassen bleiben. Zu den Fragen der Sozialversicherungsreform und der Arbeitsbeschaffung erklärt der Bericht, bei der Arbeitsbeschaffung läge es grundsätzlich darauf an, die Wirtschaft durch Selbstkostenentlastung in den Stand zu setzen, die Arbeit in möglichst breitem Umfange wieder aufzunehmen und das Arbeitslosenheer allmählich wieder aufzulösen. Zwischen Produktions- und Konsumentenpolitik gäbe es keinen Kompromiß. Die Ansprüche des heutigen kollektivistischen Staates würden fast ganz auf den Schultern der breiten Masse des Volkes lasten und könnten sie hier auch nicht in der Gestalt von Steuern eingetrieben werden, so träßen sie doch, indem sie eben aus der Wirtschaftssubstanz entnommen würden, die Ernährung und Existenzgrundlage der Masse, wie sich an dem Stand der Arbeitslosigkeit zeige.

Die Schwerindustriellen, die Hitler finanziert haben, melden jetzt zum Verfassungstag ihre Forderungen an. Flid und seine Kollegen der nordwestlichen Gruppe der Eisen- und Stahlindustriellen sind bankrott. Als Wirtschaftsführer und als Unternehmer haben sie ihre totale Unfähigkeit bewiesen. Nun hoffen sie, sich durch die Politik wieder gesund zu machen. Mit dem unübertreffbaren Ausmaß von Annahme, das sie immer ausgezeichnet hat und mit dem sie bisher die Öffentlichkeit und die bürgerlichen Regierungen geblüffelt und eingeschüchelt haben — nur die Regierung

Hermann Müller widerstand ihnen — wagen es die Bankrotteure Forderungen aufzustellen und Abrechnung zu halten.

Niemand mehr als die Schwerindustriellen ist schuld an der verhängnisvollen Politik des staatlichen Lohnabbaues. Im Mai 1930 wurde diese Politik auf Verlangen der nordwestlichen Gruppe mit einer Lohnsenkung von 7½ Proz. eingefleitet. Dieses Zurückweichen des damaligen Reichsarbeitsminister Stegerwald vor den Flid und Thyssen war der Anfang des staatlichen Lohnabbaues. Er sollte, so behaupteten die Schwerindustriellen, die Arbeitslosigkeit durch Mehrereinstellung von Arbeitslosen beseitigen. Mitte Mai 1930 betrug die Zahl der eingetragenen Arbeitsuchenden rund drei Millionen — Mitte Mai 1932 betrug sie 5 800 000. Nahezu drei Millionen Arbeitslose mehr, eine Verdoppelung seit dem Zurückweichen der amtlichen Lohnpolitik vor den Hintermännern Hitlers, das ist das Ergebnis der Politik der Schwerindustriellen — von dem Zusammenbruch der Wirtschaft nicht erst zu reden. An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen!

Die Folgen auf die öffentlichen Finanzen waren nicht minder katastrophal. Die Ausgaben für Wohlfahrtsunterstützung, für Unterstützung der Erwerbslosen stiegen unheimlich, die Steuereinnahmen gingen zurück. Aus staatlichen Mitteln mußten die bankrotten Privatunternehmen immer wieder gestützt werden. Nach diesem totalen und beispiellosen Zusammenbruch wagen es diese Bankrotteure noch immer als Forderungen aufzutreten und die „Reform des Staates“ im Sinne des Faschismus zu verlangen. Dieselben Herrschaften, die den Einzelunternehmer ausgeschaltet und jeden Außenseiter brutal niederkonkurriert haben, verlangen jetzt „Unternehmerfreiheit“.

Diese Freiheit ist die Knechtung der Arbeiterklasse. Die laufenden Tarifverträge sollen praktisch außer Kraft gesetzt und der „freien Lohnfindung“, dem Lohnraub ein „Spielraum“ gelassen werden. Es gibt also noch Unternehmungen, die noch nicht bankrott sind und schleunigst pleite gemacht werden sollen.

Die Gewerkschaften sind zu beseitigen. An ihre Stelle sollen „berufsständische Arbeitervertretungen“ nach faschistischem Muster treten. Damit fiele das gesamte Koalitionsrecht.

Die Sozialversicherung ist zu beseitigen. Diese Erfüllung des nationalsozialistischen Programms soll auch — wie der bankrotte Lohnabbau — zur „Selbstkostenentlastung“ führen, damit mehr Arbeitslose eingestellt werden können. Daselbe Lied wie im Mai 1930. Die Verdoppelung des Arbeitslosenheeres ist der Erfolg dieser Selbstkostenentlastung. Also zwölf Millionen Arbeitslose?

Und was geschieht mit den Arbeitslosen, Kranken, Alten, Witwen und Waisen, den Unfallverletzten und Kriegsbeschädigten? Will man sie, wie verschiedene nationalsozialistische Schriftsteller fordern, als überflüssigen Ballast auf „medizinischem“ Wege beseitigen?

- operation 1930–1933: Anmerkungen zum Verhältnis von Kapital und Arbeit in der Weltwirtschaftskrise, in: Die Weimarer Republik als Wohlfahrtsstaat. Zum Verhältnis von Wirtschafts- und Sozialpolitik in der Industriegesellschaft, hrsg. v. Werner Abelshauser, Stuttgart 1987, S. 229. Hervorhebung v. Verf. Dies ist um so weniger zutreffend, als die Kommentierungen dieser Denkschrift während der Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie im Dezember 1929 in Berlin durch führende Industrielle und in der »unternehmerfreundlichen« Presse (u. a. Deutsche Allgemeine Zeitung, Berliner Börsen-Zeitung) an Deutlichkeit wenig zu wünschen übrig ließen. Ähnlich wie Neebe wird auch in der ausführlichen Analyse von »Aufstieg oder Niedergang« bei Michael Grübler: Die Spitzenverbände der Wirtschaft und das erste Kabinett Brüning. Vom Ende der Großen Koalition 1929/1930 bis zum Vorabend der Bankenkrise 1931. Eine Quellenstudie, Düsseldorf 1982, S. 55., die Sprengkraft der hier niedergelegten Forderungen für das politische und soziale System der Weimarer Republik und die ihnen immanente Perspektive eines autoritären Regimes verkannt. Siehe zur RDI-Tagung im September 1929 in Düsseldorf, auf der die Publikation einer grundlegenden Denkschrift zur Wirtschafts- und Finanzpolitik beschlossen und mit geharnischten Reden führender Industrieller vorbereitet wurde: Mitgliederversammlung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie vom 20. und 21. September 1929 in Düsseldorf, Berlin 1929 (Veröffentlichungen des RDI, Nr. 48). Siehe auch: Vorwärts, Nr. 440, 22. September 1929: »Abgesteckte Kampfziele. Zur Unternehmertagung in Düsseldorf«; ebenda, Nr. 455, 28. September 1929: »Vor schweren Kämpfen. Das Großkapital rüstet zum Angriff«. Zur Dezember-Tagung des RDI, auf der die Denkschrift präsentiert wurde, siehe Vorwärts, Nr. 583, 23. Dezember 1929: »Die Tagung der Unternehmer«.
- 11 Siehe hierzu Michael Schneider: Unternehmer und Demokratie. Die freien Gewerkschaften in der unternehmerischen Ideologie der Jahre 1918 bis 1933, Bonn und Bad Godesberg 1975. Siehe auch die folgenden Studien von Jürgen John: Verbandspolitik und Rechtentwicklung 1922–1926. Zur politischen Rolle der Spitzenverbände des deutschen Monopolkapitals in der Weimarer Republik, in: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 24, 1981, S. 127 ff.; Die Faschismus-»Kritik« in der Zeitschrift »Der Arbeitgeber«. Zur Politik der Spitzenverbände der deutschen Monopolbourgeoisie 1923/1924–1932, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (im Folgenden: ZfG), 30. Jg., 1982, H. 12, S. 1072 ff.; Industrieverbände und Politik. Entwicklungstendenzen im kapitalistischen Deutschland bis 1933, in: ZfG, 34. Jg., 1986, H. 11, S. 976 ff.; Ernst v. Borsigs »Betrachtungen zur Sozialpolitik 1927«, in: ZfG, 37. Jg., 1989, H. 12, S. 1083 ff.
  - 12 Siehe Reiner Zilkens: »Eine schwarze Stunde für Deutschland!« Die NSDAP und die Reichstagswahlen vom 14. September 1930, in: Rundbrief, Heft 3–4/2010, S. 60 ff.
  - 13 Gerald D. Feldmann: Die Allianz und die deutsche Versicherungswirtschaft 1933–1945, München 2001, S. 78.
  - 14 Die in diesem Beitrag angeführten Funktionen von Großindustriellen, Managern und Bankiers, die den Faschismus unterstützten, habe ich folgenden zeitgenössischen Veröffentlichungen entnommen: Handbuch der deutschen Wirtschaft 1927, hrsg. v. Alfons Nobel, Berlin und Leipzig 1927; Deutscher Wirtschaftsführer. Lebensgänge deutscher Wirtschafts-Persönlichkeiten, bearb. v. Georg Wenzel, Hamburg u. a. 1929; Handbuch der deutschen Gesellschaft. Das Handbuch der Persönlichkeiten in Wort und Bild, Berlin 1931, 2 Bde.; Degeners Wer ist's?, verschiedene Jahrgänge. Außerdem: Neue Deutsche Biografie, diverse Bände; Hermann Weiß, Hrsg.: Biographisches Lexikon zum Dritten Reich, Frankfurt a. M. 2002. Herangezogen wurden auch zeitgenössische Zeitungs- und Zeitschriftenartikel sowie Protokolle von Verbandstagungen. Angaben aus der Sekundärliteratur wurden in der Regel nicht übernommen; bei sich widersprechenden Angaben, die nicht zweifelsfrei überprüft werden konnten, werden die angeblich ausgeübten Funktionen nicht genannt.
  - 15 Siehe Henry A. Turner: Faschismus und Kapitalismus in Deutschland, S. 60 ff., der allerdings die bedeutsame Rolle Kirdorfs, Adolf Hitler und seine Partei in den Kreisen der Mächtigen von Rhein und Ruhr »gesellschaftsfähig« zu machen, sehr stark relativiert. Dagegen wird die große Autorität und der Einfluss Kirdorfs unter den Großindustriellen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet angemessen bewertet bei Kurt Gossweiler, Hitler und das Kapital 1925–1928, S. 479 f., 483 f., 486 ff., bes. 492 ff.
  - 16 Siehe Johannes Leicht: Heinrich Claß 1868–1953. Die politische Biographie eines Alldeutschen, Paderborn 2012, S. 116 f., 173 f., 212 f., 216 f., 230 f., und 248 f.
  - 17 Siehe BAArch, R 8048/256, Bl. 71 ff.
  - 18 Siehe Rheinisch-Westfälische Zeitung, Nr. 377, 28. Juli 1935: »Begegnung mit Adolf Hitler. Eine Unterredung mit Emil Kirdorf« und Thomas Trumpf: Zur Finanzierung der NSDAP durch die deutsche Großindustrie. Versuch einer Bilanz, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 32. Jg., 1981, H. 4, S. 226. Das Gespräch Hitlers mit Kirdorf fand am 4. Juli 1927 in der Villa von Elsa Bruckmann statt, der Ehefrau des wohlhabenden Münchner Verlegers Hugo Bruckmann.
  - 19 Siehe Henry A. Turner: Die Bauunternehmer und der Aufstieg Hitlers, Berlin 1985, S. 416.
  - 20 Berliner Lokal-Anzeiger, Nr. 397, 23. August 1930: »Eine Erklärung Kirdorfs«. Der spätere Nazi-Journalist August Heinrichsbauer, der über exzellente Verbindungen zu den Mächtigen an Rhein und Ruhr verfügte und in deren Auftrag einen Pressedienst (»Rheinisch-Westfälische Wirtschaftskorrespondenz«) herausgab und redigierte sowie regelmäßig als Autor in der von der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände herausgegebenen Zeitschrift »Der Arbeitgeber« hervortrat, würdigte auf der Titelseite der »Berliner Börsen-Zeitung« Kirdorfs »Verdienst« anlässlich seines 80. Geburtstages: »Einem Großen zu Ehren! Emil Kirdorf zum 80. Geburtstag«, in: Berliner Börsen-Zeitung, Nr. 165, 8. April 1927. Hier hieß es u. a. in unfreiwilliger Komik: »Weder geldlicher Gewinn noch Hang zum Beherrschen sind für das Lebenswerk Kirdorfs ausschlaggebend gewesen, sondern die reinen Tugenden der pflichtbewussten Tat, des freudigen Schaffens an der Wirtschaft ... Sozial-reaktionär ist Kirdorf nie gewesen.« Er sei vielmehr der »Repräsentant des vollendetsten Arbeitertypus.«
  - 21 Siehe Kurt Pätzold und Manfred Weißbecker: Geschichte der NSDAP 1920–1945, Köln 1981, S. 88 ff.
  - 22 Zitiert nach dem Quellenanhang bei Reinhard Kühnl: Die nationalsozialistische Linke, Meisenheim am Glan 1966, S. 289.
  - 23 Vorwärts, Nr. 537, 13. November 1928.
  - 24 Siehe Henry A. Turner: Faschismus und Kapitalismus in Deutschland, S. Siehe auch Wolfgang Ruge: Die »Deutsche Allgemeine Zeitung« und die Brüning-Regierung. Zur Rolle der Großbourgeoisie bei der Vorbereitung des Faschismus, in: ZfG, 16. Jg., 1968, H. 1, S. 19 ff.
  - 25 Siehe z. B. Bundesarchiv – Zwischenarchiv Hoppegarten – R 13 I/403, Bl. 44: Aufzeichnung des Geschäftsführers des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller und Reichstagsabgeordneten der DNVP, Dr. Jakob W. Reichert, vom 3. Dezember 1930 (Handschriftlicher Vermerk Reicherts: »Nicht für die Presse«), wo es um die in der »Ruhrlade« abgesprochene Strategie der Industriellen anlässlich des Ruhrbergarbeiterstreiks an der Jahreswende 1930/1931 ging.
  - 26 Hitler aus nächster Nähe. Aufzeichnungen eines Vertrauten (Otto Wagener) 1929–1932, hrsg. v. Henry A. Turner, Frankfurt a. M. u. a. 1978, S. 441. Ebenda, S. 390, vermerkt Wagener, dass Göring »von der Ruhrindustrie« monatlich 3.000 Reichsmark zur Verfügung gestellt worden seien.
  - 27 Siehe Thomas Trumpf: Zur Finanzierung der NSDAP, S. 229.
  - 28 Goebbels notierte über Thyssen am 18. Januar 1932 in sein Tagebuch: »Er ist der Schneidigste. Und er hat mich sehr gerne. Hat einen klaren Kopf.« Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte hrsg. v. Elke Fröhlich, Teil I, Bd. II/2, bearb. v. Angela Hermann, München 2004, S. 198.
  - 29 Zitiert nach: Reinhard Neebe: Großindustrie, Staat und NSDAP 1930–1933. Paul Silverberg und der Reichsverband der Deutschen Industrie in der Krise der Weimarer Republik, Göttingen 1981, S. 86. Zur zeitgenössischen Berichterstattung über diesen Vorfall siehe: Der Tag, Nr. 284, 28. November 1930 sowie Berliner Lokal-Anzeiger, Nr. 561, 28. November 1930. Bei dieser Tagung war auch Hans Luther zugegen, der Präsident der Deutschen Reichsbank.
  - 30 Siehe Heinrich Brüning: Memoiren 1918–1934 (Taschenbuchausgabe), München 1972, Bd. 2, u. a. S. 442, 479 f., 542 f. und 551.
  - 31 Der Angriff, Nr. 1, 2. Januar 1932: »Die zweite Angriffswelle«.
  - 32 Siehe hierzu Sven Reichardt: Faschistische Kampfbünde. Gewalt und Gemeinschaft im italienischen Squadismus und in der deutschen SA, Köln u. a. 2002; Oliver Reschke: Der Kampf der Nationalsozialisten um den roten Friedrichshain (1925–1933), Berlin 2004; derselbe: Der Kampf um die Macht in einem Berliner Arbeiterbezirk. Nationalsozialisten am Prenzlauer Berg 1925–1933, Berlin 2008; Reiner Zilkens: Die SA – Bürgerkriegsarmee und Massenorganisation des deutschen Faschismus, in: Rundbrief, H. 4/2004, S. 29 ff. Zum Gesamtzusammenhang politisch motivierter Gewalt in der Spätphase der Weimarer Republik siehe Dirk Blasius: Weimars Ende. Bürgerkrieg und Politik 1930–1933, Göttingen 2005 u. ö.
  - 33 Siehe Reinhard Kühnl: Die nationalsozialistische Linke, S. 248 ff. und 292 ff. sowie Markus März: Nationale Sozialisten in der NSDAP. Strukturen, Ideologie, Publizistik und Biographien des national-sozialistischen Strasser-Kreises von der AG Nordwest bis zum Kampf-Verlag 1925–1930, Graz 2010, S. 332 ff.
  - 34 Siehe Der Nationale Sozialist, Folge 110, 3. Juli 1930: Otto Strasser: »Die Sozialisten verlassen die NSDAP«.
  - 35 Siehe Kurt Pätzold und Manfred Weißbecker: Adolf Hitler. Eine politische Biographie, Leipzig 1999, S. 163 ff.; Kurt Gossweiler: Die Strasser-Legende. Auseinandersetzung mit einem Kapitel des deutschen Faschismus, Berlin 1994, bes. S. 18 ff. Siehe auch die Materialien zu den »Revolutionären Nationalsozialisten« um Otto Strasser in: BAArch, R 8034 II/8692 und R 1501/126071a, darunter auch seine Schrift »Ministersessel oder Revolution? Eine wahrheitsgemäße Darstellung meiner Trennung von der NSDAP«, Berlin o. J. (1930).
  - 36 Siehe Axel Schildt: Militärdiktatur mit Massenbasis? Die Querfrontkonzeption der Reichswehrführung am Ende der Weimarer Republik, Frankfurt a. M. und New York 1981; Hans Mommsen: Aufstieg und Untergang der Republik von Weimar, 2. Ausgabe, München 2001, S. 593 ff.
  - 37 Siehe Verhandlungen des Reichstags, Bd. 446, 62. Sitzung, 10. Mai 1932, S. 2510 ff., wo er zum Entsetzen der industriellen Helfershelfer der NSDAP

»die große antikapitalistische Sehnsucht« beschwor, »die heute vielleicht schon 95 Prozent unseres Volkes bewusst und unbewusst erfasst hat« (S. 2511), ferner die Führung des ADGB für ihre Arbeitsbeschaffungsvorschläge ausdrücklich lobte, ja ihnen sogar ein kaum verhülltes Angebot zur Zusammenarbeit unterbreite (S. 2512) sowie für eine staatliche Kontrolle des Lebensmittelmarktes plädierte (S. 2517). Darüber hinaus steigerte er sich zu der Aussage, dass man bei »Arbeitsbeschaffungsplänen einen Begriff ganz und gar außer Kraft setzen muss, den Begriff der kapitalistischen Rentabilitätsberechnungen. Es darf nicht danach gefragt werden, wie viel von dieser Arbeit dem Geldgeber an Zinsen wieder in die Kasse zurückfließt« (S. 2519). Auszüge aus Strassers Rede und aus der Replik Rudolf Hilferdings (SPD) finden sich im obigen »Zitatkasten«. Siehe auch Strassers bei Industriellen umstrittene Rede vom 20. Oktober 1932, die wiederum Vorschläge für staatliche Initiativen und Kontrollmöglichkeiten bei der Bekämpfung der Wirtschaftskrise enthielt: Das wirtschaftliche Aufbauprogramm der NSDAP. Eine Rede Gregor Strassers. Gehalten vor 15.000 nationalsozialistischen Betriebszellenmitgliedern am 20. Oktober 1932 im Berliner Sportpalast, Berlin 1932 (Exemplar in: BArch, R 1501/126133).

38 Siehe Michael Schneider: Das Arbeitsbeschaffungsprogramm des ADGB. Zur gewerkschaftlichen Politik in der Endphase der Weimarer Republik, Bonn und Bad Godesberg 1975; derselbe: Arbeitsbeschaffung. Die Vorstellung von Freien Gewerkschaften und SPD zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise, in: Sozialdemokratische Arbeiterbewegung und Weimarer Republik. Materialien zur gesellschaftlichen Entwicklung 1927–1933, hrsg. v. Wolfgang Luthardt, Frankfurt a. M. 1978, 1. Bd., S. 220 ff.

39 Siehe Bundesarchiv – Zwischenarchiv Hoppegarten – R 13/III 14, unfol.

40 Siehe Vorwärts, Nr. 163, 6. April 1930: »Bergmann-Abschluss«; ebenda, Nr. 179, 16. April 1930: »Konjunktur bei Bergmann. Das Auslandsgeschäft belebt sich wieder.«; ebenda, Nr. 220, 13. Mai 1930: »Orenstein hamstert Reserven«.

41 Siehe Deutsche Allgemeine Zeitung, Nr. 68, 10. Februar 1930: »Amerikaner übernehmen Telephon Berliner«.

42 Siehe Vorwärts, Nr. 212, 8. Mai 1930: »Lorenz AG deutsch-amerikanisch«; ebenda, Nr. 284, 22. Juni 1930: »Großes Geschäft bei Lorenz«; »Neue Elektroindustrie – Konzentrationsvorgänge«, in: Wochenbeilage für die Mitglieder der Verwaltungsstelle Berlin des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, in: Metallarbeiter-Zeitung, Nr. 24, 14. Juni 1930, S. 1 f.; ebenda, Nr. 30, 26. Juli 1930, S. 1 f.: »Der Aufbau der International Telephone and Telegraph Company«.

43 Siehe zu den überaus komplizierten Charakteristika dieser Anleihe den mehrseitigen Verkaufsprospekt der Siemens-und-Halske-AG, in: Berliner Börsen-Zeitung, Nr. 436, 18. September 1930. Siehe auch Wochenbeilage für die Mitglieder der Verwaltungsstelle Berlin des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, in: Metallarbeiter-Zeitung, Nr. 8, 22. Februar 1930, S. 1: »Siemens, General Electric und die Folgen« und Berliner Tageblatt, Nr. 517, 1. November 1930: »Siemens-Debentures und die Dividendenfrage«.

44 Siehe Deutsche Allgemeine Zeitung, Nr. 33, 21. Januar 1930; »AEG 9 Prozent« sowie Kurt Gossweiler: Großbanken-Industriemonopole-Staat. Ökonomie und Politik des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland 1914–1932, Berlin 1971, S. 330 f.

45 Siehe BArch, R 3101/631, Bl. 328 ff.: Wochenübersichten der Deutschen Reichsbank für das Reichswirtschaftsministerium, die Aktiva und Passiva der Reichsbank betreffend. Zwischen dem 1. Juli und dem 15. Oktober 1930 reduzierte sich der Bestand an Gold und Devisen wertmäßig von 2,62 auf 2,18 Milliarden bzw. von 459 auf 174 Millionen Reichsmark.

# Die rote Einheitsfront

Preis 10 Pf. Nr. 6

Diskussionsorgan der Roten Einheitsfront

Anfang Juli 1932  
3. Jahrgang



## ANTIFASCHISTISCHE AKTION

Die von Ernst Thälmann im November 1931 ausgerufene »Rote Einheitsfront« sollte eine »Einheitsfront von unten« sein – ohne und gegen die Führung der SPD.

46 Siehe Robert Kuczynski: Wallstreet und die deutschen Anleihen. Bankierprofite und Publikumsverluste, Berlin 1933, wo auf den S. 12 ff. eine Auflistung aller deutschen Anleihen, die an der New Yorker Börse gehandelt wurden, einschließlich Höhe des aufgenommenen Kapitals, Name der konsortialführenden Bank, Laufzeit und Höhe des Zinssatzes, erfolgt.

47 Die damalige Funktion des Delegierten eines Aufsichtsrates ist nach heutigem Aktienrecht nicht zulässig. Sie bedeutete, dass diese Person nicht nur den Vorstand zu kontrollieren, sondern selbst geschäftsführende Kompetenzen zuerkannt bekommen hatte.

48 Carl F. v. Siemens: Die gegenwärtige Lage Deutschlands. Rede, gehalten auf dem Essen der General Electric Company am 27. Oktober 1931 in New York o.O.u.J. (ein hektographiertes Exemplar fand sich in: Zentrales Staatsarchiv der DDR Potsdam, Büro des Reichspräsidenten, Nr. 296. Zitate: S. 5 und 7 f. Hervorhebung von mir – R.Z. Die Rede ist auszugsweise abgedruckt in: Dokumente zur deutschen Geschichte 1929–1933, hrsg. v. Wolfgang Ruge und Wolfgang Schumann, Berlin 1975, S. 44 f.

- 49 Siehe Dirk Walter: Antisemitische Kriminalität und Gewalt. Judenfeindschaft in der Weimarer Republik, Bonn 1999, S. 200 ff.; Cornelia Hecht: Deutsche Juden und Antisemitismus in der Weimarer Republik, Bonn 2003, S. 187 ff.; Reiner Zilkens: Der »Kurfürstendamm-Krawall« am 12. September 1931. Vorgeschichte, Ablauf und Folgen einer antisemitischen Gewaltaktion, in: Rundbrief, H. 2/2011, S. 42 ff.
- 50 Siehe z. B. Goebbels' Aussage während einer Massenversammlung im November 1930 im Berliner Sportpalast: »Es ist gefragt worden: Werden Köpfe rollen? Und unsere Antwort lautet: Jawohl. Sie werden einmal ganz verfassungsmäßig und legal rollen. (...) Die Abrechnung wird durch einen ganz legalen Staatsgerichtshof erfolgen.« Der Angriff, Nr. 100, 22. November 1930: »Freiheitssturm im Sportpalast.« Der von Januar 1930 bis April 1931 in Thüringen regierende Nazi-Innenminister Wilhelm Frick erklärte auf einer Kundgebung in Wuppertal am 29. September 1931: »Wir Nationalsozialisten werden, falls wir die Macht haben, innerhalb 24 Stunden mit dem roten Mordgesindel aufräumen.« Völkischer Beobachter, Nr. 275, 2. Oktober 1931.
- 51 H. R. Knickerbocker: Kommt Europa wieder hoch? Berlin 1932, S. 205 und 214.
- 52 Kritisch befasste sich immer wieder Reichsbankpräsident Hans Luther, ganz im Sinne der exportorientierten Industrie, mit den Autarkie-Forderungen der Nazi-Partei, die übrigens von seinem Amtsvorgänger Hjalmar Schacht weitgehend geteilt wurden. Am 5. Oktober 1932 führte er vor dem Hauptausschuss des Deutschen Industrie- und Handelstages aus: »Wir können nur bestehen, wenn wir wieder einen relativ freien Warenverkehr haben. Wir können als deutsches Volk ohne einen starken Export einfach nicht existieren (Zurufe: Sehr richtig!)« In dieser Rede trat Luther folgerichtig auch für den Abbau der Zölle und gegen Kontingentierungen im internationalen Handelsverkehr ein. Er hob hervor, dass nach seiner Auffassung gerade die gegenseitige Abschottung der Volkswirtschaften eine der Krisenursachen sei. Siehe BArch, R 2501/7028, Bl. 2 und 4. Gegen Luthers Anschauungen polemisierte der »Völkische Beobachter« in mehreren Leitartikeln. Siehe u. a. Völkischer Beobachter, Nr. 233, 20. August 1932; Dr. Herbert Albrecht: »Nationalsozialismus und Autarkie« und ebenda, Nr. 264, 20. September 1932; Dr. Rudolf Albert: »Nationale Wirtschaft oder Weltwirtschaft?«.
- 53 Die NSDAP erreichte bei den Wahlen zum Reichstag 37,4 Prozent der Stimmen und stellte mit 230 Abgeordneten die mit Abstand stärkste Fraktion. Auf die SPD entfielen 21,6, auf die KPD 14,5 Prozent der Stimmen und 133 bzw. 89 Mandate.
- 54 Bei den Wahlen zum Preußischen Landtag erreichte die NSDAP 162 Mandate, die SPD und die KPD entsandten 94 bzw. 57 Abgeordnete. Bei den am gleichen Tag in Bayern durchgeführten Landtagswahlen gewannen die NSDAP 43, die SPD 20 und die KPD 8 Sitze.
- 55 Siehe Hitler aus nächster Nähe, S. 474 ff.;
- 56 Der Angriff, Nr. 50, 22. Juni 1930: Joseph Goebbels: »Regierungsbeteiligung«.
- 57 Siehe die Rede von Goebbels während der Versammlung des Landesverbandes Potsdam II der DNVP am 19. Oktober 1932, wo er u. a. ausführte, dass die NSDAP als »Weltanschauungspartei« einen »Anspruch auf Totalität« erhebe und dass es das »Verdienst Hitlers« sei, »Menschen in der NSDAP organisiert zu haben, die nie zu einer bürgerlichen Partei gegangen« wären, »weil eine bürgerliche Partei in ihrem Auftreten, ihrem ganzen Stil dem inneren Empfinden dieser Menschen diametral entgegengesetzt ist.« Der Monarchismus der Deutschnationalen könne »nicht ernst genommen werden«. Als Goebbels von der Versammlungsleitung das Wort entzogen bekommt, endet die Veranstaltung in der Neuköllner »Neuen Welt« im Chaos! BArch, R 8005/60, Bl. 98, 102 f. und 100. Zu den oft gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen der NSDAP/SA und dem Stahlhelm-Bund der Frontsoldaten siehe die Materialien in: BArch, R 1501/126059, 126065, 126183, Bl. 32 ff.
- 58 Nach der Meinung Otto Wageners konnten die Auffassungen Kepplers »eher als wirtschaftsreaktionär als den sozialistischen Notwendigkeiten entgegenkommend oder sie überhaupt erkennend bezeichnet werden«. Hitler aus nächster Nähe, S. 442.
- 59 Siehe Dirk Stegmann: Zum Verhältnis von Großindustrie und Nationalsozialismus 1930–1933. Ein Beitrag zur Vorgeschichte der sog. Machtergreifung, in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. XIII, 1973, S. 426 f.
- 60 Zitiert nach ebenda, S. 450.
- 61 Siehe ebenda, S. 425 f. Zu den Finanziers der »Arbeitsstelle Schacht«, die ihre Räumlichkeiten am Schöneberger Ufer 39 in Berlin bezog, gehörten Schacht, Thyssen und Vögler sowie Paul Reusch, Vorstandsvorsitzender der Gutehoffnungshütte in Oberhausen und Präsidiumsmitglied des RDI sowie Fritz Springorum, Vorstandsvorsitzender der Hoesch AG. Insgesamt waren 27.000 RM zur Verfügung gestellt worden.
- 62 Deutsche Bergwerks-Zeitung, Nr. 105, 5. Mai 1929: »Drehpunkte der deutschen Wirtschaftspolitik«.
- 63 Siehe die biographische Skizze von Arnim Plett: Ein Mann (in) seiner Zeit – Ewald Hecker, Vorsitzender des Aufsichtsrats der Ilseder Hütte (1929–1945), in: Braunschweigesches Jahrbuch für Landesgeschichte, Bd. 86, 2005, S. 109 ff.
- 64 Zu den wichtigsten Kunden, die mit Erzen der Ilseder Hütte beliefert wurden, zählten im rheinisch-westfälischen Industrierevier u. a. die Gelsenkirchener Bergwerks AG, die Gutehoffnungshütte, die Hoesch AG und die Kruppwerke. Siehe Bundesarchiv – Zwischenarchiv Hoppegarten – R 13 I/284, Bl. 168 f. Die der Ilseder Hütte gehörenden Gruben bargen nach dem Ende des Ersten Weltkrieges etwa 300 Millionen Tonnen Eisenerze. Siehe ebenda, Bl. 20.
- 65 Siehe Akten der Reichskanzlei. Die Kabinett Brüning I und II, bearb. v. Tilman Koops, Boppard am Rhein 1982, Bd. 2, u. a. S. 1329, 1331, 1333, 1342, 1480 (Anm. 7), 1555, 1585, 1606 und 1619; Bd. 3, S. 1841 ff. Reinhart trat hier u. a. gegen die Verordnung von »Bankfeiertagen«, die Konstituierung einer eigenständigen Bankenaufsicht und die Neuorganisation des deutschen Bankensystems auf.
- 66 Heinrich Brüning: Memoiren 1918–1934, Bd. 1., S. 411. Ebenda, Bd. 2, S. 483, teilt Brüning seine zutreffende Beobachtung mit, dass Reinhart dem DNVP-Vorsitzenden »Hugenberg und den Nazis persönlich sehr nahestand«. Ebenda, S. 670, nennt er ihn sogar einen »Bewunderer von Hitler«.
- 67 Siehe Hitler aus nächster Nähe, S. 455 ff. sowie Die Tagebücher des Joseph Goebbels. Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte hrsg. v. Elke Fröhlich, Teil I, Bd. 2/II, Juli 1931 – September 1932, bearb. v. Angela Hermann, Berlin 2004, z. B. S. 246 (20. März 1932); S. 342 (16. August 1932); S. 343 (18. August 1932); S. 345 (22. August 1932); S. 363 (13. September 1932).
- 68 Siehe hierzu Gerald D. Feldman: Die Allianz und die deutsche Versicherungswirtschaft 1933–1945, S. 87 f.
- 69 Siehe Hitler aus nächster Nähe, u. a. S. 373, 375 ff. und 392 ff.
- 70 Siehe ebenda, S. 395 f.
- 71 Ebenda, S. 374.
- 72 Tagung der Deutschen Industrie in Berlin am 26. und 27. März 1924 (V. ordentliche Mitgliederversammlung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie und der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände), Berlin 1924, S. 33, 35, 36 und 38.
- 73 Zitiert nach: Ulrike Hörster-Philipp: Wer war Hitler wirklich? Großkapital und Faschismus 1918–1945. Dokumente, Köln 1978, S. 137.
- 74 Siehe hierzu u. a. die folgenden, besonders informativen Presseartikel: Berliner Tageblatt, Nr. 583, 9. Dezember 1932: »Konflikt Hitler-Strasser«; Vorwärts, Nr. 579, 9. Dezember 1932: »Krach in der Hitler-Partei«; Berliner Tageblatt, Nr. 584, 9. Dezember 1932: »Die Führerkrise in der NSDAP«; Frankfurter Zeitung, Nr. 921, 10. Dezember 1932: »Der Konflikt in der NSDAP«; Berliner Tageblatt, Nr. 585, 10. Dezember 1932: »Die Palastrevolution gegen Hitler«; ebenda, Nr. 588, 12. Dezember 1932: »Mann über Bord« und ebenda, Nr. 596, 16. Dezember 1932: »Hitlers Hausmacht«.
- 75 Siehe Gottfried Feder: Das Programm der N.S.D.A.P. und seine weltanschaulichen Grundgedanken, 41.–50. Aufl., München 1931, bes. S. 28 ff. (zur »Brechung der Zinsknechtschaft«, S. 35 f. (wirtschafts-, finanz- und sozialpolitische Grundsätze); 45 ff. (ausführliche Erläuterungen zu den wirtschafts-, finanz- und sozialpolitischen Zielen der Nazi-Partei). An mehreren Stellen dieses vor antisemitischen Tiraden nur so strotzenden Textes ist unterschiedslos z. B. von »dem« Bankkapital (S. 45 ff.) und »den« Warenhäusern (S. 47 f.) die Rede.
- 76 Siehe Hitler aus nächster Nähe, S. 217 und zu seiner ABERBERUNG, die er als Bitte um seine Entlassung schildert, ebenda, S. 475 ff.
- 77 Der Angriff, Nr. 125, 16. Juni 1932: »Anordnungen der Reichsleitung der NSDAP«. Zur Entmachtung von Gregor Strasser und Gottfried Feder siehe die ausführliche Darstellung bei Joachim Petzold: Die Demagogie des Hitlerfaschismus. Die politische Funktion der Naziideologie auf dem Wege zur faschistischen Diktatur, Berlin 1982, S. 364 ff. Siehe auch Dirk Stegmann: Zum Verhältnis von Großindustrie und Nationalsozialismus 1930–1933, S. 429 ff.
- 78 Einige seiner wichtigsten Leitartikel waren: »Deutschlands wirtschaftliche und soziale Erneuerung«, in: Berliner Börsen-Zeitung, Nr. 207, 5. Mai 1929, wo es u. a. hieß: »Der neuzeitliche, sozial gebundene Kapitalismus will auch nur verdienen, um der Allgemeinheit zu dienen. (...) Der Gesunde zahlt heute für den Kranken, der Starke für den Schwachen, der Fleißige für den Faulen ... So entsteht geradezu eine Rentenhysterie im deutschen Volk.« – »Heraus aus dem Wirtschaftslelnd!«, in: ebenda, Nr. 511, 1. November 1929, wo Funk u. a. ausführte: »Die Stunde des deutschen Bürgertums ist gekommen. Wird der Zeitpunkt für ein entschiedenes Handeln verpasst, so wird er vielleicht nicht wiederkehren, denn starke, antibürgerliche Strömungen sind in Deutschland lebendig. (...) Deutschland hat sich kapitalistisch schwer versündigt, und das Vertrauen des Kapitals wird erst wieder einkerhen, wenn es die Sicherheit hat, dass es in Deutschland Schutz findet und dass es in der deutschen Wirtschaft rentabel arbeiten kann. (...) Wer die Gesundung der deutschen Wirtschaft, wer heraus aus dem Wirtschaftslelnd will, muss hinein in die bürgerliche, in die kapitalistische Einheitsfront.« – »Der Weg zur wirtschaftlichen und finanziellen Gesundung und Befreiung in Deutschland und in der Weltwirtschaft«, in: ebenda, Nr. 95, 26. Februar 1930. Hier rechtfertigte er die Kapitalflucht aus Deutschland gegenüber daran laut gewordener Kritik mit folgenden Formulierungen: »Und wenn heute das deutsche Kapital ins Aus-

- land flüchtet und dort bei 4 Prozentiger Verzinsung Anlage sucht, während in Deutschland 8-, 10- und mehrprozentige Verzinsungsmöglichkeiten vorhanden sind, so muss man diesen Leuten immer wieder sagen, dass auch sie einem Trugschluss zum Opfer fallen, denn wenn unsere erstklassigen Anlagen in Deutschland nicht mehr sicher sind, dann ist auch das Leben in Deutschland nicht mehr sicher!« – »Wirtschaft und Politik. Was die Wirtschaft von der neuen Regierung verlangen muss«, in: ebenda, Nr. 153, 1. April 1930. Hier wirbt Funk offen für die Einführung diktatorischer Verhältnisse: »Die wirtschaftlichen Probleme in Deutschland sind so schwierig, und von so schicksalhafter Bedeutung, dass sie nur von einer starken, durch Parteirücksichten nicht gehemmten Regierungsgewalt und nur ganz systematisch und rigoros von einer zentralen Macht- und Kraftstelle aus gelöst werden können.« – »Der Kampf um Deutschlands wirtschaftliche und soziale Erneuerung«, in: ebenda, Nr. 555, 28. November 1930. Funk ergreift in diesem Leitartikel – wenn auch verkläuselt – die Partei Hitlers und der NSDAP. Er schreibt u. a.: »Wir denken und handeln in Deutschland heute im allgemeinen nur noch in Gremien, Kollegien, Organisationen und Parteien. Es darf aber in Deutschland nur eine Organisation geben, nämlich den sozialen Staat mit frei schaffenden, sich selbst und der Gesamtheit voll verantwortlichen Volksgenossen, und es darf nur eine Partei in Deutschland geben, nämlich die Partei der nationalen Freiheit und Würde. (...) Dem Manne, der das Ziel der deutschen Befreiung klar aufzeigt und unnachlässig verfolgt, und der mit dem Willen zur Tat auch den Willen zur Macht verbindet, wird das Volk über die Parteien hinweg Gefolgschaft leisten. Möge dem deutschen Volke dieser Führer erstehen, ehe es zu spät ist.« Die Inhalte dieser und vieler anderer, ähnlich argumentierender Leitartikel qualifizierten Funk zum Leiter aller Wirtschaftsabteilungen der National-»sozialistischen« Deutschen »Arbeiter«partei!
- 79 Manfred Asendorf: Hamburger Nationalklub, Keppler-Kreis, Arbeitsstelle Schacht und der Aufstieg Hitlers, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, 2. Jg., 1987, H. 3, S. 128.
- 80 Hitler aus nächster Nähe, S. 479.
- 81 Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg 14. November 1945 – 1. Oktober 1946, Bd. XIII, S. 161 f.
- 82 Siehe Frank Deppe und Wittich Roßmann: Wirtschaftskrise, Gewerkschaften, Faschismus. Dokumente zur Gewerkschaftspolitik 1929–1933, Köln 1981, S. 201 ff.; Henryk Skrzypczak: »Revolutionäre« Gewerkschaftspolitik in der Weltwirtschaftskrise – Der Berliner Verkehrsarbeiterstreik 1932, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Heft 4–5/1983, S. 264 ff. Demnächst: derselbe: Der Berliner Verkehrsarbeiterstreik im November 1932. Legenden und Realitäten. Mit einer Einleitung von Reiner Zilkenat, Berlin 2012 (Beiheft der »Mitteilungen« des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung e. V.).
- 83 Zitiert nach: Kurt Goßweiler: Aufsätze zum Faschismus, S. 68 (Zitat aus den Akten des Büros des Reichspräsidenten). Hervorhebungen von mir R.Z.
- 84 Siehe Reiner Zilkenat: Die SA – Bürgerkriegsarmee und Massenorganisation des deutschen Faschismus, S. 30 f.
- 85 Siehe BArch, R 72/308, Bl. 19 ff. und 219.
- 86 Siehe ebenda, R72/157, Bl. 96 ff. Die genannten Personen gehörten zu den Ehrengästen des 12. Reichsfrontsoldatentages des Stahlhelms in Breslau Ende Mai/Anfang Juni 1931.
- 87 Siehe z. B. BArch, NS 20/76; Eberhard Czichon: Wer verhalf Hitler zur Macht? S. 41 ff. und 64 ff.; Axel Kuhn: Die Unterredung zwischen Hitler und Papen im Haus des Barons von Schröder, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 24. Jg., 1973, H. 12, S. 709 ff.; Kurt Pätzold und Manfred Weißbecker: Geschichte der NSDAP 1920–1945, S. 197 ff.; Joachim Petzold: Die Demagogie des Hitlerfaschismus, S. 385 ff.; derselbe: Großbürgerliche Initiativen für die Berufung Hitlers zum Reichskanzler. Zur Novemberpetition von 1932 des Keppler-Kreises deutscher Bankiers, Großindustrieller, Übersekaufleute und Großgrundbesitzer, in: ZfG, 31. Jg., 1983, H. 1, S. 38 ff. (hier dokumentiert der Autor einige der im BArch, NS 20/76 aufbewahrten, sehr aussagekräftigen Dokumente zu unserer Thematik); Manfred Asendorf: Nationalsozialismus und Kapitalstrategien, in: 1933 – Wege zur Diktatur. Ausstellungskatalog, (West-) Berlin 1983, S. 165 ff.; derselbe: Hamburger Nationalklub, Keppler-Kreis, Arbeitsstelle Schacht und der Aufstieg Hitlers, S. 134 ff.

- 88 Dirk Stegmann: Das Verhältnis von Großindustrie und Nationalsozialismus 1930–1933, S. 428.
- 89 Siehe Joachim Petzold: Konservative Theoretiker des deutschen Faschismus. Jungkonservative Ideologen in der Weimarer Republik als geistige Wegbereiter der faschistischen Diktatur, 2., überarbeitete und ergänzte Aufl., Berlin 1982, S. 129 ff. und Yuji Ishida: Jungkonservative in der Weimarer Republik. Der Ring-Kreis 1928–1933, Frankfurt a.M. u. a. 1988.
- 90 Siehe Frank Deppe und Wittich Roßmann: Wirtschaftskrise, Gewerkschaften, Faschismus, S. 237 ff.; Heinrich August Winkler: Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik, Berlin und Bonn 1987, S. 810 ff., bes. 817 ff.
- 91 BArch, R 8048/171, Bl. 12
- 92 Ebenda, Bl. 13.
- 93 Ehrenpromotion Wolfgang Ruge, Friedrich-Schiller-Universität Jena 1988, S. 7.
- 94 Siehe hierzu Kurt Gossweiler: Die Röhm-Affäre. Hintergründe-Zusammenhänge-Auswirkungen, Köln 1983; derselbe: Aufsätze zum Faschismus, S. 131 ff.
- 95 Siehe zum Antisemitismus bei den Nazis und vorhandenen Übereinstimmungen mit ihren konservativen Bündnispartnern Reinhard Rürup: Das Ende der Emanzipation: Die antijüdische Politik in Deutschland von der »Machtergreifung« bis zum Zweiten Weltkrieg, in: Die Juden im Nationalsozialistischen Deutschland, hrsg. v. Arnold Paucker, Tübingen 1986, S. 100 f.: »Man darf ... nicht übersehen, dass die Aufhebung der Rechtsgleichheit und die Bekämpfung eines angeblich zu großen und schädlichen »jüdischen Einflusses« auf die deutsche Gesellschaft von einem **breiten antisemitischen Konsens der politischen Rechten in Deutschland** getragen wurde. Nicht nur die Nationalsozialisten, sondern auch die Deutschnationalen und der Stahlhelm sowie große Teile des national-konservativen Beamtentums und der Kirchen waren von der Existenz einer – antisemitisch definierten – »Judenfrage« und der Notwendigkeit einer »Lösung« dieser Frage überzeugt. **Die Selbstverständlichkeit, mit der die Entrechtung und soziale Ausgrenzung der Juden im Lager der nicht-nationalsozialistischen Rechten nicht nur hingenommen, sondern unterstützt und vorangetrieben wurde, ist angesichts der Disziplinierung von gewalttätigen »Exzessen« gegen die Juden und des späteren Entsetzens über den Völkermord bis heute allzu wenig beachtet worden.** (...) Man kann natürlich daran zweifeln, ob die nicht-nationalsozialistische Rechte genauso radikal vorgegangen wäre wie die Nationalsozialisten, doch **gab es in der Grundsatzentscheidung hinsichtlich des Endes der Emanzipation keinen ernsthaften Dissens.**« Hervorhebungen von mir – R.Z.
- 96 Hans Mommsen: Von Weimar nach Auschwitz. Zur Geschichte Deutschlands in der Weltkriegsepoche, München 2001, S. 164. Hervorhebungen von mir – R.Z.
- 97 Henry A. Turner: Hitlers Weg zur Macht. Der Januar 1933, München 1996, S. 222.



ISBN 978-3-86557-308-7  
Paperback, 220 Seiten, 19,00 €  
zahlreiche Abbildungen  
und Dokumente

Dr. Johannes Koppe ist ein intimer Kenner der deutschen Nuklearwirtschaft. Als Referent Planung Kernenergie der »Hamburgischen Electricitäts-Werke • AG« war er mit allen in der Bundesrepublik existierenden Strukturen der Atomlobby bestens vernetzt. Die von ihm verfasste Informationsbroschüre »Zum besseren Verständnis der Kernenergie« gilt bis heute sowohl unter Fachleuten, als auch bei Anhängern der Anti-AKW-Bewegung als Bibel der deutschen Nuklearindustrie. Doch der Atomlobbyist führte ein Doppelleben: Bis 1979 lieferte er seine Erkenntnisse über den Aufbau des neuen Wirtschaftszweiges in der Bundesrepublik an die Hauptverwaltung Aufklärung der DDR. Was Johannes Koppe an Informationen zu vielen naturwissenschaftlich-technologischen Themen nach Ostberlin lieferte, bescherte der DDR einen wirtschaftlichen Nutzen von etwa 3 Milliarden D-Mark. Nach seiner Rückkehr in die DDR arbeitete er am Aufbau der DDR-Kernkraftwerke mit. Der Top-Spion und Nuklear-Experte beschreibt vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen u. a. seine Position in der aktuellen Debatte über die Energiewende.

Novitäten & Raritäten

**NORA**

**NORA Verlagsgemeinschaft**  
Dyck & Westerheide  
Pettenkoferstr. 16-18 • 10247 Berlin  
Tel.: 030 20454990 • Fax: 030 20454991  
E-mail: kontakt@nora-verlag.de  
Internet: www.nora-verlag.de



# Die verkannte Niederlage. Das Dilemma des deutschen Kommunismus 1933

Die Arbeiterbewegung hatte mit dem Machtantritt der NSDAP am 30. Januar 1933 die schwerste Niederlage seit ihrer Entstehung hinnehmen müssen. In einem widerspruchsvollen und schmerzlichen Lernprozess musste sie sich die Einsicht in diese Niederlage erarbeiten. Aus dem historischen Abstand von fast achtzig Jahren und mit dem Wissen um das Ende der traditionellen Arbeiterbewegung und um das Scheitern des etatistischen Sozialismusversuchs in Europa ist die Analyse dieses Lernprozesses der Arbeiter- und insbesondere der kommunistischen Bewegung nicht nur von historischem Interesse. Die Arbeiterbewegung in ihren unterschiedlichen Richtungen hatte die Bedeutung der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler nicht sofort in ihrer ganzen Tragweite erkannt. Wohl

hatten Sozialdemokraten wie Kommunisten seit Jahren gegen die faschistische Gefahr angekämpft, hatten auch vor den Gefahren einer faschistischen Machtübernahme gewarnt, die Dynamik und Brutalität der Nazis an der Macht überraschte sie dennoch. Angesichts der Neuartigkeit des sich etablierenden Herrschaftstyps, der auch durch die Erfahrungen der bereits existierenden faschistischen Regimes nicht vorhersehbar war, kann das nicht überraschen.

Gravierender war jedoch, dass beide Flügel der deutschen Arbeiterbewegung an ihren überholten Konzepten festhielten. Die Sozialdemokratie an ihrem Glauben an die Legalität um jeden Preis und die Kommunisten an ihrem weltrevolutionären Konzept. Angesichts der verhärteten Fronten zwischen



Einheitsfrontdemonstration auf dem Messplatz in Leipzig, Januar 1933.

den Arbeiterparteien waren Einheitsfrontangebote und Generalstreikaufrufen der KPD-Führung nur ein lautes Pfeifen im dunklen Walde. Die positive Antwort wurde nicht wirklich erwartet, zumal solche Aufrufe einhergingen mit einer Doppelstrategie: die »Einheitsfront mit den sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Mitgliedern« zu verstärken und gleichzeitig »über den schändlichen Verrat (der sozialdemokratischen Führung) Klarheit zu schaffen«.<sup>1</sup>

Die beiden großen Parteien der deutschen Arbeiterbewegung hatten sich in einen Zustand der Selbstblockade und Lähmung manövriert, in dem der Hitlerfaschismus ohne nennenswerten Widerstand an die Macht gelangen konnte.

Die Möglichkeiten der KPD zur »Mobilisierung der Massen« waren zudem objektiv begrenzt. Verfügte sie doch kaum noch über Einfluss in den Betrieben. Nur etwa 11 Prozent ihrer Mitglieder waren beschäftigte Industriearbeiter. Die Aufforderung der KPD vom 30. Januar zum Generalstreik und zur Stilllegung der Betriebe musste sich so zwangsläufig in erster Linie an die nichtkommunistischen Arbeiter richten. Es kam wohl zu gemeinsamen Demonstrationen sozialdemokratischer und kommunistischer Hitlergegner. Sie blieben aber eher insgesamt marginal. Die KPD hatte noch in den letzten Wochen vor dem 30. Januar 1933 auf ihrem falschen Kurs beharrt und so nicht das ihr Mögliche getan, um Hitler den Weg an die Macht zu versperren. Anstatt alle Kräfte auf die Abwehr der faschistischen Gefahr zu konzentrieren, betrieb die KPD-Führung in den letzten Wochen der Weimarer Republik eine Kampagne zur Auswertung des XII. Plenums der Exekutive der Kommunistischen Internationale. Sie propagierte dessen katastrophalen Kurs des strategischen Hauptstoßes gegen die Sozialdemokratie, der Einheitsfront nur von unten. Sie wähnte sich in einer Phase des revolutionären Aufschwungs gegen die faschistische Diktatur, von der sie meinte, sie sei schon seit dem Anfang der dreißiger Jahre errichtet.

Ernst Thälmann bewertete in einem Brief an Fritz Heckert, dem Vertreter der KPD beim EKKI, am 27. Januar 1933 nach Moskau den Stand der Durchführung der Beschlüsse des XII. Plenums und verwies dabei auf bestimmte Schwächen bei der Bewertung des Charakters »der faschistischen Diktatur in Deutschland« und der »Rolle der Sozialdemokratie, ihrer »linken« Betrugsmanöver, ihrer »besonderen Methode in der jetzigen Situation«. Weiter analysierte er die Verschärfung der Krisenerscheinungen und den »steigenden revolutionären Aufschwung«.<sup>2</sup> Wie hier und in vielen anderen Dokumenten dieser Zeit deutlich wird, erwuchs die Verkennung des qualitativen Umbruchs der bürgerlichen Herrschaftsform mit dem Machtantritt Hitlers nicht in erster Linie aus der mangelnden zeitlichen Distanz zu den sich vollziehenden Prozessen und der Schwierigkeit, sie analytisch zu erfassen, sondern aus der grundsätzlich falschen Bewertung dieser Vorgänge auf der Grundlage der Kapitalismusanalyse und des weltrevolutionären Konzepts von KPD und Kommunistischer Internationale. Ein Bericht Fritz Heckerts vor dem Präsidium des EKKI am 31. Januar 1933 verdeutlicht diesen Befund in frappanter Wei-

se. Seine Schilderung des Machtantritts der Hitler-Regierung unterschied sich nur graduell von früheren Berichten über Regierungsumbildungen. Wohl wurden die Gefahren gesehen, die von den aktuellen Entwicklungen in Deutschland gerade für die Arbeiterbewegung ausgingen, aber unter Bezug auf den Aufruf der KPD zum Generalstreik von 30. Januar heißt es bei Heckert. »dass das offene faschistische Terrorregime an die Stelle des Regimes des verdeckten Faschismus mit sozialer Demagogie ... getreten ist ...«<sup>3</sup> Ein faschistisches Regime wurde also durch ein anderes abgelöst. Die damit verbundene enorme Zuspitzung der Situation wurde jedoch gleichsam positiv gewendet: Durch sie sei »die mächtige Belebung der Arbeitermassen geschaffen worden«, die »Deutschland unmittelbar in eine revolutionäre Situation« bringe. Dem Hitler-Regime wurde keine lange Existenz zugetraut, so dass die Revolution erneut zur unmittelbaren Aufgabe avancierte. Die Tatsache, dass es der KPD nicht gelang, nennenswerten Widerstand gegen die Hitlerregierung zu mobilisieren, focht deren Führung und die der Kommunistischen Internationale zunächst nicht an.

Zu den Legenden der SED-Geschichtsschreibung gehörte die von der strategischen Neuorientierung der KPD auf dem Wege zum VII. Weltkongress der KI und zur »Brüsseler« Parteikonferenz der KPD 1935 bereits auf der Tagung des Zentralkomitees der KPD in Ziegenhals am 7. Februar 1933 durch Ernst Thälmann. Da sich diese Legende in bestimmten Kreisen als wirklichkeitsresistent bis in die Gegenwart erweist, sei darauf eingegangen.

Am 3. Februar 1933 beschloss das Polbüro der KPD die Durchführung einer »Konferenz der Polsekretäre, ZK.-Instruktoren und Abt.-Leiter«.<sup>4</sup> Behandelt wurde das Referat Ernst Thälmanns »Politische Lage und Aufgaben«. In der Thälmann-Hagiographie der SED avancierte diese Konferenz zu einer Tagung des Zentralkomitees. Als erster und für längere Zeit einziger Beratung der Parteiführung nach dem Regierungsantritt Adolf Hitlers und letzter Beratung der Partei im Lande, erlangte sie zu Recht eine nicht geringe Bedeutung in der Parteigeschichte. Immerhin legte Thälmann hier letztmalig vor einem größeren Kreis führender Funktionäre der Partei in einem (nicht vollständig überlieferten) Referat die Sicht und Bewertung der gravierenden Veränderungen seit der Machtergreifung der Nationalsozialisten vor, die er und die KPD-Führung in den seitdem vergangenen acht Tagen gewonnen hatten. Es kann davon ausgegangen werden, dass Werner Hirsch, der persönliche Mitarbeiter Ernst Thälmanns, an der Ausarbeitung dieses Referates wesentlich beteiligt war. Diese Beratung erbrachte jedoch mitnichten eine Neuorientierung der Partei im Kampf gegen den Faschismus. Nicht die Schaffung einer breitestmöglichen antifaschistischen Front unter Hintanstellung anderer Ziele als der Überwindung der Hitlerdiktatur war das erklärte Ziel, sondern die »Entfaltung aller Formen des Massenwiderstandes und des Massenkampfes gegen die faschistische Diktatur«<sup>5</sup> unter den Bedingungen des »Heranreifens der revolutionären Krise«.<sup>6</sup>



Nicht selbstkritische Analyse der verfehlten Generallinie der KPD im Kampf gegen den »Hauptfeind« Sozialdemokratie, sondern Kritik daran, dass man das Haupthindernis auf dem Weg zur proletarischen Revolution, »den Einfluss der SPD- und ADGB-Führer ... nicht in dem erforderlichen Maße zu liquidieren«<sup>7</sup> vermochte. Aus diesem Grund sei die bisherige Taktik der Einheitsfront fehlgeschlagen. Thälmann orientierte auf den »revolutionären Sturz«<sup>8</sup> der Hitlerregierung als »unmittelbare(r) Aufgabe.«<sup>9</sup>

Auch wenn er erkannte, dass der Sturz der Hitlerregierung nicht »unter allen Umständen zu 100 Prozent ... mit einem Sieg der proletarischen Revolution direkt verbunden«<sup>10</sup> sei, bedurfte es schon einiger Rabulistik, diese Fehleinschätzung des Kräfteverhältnisses zur vorweggenommenen Wende in der Politik der KPD zu stilisieren. Die KPD-Führung dachte immerhin über Aktionslosungen nach, die in einem Kampfprogramm gebündelt werden sollten. War die Ablehnung eines gesonderten Aktionsprogrammes mit Übergangsforderungen in der Periode der relativen Stabilisierung – so Thälmann – in Auseinandersetzung mit den Rechten und Versöhnern richtig, da sie lediglich »der Nährboden für opportunistische Illusionen« gewesen wären, so verändere sich »in dem Maße, wie wir mit dem steigenden revolutionären Aufschwung stärker an die revolutionäre Krise herankommen ... die Lage für uns bezüglich der Aufstellung von Übergangslosungen.«<sup>11</sup>

Die »Fristen des revolutionären Aufschwungs und für die volle Entfaltung der revolutionären Krise« seien »heute viel kürzer als in den bisherigen Abschnitten des proletarischen Klassenkampfes«<sup>12</sup>, meinte Thälmann im gleichen Atemzuge. Damit bekräftigte er erneut die dogmatische und sektiererische Linie des XII. Plenums der Exekutive der Kommunistischen Internationale vom Herbst 1932. Und es war zweifellos in seinem Sinne, dass das Präsidium der Exekutive der KI am 1. April 1933 erklärte, die Arbeiterklasse habe sich lediglich zurückgezogen und der revolutionäre Aufschwung in Deutschland werde unvermeidlich ansteigen. Der faschistischen Diktatur wurde der Effekt abgewonnen, dass sie »alle demokratischen Illusionen in den Massen zunichte macht und (sie) aus dem Einfluss der Sozialdemokratie befreit. Die Kommunisten hatten recht, als sie die Sozialdemokratie als Sozialfaschisten bezeichneten.«

Das Präsidium der Exekutive der KI stellte sich uneingeschränkt hinter die Politik der KPD-Führung. Aufgrund des Verrats der Sozialdemokratie »erwies sich das Proletariat in einer Lage, in der es nicht imstande war und tatsächlich auch nicht vermochte, die sofortige und entschlossene Abwehr gegen den Staatsapparat zu organisieren.« Der »Sieg Hitlers und die Aufrichtung der Macht der »Nationalsozialisten« wurde zwar konzidiert, die Arbeiterklasse hätte sich aber nur zurückgezogen.<sup>13</sup> Selbst diese unzureichende Kennzeichnung der tatsächlichen Situation stieß in der Beratung des Präsidiums auf heftigen Widerstand.<sup>14</sup> Die Resolution gelangte über die verschiedensten Wege nach Deutschland. So kursierte sie als hektographiertes Material in der Thüringer Parteiorga-

nisation als Schulungsmaterial.<sup>15</sup> Die Einsicht in die Niederlage lag noch in weiter Ferne. Gestützt auf ausführliche Zitate aus der Rede Thälmanns in Ziegenhals, die übrigens nicht alle in der überlieferten Redefassung zu finden sind, zeigte sich noch im Sommer 1933 in einer für Schulungszwecke zusammengestellten Rededisposition das ganze Ausmaß sektiererischer Verkrustung. Es finden sich hier Thesen wie: »Der Sieg des Faschismus die Schuld der SPD« oder »Die SPD bleibt die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie« und schließlich die Auffassung, der starke Einfluss unter der Arbeiterklasse ermögliche der SPD »mit der »Martyrer«-Krone des Verbots ihre Rolle ihre Rolle als soziale Hauptstütze weiterzuspielen.«<sup>16</sup> Und in einem Brief des ZK der KPD aus derselben Zeit wird die absurde These aufgestellt, dass auch das Verbot der SPD nichts an ihrer Rolle als Hauptstütze der Bourgeoisie ändere. Die Sozialdemokratie unterstütze jetzt mit illegalen Methoden den Hitlerfaschismus. Die Beschwörung des »revolutionären Aufschwungs« erschwerte die Umstellung der Parteiorganisationen auf die neuen Bedingungen und kostete die KPD eine große Zahl vermeidbarer Opfer.

Diese Orientierung verstellte den Blick auf die Notwendigkeit einer radikalen Wende in der Politik der von KPD und Kommunistischer Internationale. In einem »Arbeitsprogramm der KPD für die nächsten Monate«, unterschrieben mit »ZK der KPD«, in einer Zeit, in der die Organisationsstrukturen der Partei fast völlig zerschlagen wurden, orientierte die Parteiführung auf antifaschistischen Massenangriff in den Betrieben, auf die Weiterführung und Gewinnung der am 10. Mai 1933 zerschlagenen Gewerkschaften und auf die Weiterführung der kommunistischen Massenorganisationen als illegale Organisationen.<sup>17</sup>

In einem weiteren als Brief des ZK firmierten Brief vom 6. Juli 1933 an alle Leitungen der Betriebszellen, Fünfergruppen und Gewerkschaftsfractionen proklamierte die Parteiführung die »Sozialistische Freiheitsaktion«. Sie schätzte ein, »dass der Höhepunkt der mit dem 30. Januar entfachten faschistischen Welle überschritten ist, dass in der Arbeiterklasse die Sammlung der Kräfte zum Widerstand gegen die faschistische Diktatur und zum Kampf für ihren Sturz sichtbare Fortschritte macht ... Der Hauptstoß unserer Politik geht auf die Gewinnung der Massen der sozialdemokratischen Arbeiter ...« Es gelte, »die Arbeiter von den zum Faschismus übergelaufenen Führern (der Sozialdemokratie) loszulösen und die Sozialdemokratie zu zerstören ... Wir proklamieren den Sturz von Hitler, ... wir wollen ... den Sieg der proletarischen Diktatur.«<sup>18</sup> Der Tiefpunkt der fehlorientierten Politik von KPD und Kommunistischer Internationale war aber noch nicht erreicht. Die »Generallinie« blieb das gesamte Jahr 1933 vorherrschend. Auf der XIII. Tagung des EKKI im November/Dezember feierte sie ein letztes Mal Triumphe. Sie blieb jedoch auch innerhalb des deutschen Kommunismus nicht unangefochten. Die Praxis des antifaschistischen Kampfes drängte immer zwingender auf Veränderungen. Besonders in Deutschland selbst stießen die Widerstandsgruppen, die zunehmend nicht mehr

nach der formalen Parteizugehörigkeit zusammengesetzt waren, immer schmerzlicher auf die Grenzen der Beschlüsse und ignorierten oder sprengten sie. So beklagte der Komininternfunktionär G. B. Smoljanski noch 1934 in der Beratung des Mitteleuropäischen Ländersekretariats am 19. März eine Unterschätzung des Kampfes gegen die Sozialdemokratie und schilderte als Beispiel einen Fall aus Berlin-Moabit, »wo die Genossen aus der Bezirksleitung der RGO aus den Resolutionen des XIII. Plenums und der Parteizentrale diejenigen Stellen herausgeschnitten haben, wo stand, dass die Sozialdemokratie ... die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie (war und bleibt), und sie haben die Resolutionen ohne diese Stellen verbreitet.«<sup>19</sup> Sieht man von den marginalen Gruppierungen der Reste der Neumann-Remmele-Fraktion und der Trotzisten in der KPD ab, so verdienen die Positionen der so genannten Versöhnler und der KPD (Opposition) Beachtung. Beide Gruppierungen vertraten orthodox kommunistische Standpunkte, die sich dennoch erheblich von denen der KPD-Führung unterschieden. Ein Positionspapier der »Versöhnler« aus dem Sommer 1933, das im Berliner Raum in größerer Zahl kursierte, unterschied sich schon im Ansatz vom Herangehen der KPD-Führung. Während diese in einem Dokument Ende 1933 »mit Genugtuung auf die Feststellung des EKKI hinweist, dass die Politik der KPD unter der Führung des Genossen Ernst Thälmann bis zum 30. Januar richtig war und dass das EKKI alle Maßnahmen der Partei seit dem 30. Januar als Fortsetzung der Generallinie«<sup>20</sup> billige, so verweist das angesichts der Schwere der Niederlage auf eine gravierenden Realitätsverlust. Anders das »Versöhnler«-Papier.<sup>21</sup> Hier wird von dem Eingeständnis der Niederlage ausgegangen und als größter Fehler benannt, dass die KPD, »nicht den Mut und die Kraft gehabt ... (hat, sich) selbst und der Arbeiterklasse die Wahrheit einzugestehen.« In der Abwehr von Haltungen, die eine »Fehlerdiskussion« als schädlich und rückwärtsgewandt denunzierte, wurde betont, dass »alles, aber auch alles davon abhängt, ob die revolutionäre Partei sich selbst richtig einschätzt.« In einer differenzierten Analyse gehen die Autoren der heute noch unter Linken umstrittenen Frage nach: »Hätte man kämpfen sollen?« Sie erteilen den Antworten der KPD-Führung – es war richtig, dem Kampf auszuweichen, da die Voraussetzungen für den bewaffneten Aufstand, also für die Eroberung der Macht, nicht gegeben waren – ebenso eine Absage wie der Neumann/Remmele-Gruppe – man hätte kämpfen müssen, koste es, was es wolle. Die Partei hätte – so die Antwort der Verfasser – kämpfen müssen »in der Zeit zwischen Mitte und Ende Januar 1933, wo jeder Tag die Schicksalsschwere der vergangenen Jahre in sich barg.« Gegen die Argumentation der KPD-Führung, der Kampf wäre wegen der Verweigerung der SPD nicht möglich gewesen, wurde geltend gemacht, dass die KPD in den entscheidenden Wochen den kampfbereiten SPD-Mitgliedern und Sympathisanten keine Angebote machte, in ihren Organisationen gemeinsam mit den Kommunisten den Faschismus zu bekämpfen. Ob und inwieweit auch in diesen Einschätzungen Illusionen über das

reale Kräfteverhältnis mitschwangen, sei hier dahingestellt. In ihren Haltungen zu den »großen« Fragen der Weltpolitik, insbesondere zur Sowjetunion, blieben die Vertreter dieser Richtung traditionell orthodox kommunistisch. Eine grundsätzliche Stalinismuskritik blieb außerhalb ihres Horizontes oder wurde in Konfrontation mit dem Trotzismus ausgeblendet. Die Solidarität mit Sowjetrußland, die Verteidigung des Landes der siegreichen proletarischen Revolution, blieb unangetastetes Refugium kommunistischer Religion.

Die weitestgehenden Schlussfolgerungen aus dem Machtantritt des Hitlerregimes zogen die Analytiker der KPD (Opposition). Gestützt auf die faschismustheoretischen Erkenntnisse, die vor allem August Thalheimer seit dem Anfang der zwanziger Jahre erarbeitet hatte und die zum Besten gehören, was auf diesem Gebiet internationale in der marxistischen Theorie geleistet wurde, erkannten sie sofort die neue Qualität der Herrschaftsform des Hitlerfaschismus. Sie erfassten die Schwere der Niederlage der Arbeiterbewegung<sup>22</sup> und warnen vor Illusionen, das faschistische Regime werde infolge der wirtschaftlichen Schwierigkeiten oder der Konflikte innerhalb der herrschenden Eliten zerbrechen. Ohne den geschlossenen Gegenangriff der Arbeiterklasse – so mahnte die KPD (O) – »werden diese Gegensätze auf ihre Kosten überwunden.«<sup>23</sup> Scharf und bitter bilanzierte sie die Politik von KPD und Kommunistischer Internationale: »Geschlagen ist nicht der Kommunismus, aber geschlagen ist die ultralinke Taktik, geschlagen ist das bürokratische Regiment, geschlagen ist die bisherige Methode der »Führung« der KPD und in der Kommunistischen Internationale.« Und weiter heißt es sarkastisch: »Sie (die KPD – K.K.) hetzte das blöde und falsche Schlagwort vom »Sozialfaschismus« zu Tode, dem die Vorstellung zu Grund lag, als ob die Sozialdemokratie die Partei der faschistischen Diktatur sei. Sie schnitt sich so den Weg zur Sammlung der sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter gegen den wirklichen Faschismus ab. Sie erklärte nacheinander die Regierungen Severing-Braun, Brüning, Papen, Schleicher für faschistische Regierungen.«<sup>24</sup>

Die scharfsinnige Analyse des Faschismus und der Politik von KPD und Kommunistischer Internationale folgte jedoch kein ebenso stringentes Konzept für die Überwindung des Faschismus. Auch in der KPD (Opposition) konnte man als Alternative zum Faschismus nur die proletarische Diktatur, die Rätemacht vorstellen. »Das Ziel des Kampfes zum Sturz der faschistischen Diktatur kann nicht die Wiederherstellung der bürgerlichen Demokratie sein.«<sup>25</sup> Es lag in der Logik dieses Ansatzes, dass man meinte, »Teillosungen können daher nicht bürgerlich-demokratischer Art sein.«<sup>26</sup>

Während KPD und Kommunistische Internationale sich in den folgenden Jahren sich in einem schwierigen und widerspruchsvollen Prozess einen strategischen Ansatz erarbeiteten, der in der antifaschistischen Volksfrontpolitik gerade das Ringen um die Wiedergewinnung bürgerlich-demokratischer Rechte und Freiheiten in den Mittelpunkt ihrer Politik rückte, beharrte die KPD (Opposition) auf ihren Positionen.

Das Dilemma des deutschen Kommunismus bestand 1933 darin, dass die kommunistische Großorganisation, die KPD, nicht zur Einsicht in ihre und der Niederlage der Arbeiterbewegung gelangte und damit nicht in der Lage war, einen strategischen Neuansatz im Kampf gegen den Faschismus zu gewinnen. Die Kräfte in der KPD, die weiterreichende Ansichten gewannen, blieben letztlich ohne Einfluss. Die KPD (Opposition) vermochte ebenfalls das Ghetto der Splitterpartei nicht zu verlassen. Es bedurfte noch vieler Erfahrungen und Opfer im antifaschistischen Widerstand und der Fähigkeit der internationalen Arbeiterbewegung wie der antifaschistisch gesonnenen Volksmassen aus der Niederlage der deutschen Antifaschisten zu lernen, es bedurfte antifaschistischer Abwehrkämpfe in Österreich 1934, der Volksfrontpolitik in Frankreich und Spanien, bis es im Sommer 1935 mit dem VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale und für die KPD mit ihrer »Brüsseler« Parteikonferenz gelang, die Verkrustungen der linksfundamentalistischen Politik wenigstens zum Teil aufzubrechen. Ganz abzustreifen vermochten sie diese Krusten nicht. Dazu hätte es eines Bruchs mit dem Stalinismus bedurft. Diesen Bruch vermochte die kommunistische Weltbewegung bis in die jüngste Vergangenheit nicht bis zur letzten Konsequenz zu vollziehen. Darin liegen auch Gründe ihres Scheiterns. Das Ringen der deutschen Kommunisten um die Verarbeitung ihrer schweren Niederlage im Januar 1933, das furchtbar schmerzhaft Suchen nach den eigenen Fehlern, das zögerliche und inkonsequente Reden von der eigenen Schande und nicht von der der anderen, das Mühen, sich den so bequemen Verratsvorwürfen zu verweigern, alles das hat paradigmatische Bedeutung, auch in seinem Scheitern.

Klaus Kinner

- 1 Arne Andersen: Die KPD und die nationalsozialistische Machtübernahme. Ein Rundschreiben der KPD vom 2. Februar 1933, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 22. Jg., 1986, H. 3, S. 361.
- 2 Ernst Thälmann an Fritz Heckert, Berlin, 27. Januar 1933, in: Stiftung der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde (SAPMO), RY 5/1/6/3/69, Bl. 1.
- 3 Informationsbericht des Genossen Heckert über die Ereignisse in Deutschland auf der Sitzung des Präsidiums (der Exekutive der Kommunistischen Internationale) vom 31. Jan(uar) 1933, in: SAPMO, RY 5/1/6/3/69, Bl. 13.
- 4 Politbüro-Protokoll vom 2. Februar 1933, in: SAPMO, RY 1/12/3/13, Bl. 4.
- 5 Die illegale Tagung des Zentralkomitees der KPD am 7. Februar 1933 in Ziegenhals bei Berlin, Berlin 1981, S. 31.
- 6 Ebenda, S. 24.
- 7 Ebenda, S. 29.
- 8 Ebenda, S. 25.
- 9 Ebenda, S. 27.
- 10 Ebenda, S. 28.
- 11 Ebenda, S. 39.
- 12 Ebenda, S. 28.
- 13 Resolution des Präsidiums des EKKI zum Referat des genossen Heckert über die Lage in Deutschland (angenommen am 1. April 1933), in: SAPMO, RY 5/16/10/26, Bl. 104.
- 14 Siehe Protokoll des EKKI am 1. April 1933, in: ebenda, Bl. 73.
- 15 Siehe Resolution ..., in: SAPMO, St. 3/805.
- 16 Rededispotion über die Lage und die Aufgabe der KPD, 4. Juli 1933, in: SAPMO, St. 3/805, Bl. 7.
- 17 Siehe Aus dem Arbeitsprogramm der KPD für die nächsten Monate, ZK der KPD, Juni 1933, in: SAPMO, RY 1/12/3/14, Bl. 117.
- 18 Brief des ZK der KPD, 6. Juli 1933, in: SAPMO, St. 3/805, Bl. 13.
- 19 Protokoll der Sitzung des (Mitteleuropäischen) Ländersekretariats des EKKI am 19. März 1934, in: SAPMO, RY 5/16/3/411, Bl. 15.
- 20 Entschließung des ZK der KPD zur Lage und zu den nächsten Aufgaben, Mai 1933, in: Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung, Jg. 2, 1933, Nr. 17, S. 541.
- 21 Siehe (Rundschreiben der »Versöhnler«-Fraktion, Sommer 1933) Was soll man tun?, in: SAPMO, RY 1/12/3/72, Bl. 1–11 (20 Ms.S.).
- 22 Siehe Faschistische Diktatur über Deutschland, in: Gegen den Strom. Organ der KPD (Opposition), Berlin, 6. Jg., 1933, Nr. 3, 11. Februar, S. 25 f.
- 23 Die politische Lage, in: ebenda, Nr. 4, 25. Februar 1933, S. 34.
- 24 Die Niederlage und Wiedererhebung der deutschen Arbeiterklasse im Kampf gegen die faschistische Diktatur (Thesen), in: ebenda, Nr. 5, Mai 1933, S. 6.
- 25 Ebenda, S. 7.
- 26 Ebenda.

Hendrik Puls:



# Antikapitalismus von rechts?

Wirtschafts- und sozialpolitische  
Positionen der NPD

144 Seiten | 16.80 Euro | ISBN 978-3-942885-18-8

jetzt im Buchhandel!

edition-assemblage.de  
Postfach 27 46, D - 48014 Münster



211 E 14  
„Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“

DER

Organ für die Mitglieder der KPD. des Bezirks Berlin-Brandenburg-Lausitz-Grenzmark

Jahrgang 9

BERLIN - Dezember 1931

Nummer 10

# Die Hauptaufgaben unserer Massenarbeit

## 1000 rote Einheitslisten bei den Betriebsrätewahlen

### Vorbereitung der Betriebsrätewahlen

Die Vorbereitung der Betriebsrätewahlen ist die wichtigste Aufgabe der Partei. Die Wahlen werden vorbereitet unter den Losungen:

- Rote Einheit zum Kampf um die Arbeiterforderungen;
- Gegen Lohnabbau, Arbeitsgemeinschaft und Notverordnungsdictatur;
- Gegen die Hunger- und Unterdrückungspolitik der Brüning-Severing-Hitler.

Die gegenwärtige Protestaktion gegen die Lohnabbauvereinbarungen des Wirtschaftsrates, gegen die Arbeitsgemeinschaft der ADGB-Führer mit den faschistischen Unternehmern muß unsere rote Offensive zu den Betriebsrätewahlen einleiten.

1000 rote Listen im Bezirk Berlin-Brandenburg, Gewinnung aller Arbeiter, der Gewerkschaftsmitglieder, christlichen Arbeiter und auch der nationalsozialistischen Arbeiter und Angestellten durch die Forderungen der roten Arbeiterfront unter Führung der AGD. Mobilisierung der Arbeiter in allen Abteilungen zu offenen Diskussionen über die Arbeiterforderungen, über die Aufgaben des Klassenkampfes, über die bisherige Tätigkeit der Betriebsräte. Wahl eines roten Wahlschusses, in dem vor allem Gewerkschaftsmitglieder vertreten sind.

Die Hauptaufgabe ist die Vernichtung des reformistischen Einflusses in den Betrieben. Denn der Einfluß der Sozialdemokratie ist die soziale Hauptstütze der Brüningdictatur und der Einführung des Faschismus.

Von der aktiven und entschlossenen Arbeit der roten Betriebsräte im Kampf um Lohn und Brot, gegen Mahregelungen und Massenentlassungen und der Entscheidung des Reformismus und der faschistischen Unternehmernächte hängt es ab, wie weit sich die roten Betriebsräte das Vertrauen der Belegschaft erobern haben und weiter erobern. Die Erfolge bei den künftigen Betriebsrätewahlen für die roten Listen hängen nicht ab von der Aufstellung großer Kampfprogramme und unmittelbar vor der Wahl organisierter

Betriebsversammlungen mit „großen Kanonen“. Wir werden uns nur alle Abteilungen in dem ganzen Betrieb im Sturm-

### Achtung Parteigenossen!

Einige Fehler in unserer theoretischen und praktischen Arbeit und der Weg zu ihrer Überwindung

Ueber dieses Thema hat Genosse Thälmann in Nummer 11/12 der „Internationale“ einen Aufsatz veröffentlicht, der die wichtigsten Fragen unserer Strategie und Taktik in der gegenwärtigen Situation behandelt. Genosse Thälmann nimmt zu folgenden wichtigen Fehlern Stellung:

1. Schwächen im Kampfe gegen die Sozialdemokratie und bei der Anwendung der Einheitsfrontpolitik.
2. Fehler in der Anwendung der Losung Volksrevolution.
3. Schwächen im Kampf gegen den Nationalsozialismus.
4. Vereinzelte Abweichungen auch bei Kommunisten und vor allem an der Peripherie der Partei in den Fragen der Perspektive und des individuellen Terrors.

Im Zusammenhang mit der Durcharbeitung des Aufsatzes des Genossen Thälmann in den Mitgliederversammlungen der Zellen und Ortsgruppen im Dezember ist zu den genannten Schwächen und Fehlern in unserer Parteiorganisation und besonders in der Arbeit der Betriebszellen Stellung zu nehmen. Gleichzeitig sind in einem Beschluß auf Grund der Diskussion die nächsten Aufgaben festzulegen. Dazu ist insbesondere der Aufruf des Zentralkomitees („Rote Fahne“ vom 29. November) und der Aufsatz des Genossen Thälmann über die „Rote Einheitsfront“ („Rote Fahne“ vom 29. November) zur Grundlage zu nehmen.

Im Zusammenhang mit diesen Fragen ist der Aufsatz des Genossen Stalin über „den Kampf gegen Zentrismus“ („Rote Fahne“ vom 22. November) und „Zu einigen Fragen der Geschichte des Bolschewismus“ („Imprekorr“ Nr. 110 vom 20. November) durchzuführen.

tempo für den revolutionären Massenkampf erobern, wenn wir in ununterbrochener, steter und entschlossener Kampfarbeit den Arbeitermassen lehren, wie man im Betrieb Lohnraub, Schikanen und Entlassungen mit Abteilungskämpfen, Abteilungsstreiks, Betriebsprotestaktionen und Betriebsstreiks abwehrt.

Bei den diesjährigen Betriebsrätewahlen muß mit verstärkten Kräften die Offensive gegen die Nazis geführt werden.

Den Haupteinfluß haben die Nazis auf die Angestellten. Kein Betrieb ohne rote Einheitsliste der Angestellten. Selbst wenn noch keine Verbindungen mit den Angestellten angeknüpft sind und eine Einheitsliste nicht aufgestellt werden kann, ist es notwendig, gegen die reformistische Politik des Afa-Bundes und gegen die Nazis, die Harzburger Unternehmerpartei, den Kampf zu führen. In jeder Betriebszeitung systematische Aktion gegen die Nazis, in ihren Versammlungen als Diskussionsredner auftreten und ihre Agitation im Betrieb und beim Betrieb mit Hilfe der Belegschaft verhindern.

### Nazi-Gefahr nicht unterschätzen

Wir haben Tempoverlust im Kampf gegen die Nazis. Die große Versammlungskampagne der Nazis in den Wohngebieten unter den Erwerbslosen und in den Betrieben, sowie der Ausbau der Nazifasernen gebietet die Mobilisierung der ganzen Arbeiterkraft und die Gewinnung der SPD- und Reichsbannerarbeiter zum Kampf gegen die Harzburger Unternehmerpartei.

Den Faschismus niederringen und seine SA-Terrorgruppen unschädlich machen, heißt die Helfer des Faschismus, die sozialfaschistischen Führer entlarven. Sie sind es, die dem Faschismus die Wege bereiten, durch Verbot revolutionärer Organisationen (RAB), Unterdrückung der kommunistischen Presse und Ausübung schamloser Klassenjustiz. Sie sind es, die die Arbeiterkraft dem Terror der SA-Banden aus den von der sozialdemokratischen Polizei getölpelten Nazifasernen ausziehen und proletarische, antifaschistische Demonstrationen ver-

hindern. Nur im Kampfe gegen die SPD. und ADAP-Führer und ihre sozialfaschistische Politik wird die breite, kräftige, rote Klassenfront geschmiedet, die allein imstande ist, den offenen und verkappten Faschismus vernichtend zu Leibe zu rücken.

#### Rote Einheitsfront heißt deshalb:

1. Kampf gegen jeden Pfennig Lohnabbau und gegen die Schlichtungsbittakte unter Führung selbstgewählter Kampfausschüsse und Streikleitungen der Arbeiter.
2. Kampf gegen den Abbau der Unterstützung und der Sozialversicherung unter Führung selbstgewählter Erwerbslosenausschüsse und Ausschüsse der Wohlfahrtsempfänger.
3. Kampf gegen die Demonstrationen, Versammlungs- und Presseverbote.
4. Massenelbstschutz gegen faschistischen Terror durch Schaffung des Betriebsselbstschutzes, Häuserelbstschutzes und der Erwerbslosenselbstschutzes, in denen alle Arbeiter, ungeachtet ihrer Organisationszugehörigkeit, zusammengefaßt sind.

Die Kommunistische Partei muß den Massen lehren, so wie in Braunschweig und Romawes, unter Anwendung des politischen Massenstreiks und der Schaffung eines breiten Massenelbstschutzes aller Arbeiter in den Betrieben und Wohngebieten und an den Stempelstellen den aktiven Massenkampf zu organisieren. Aber Braunschweig und Romawes demonstrieren klar und deutlich, daß eine solch wichtige Einheitsfront nur gegen den Willen der sozialdemokratischen Führer aufstehen kann.

#### Kampf um die Winterforderungen der Erwerbslosen

Trotzdem das Heer der Erwerbslosen von Woche zu Woche wächst, trotzdem die Mehrheit unserer Parteimitglieder arbeitslos sind, ist ein Rückstand in der revolutionären Arbeit unter den Arbeitslosen zu verzeichnen.

In jedem Stadtgebiet, in jedem Ort müssen sofort die Winterforderungen der Arbeitslosen in Arbeitslosenversammlungen beschlossen und durch Delegationen der Erwerbslosen zu den Behörden und durch Erwerbslosenfunktionen erzwungen werden. In den Kampfaktionen der Betriebsarbeiter müssen Forderungen der Erwerbslosen enthalten sein. (In der Frage der Arbeitszeit, Einstellungen, Überstunden und der Arbeitslosenversicherungen.)

Die Parteizellen in den einzelnen Wohngebieten sind dafür verantwortlich, daß in allen Gebieten Erwerbslosenausschüsse gewählt werden, die den Kampf um die Forderungen der Erwerbslosen organisieren, die alle Erwerbslosen ihres Gebietes erfassen. Für die erwerbslosen Gewerkschaftsmitglieder sind indus- triegruppenspezifische besondere Versammlungen zu organisieren, um den Einfluß auf die Gewerkschaftsmitglieder zu verstärken.

Angeichts der verstärkten Agitation der Nazis an den Nachweisen muß stärker als bisher der Kampf gegen die Naziaffirmation an den Nachweisen und in den Wohngebieten geführt werden. In den Stempelstellenzeitungen ist die Nazidemagogie zu enthüllen

und es sind besondere Arbeitslosenversammlungen durchzuführen, die gegen die Nazis gerichtet sind. Besonders ist es notwendig, die Agitation gegen die Nazis unter den Angestellten zu verstärken.

Die Auflage der Erwerbslosenzeitung ist ungenügend. Das Sprachrohr der Erwerbslosen wird nur von einem geringen Bruchteil der Erwerbslosen gelesen. Die Kommunisten in der Erwerbslosenbewegung, als der fortgeschrittenste Teil, sind verpflichtet, in vorbildlicher Weise den Massenvertrieb der Erwerbslosenzeitung zu organisieren und die Massenwerbung durchzuführen, damit durch die ständige politische Information die Kampfkraft der Erwerbslosenbewegung gestärkt wird und eine innere politische Festigung erfolgt.

#### Im Sturmtempo Erfüllung des 6-Monatsplans in 4 Monaten

Die Bezirksleitung und die Parteiarbeiterkonferenzen aller Unterbezirke haben ernste Beschlüsse gefaßt. Wir müssen die Partei der 50 000 bis zum 31. Januar 1932 werden, d. h. in der letzten Hälfte des November und im Monat Dezember und Januar fast 20 000 weitere Mitglieder gewinnen und mehr abrechnen. Das schaffen wir nur im Feuer des revolutionären Wettbewerbs aller Zellen, aller Ortsgruppen und aller Unterbezirke. Stößtortigen vor die Front. Jeder Kommunist und jede Parteieinheit im Bezirk Berlin-Brandenburg setzt das ganze politische Verantwortungsgefühl, die Parteielehre ein. Es gibt nur eine Lösung: Wir müssen es schaffen!

Die Parteierwerbung ist unmittelbar mit der Werbung für die „Rote Fahne“ und für die „Rote Post“ zu verbinden. Es ist eine bedauerliche Tatsache, daß die geringe Verbreitung der „Rf.“ und des „R.“ in der Provinz sich schädlich auswirken auf die Durchführung des revolutionären Massenkampfes. Nur wenn neue Zehntausende neue Abonnenten für die kommunistische Presse gewonnen werden, ist es möglich, unmittelbar die Beschlüsse unserer Partei klar und schnell durchzuführen. Es muß gebrochen werden mit der Ideologie, als ob die „Welt am Abend“ und „Berlin am Morgen“ kommunistische Zeitungen seien. Wir müssen alle Kräfte ansetzen, damit nicht nur alle Mitglieder der Partei, sondern auch alle Mitglieder der revolutionären Gewerkschaftsopposition und der revolutionären Massenorganisationen, wie z. B. die Kampfgemeinschaft für rote Sporteinheit, Abonnenten der „Roten Fahne“ werden. Für „Welt am Abend“ und „Berlin am Morgen“ müssen die breiten Massen an der Peripherie der revolutionären Bewegung als Abonnenten gewonnen werden. Das ist bei einer Stimmenzahl von 750 000 in Berlin absolut möglich. Die Leser der „Morgenpost“ und anderer bürgerlicher Zeitungen müssen für die „Welt am Abend“ und „Berlin am Morgen“ gewonnen werden, aber keineswegs die Mitglieder der KPD. und anderer revolutionärer Massenorganisationen. Den größten Rückstand haben wir in der Abonnentenwerbung unter den Betriebsarbeitern. Nur wenn die „Rote Fahne“ in den Massen von Betriebsarbeitern gelesen wird, wird unsere bolschewistische Politik in den Betrieben durchgeführt werden. Deshalb: Massenwerbung für die „Rote Fahne“ in den Betrieben durch die Betriebs-

jellen, durch die Betriebsgruppen der KPD. und Sektionen der roten Verbände.

Unsere Stoharbeit im Rahmen des Aufgebots der 100 000 ist in erster Linie auf die Betriebe gerichtet. Jeder Betrieb eine kommunistische Hochburg. Kein Betrieb ohne kommunistische Zelle, kein Großbetrieb ohne Abteilungs- oder Blockzelle in den Obermeistereien und den wichtigsten Abteilungen. Kein Betrieb ohne Jugendzelle des KJVD.

Mehr als 35 Prozent Neugeworbener müssen Betriebsstühle sein. Mehr als 30 Prozent der Geworbenen müssen Frauen sein.

Der Mitgliederbestand der Partei unter den werktätigen Frauen ist besonders in der Provinz katastrophal. Ist der Durchschnitt des Anteils von Frauen am Mitgliederbestand in Berlin über 20 Prozent, so ist er in der Provinz noch nicht einmal 5 Prozent. Es gibt mehr als 100 Ortsgruppen, wo nicht eine einzige Frau Mitglied der Partei ist.

Die Großbetriebe gehören in die vorderste Front des revolutionären Wettbewerbs. Die Betriebszellen der Großbetriebe müssen, soweit es noch nicht geschehen ist, sich sofort zum Abschluß von Wettbewerbsverträgen herausfordern.

Verdoppelung der Mitgliedschaft in den Großbetrieben. Verstärkte Werbearbeit im Betrieb. Organisation des Wettbewerbs zwischen den Abteilungsstellen jedes Betriebes. Gewinnung von sozialdemokratischen, reformistischen Arbeitern in den Betrieben. Verstärkte Werbearbeit der Partei und Presse unter den Belegschaften, die nicht in Lohnkämpfen und Streiks stehen. Das muß der Inhalt und die Methode unserer Betriebswerbearbeit sein.

Keine Arbeitswoche mehr ohne Großwerbetag im Betrieb.

Kein Wochenende mehr ohne Großwerbetage im Wohngebiet.

Jeder UB. kämpft um die Sturmflagge der KPD.

Jede Zelle und Ortsgruppe kämpft um die Sturmflagge der KPD.

Jede Stützbrigade kämpft um die Anklandfahrt am 1. Mai 1932.

Wir alle kämpfen um die Sturmflagge der KPD.

Wir schmieden unsere Partei unter der Kontrolle der Massen.

Nur wenn wir eine starke, besonders in den Betrieben fest verankerte Partei bauen, schaffen wir die bessere Voraussetzung zur Organisation der Volksrevolution. Jeder Kommunist hilft mit, neue Werbemethoden zu finden und gibt seine Vorschläge an die Parteileitung.

Keine Betriebs- und Häuserblock- und keine Dorfzeitungen mehr ohne Werbeappell.

Keine Massenveranstaltung mehr ohne gut organisierte Agitationsarbeit durch Agitationsgruppen.

Ueberrall Massenverbreitung unserer Werbeflugblätter, Werbebroschüren und Klebezetteln.

Alle Wohnungen von Sympathisierenden müssen von Agitatoren aufgesucht und Werbeflugblätter verteilt werden.

Kein Arbeiterlokal ohne Werbetransparent und selbstgefertigte Plakate.

Kein Hof von Mietkasernen und Arbeiterwohnungen mehr ohne Werbetransparenz.

Keine Arbeitertransportzüge mehr ohne lebendig aufstrebende Agitationskolonnen.



# Ein Zeitungsartikel vom 26. Januar 1933 – und ein Kommentar 80 Jahre später

## Der Artikel:

### Wieder Bülowplatz.

#### Bemerkungen zu einer kommunistischen Demonstration Von Friedrich Stampfer

Mein Beruf als Journalist hat mich gestern abend auf den Bülowplatz geführt. Ich gestehe, daß ich das dort Gesehene als ein Erlebnis<sup>1</sup> empfunden habe.

Auch das schärfste Urteil über die Politik der kommunistischen Führung kann nichts ändern an der Hochachtung, die diese Massen verdienen. Durch klingenden Frost und schneidenden Wind zogen in abgeschabten Mänteln, in dünnen Jacken, in zerrissenen Schuhen stundenlang Zehntausende blasser Gesichter, aus denen die Not sprach, aus denen aber auch der Opfermut sprach für die Sache, die sie für die richtige halten. Aus ihren rauhen Stimmen klang der Haß der tausendmalberechtigte Haß gegen eine Gesellschaftsordnung, die sie zu Not und Elend verdammt, der Protest, der tausendmal berechtigte Protest gegen den grotesken Wahnsinn, die schreiende Ungerechtigkeit unserer sozialen Zustände. Der wäre kein Sozialist, der diesen Haß, diesen Protest nicht mitempfindet!

Man merkte, daß sie hier zuhause waren, Menschen der Not in den Quartieren der Not. Am letzten Sonntag war es die Invasion einer feindlichen Macht, die von zehntausend Bewaffneten geschützt war. Gestern war es ein Bild eines freien Volkslebens. Bei fast völliger Abwesenheit von Schutzpolizei herrschte mustergültige Ordnung und Disziplin. Es verdient erwähnt zu werden, daß sich auch die Schutzpolizei zu allermeist tadellos und keinesfalls feindselig benahm. Die Schule Severings und Grzesinskis scheint da doch noch etwas nachzuwirken. Wenn die Beamten den Willen zur Unparteilichkeit haben und wenn sie auch ein wenig darauf Rücksicht nehmen, daß die Nerven schlecht ernährter Menschen besonders empfindlich sind, dann wird mancher kleine Zwischenfall leicht beigelegt, der sonst gefährliche Dimensionen annimmt. Im großen Berlin laufen ein paar tausend Messerstecher herum, die jeder Partei, der sie sich anschließen, zur Unehre reichen. Der größte Teil dieser wenig respektablen Sorte läuft heute mit den Nazis, während ein kleinerer sich den Kommunisten zugesellt. Aber die Zehntausende, die gestern über den Bülowplatz marschierten, waren bestimmt keine »Untermenschen« und keine »rote Mordbestie« – es waren Arbeiter, genau ebenso wie die Arbeiter, die in der Sozialdemokrati-

schen Partei organisiert sind und die am nächsten Sonntag den Lustgarten füllen werden.

Allerdings hat mir auch diese kommunistische Kundgebung einen Eindruck verstärkt, den ich auch schon bei früheren Demonstrationen erhalten habe. Vergleicht man die Massen der KPD und die unseren, so bemerkt man die Anfänge einer neuen sozialen Differenzierung.

Mögen die Kommunisten auch zahlreiche qualifizierte Arbeiter in ihren Reihen zählen und haben wir auch in Berlin Zehntausende, im Reich Hunderttausende eingeschriebene Mitglieder, die um nichts besser gestellt sind als die Masse der kommunistischen Arbeiter und Erwerbslosen, so zeigt sich doch im Durchschnitt bei den relativ besser gestellten Schichten mehr Verständnis für die Politik der Sozialdemokratie, bei den schlechter gestellten mehr Neigung zur kommunistischen Gefühlspolitik.

Hier, scheint mir, beginnen sich Gräben innerhalb der Arbeiterklasse zu bilden, die gefährlich sind und die ausgefüllt werden müssen. Denn wenn der ausgesprochene Elendsproletarier sich nicht mehr als Klassengenosse des qualifizierten Arbeiters fühlt, dann wird die Parteispaltung sozial unterbaut – sie und die Schwächung der Arbeiterklasse könnten auf solche Weise verewigt werden. Auf's schärfste müssen wir Sozialdemokraten darum uns zu der Auffassung bekennen, daß das ganze arbeitende Volk vom bestbezahlten Arbeiter bis zum letzten Elendsproletarier klassenmäßig zusammengehört.

Auf einer Tribüne vor dem Karl-Liebknecht-Haus standen die Führer und genossen das Schauspiel der vorbeiflutenden Massen, der im eisigen Winde flatternden Fahnen. Wahrlich, sie verdienen diese Gefolgschaft nicht! Ich halte jedes Wort der Kritik an jenen Führern für berechtigt – aber mich dünkt auch die Frage des Nachdenkens wert, wieso es dieser geistig und moralisch nicht gerade hochstehenden Führerschaft gelingen konnte, zwischen diesen Massen und uns Sozialdemokraten einen Abgrund zu legen ...

Daß trotzdem diese Massen und wir in unserem Bewußtsein zusammengehören und daß wir dazu da sind, für sie zu arbeiten und zu kämpfen, auch wenn sie uns mißverstehen und unsere Absichten mißdeuten, darin liegt die tiefste Rechtfertigung des Kampfes, den wir gegen den Kommunismus führen. Wir würden unrecht tun, wenn wir auch nur den kleinsten Teil des Hasses, mit dem wir den kommunistischen Führern ihren Haß gegen uns vergelten, auf diese Massen übertragen wollten. Wir kämpfen nicht gegen sie, sondern für sie.

Und wenn sie auch noch nicht uns verstehen, so sind wir doch verpflichtet, sie zu verstehen. Sie marschierten im eisenen Winterwind, schlecht genährt und gekleidet, durch die Straßen einer Stadt, in der Technik und Arbeit alles aufgehäuft haben, was die Menschen zu einem behaglichen Leben brauchen. Hunger bei übervollen Scheunen, zitternder Frost bei unendlichen Kohlenvorräten, keine Wäsche, keine Kleider für die Kinder, während Textilien unverkäuflich sind, Maschinen rosten, Menschen unnütz lungern – sollen sie diese Zustände nicht hassen? Solange sie glauben, dass der Kommunismus der wirksamste Ausdruck dieses Hasses ist, werden sie ihm anhängen. Und erst wenn sie bemerken werden, daß ihre Führer zum Kampf gegen den Kapitalismus nur das Geschrei liefern, während wir die Arbeit leisten, erst dann werden sie den Weg zu uns finden.

So manche, die ich gestern vorbeimarschieren sah, sind Söhne jener sozialdemokratischen Arbeiter, mit denen wir vor 25 Jahren für das gleiche Wahlrecht auf die Straße gingen. Von den Alten sind sicher viele damals mit uns gewesen. Gestern erfreuten sie sich, hungrig und durchfroren, eines Restes der von der Sozialdemokratie erkämpften und verteidigten demokratischen Freiheit, ohne zu ahnen, daß ihre Führer drauf und dran sind, auch ihn zu verspielen! So liegt die Last des Kampfes für die Freiheit, ohne die es keinen Sozialismus gibt, ganz auf unseren Schultern. Wir führen ihn für die ganze Arbeiterklasse, auch für jene Massen, die sich heute noch zu unseren Gegnern scharen, und wenn wir am nächsten Sonntag marschieren, marschieren wir auch für sie!

Vorwärts, 26. Januar 1933, Morgenausgabe, S. 1, 2

### Die Anmerkungen 80 Jahre später

In diesem Leitartikel des Zentralorgans der SPD »Vorwärts« schildert der langjährige Chefredakteur Friedrich Stampfer Eindrücke von selbst Erlebtem. Diese Manifestation auf der Straße, vor dem Karl-Liebknecht-Haus, dem Sitz der Parteiführung der KPD, war die Antwort auf eine Provokation der NSDAP, die wenige Tage zuvor stattgefunden hatte. Am Sonntag den 22. Januar 1933 waren SA-Leute und andere Anhänger aus Berlin und Umgebung zusammengetrommelt worden, geschützt von einem massiven Polizeiaufgebot, um »den Kommunisten« zu zeigen, wer am Bülowplatz wie in ganz Berlin Herr der Straße war.

An Stampfers Zeitungsbeitrag besticht manches. Da ist zunächst die Bekundung uneingeschränkter Solidarität mit jenen Menschen, die ihre Erfahrungen und Empfindungen über schreiende gesellschaftliche Missstände der bestehenden kapitalistischen Ordnung auch mit Massenprotesten zum Ausdruck bringen. Die bestehenden Verhältnisse rechtfertigten diesen Potest.

Für Stampfer ist die kommunistische Straßenmanifestation auch ein erneuter Appell, dass sich die beiden Arbeiterparteien über Trennendes hinweg zum Kampf gegen den gemeinsamen Feind, den Nationalsozialismus, finden müssen. Stampfer äußert seine Sympathie mit den Anhängern der Kommunisten fast einschränkungslos, auch wenn er die prinzipiellen ideologischen Unterschiede zwischen SPD und KPD nicht verschweigt. Der »tiefe Graben« zwischen ihnen wird klar benannt.

In der Logik der Parteizugehörigkeit werden die Anhänger der Sozialdemokraten für den 29. Januar 1933 zu einer separaten Kundgebung in den Lustgarten aufgerufen. In diesem Aufruf heißt es: »Wir demonstrieren am nächsten Sonntag für die Einigkeit der Arbeiterklasse im Kampf gegen die Reaktion. Klassenkampf! Nicht Bruderkampf! Proletarier Deutschlands vereinigt euch!

Was nach dem Januar 1933 in Deutschland passierte, ist bekannt. Sozialdemokraten und Kommunisten fanden sich hinter Zuchthausmauern und Stacheldraht oder im Exil wieder. Ansätze, um eine antifaschistische Einheitsfront zu schaffen, an denen Friedrich Stampfer exponiert beteiligt war, führten letztlich nicht zum Erfolg.

### Literaturhinweis:

Ronald Friedmann: Die Zentrale. Geschichte des Berliner Karl-Liebknecht-Hauses, Berlin 2011

Friedrich Stampfer (1874–1957) war 1933

Chefredakteur des Zentralorgans der SPD

Carl Severing (1875–1952) war von 1920 bis 1926

und von 1930 bis 1932 Preußischer Innenminister.

Albert Grzesinski (1879–1947) war von 1926 bis 1930

Preußischer Innenminister, von 1930 bis 1932 Polizeipräsident von Berlin.

### Karl Sachse

---

1 Alle Unterstreichungen im Original des Artikel gesperrt gedruckt.

# »Vorstoß zum Sozialismus«?

## Die wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Pläne der SPD im Sommer 1932<sup>1</sup>

Wir schreiben den 14. August 1932: Die Leserinnen und Leser der sozialdemokratischen Tageszeitung »Vorwärts« reiben sich ungläubig ihre Augen. Werden sie das Opfer einer plumphen Fälschung?

Die Reichstagsfraktion der SPD, so kann man auf der Titelseite lesen, hat für die nächste Sitzung des Parlamentes am 30. August eine Reihe von Anträgen vorbereitet, die eine Verstaatlichung des Großgrundbesitzes, der Montan-, Chemie- und Zementindustrie, der Versicherungen, der Elektrizitätsversorgung und – namentlich genannt – der Dresdner Bank, der Commerzbank, der Berliner Handels-Gesellschaft und der Deutschen Bank beinhalten.<sup>2</sup> Eine Entschädigung ist lediglich auf der Basis der momentan niedrigen Aktienkurse vorgesehen. Zugleich würden Forderungen ausgearbeitet, die das Los der Arbeitslosen spürbar lindern, neue Arbeitsmöglichkeiten schaffen und das Preisniveau für Lebensmittel, Mieten und Brennstoffe erheblich absenken sollen. Am 20. und 21. August veröffentlicht der »Vorwärts« den genauen Wortlaut der in Aussicht gestellten Anträge.<sup>3</sup>

Folgende konkreten Vorschläge liegen jetzt der Öffentlichkeit in Form von Gesetzesentwürfen vor: Die planmäßige Organisation der Volkswirtschaft durch eine eigens zu schaffende »Planstelle« sei vonnöten. Ihre Aufgabe bestünde auch darin, unverzüglich die Verstaatlichung weiterer als der schon genannten Wirtschaftszweige und Unternehmen vorzubereiten. Bei der Führung der verstaatlichten Wirtschaftszweige müssten die Vertreter der Arbeitnehmer, also die Gewerkschaften, »angemessen beteiligt« werden. Die Arbeitsbeschaffung durch staatliche Kreditaufnahme in Höhe einer Milliarde Reichsmark, die kostenlose Abgabe von Kartoffeln, Fleisch und Kohle an die immer zahlreicher werdende Schicht verelendeter Existenzen werde im Rahmen einer »Winterhilfe« angestrebt. Für Zucker müsse staatlicherseits ein Höchstpreis festgesetzt, die Preise für Mehl und Brot, Fette, Schmalz und Margarine dürften nicht erhöht, sondern gegebenenfalls gesenkt werden. Der enteignete Großgrundbesitz sei an Kleinbauern, Landarbeiter und genossenschaftlich arbeitende Landwirte aufzuteilen. Im Übrigen seien die Neubaumieten zu senken, Mietbeihilfen für Rentner und Arbeitslose müssten zur Verfügung gestellt werden. 50 Millionen Reichsmark seien zugunsten der Weiterbildung jugendlicher Arbeitsloser aufzuwenden. Die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit sei auf vierzig Stun-

den zu begrenzen. Die Arbeitgeber würden verpflichtet, »entsprechend der Verkürzung der Arbeitszeit neue Arbeitskräfte einzustellen«.

Die Finanzierung all dessen müsse durch die Kreditschöpfung des Reiches, Umschichtungen im Haushalt, besonders aber durch Zwangsanleihen und »Notabgaben« auf hohe Einkommen und Vermögen realisiert werden. Ihren Beitrag hätten auch die ehemals regierenden Fürstenhäuser zu leisten: Ihre Schlösser, Liegenschaften, Kunstsammlungen und anderen Besitztümer müssten unverzüglich enteignet und zugunsten der Not leidenden Kriegsoffer verwendet werden. Sollten sie im Rahmen der »Fürstenabfindungen« staatliche Zuwendungen erhalten, so ist deren sofortige Beendigung zu verfügen.<sup>4</sup> Dieses sozialrevolutionär klingende Programm ist von niemandem erwartet worden. Am wenigsten von den Mitgliedern der SPD selbst. Es stellt sich die Frage: Warum hier und jetzt die Propagierung dieser Forderungen?

### Sozialdemokratie in der Defensive

Am 20. Juli 1932 hatte das reaktionäre »Kabinett der Barone« unter Reichskanzler Franz von Papen die sozialdemokratische Regierung in Preußen unter der Führung des Ministerpräsidenten Otto Braun mit Hilfe einer Notverordnung des Reichspräsidenten aus dem Amt gejagt.<sup>5</sup> Es bedurfte hierzu lediglich eines Leutnants mit zehn Mann. Ein »Widerstand« dagegen war nur in Form einer Klage vor dem Staatsgerichtshof organisiert worden. Weder die Preußische Polizei noch die sozialdemokratische Wehrorganisation »Reichsbanner« wurden zur Abwehr dieses Staatsstreiches eingesetzt.<sup>6</sup>

Zeitgleich steigerten sich die gewalttätigen Aktionen der SA auch gegenüber der Sozialdemokratie. Nicht zuletzt das »Reichsbanner« war Adressat blutiger Anschläge, darunter Attentate mit Pistolen und Handgranaten.<sup>7</sup>

Keine zwei Wochen nach dem »Preußenschlag« musste die SPD bei den Reichstagswahlen am 31. Juli eine schwerwiegende Niederlage einstecken. Sie verlor im Vergleich zu den vorangegangenen Wahlen im September 1930 knapp 620.000 Stimmen und büßte 10 Mandate ein, während die NSDAP zur stärksten Partei avancierte, die jetzt über mehr Mandate verfügte als die SPD und die KPD zusammen (230:133:89). Innerhalb der Arbeiterbewegung verschoben sich die Gewichte immer stärker zugunsten der Kommunisten. Sie konnten



in der Reichshauptstadt Berlin bei den Reichstagswahlen die meisten Stimmen aller Parteien erzielen. Insgesamt gewannen sie 700.000 Stimmen und 12 Mandate im Vergleich zu den Wahlen im September 1930 hinzu und stellten die drittstärkste Fraktion im Reichstag. Der wachsende Einfluss der Kommunisten, der seinen beredten Ausdruck bei den Ergebnissen zu den Reichstags-, Landtags- und Kommunalwahlen fand, bildete ein starkes Motiv für die Propagierung des »Umbau«-Planes. Der Chefredakteur des »Vorwärts« und Reichstagsabgeordnete Friedrich Stampfer schrieb hierzu in seinen Memoiren: »Er (der Plan zum »Umbau« der Wirtschaft-R.Z.) sollte der Sozialdemokratie gegenüber der Kommunistischen Partei die Führung in der politischen Arbeiterbewegung sichern. Geling es, die Massen für den Plan ins Feuer zu bringen, dann blieb der KPD nur die Rolle des Mitläufers oder die des unfruchtbaren Kritikasters.«<sup>8</sup>

Mittlerweile versuchte das Kabinett Papen, das ohne jede parlamentarische Erdung den Demokratie- und Sozialabbau, den Prozess der Faschisierung immer weiter vorantrieb, die NSDAP auf irgendeine Weise an der Regierungsmacht zu beteiligen. Vielleicht mit Hitler oder einem anderen faschistischen Parteiführer als Vizekanzler? Vielleicht als die Regierungspolitik tolerierende Fraktion im Reichstag? Ferner gingen Reichskanzler von Papen und die nach dem Staatsstreich in Preußen eingesetzte kommissarische Regierung in zunehmendem Maße auch offen repressiv gegen die Sozialdemokratie vor. In diesen Zusammenhang gehörte das Verbot des »Vorwärts« vom 30. August bis zum 2. September 1932 durch den Berliner Polizeipräsidenten Kurt Melcher. Die Begründung dieser willkürlichen Vorgehensweise ließ bereits den Geist des bevorstehenden »Dritten Reiches« aufscheinen. Da das Regierungsprogramm Papens in der sozialdemokratischen Tageszeitung als »Programm des Verfassungsbruchs« bezeichnet worden sei, liege »eine grobe Beschimpfung und böswillige Verächtlichmachung des Herrn Reichskanzlers« vor.<sup>9</sup>

Insgesamt schienen für die Sozialdemokratie die Zeiten wachsender politischer Einflusslosigkeit und immer größer werdender Entfremdung von ihrer Basis angebrochen zu sein. Vor allem das peinliche Zurückweichen am 20. Juli, ungeachtet der Kampfbereitschaft ihrer Mitglieder und Anhängerschaft, hatte die Autorität der sozialdemokratischen Parteiführung arg beschädigt. Nachdem bereits die »Tolerierung« der reaktionären Brüning-Kabinette (März 1930 bis Mai 1932) die SPD zum Teilhaber eines sich immer rasanter vollziehenden Demokratie- und Sozialabbaus gemacht hatte, war im Sommer 1932 ein Punkt erreicht worden, an dem ein »Befreiungsschlag« dringend vonnöten war, um aus der politischen Defensive herauszukommen. Es galt, wieder die Autorität in der Arbeiterschaft zurückzugewinnen und die eigenen Mitglieder, Anhänger und Wähler neu zu motivieren. Es ging um die Wiedergewinnung der politischen Glaubwürdigkeit. Die Rezepturen hierzu lauteten »Umbau der Wirtschaft« und: »Vorstoß zum Sozialismus«, wie es der Vorsitzende der Holzarbeitergewerkschaft Fritz Tarnow am 21. August 1932 im »Vorwärts« formulierte.<sup>10</sup>

### Fritz Tarnow propagiert den Sozialismus

Tarnow hebt in seinem »Vorwärts«-Artikel hervor, dass es sich bei der Kaskade sozialdemokratischer Anträge im Reichstag nicht »um die Befriedigung eines bloßen Agitationsbedürfnisses oder nur um ein politisches Manöver zur Entlarvung des Nationalsozialismus« handele. Vor allem: »Die Anträge dürfen auch keineswegs als die Plakatierung von Fernzielen angesehen werden.« Scheinbar wird der Übergang zum Sozialismus als Tagesaufgabe deklariert: »Die heute vorhandene ökonomische Situation wird als reif für sozialistische Wirtschaftsumgestaltung in breiter Front angesehen.«

In gleicher Weise argumentieren der Parteivorsitzende Otto Wels, der Reichstagspräsident Paul Löbe sowie diverse Leitartikel des »Vorwärts«.<sup>11</sup> Sie suggerieren, dass es an der Zeit sei, »den grundsätzlichen Umbau von der kapitalistischen Anarchie zur Planwirtschaft vorwärts« zu treiben. Es ginge um nicht weniger als den »sozialistischen Aufbau«, so lesen wir es in großen Lettern auf der Titelseite des »Vorwärts« am 20. August 1932.<sup>12</sup>

Bei allen Autoren, die sich zum »Umbau der Wirtschaft« zu Wort melden, fällt auf, dass sie zur Verwirklichung ihrer Forderungen ausschließlich parlamentarische Mittel – und etwas später – die Durchführung eines Volksentscheides einsetzen wollen.<sup>13</sup> Konkrete Maßnahmen des außerparlamentarischen Kampfes, z.B. politische Streiks, Betriebsbesetzungen, organisierter Widerstand gegen die immer zahlreicheren Exmittierungen, Massendemonstrationen, die politische Aktivierung der nach Millionen zählenden Erwerbslosen und der Not leidenden Kleinbauern und Kleingewerbetreibenden, sind nicht vorgesehen. Deshalb titelt der »Vorwärts« auch am 7. September nicht »Sozialdemokratie, greif an!« oder »Arbeiter, greif an!«, sondern »Reichstag, greif an! Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ruft zur Offensive gegen Lohnraub!« Wohlgemerkt: Nicht der Parteivorstand, sondern die Reichstagsfraktion wird konsequenter Weise das Aktionszentrum der beabsichtigten, auf das Parlament reduzierten Aktivitäten. Es stellt sich allerdings, selbst für diejenigen, die einen solchen parlamentarischen Kampf befürworten, die Frage: Welche Glaubwürdigkeit können derartige Konzepte beanspruchen, angesichts der jahrelangen »Tolerierung« Brünings im Reichstag durch die sozialdemokratische Fraktion? Und hatte nicht das Zurückweichen am 20. Juli 1932 und die strikte Weigerung, gemeinsam mit der KPD gegen die Faschisten und ihre Steigbügelhalter im »Kabinett der Barone« vorzugehen, hatte nicht das Beharren auf einem so genannten Legalitätskurs die Insuffizienz des vornehmlich parlamentarischen Kampfes nachgewiesen? Dies galt umso mehr, als der Reichstag inzwischen kaum noch einberufen und statt mit Gesetzen in der Regel mit Notverordnungen des Reichspräsidenten Paul von Hindenburg regiert wurde. Die Orientierung auf den Reichstag als dem vermeintlich wichtigsten Akteur bei der Realisierung des »Umbau«-Programms rief von Anfang an ernste Zweifel an dessen Seriosität hervor.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-  
lich zweimal, Sonntags und Montags  
einmal, die Wochenabgabe für Berlin  
und im Handel mit dem Titel „Der  
Abend“, illustrierte Sonntagsbeilage  
„Wort und Bild“.

# Berliner Volksblatt

Postcheckkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65. Dt. B. u. Disc.-G.-Depositenkasse Hindenburgstr. 2.

36

## Die Haltung des ADGB und seine Kontakte zur NSDAP

Problematisch ist die Haltung von führenden Funktionären des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zum »Umbau«-Programm der SPD. Denn ohne die Mobilisierung und aktive Teilhabe der Gewerkschaften und ihrer Millionen parteiloser Mitglieder ist die Realisierung derartiger Konzepte – sollten sie ernst gemeint sein – von vornherein chancenlos.

Der ADGB hatte seinerseits auf einem »Krisenkongress« im April 1932 ein Programm verabschiedet, dass nach seinen geistigen Urhebern Wladimir Woytinski, Fritz Tarnow und Fritz Baade »WTB-Plan« genannt wird.<sup>15</sup> Im Gegensatz zum »Umbau«-Programm der SPD wird hier von der Reichsregierung im Wesentlichen die Realisierung einer antizyklischen Wirtschaftspolitik gefordert. Sie soll mit Hilfe von kreditfinanzierten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, nämlich einer »volkstümlichen Arbeitsbeschaffungsanleihe, die so auszugestalten ist, dass sie die von der Bevölkerung gehorteten Gelder anzieht«<sup>16</sup>, durch einen Freiwilligen Arbeitsdienst, Infrastrukturmodernisierungen, Wohnungs- und Kleinsiedlungsbau sowie Meliorationen zu einer Belebung der Konjunktur, einem deutlichen Abbau der Massenarbeitslosigkeit und zu einer Hebung der daniederliegenden Massenkaukraft führen.

Diese Konzepte sind jedoch weitgehend systemimmanent und bieten im Gegensatz zum »Umbau«-Programm der SPD keinerlei sozialistische Perspektive an. Heinrich Schliestedt, Sekretär des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, bringt in einer Sitzung des Bundesausschusses des ADGB am 16. Februar 1932 die Kritik an der Unzulänglichkeit solcher Programme mit folgenden Worten auf den Begriff:

»Was bis jetzt an Plänen erörtert wird, basiert auf der kapitalistischen Ordnung; wir hätten die Pflicht zu zeigen, ob es von der anderen, der sozialistischen Ebene einen Weg gibt. Wir dürfen uns aber nicht im Negativen erschöpfen. (...) Die Enteignung erfordert politische Macht – aber ohne solche Forderung bekommen wir die politische Macht nicht. Solche konkreten Forderungen müssen wir zu einem Gegenwartsprogramm zusammenstellen, und dafür können wir die Massen mobilisieren.«<sup>17</sup> Schliestedt erfährt mit seiner Auffassung über den Charakter eines gewerkschaftlichen Wirtschaftsprogramms fast keinerlei Unterstützung. Das Einschwenken des ADGB auf das viel weitergehende »Umbau«-Programm der Sozialdemokratie kann nur durch Halbherzigkeit gekennzeichnet sein. Es fehlt die innere Überzeugung von der Notwendigkeit der hier vorgeschlagenen Maßnahmen.

Ohnehin scheinen einige führende Gewerkschaftsfunktionäre auf Distanz zur SPD zu gehen. Sie sind in wachsendem Maße bereit, die »nationale Karte« zu spielen und den Dialog mit »antikapitalistischen« Kräften in der NSDAP um den Reichsorganisationsleiter Gregor Strasser und dem als »roten General« apostrophierten Reichswehrminister Kurt von Schleicher zu führen. Dieser strebt ein »Querfront«-Bündnis zwischen den Führungen des ADGB, der Christlichen Gewerkschaften, Strasser und seinen Sympathisanten innerhalb der

faschistischen Partei, diversen »Wehrverbänden«, wie dem »Stahlhelm« und dem »Reichsbanner«, sowie der Reichswehrführung an. Diese Konzeption impliziert die Spaltung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung und der faschistischen Partei. Letztlich soll dieses Bündnis die fragile Basis eines Reichskabinetts unter General von Schleicher bilden.<sup>18</sup> Wie sich herausstellt, handelt es sich hier um ein realitätsfernes Konstrukt, da die Orientierung bedeutender Exponenten des deutschen Monopolkapitals und anderer gesellschaftlicher Eliten auf die Machtübertragung an die NSDAP und ihren »Führer« Adolf Hitler nicht in erforderlichem Maße in Betracht gezogen wird.<sup>19</sup>

Wie auch immer: Streng vertraulich kommt es im Sommer 1932 zu ersten Gesprächen zwischen Repräsentanten des ADGB und der faschistischen Partei.

Am 26. August empfängt der ADGB-Vorsitzende Theodor Leipart Hermann Cordemann, der das Berliner Büro der Wirtschaftspolitischen Abteilung der NSDAP leitet und zuvor kaufmännischer Mitarbeiter der Siemens-Schuckert-Werke war, zu einem langen Gespräch.<sup>20</sup> Cordemann unterstreicht im Rahmen seiner höchst widersprüchlichen Ausführungen, dass die faschistische Partei zwar »auf dem Boden des Privateigentums« stehe, aber die Unternehmer dürften »dieses Eigentum nur zum Wohle der Gesamtheit verwalten«. Aus eigener beruflicher Erfahrung wisse er, »dass die schlimmste Ausbeutung beim Industriekapital liege«. Und weiter: »Das, was wir wirtschaftspolitisch wirklich wollen, haben wir noch gar nicht publiziert. (...) Ich versichere Ihnen aber, dass es antikapitalistisch sein wird.« Am Ende gibt Leipart dem Abgesandten der Nazis die Zusicherung, dass er durchaus bereit wäre, mit Gregor Strasser zu reden, dem Reichsorganisationsleiter der faschistischen Partei. Strasser hatte in einer vielbeachteten Reichstagsrede am 10. Mai 1932 davon gesprochen, dass 95 Prozent aller Deutschen von einer »großen antikapitalistischen Sehnsucht« erfüllt seien und zugleich das Arbeitsbeschaffungsprogramm des ADGB in den höchsten Tönen gelobt.<sup>21</sup> Er gilt als innerparteilicher Konkurrent Hitlers und wird Monate später als Anwärter auf den Posten des Vizekanzlers in einem »Querfront«-Kabinett Kurt von Schleichers gehandelt.

Erich Lübbert, Generaldirektor einer mittelständischen Tiefbaufirma, Mitglied des Arbeitsausschusses Deutschnationaler Industrieller und des Wirtschaftsbeirates des reaktionären »Stahlhelms-Bund der Frontsoldaten«, hatte zwei Tage zuvor mit den Sekretären des Bundesvorstandes Wilhelm Eggert und Hermann Schlimme sowie mit Lothar Erdmann<sup>22</sup> konferiert, dem Redakteur der theoretischen Zeitschrift der Gewerkschaften, »Die Arbeit«.<sup>23</sup> Der Gast ist bestens eingeführt, denn er verweist auf eine Empfehlung von Albert Gebhardt, der das Berliner Büro des »Reichsbanners« leitet und zugleich Mitarbeiter des Reichskommissars für Arbeitbeschaffung ist.<sup>24</sup> Lübbert bemüht sich, die angeblichen Gemeinsamkeiten zwischen den Gewerkschaften und der NSDAP herauszuarbeiten, die er als »die positiven politischen Kräfte

te« in Deutschland bezeichnet. Es ginge darum, dass »bei- der Bestrebungen der gemeinsamen Idee der Nation unterzu- ordnen« seien. Wichtig sei vor allem, die Arbeitsdienstpflicht einzuführen und dadurch die jungen Leute bis zur Vollendung ihres 22. Lebensjahres vom Arbeitsmarkt fern zu halten.

Am Rande bemerkt: Lübbert unterzeichnet im November 1932 die Industrielleneingabe an Paul von Hindenburg, die den Reichspräsidenten auffordern wird, Hitler zum Reichs- kanzler zu berufen. Zu Beginn der 1960er Jahre zählt er dann – von seinem Wohnsitz in Südwesafrika aus – zu den Finanziers der neofaschistischen Deutschen Reichs-Partei.<sup>25</sup> Zwar widersprechen die gewerkschaftlichen Gesprächspart- ner recht energisch den Auffassungen der Herren Corde- mann und Lübbert; aber allein die Tatsache, dass diese Ge- spräche überhaupt und in einem Augenblick stattfinden, in dem die sozialdemokratische Partei mit publizistischer Unter- stützung von leitenden ADGB-Funktionären wie Fritz Tarnow einen sozialistisch anmutenden »Umbau der Wirtschaft« for- dert sowie die SPD und ihre »Vorfeldorganisationen« immer häufiger terroristischen Anschlägen der SA ausgesetzt sind, ist skandalös und lässt ernsteste Zweifel am Willen zur Re- alisierung des »Umbau«-Programms entstehen. Im Übrigen: Weshalb die Geheimniskrämerei, um diese Gespräche gegen- über der Öffentlichkeit, vor allem den eigenen Mitgliedern, zu verheimlichen?

### »Umbau«-Programm bleibt Episode

Insgesamt waren die Voraussetzungen für die Realisie- rung des »Umbaus der Wirtschaft« alles andere als günstig. *Erstens* konnten Tendenzen einer Distanzierung der Ge- werkschaften, aber auch des »Reichsbanners«<sup>26</sup>, von der SPD und ihr Einschwenken auf nationalistische Stimmungen (z.B. »Wehrhaftigkeit«, Arbeitsdienst- pflicht, »national« definierter Sozialismus, Antimar- xismus) nicht übersehen werden. Ohne die aktive Unterstützung des ADGB und aller sozialdemokra- tischen »Vorfeldorganisationen« war der Plan eines »Umbaus« der Wirtschaft im Sinne der Anträge der SPD-Reichstagsfraktion von vornherein zum Schei- tern verurteilt. *Zweitens* existierte kein überzeu- gendes Konzept für die Umsetzung des »Umbau«- Programms. Besonders von der Notwendigkeit außerparlamentarischer Kämpfe war nirgendwo die Rede. Deshalb fehlte *drittens* konsequenter Weise fast jeder ausdrückliche Hinweis, dass die Rea- lisierung der unterbreiteten Vorschläge letztlich die Frage der Erringung der po- litischen Macht auf die Tagesordnung setzte.<sup>27</sup> *Viertens* wäre spätestens nach der kampflosen Preisgabe der sozialdemokratischen »Bastion« Preu- Ben am 20. Juli 1932 eine vollständige Änderung der politischen Strategie der SPD vonnöten gewesen, um die Glaub-

würdigkeit des »Umbau«-Programms zu untermauern. Die Partei zeigte sich jedoch außerstande, über ihren Schatten zu springen.<sup>28</sup>

So blieb die Konzeption vom »Umbau der Wirtschaft« nicht mehr als eine interessante Episode in der Theorie und Praxis des hilflosen Antifaschismus der Sozialdemokratie am Ende der Weimarer Republik.

Ungeachtet dessen bot sie potenzielle Anknüpfungspunkte für ein gemeinsames Handeln der Arbeiterorganisationen. Sowohl die tagespolitischen als auch die weiterreichenden Forderungen, die ohne Zweifel auf die Überwindung des kapi- talistischen Wirtschaftssystems zielten, hätten eine diskussi- onswürdige programmatische Grundlage für ein einheitliches Handeln von SPD, ADGB und KPD darstellen können. Man hätte die sozialdemokratische Führung beim Wort nehmen müssen. Dass diese Potenziale des »Umbau-Programms« vom Sommer 1932 ungenutzt blieben, dafür trugen jedoch nicht allein die SPD und die Freien Gewerkschaften die Ver- antwortung. Auch die Führung der KPD hätte hierzu über ihren Schatten springen und die ständige Diffamierung der SPD als »sozialfaschistisch« und den gegen sie gerichteten Kampf beenden müssen.<sup>29</sup> Doch erst auf dem VII. Kongress der Kommunistischen Internationale und während der Brüs- seler Konferenz der KPD sollte sich drei Jahre später – zu spät! – diese Erkenntnis Bahn brechen.<sup>30</sup>

### Reiner Zilkenat

## Auf ihrem Rücken!



Und wer hat sein Stille dazu gehalten?!

Vorwärts, Nr. 423, 8.9.1932, S. 1

- 1 Stark erweiterte und überarbeitete Fassung eines Beitrages, der zuerst am 18. August 1912 in der »Jungen Welt« erschienen ist.
- 2 Speziell zur Forderung nach einer Verstaatlichung der Montanindustrie siehe Vorwärts, Nr. 393, 21. August 1932, 2. Beilage, S. 1: »Verstaatlichung der Montanindustrie. Wir fordern sie – Die Volkswirtschaft braucht sie – Die Wissenschaft rechtfertigt sie«.
- 3 Siehe Vorwärts, Nr. 381, 14. August 1932, S. 1: »Umbau der Wirtschaft! Sozialdemokratie zeigt den Weg«; Nr. 391, 20. August 1932, S. 1: »Sozialistischer Aufbau. Unsere Forderungen im Reichstag«; Nr. 292, 21. August 1932, S. 4: »Hilfe für die Arbeitslosen! Die Anträge unserer Reichstagsfraktion«; Nr. 393, 21. August 1932, S. 3: »Milderung der Wirtschaftsnot. Weitere Anträge der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion«.
- 4 Siehe hierzu Hans Mommsen: Aufstieg und Untergang der Republik von Weimar 1918–1933, 2. Ausgabe, München 2001, S. 296 ff.
- 5 Siehe zur Politik Papens die Arbeit von Ulrike Hörster-Philipps: Konservative Politik in der Endphase der Weimarer Republik. Die Regierung Franz von Papen, Köln 1982. Neue Aufschlüsse zur Person und Politik Papens finden sich in der Studie von Karl Heinz Roth: Franz von Papen und der Faschismus, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 51. Jg., 2003, H.7, S. 589 ff.
- 6 Siehe Hans Mommsen: Aufstieg und Untergang der Republik von Weimar 1918–1933, S. 537 ff.; Eberhard Heupel: Reformismus und Krise. Zur Theorie und Praxis von SPD, ADGB und Afa-Bund in der Weltwirtschaftskrise 1929–1932/1933, Frankfurt a.M. und New York 1981, S. 164 ff. Der Bochumer Historiker schreibt ebenda, S. 175, »dass in den Ereignissen des 20. Juli 1932 das Scheitern des reformistischen Antifaschismus offenbar wurde«. Siehe auch Albrecht Grzesinski: Im Kampf um die deutsche Republik. Erinnerungen eines Sozialdemokraten. Herausgegeben von Eberhard Kolb, München 2001, S. 257 ff.
- 7 Siehe hierzu die ausführliche Berichterstattung des »Vorwärts«, der auch die milden Strafen für die Nazi-Täter beklagte. Bilanzierend: Vorwärts, Nr. 461, 30. September 1932, S. 1f.: »100 Tote in sechs Wochen!«
- 8 Friedrich Stampfer: Erfahrungen und Erkenntnisse. Aufzeichnungen aus meinem Leben, Köln 1957, S. 326. Stampfer gehörte auch zeitweilig dem Parteivorstand an und war bestrebt, nicht alle Brücken zur KPD abzubauen, sondern die Polemik der SPD gegenüber den Kommunisten zumindest abzumildern.
- 9 Siehe Vorwärts, Nr. 409, 31. August 1932, S. 1: »Vorwärts verboten!«
- 10 Siehe Vorwärts, Nr. 393, 21. August 1932, S. 1, Fritz Tarnow: »Vorstoß zum Sozialismus«. Daraus auch die folgenden Zitate.
- 11 Siehe Vorwärts, Nr. 403, 27. August 1932, S. 1, Paul Löbe: »Der Weg zur Rettung! Sozialistische Aktion!«; Nr. 437, 16. September 1932, S. 3f.: »Löbe antwortet Papen!«; Nr. 445, 21. September 1932, S. 1f.: »Wir greifen an! Wels und Löbe rufen zum Freiheitskampf!«; Nr. 459, 29. September 1932, S. 1, Paul Löbe: »Warum erst jetzt? Eine Antwort an unsere Gegner«;
- 12 Ebenda, Nr. 391, 20. August 1932, S. 1.
- 13 Siehe Vorwärts, Nr. 431, 13. September 1932, S. 2: »Unser Volksentscheid!« und Nr. 435, 15. September 1932, S. 1, Siegfried Aufhäuser: »Unser Volksbegehren. Unser Weg.« Aufhäuser war Vorsitzender des Allgemeinen freien Angestelltenbundes (»Afa-Bund«) und Mitglied des Reichstages.
- 14 Siehe Vorwärts, Nr. 393, 21. August 1932, S. 1, Fritz Tarnow: »Vorstoß zum Sozialismus. Unsere Anträge im Reichstag.« Siehe auch Vorwärts, Nr. 459, 29. September 1932, S. 1, Paul Löbe: »Warum erst jetzt? Eine Antwort an unsere Gegner.«
- 15 Siehe Michael Schneider: Das Arbeitsbeschaffungsprogramm des ADGB. Zur gewerkschaftlichen Politik in der Endphase der Weimarer Republik, Bonn-Bad Godesberg 1975. Auf S. 96 ff. stellt der Autor das »Problem der Einbindung des Arbeitsbeschaffungsplans in die Programmatik zum »Umbau der Wirtschaft« und das sich »abkühlende« Verhältnis von ADGB und SPD in der Zeit der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise ausführlich dar. Siehe auch derselbe: Arbeitsbeschaffung. Die Vorstellungen von Freien Gewerkschaften und SPD zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise, in: Sozialdemokratische Arbeiterbewegung und Weimarer Republik. Materialien zur gesellschaftlichen Entwicklung 1927–1933. Hrsg. von Wolfgang Luthardt, 1. Bd., Frankfurt a.M. 1978, S. 221 ff.

- 16 Aus der Entschliebung des ADGB-»Krisenkongresses« vom 13. April 1932; zitiert nach: Frank Deppe und Wittich Rossmann: Wirtschaftskrise, Gewerkschaften, Faschismus. Dokumente zur Gewerkschaftspolitik 1929–1933, Köln 1981, S. 159.
- 17 Siehe Die Gewerkschaften in der Endphase der Republik 1930–1933. Bearbeitet von Peter Jahn unter Mitarbeit von Detlev Brunner, Köln 1988 (Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, im 20. Jahrhundert, Bd. 4), Dokument 76, S. 510.
- 18 Siehe hierzu Axel Schildt: Militärdiktatur auf Massenbasis? Die Querfrontkonzeption der Reichsregierung um General von Schleicher am Ende der Weimarer Republik, Frankfurt a.M. und New York 1981; derselbe: Sozialdemokratische Arbeiterbewegung und Reichswehr – Zur Militärpolitik der SPD in den letzten Jahren der Weimarer Republik, in: Deutsche Arbeiterbewegung vor dem Faschismus. Mit Beiträgen von Hildegard Caspar u. a., Berlin 1981 (Argument-Sonderband 74), S. 109 ff.; derselbe: Militärische Ratio und Integration der Gewerkschaften. Zur Querfrontkonzeption der Reichswehrführung am Ende der Weimarer Republik, in: Solidargemeinschaft und Klassenkampf. Politische Konzeptionen der Sozialdemokratie zwischen den Weltkriegen. Hrsg. von Richard Saage, Frankfurt a.M. 1986, S. 346 ff. Schildt spricht hier (S. 354) von einer »Mischung von Nationalismus und aktiver Konjunkturpolitik«, die den politischen Vorstellungen der ADGB-Führung im Jahre 1932 in immer stärkeren Maße zugrunde gelegen habe.
- 19 Siehe hierzu meinen Beitrag zum Verhältnis von Großindustrie und NSDAP in diesem Heft.
- 20 Siehe Die Gewerkschaften in der Endphase der Republik 1930–1933, Dokument 122, S. 657 ff. Daraus auch die folgenden Zitate.
- 21 Siehe Verhandlungen des Reichstags, Bd. 446, 62. Sitzung, 10. Mai 1932, S. 2511.
- 22 Erdmann galt als einer der Protagonisten für eine politische Hinwendung des ADGB zu General von Schleicher und seinem »Querfront«-Konzept. Zugleich plädierte er dafür, das historisch gewachsene Bündnis der Freien Gewerkschaften mit der SPD aufzukündigen und schlug dabei immer stärker »nationale« und antimarxistische Töne an. Die Nazis ermordeten ihn im September 1939 im KZ Buchenwald.
- 23 Siehe Die Gewerkschaften in der Endphase der Republik 1930–1933, Dokument 120, S. 652 ff. Daraus auch die folgenden Zitate.
- 24 Gebhardt wird 1933 Mitglied der NSDAP.
- 25 Siehe Der Spiegel, Nr. 45, 1. Januar 1961, S. 40f.: »Hilfe aus Afrika«.
- 26 Siehe hierzu Hans Mommsen: Aufstieg und Niedergang der Republik von Weimar 1918–1933, S. 289 f., 599 ff. und 608 ff. Insgesamt zur Geschichte des Reichsbanners siehe Karl Rohe: Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur der politischen Kampfverbände zur Zeit der Weimarer Republik, Düsseldorf 1966; Helga Gottschlich: Zwischen Kampf und Kapitulation. Zur Geschichte des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Berlin 1987.
- 27 In diesem Zusammenhang schiebt Fritz Tarnow in seinem programmatischen Artikel »Vorstoß zum Sozialismus« auch die Frage schnell beiseite, wie es um das Verhältnis evolutionärer und revolutionärer Elemente bei der Realisierung des »Umbau«-Programms bestellt sei: »In der Geschichte der sozialistischen Arbeiterbewegung hat die Frage, ob der Weg zum Sozialismus ein »revolutionärer« oder ein »evolutionärer« sein soll, mehr als einmal heiße Debatten ausgelöst. Die Gegensätzlichkeit zwischen diesen beiden Begriffen ist in der Praxis aber gar nicht so groß ... In Wirklichkeit handelt es sich auch nur darum, in welchem Tempo der Systemwechsel abgewickelt werden kann, und das ist eine Angelegenheit, die nicht allein von der politischen Willensbildung, sondern in viel höherem Maße auch von ökonomischen Voraussetzungen abhängt.« Vorwärts, Nr. 393, 21. August 1932, S. 1, Fritz Tarnow: »Vorstoß zum Sozialismus«.
- 28 Allerdings gab es innerhalb der Sozialdemokratie, auch bei einigen führenden Genossen, durchaus die Bereitschaft, auf die KPD zuzugehen. Sie bildeten allerdings eine kleine Minderheit. Siehe Reiner Tostorff: »Einheitsfront« und/oder »Nichtangriffspakt« mit der SPD, in: Sozialdemokratische Arbeiterbewegung und Weimarer Republik, S. 206 ff.
- 29 Siehe hierzu den Beitrag von Klaus Kinner in diesem Heft.
- 30 Siehe hierzu

# Nazis wollen Reichsbannerheim stürmen

## Aber Reichsbannerleute werden verhaftet

Das Reichsbannerheim in der Rudower Straße in Berlin ist den Gestapokriegern von jeher ein Dorn im Auge gewesen. Erst vor wenigen Monaten versuchten die Banditen, das Heim, in dem einige erwerbslose Reichsbannerkameraden ein Unterkommen gefunden haben, durch eine Brandbombe anzuzünden. Im letzten Augenblick wurde das Feuer bemerkt und gelöscht. Am vergangenen Sonntag war das Reichsbannerheim abermals das Ziel einer mörderischen Nazi-Gruppe. Das Schicksal an der Sache ist aber die Tatsache, daß die Hitler-Banden auch häufig unter den Augen der Polizei den Sturm auf das Reichsbannerheim unternahmen konnten.

Gegen 19 Uhr war es am Sonntag unmittelbar vor dem Reichsbannerheim zu einem Wortgeplänkel zwischen zwei Reichsbannerkameraden und einem uniformierten SA-Mann gekommen. Mit der Bemerkung, „daß der Laden — gemeint war das Reichsbannerheim — in drei Minuten ausgeräumt sein würde und man nur anguklingeln brauche“ ging der Nazi davon. Eine halbe Stunde später erschien derselbe SA-Mann, jetzt aber in Zivil, und

hoff gleichzeitig näherten sich dem Heim auf Fahrrädern zwei Polizeibeamte des zuständigen Reviers.

Die Beamten forderten eine Durchsuchung des Hauses. Das wurde selbstverständlich ohne Widerstand gewährt, nur mußte der Gestapokriegler mit dem einen Beamten am Tor stehen bleiben, da die Reichsbannerleute diesem Vorkommen das Betreten des Grundstücks mit Recht verweigerten. Die Durchsuchung des Gebäudes und der Scheune verlief völlig negativ. Als der Heimleiter mit dem Beamten wieder der Toreinfahrt zuschritt, ertönte auf der Straße Getöse und

eine Meute von etwa 30 bis 40 SA-Leuten versuchte das Heim zu stürmen.

Sechs Mann drangen durch das Tor ein und schleuderten den dort postierten Beamten zur Seite. Die anderen Nazi-Gruppen versuchten den Zaun zu überklettern. Der Heimleiter war im Augenblick von den Nazis umzingelt. Der neben ihm stehende Polizeiwachmeister B. wurde zu Boden gestoßen. Der Heimleiter, der einen Waffenbesitz, trotz einiger Schritte zurück, zog seine Waffe und rief:

„Zurück, aber ich schüß!“ Erst nachdem der Kamerad zwei Schreckschüsse abgegeben hatte, rückten die Nazi-Banden. Drei Mann konnten von dem am Tor postierten Schupo-Beamten, der sich inzwischen Luft gemacht hatte, gefolgt werden. Inzwischen war auch der Schupo-Beamte B. wieder auf die Beine gekommen. Seine erste Handlung war das Ziehen seines Dienstrevolvers unter dem Ausruf: „Wer hat geschossen?“ Sofort meißelte sich der Heimleiter und stellte seine Waffe gefolgt zur Verfügung. Der feilsche Schupo-Beamte forderte nun die anwesenden Reichsbannerkameraden, die sich auf dem Hof befanden, auf, die Hände hochzuheben. In dieser Stellung mußten die Ueberraschten verharren, bis das Ueberfallkommando anrückte.

Den drei Nazis dagegen geschah nichts; sie wurden entgegen den genannten Bestimmungen bei politischen Zwischenfällen nicht einmal zur politischen Polizei mitgenommen.

Mehrere Reichsbannerkameraden mußten hingegen den Weg zum Alexanderplatz antreten. Nachdem man sich aber offenbar von der Notwehr des im höchster Gefahr befindlichen Reichsbannerheimleiters überzeugt hatte, wurden sie am Montag wieder entlassen. Längere Zeit war das Reichsbannerheim von der Polizei für jeden Zutritt gesperrt und es bedurfte längerer und energischer Interventionen, bis es wieder freigegeben wurde.

Die ganze Angelegenheit geht offenbar bewußt darauf hinaus, dem Reichsbanner etwas anzuhängen und die Schließung des Heims zu erzwingen. Damit dürften die Hitler-Banden aber kein Glück haben. Das zuständige Polizeirevier untersteht dem Hauptmann Schaller, dem die Arbeiterkraft noch nicht die vor Jahren erfolgten Ribbndlungen eines Briger Arbeiterjungen vergessen hat. Er bekam damals seine Strafe und wurde außerdem verhaftet. Zum Erstaunen der Briger Arbeiterbevölkerung tauchte er aber wieder in Berlin auf und bekam sogar dasselbe Revier. In Berlin kann nur eines helfen: Ein energischer Polizeioffizier, der mit dem Banditentum der Gestapokriegler durchgreifend aufräumt.

Der Gewerkschaft des Reichsbanners wird wegen des unqualifizierten Verhaltens der Polizei Beschwerde beim Polizeipräsidenten einlegen.

# Hitler Reichskanzler – heraus zum Generalstreik!

»Heraus zum Generalstreik!« So lautete die unmissverständliche Aufforderung, die bereits am Abend des 30. Januars 1933 in einem Extraflugblatt der KPD nicht nur an die Berliner Bevölkerung gerichtet war, sondern zugleich im ganzen Land verbreitet wurde. Für die Kommunisten und alle demokratischen Kräfte war klar: Es muss alles unternommen werden, um die von Reichspräsident Paul von Hindenburg an die Macht gebrachte Regierung unter Adolf Hitler zu beseitigen. Es ging darum, das Lügengespinnst von der »nationalen Revolution« der »Erhebung gegen Chaos, Arbeitslosigkeit und Not« aufzudecken und die wahren Ziele der braunen Machthaber offenzulegen.

Noch am gleichen Tag unterbreitete das Zentralkomitee der KPD dem Parteivorstand der SPD ein konkretes Angebot zum gemeinsamen Generalstreik, um die noch verbliebenen demokratischen Rechte und Freiheiten der Weimarer Republik zu erhalten und die Festigung des NS-Regimes zu verhindern. Allerdings mangelte es diesem Angebot an Glaubwürdigkeit, denn die KPD hatte bislang kaum eine Gelegenheit verstreichen lassen, die SPD des »Klassenverrats« zu bezichtigen, sie als »sozialfaschistisch« zu denunzieren und vor allem die linken Kräfte innerhalb der SPD als besonders »gefährlich« zu bezeichnen, würden sie doch angeblich »Illusionen« innerhalb der Arbeiterklasse über den Charakter der Sozialdemokratie verbreiten.

Dank einer vollständigen Fehleinschätzung der politischen Lage und bedingt durch antikomunistische Vorbehalte lehnte die sozialdemokratische Führung ihrerseits erwartungsgemäß ein Zusammengehen mit der KPD nebst der Organisation eines Generalstreiks ab und verwies ihre Mitglieder und Anhänger auf die kommenden Reichstagswahlen.

Entgegen der abwartenden Haltung des SPD-Vorstandes erkannten viele Funktionäre und Mitglieder der SPD in den Großstädten und Industriezentren des Landes ihre Verantwortung angesichts der Installierung des Hitler-Papen-Kabinetts und setzten sich gemeinsam mit Kommunisten für die Auslösung eines Generalstreiks ein.

So kam es noch am 30. Januar 1933 zu einer Betriebsrätevollversammlung in Berlin. Auf Initiative der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO) versammelten sich ca. 2.000 freigewerkschaftliche und rote Betriebsvertrauensleute sowie Mitglieder der Erwerbslosenausschüsse der Reichshauptstadt. Wilhelm Florin, Mitglied des ZK der KPD und zugleich der damalige Politische Sekretär des Bezirks Berlin-Brandenburg-Lausitz-Grenzmark der KPD, sprach zu den Versamm-

lungsteilnehmern. Er verwies auf die Gefahr, die nicht nur den Werktätigen, sondern dem ganzen deutschen Volk drohte, wenn nunmehr der an der Macht befindliche Faschismus sich festigte. Er benannte die Möglichkeiten zur Abwehr der drohenden Gefahr. Die Versammelten nahmen einstimmig einen Aufruf an, in dem vorgeschlagen wurde, am 31. Januar in allen Berliner Betrieben Versammlungen durchzuführen, um einen Massenstreik zu beschließen.

Zur Umsetzung der vorgeschlagenen Aktion wurde ein Fünfehnernausschuss gewählt. Ihm gehörten fünf Sozialdemokraten an.

In mehreren Berliner Stadtbezirken kam es am Nachmittag und am Abend des 31. Januar 1933 zu Arbeiterdemonstrationen. Die Unterbezirksleitung der KPD von Berlin-Prenzlauer Berg mobilisierte eine Kurzdemonstration an der sich neben Kommunisten und Sozialdemokraten auch Sympathisanten aus Sport- und antifaschistischen Wehrorganisationen beteiligten. Auf dem Bülowplatz vor dem Karl-Liebknecht-Haus fanden sich Arbeiter unter der Losung »Sturz dem Faschismus!« zusammen. In Berlin-Charlottenburg wehrten sich Arbeiter gegen NS-Schläger, die jetzt der Überzeugung waren, ihren Terror ungestraft mit dem Rückhalt der neu errichteten Staatsmacht ausüben zu können. An Mauern, Zäunen und Brücken der Stadt tauchten zahlreiche antifaschistische Inschriften auf.

Im Stadtbezirk Friedrichshain zogen viele Werktätige mit Spruchbändern gegen die braunen Machthaber durch die Straßen und bekundeten so ihre Kampfbereitschaft gegen die NS-Regierung. Etwa 1.000 Köpenicker Arbeiter beteiligten sich am 31. Januar an einer Protestkundgebung der KPD, die den Sturz der Faschisten forderte.<sup>1</sup> Am 1. Februar 1933 verhinderten Kommunisten und Sozialdemokraten einen geplanten Aufmarsch der SA auf dem Helmholtz-Platz, dem »Roten Platz« der Arbeiter vom Prenzlauer Berg. Dort sollte der Hohenzollernsprößling Prinz Wilhelm-August von Preußen (»Auwi«) sprechen – seit Jahren Mitglied der SA und umjubelter »Gast« von Nazi-Kundgebungen und -Aufmärschen. Tausende Gegendemonstranten verhinderten den Redeauftritt und sangen kraftvoll die »Internationale«: die Nazis zogen unter Polizeischutz ab.

Auch in anderen Industriezentren im Land fanden unmittelbar nach dem 30. Januar 1933 antifaschistische Aktionen statt, so zum Beispiel in Breslau, Chemnitz, Dresden, Düsseldorf, Essen, Frankfurt am Main, Hamburg, Köln, Mannheim und Wuppertal.



Im Industrieort Hennigsdorf bei Berlin und in den Nachbarorten Velten, Bötzwitz und Marwitz kam es Anfang Februar zu mehreren antifaschistischen Aktionen, organisiert von Kommunisten und Sozialdemokraten. So befanden sich an allen markanten Punkten in Hennigsdorf antifaschistische Losungen. In schnell hergestellten Flugblättern der Orts- und Betriebszeitungen der Großbetriebe aus der Industriegemeinde wiesen die Widerständler auf die Gefahren hin, die von der faschistischen Diktatur für das deutsche Volk heraufbeschworen wurden. Es wurden gut organisierte Demonstrationen durchgeführt, die zeitgleich in verschiedenen Straßen abliefen, so dass die Polizei diese Kampffaktionen nicht verhindern konnte.

Entgegen der politischen Initiative der KPD wurde der Generalstreik von der SPD-Führung abgelehnt und die vorhandene Abwehrbereitschaft Tausender Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschafter gegen das NS-Regime nicht genutzt. Es erwies sich in dieser Situation, dass zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten in den vergangenen Jahren zuviel Porzellan zerschlagen worden war, um jetzt zu aktionseinheitlichen Aktionen schreiten zu können. Eine bittere Erkenntnis. Unmittelbar nach der Machtübergabe an Hitler und deren deutschnationalen Partner in der Regierung, organisierten die Nazis eine groß angelegte politische Mordhetze gegen ihre politischen Gegner. Es kam zu zahlreichen SA-Überfällen auf Arbeiterlokale, Arbeitersportstätten und Laubenkolonien; Funktionäre der KPD, der SPD und der Gewerkschaften wurden zum Teil aus ihren Wohnungen verschleppt und in den schnell eingerichteten »Folterhöhlen« in SA-Heimen und -Lokalen gedemütigt und schwer misshandelt.

Mit dem 30. Januar 1933 begann für Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschafter sowie für die Angehörigen aller anderen Organisationen der Arbeiterbewegung die schwerste und opferreichste Kampfperiode ihres Bestehens. Bereits am 2. Februar des Jahres analysierte das Sekretariat des Zentralkomitees der KPD die entstandene Lage derart, dass täglich mit den brutalsten Verbotsmaßnahmen, mit ständigen Zeitungsverboten sowie mit Inhaftnahme führender Funktionäre und mit der Besetzung der Parteihäuser zu rechnen sei.

Einen Tag später beriet Ernst Thälmann im Politbüro der KPD die Situation und referierte über die gegenwärtigen Aufgaben der KPD.

Es wurde darüber gesprochen, wie trotz ablehnender Haltung der SPD- und Gewerkschaftsführung noch ein Massenstreik gegen die faschistische Regierung organisiert und eine Einheitsfront mit den Sozialdemokraten zustande kommen könnten. Ferner beriet die Parteiführung über Maßnahmen zur Sicherung der Parteikader und die nun notwendige konspirative Arbeit der KPD. Die Partei stand außerdem nach der erfolgten Auflösung des Reichstages und des Preußischen Landtages vor der schwierigen Aufgabe, unter der neuen politischen Lage den Wahlkampf für die anstehenden Reichstagswahlen am 5. März 1933 vorzubereiten und durchzuführen.

In Vorbereitung auf diese Wahlen beschloss das Politbüro der KPD auf Initiative Ernst Thälmanns eine Reichskonferenz der Politischen Bezirkssekretäre, ZK-Instrukteure und Abteilungsleiter einzuberufen.<sup>2</sup>

Ferner versuchte die KPD in den ersten Februarwochen des Jahres 1933 wiederholt, die gesamte Arbeiterschaft gegen die NS-Regierung zu mobilisieren. Das Bemühen der Kommunisten eine Einheitsfront aller NS-Gegner zu schaffen, erfolgte zu diesem Zeitpunkt schon unter dem Kundgebungs- und Demonstrationsverbot vom 1. Februar 1933 sowie dem Versammlungs- und Presseverbot durch die Reichsregierung. Mit der Besetzung und Durchsuchung des Karl-Liebknecht-Haus am Bülowplatz in Berlin, dem Sitz des Zentralkomitees der KPD, der Berliner Bezirksleitung der KPD und des KJVD, sollten die Widerstehenden eingeschüchtert werden. Trotz des massiven NS-Terrors gelang es den Berliner Kommunisten, im Februar neun Massenkundgebungen zu organisieren. Z. B. in den überfüllten traditionellen Versammlungsorten in Berlin-Friedrichshain, in der Hasenheide, im Moabiter Gesellschaftshaus und im Charlottenburger Edenpalast und anderen Stadtbezirken versammelten sich viele Arbeiter und Angestellte und bekundeten ihre Bereitschaft zu antifaschistischen Aktionen, einschließlich des Sturzes der Regierung. In den Berliner Gaswerken verlangten die Arbeiter in einer Vollversammlung die Aufhebung des Verbots der »Roten Fahne«. In den Siemenswerken verständigten sich SPD- und Gewerkschaftsführer, einen Streik zu organisieren. Anknüpfend an gemeinsame Kampferfahrungen in den Monaten der Antifaschistischen Aktion vor 1933 verstärkten Mitglieder der kommunistischen und sozialdemokratischen Organisationen in den Stadtbezirken die Selbstschutzstaffeln zur Abwehr von SA-Überfällen. Gemeinsam schützten Sozialdemokraten, Kommunisten und parteilose Antifaschisten die Büros der Arbeiterparteien der Gewerkschaften und Jugendorganisationen.<sup>3</sup>

Am 7. Februar 1933 trafen sich ca. 40 Mitglieder des ZK und andere leitende Funktionäre der KPD zu einer illegalen Beratung in Ziegenhals bei Niederlehme. In seinem Vortrag charakterisierte Ernst Thälmann die faschistische Regierung treffend als ein terroristisches Regime des deutschen Finanzkapitals. Er verwies eindringlich auf die friedensbedrohende Außenpolitik der Hitlerregierung. Unmissverständlich warnte er vor jeglichen legalistischen Illusionen. Er hob in seinem Referat hervor, dass der Sturz der NS-Regierung unumgänglich sei, um wieder demokratische Verhältnisse in Deutschland zu schaffen.

Zu den letzten legalen Demonstrationen der Berliner Werktätigen gegen die braune Diktatur gehörte die Großkundgebung im Lustgarten am 7. Februar, zu der die sozialdemokratische Eiserne Front aufgerufen hatte. Über 200.000 Werktätige waren dem Aufruf zur Kundgebung gefolgt. Sie bekundeten ihren Willen, der NS-Regierung entgegenzutreten. Der SPD-Vorsitzende Otto Wels gab jedoch in seiner Ansprache nicht das Signal zu außerparlamentarischem Handeln.<sup>4</sup>



Am 23. Februar 1933 sprach Wilhelm Pieck als Kandidat der Kommunisten für die Reichstagswahlen am 5. März auf der letzten Massenkundgebung der KPD im Berliner Sportpalast. Johannes R. Becher schilderte später die damalige Situation: »Wir hatten diesmal den Sportpalast nicht ganz voll bekommen. Wir hatten für unsere »letzte Versammlung« keine richtige Propaganda machen können. Noch am Vorabend hieß es, sie sei verboten, dann wurde sie plötzlich doch gestattet, aber wir konnten sie nicht mehr in der Presse anzeigen, die Propaganda blieb den einzelnen Berliner Bezirken überlassen. Es gab Lücken, ... als aber die Kapelle mit unseren Kampfmärschen einsetzte, zitterte der Raum vor Begeisterung und die Lücken schlossen sich.«<sup>5</sup>

Rund 15 000 Berliner waren gekommen, um den kommunistischen Reichstagskandidaten Wilhelm Pieck zu hören. Er rief die Anwesenden auf, unverzüglich die Einheitsfront im Ringen gegen das NS-Regime zu schaffen.

Ein formelles Verbot der KPD nach der Bildung der NS-Regierung erfolgte nicht, dennoch erwog sie in ihrer ersten Kabinettsitzung eine solche Maßnahme. Aus Sorge vor innenpolitischen Kämpfen wurde das geplante Verbot vertagt.

In der Nacht des Reichstagsbrandes vom 27./28. Februar 1933 erfolgte in Berlin schlagartig die Festnahme von 1.500 Antifaschisten. Einen Tag später erließ Reichspräsident von Hindenburg die Notverordnung »Zum Schutze von Volk und Staat«, mit der die Weimarer Verfassung außer Kraft gesetzt wurde.

Aufs schärfste verfolgt, musste die KPD sich auf die Reichstagswahl vorbereiten. Trotz der massiven Wahlbehinderung gegen die Arbeiterparteien erzielte die NS-Regierung nicht die erwartete absolute Stimmenmehrheit für die NSDAP bei den letzten Wahlen am 5. März 1933. Mehr als 12 Millionen Bürger gaben den Arbeiterparteien ihr Vertrauen, dies war ein mutiges Bekenntnis gegen die faschistische Diktatur.

Die folgenden Monate des Jahres 1933 waren durch immer wieder aufflammenden Widerstand gegen die neuen Machthaber in Deutschland gekennzeichnet. So leuchteten am 1. Mai den Fußgängern im Spreetunnel in Berlin-Friedrichshagen rote Fahnen und antifaschistische Losungen entgegen. In den verschiedensten Stadtbezirken trafen sich Werktätige zum Mai-Spaziergang.

Der Widerstand gegen das NS-Regime blieb nicht nur auf die Großstädte wie Berlin, Hamburg, München u. a. beschränkt, sondern entwickelte sich auch an ihren Randgebieten. So riefen Sozialdemokraten und Kommunisten im Industriort Hennigsdorf auf, am 12./13. April nicht die Kandidaten des neu zu wählenden faschistischen Vertrauensräte in den dortigen Großbetrieben zu wählen. Sie wurden dazu aufgerufen, auf die Wahlzettel Forderungen von Lohnverbesserungen zu schreiben und eigene illegale Vertrauensleute zu schaffen. Illegale Flugschriften, die dazu aufriefen, die Wahlen zu boykottieren, kursierten in den Betrieben und im Ort. Die Mehrzahl der Betriebsangehörigen im Stahl- und Walzwerk und in dem

AEG-Betrieb verweigerte die Annahme der NS-Propagandrakete und behinderte die Wahl der Vertrauensleute durch einen Kurzstreik.

Bereits im Oktober 1932 entschlossen sich sozialdemokratische Intellektuelle, eine Widerstandsgruppe gegen die immer stärker aufkommenden NS-Horden zu bilden. Unter dem Namen »Roter Stoßtrupp« organisierten Rudolf Küstermeier, Kurt Blei und Franz Hering eine sich rasch entwickelnde Sammelbecken für links orientierte Studenten, Jungarbeiter sowie Arbeitslose. Wenige Tage nach dem 30. Januar 1933 war der »Rote Stoßtrupp« in der Lage, illegale Schriften nicht nur in Berlin, sondern in mehreren Orten Deutschlands zu verbreiten. Die Widerständler arbeiteten von Anfang an konspirativ. Sie waren nach dem Prinzip von Fünfergruppen aufgeteilt. Es bestand ein breites illegales Netz, das bis zur SPD, der SAP reichte, nebst Kontakten zu Troztkisten, der Schwarzen Front unter Otto Strasser sowie zu katholischen und protestantischen oppositionellen Kreisen. Über die Familien Megelin und Kurt Düttchen gab es Kontakte zu Antifaschisten um Wilhelm Leuschner und dem Jungkommunisten Heinz Kapelle.<sup>6</sup>

Ende 1933 gelang der Gestapo, per Zufall ein Einbruch in die illegale Organisation. Trotz einer umfangreichen Verhaftungswelle gelang es den faschistischen Repressivorganen nicht, den »Roten Stoßtrupp« zu zerschlagen.

Die umfangreiche illegale Propagandatätigkeit gegen das NS-Regime wird u. a. durch die Feststellung des Oberreichsanwaltes Karl Werner in seiner Anklageschrift gegen Karl Zinn u. a. sichtbar, der den Angeklagten vorwarf, dass von April bis November 1933 alle sieben bis zehn Tage Ausgaben des »Roten Stoßtrupp« in einer Gesamtauflage von 30.000 bis 40.000 Exemplaren erschienen.<sup>7</sup>

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass an Hand der dargelegten Beispiele des Widerstehens sich bereits unmittelbar nach Errichtung der NS-Diktatur in allen Provinzen des Landes der antifaschistische Widerstand regte – ungeachtet des Terrors, den die Organisationen der Arbeiterbewegung ausgesetzt waren.

## Günter Wehner

1 Siehe Geschichte der revolutionären Berliner Arbeiterbewegung, Bd. 2 von 1917 bis 1945, Berlin 1987, 356 ff.

2 Siehe Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde RY 5/1/I 2/5/4 Bl. 132 ff. und I 2/3, Bl. 4.

3 Siehe Geschichte der revolutionären Berliner Arbeiterbewegung, Bd. 2 von 1917 bis 1945, Berlin 1987, S. 359.

4 Vgl. Ebenda, S. 361 f..

5 Johannes R. Becher: Der verwandelte Platz. Erzählungen und Gedichte. Moskau/Leningrad 1934, S. 15.

6 Vgl. Dennis Egginger: Der Rote Stoßtrupp. In: Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus. Der vergessene Widerstand der Arbeiter. Hrsg. von Hans Coppi und Stefan Heinz, Berlin 2012, S. 91 ff..

7 Vgl. Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, NJ 5315, Bl. 1 ff..

# 130 Jahre Georgi Dimitroff – Zur Erinnerung an den Reichstagsbrandprozess

Am 18. Juli 2012 war der 130. Geburtstag des bulgarischen Kommunisten und Antifaschisten Georgi Dimitroff. Mit seiner Person verbunden ist die Erinnerung an den jahrzehntelangen Kampf der bulgarischen Kommunisten gegen ein reaktionäres Regime im eigenen Land und seine Rolle in der Kommunistischen Internationale. Nicht zuletzt ist mit seinem Namen untrennbar die wohl berühmteste Definition dessen, was Faschismus an der Macht bedeutet, verbunden. Dass diese Definition – besonders von seinen Gegnern, leider manchmal auch von Befürwortern – zumeist verkürzt rezipiert wird, sollte auch heute Anlass für eine intensivere Auseinandersetzung mit den Aussagen des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale zu Faschismus und antifaschistischer Strategie sein. Doch im Fokus dieses Beitrags steht ein anderer Aspekt von Dimitroffs antifaschistischer Arbeit. Heute an Georgi Dimitroff zu erinnern, bedeutet auch dessen mutiges Auftreten 1933 vor dem Reichsgericht in Leipzig lebendig zu halten, als es ihm gelang, das faschistische System und die faschistischen Verbrecher, die ihn verurteilen wollten, selber auf die Anklagebank zu setzen.

Es ist an diese Stelle nicht der Raum, die umfangreiche Debatte und Publizistik zum Reichstagsbrand nachzuzeichnen. Bis heute gibt es immer wieder Versuche, eine mögliche Alleintäterschaft von Marinus van der Lubbe zu belegen, nicht um ihn als Verbrecher zu denunzieren, sondern um die Rolle der NSDAP bzw. der SA leugnen zu können. Aber die jüngste Veröffentlichung von Alexander Bahar und Wilfried Kugel, »Der Reichstagsbrand, Wie Geschichte gemacht wird«, erschienen in Berlin 2001, konnte – ausgehend von zahlreichen bislang nicht erschlossenen Quellen – überzeugend alle relativierenden und apologetischen Geschichtslegenden zurückweisen.

Es können hier auch nicht die Fülle der Maßnahmen rekapituliert werden, mit denen die deutsche faschistische Regierung Ende Februar 1933 den Brand im Berliner Reichstagsgebäude dazu nutzte, tausende politische Gegner im ganzen Deutschen Reich zu verhaften, Presse- und Meinungsfreiheit fast vollständig einzuschränken sowie öffentliche Versammlungen zu verbieten. Bekanntlich bezeichneten die Nazis den Brand als »kommunistisches Fanal«, obwohl sie selber das Feuer gelegt hatten. Und Hermann Göring nutzte diesen Brand zu einer groß angelegten propagandistischen Aktion gegen die Kommunistische Partei, die mit diesem Brand ein »Fanal« zu einem »kommunistischen Aufstand« in Deutschland habe geben wollen.

Georgi Dimitroff, der sich zu diesem Zeitpunkt im Auftrag der Kommunistischen Internationale illegal in Deutschland aufhielt, wurde im Zuge der Massenverhaftungen am 9. März

1933 in Berlin ergriffen. Nun glaubten die Nazis eine Führungsfigur gefunden zu haben, der man eine Schlüsselrolle in einem geplanten Schauprozess vor dem Reichsgericht in Leipzig zuweisen konnte: Ein »kommunistisches Fanal« gesteuert durch einen Funktionär der Kommunistischen Internationale. Doch bevor es zu diesem Prozess kam, suchten die faschistischen Ermittler mehrere Monate vergeblich nach Dokumenten und Materialien, die eine solche Verbindung belegen sollten. Fragwürdige Zeugen meldeten sich, die für ein Handgeld die verschiedenen Angeklagten »belasteten«, die selbst Marinus van der Lubbe lange vor seinem Eintreffen in Berlin mit den anderen Angeklagten gemeinsam gesehen haben wollten. In dieser Zeit waren Georgi Dimitroff und seine Mitangeklagten harten Haftbedingungen unterworfen. Fünf Monate lang verschärfte Einzelhaft, was für Dimitroff u. a. bedeutete, dass er Handschellen tragen musste. Selbst Briefe an das Gericht und seinen Anwalt durfte er nur in Handschellen schreiben. Dennoch ließ er sich durch diese Schikanen nicht entmutigen. Zu einem ersten Kräftemessen gestaltete sich die Bestellung eines Verteidigers. Georgi Dimitroff versuchte, in den Monaten der Vorbereitung auf den Prozess einen Anwalt seines Vertrauens zu erhalten. Mehrere international renommierte Strafverteidiger, unter ihnen der Amerikaner Leo Gallagher, der Franzose Torres oder der Engländer Sir Stafford Cripps hatten sich um das Mandat bemüht. Das war jedoch schwieriger als erwartet. Zuerst forderte das Gericht, dass den ausländischen Strafverteidigern deutsche Rechtsanwälte zur Seite gestellt werden müssten. Als diese auf diese Forderung eingingen, machte das Reichsgericht jedoch einen Rückzieher und lehnte alle vorgeschlagenen Anwälte ab. Schließlich setzte das Gericht als Pflichtanwalt einen Dr. Paul Teichert ein, der jedoch keine bedeutende Rolle im Prozess spielen sollte. Ähnlich ging es den anderen Angeklagten.

So blieb Dimitroff nichts anderes übrig, als seine Verteidigung selbst in die Hand zu nehmen, was jedoch sehr kompliziert war, wie er im Nachhinein beschrieb:

»Meine Genossen und ich waren völlig isoliert, sozusagen hermetisch abgeschlossen. Ein großer Teil an uns gerichteter Briefe wurden uns nicht ausgehändigt. Wir durften lediglich faschistische Zeitungen lesen. So mussten wir uns ausschließlich auf unseren politischen Spürsinn verlassen. Für mich war stets Maßstab: Wie reagiert die feindliche Presse auf mein Verhalten.« (Braunbuch II – Dimitroff contra Göring. Enthüllungen über die wahren Brandstifter, Edition du Carrefour, Paris 1934, Reprint Berlin/DDR 1981. Alle Zitate sind diesem Band entnommen).



Am 25. Januar 1933 fand im »Keglerheim«, Friedrichstraße 12, in Dresden eine Veranstaltung des »Kampfbund gegen den Faschismus« statt, bei deren erzwungener Auflösung die Polizei neun Antifaschisten erschoss. Das Bild zeigt Mitglieder des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold bei einer Demonstration anlässlich der Beisetzung der Antifaschisten, 31. Januar 1933.

Dimitroffs Verteidigungsstrategie lag auf zwei Ebenen. Erstens versuchte er Zeugen für den Prozess zu berufen, die für die öffentliche Auseinandersetzung wirksam wären. So stellte er den – natürlich abgelehnten – Antrag, den Vorsitzenden der KPD Ernst Thälmann, der sich auch in Nazihaft befand, in den Zeugenstand zu laden, um mit dessen Aussage nachzuweisen, dass eine Brandstiftung als »kommunistisches Farnal« nichts mit der Strategie und Taktik der KPD zu tun haben konnte. Gleichzeitig beantragte er, weiter Minister der Reichsregierung als »Zeugen« zu bestellen, um die Politik der faschistischen Regierung zu entlarven.

Da das Reichsgericht ihm diese Möglichkeiten versagte, blieb Dimitroff nichts anderes übrig, als selber mehrfach mit Zwischenfragen und Kommentaren in den Prozessverlauf einzugreifen, obwohl er damit in der Gefahr stand, von den Verhandlungen ausgeschlossen zu werden. Da das Gericht innere Widersprüche in Zeugenaussagen und andere Ungereimtheiten unhinterfragt hinnahm, sah Dimitroff hier die Möglichkeit, die Parteilichkeit der Vorermittlung zu entlarven. Zudem nahm er immer wieder die Möglichkeiten, die die Strafprozessordnung bot, wahr, Zeugen der Anklage selber zu befragen. Dabei ging es ihm nicht um spitzfindige Klärung von Details, sondern darum, diese Zeugen der Anklage unglaublich zu machen und ihre Funktion in diesem Schauprozess zu entlarven. Und wie erfolgreich er das machte, wurde nicht zuletzt in dem le-

gendären Streitgespräch zwischen Nazi-Minister Hermann Göring, der eigentlich als Vertreter der Anklage auftrat, und Dimitroff, der ihn gleichsam in ein Kreuzverhör nahm, sichtbar. Dimitroff brachte Göring mit seinen Fragen so in Bedrängnis, dass dieser – statt zu antworten – mit Zornesausbrüchen reagierte. Auch achtzig Jahre später lesen sich die Protokolle dieser Verhandlung spannender als jeder Kriminalroman.

Als Göring sich in seinem Auftreten zu der Aussage steigerte, dass der Kommunismus eine »verbrecherische Weltanschauung« sei, antwortete Dimitroff mit einer Frage: »Ist dem Herrn Ministerpräsidenten bekannt, dass diese verbrecherische Weltanschauung den sechsten Teil der Erde regiert, nämlich die Sowjetunion?«

Diese abgeklärte Reaktion ärgerte Göring so sehr, dass er in einem Wutanfall schrie: »Ich will Ihnen sagen, was im deutschen Volk bekannt ist. Bekannt ist dem deutschen Volk, dass Sie sich hier unverschämte benehmen, dass Sie hierher gelaufen sind, um den Reichstag anzustecken. Sie sind in meinen Augen ein Gauner, der direkt an den Galgen gehört.« Auch der Vorsitzende Richter Büniger kritisierte Dimitroff: »Ich untersage Ihnen diese Propaganda auf das strengste. Sie haben rein sachliche Fragen zu stellen.«

Für Dimitroff war in dieser Situation vollkommen klar, dass keine längere Debatte mehr stattfinden würde, daher mussten die folgenden Sätze genau sitzen. Seine Reaktion: »Ich bin sehr

zufrieden mit der Antwort des Herrn Ministerpräsidenten.« Und bevor ihm endgültig das Wort entzogen wurde, setzte er den berühmten Satz hinzu: »Sie haben wohl Angst vor meinen Fragen, Herr Ministerpräsident?«

Görings Antwort war entlarvender als alle antifaschistische Aufklärungsflugblätter: »Sie werden Angst haben, wenn ich Sie erwische, wenn Sie hier aus dem Gericht raus sind, Sie Gauner Sie!«, brüllte er. Natürlich wurde Dimitroff anschließend des Saals verwiesen, aber er war der politische Sieger. (Braunbuch II, S. 252–254)

Selbst die Vertreter der internationalen bürgerlichen Presse waren von diesem Auftritt Görings überrascht. »Die Zeugen aussage Görings war nichts anderes als eine leidenschaftliche Agitationsrede, ein Plädoyer, in dem das ganze zweifelhafte Material an Vorwürfen ohne Sichtung wiederholt wurde. Dabei trat eine Feindseligkeit und Neigung zu persönlicher Verunglimpfung des politischen Gegners zutage, wie sie sonst keinem Zeugen durchgelassen werden würde«, schrieb die »Basler Nationalzeitung« am 6. November 1933. Dimitroff schaffte es also mit dieser gezielten Provokation, die monatelangen Bemühungen der faschistischen Auslandspropaganda, Einfluss auf die internationale Berichterstattung zu nehmen, zu konterkarieren.

Zehn Jahre später fasste Bert Brecht diese Auseinandersetzung in den Worten zusammen: »Die Angeklagten des Prozesses verwandelten sich in Ankläger, und der große Kämpfer Dimitroff wurde zum Sprecher des deutschen Volkes, das seiner Sprache beraubt worden war.« (Bertolt Brecht, Der Reichstagsbrandprozess (1943), in: Schriften zu Politik und Gesellschaft, Gesammelte Werke Bd. 20, S. 292)

Dimitroff war sich zu diesem Zeitpunkt bewusst, dass der gesamte Prozess durch den deutschen Reichsrundfunk übertragen wurde. Trotz aller Einschränkungen und Zurechtweisungen durch das Gericht hatte er damit eine Möglichkeit, viele Menschen im Lande zu erreichen, die nicht allein die Propagandaberichte der gleichgeschalteten Inlandspresse lesen wollten. Wenn man bedenkt, dass den Angeklagten keine freien Informationen zur Verfügung standen und sie die Erkenntnisse des »Braunbuchs« und des Londoner Gegenprozesses nur aus indirekten Aussagen der Anklage entnehmen konnten, war es ein Meisterleistung, in welcher Form Dimitroff in seiner Verteidigung die Widersprüche in der Vorermittlung, in den Dokumenten der Anklage, fehlende konkrete Tatvorwürfe und andere offensichtliche Lücken des Verfahrens aufzeigen konnte. Aber ihm war auch klar, dass es dem Reichsgericht überhaupt nicht um einen Schuldbeweis für die Tat ging, sondern dass mit diesem Verfahren die kommunistische Organisation, die kommunistische Überzeugung insgesamt angeklagt war. Und so formulierte er in seinem Schlusswort: »Ich verteidige meine eigene Person als angeklagter Kommunist. Ich verteidige meine eigene kommunistische, revolutionäre Ehre. Ich verteidige meine Ideen, meine kommunistische Gesinnung. Ich verteidige den Sinn und den Inhalt meines Lebens.«

Und da er sich im Land der Deutschen Klassik befand, zitierte er in seinem Schlussplädoyer den Dichter Johann Wolfgang von Goethe:

»Lerne zeitig klüger sein.

Auf des Glückes großer Waage

Steht die Zunge selten ein;

Du musst steigen oder sinken,

Du musst herrschen und gewinnen

Oder dienen und verlieren,

Leiden oder triumphieren,

Amboss oder Hammer sein.«

Und er endete: »Ja, wer nicht Amboss sein will, der muss Hammer sein!« – und das war seine Verpflichtung auch für den antifaschistischen Kampf.

Die offenkundigen Schwächen der Anklage, der fehlende Nachweis jeglicher Beteiligung, aber insbesondere die internationale Öffentlichkeit dieses Prozesses führte schließlich dazu, dass das Gericht Georgi Dimitroff, seine beiden bulgarischen Mitangeklagten Vasil Taneff und Blagej Popow sowie den KPD – Funktionäre Ernst Torgler »aus Mangel an Beweisen« freisprechen musste.

Doch noch schwebte über Dimitroff und seine Mitangeklagten die Drohung Görings und trotz Freispruch konnten die Angeklagten den Gerichtssaal nicht als freie Männer verlassen. Das internationale Aufsehen, das das mutige Auftreten Dimitroffs erregt hatte, verhinderte jedoch, dass die Faschisten ihn einfach in ein Konzentrationslager verschleppen und dort ohne Aufsehen ermorden konnten. So sprach beispielsweise der »Manchester Guardian« am 18. Januar 1934 von großer Besorgnis, »weil die Vier seit nahezu einem Monat, der seit dem Urteil verstrichen ist, im Gefängnis gehalten werden und weil wir uns an General Görings brutale, wahnwitzige Drohungen erinnern, was er Dimitroff antun werde, sobald er ihn ausserhalb des Gerichts zu fassen bekäme.« (Braunbuch II, S. 291) Und es war ein wichtiges Zeichen der internationalen Solidarität, als die Regierung der UdSSR am 15. Februar 1934 den bulgarischen Kommunisten die sowjetische Staatsbürgerschaft verlieh. So konnten sie – gegen die Widerstände von Göring – als Sowjetbürger Ende Februar 1934 nach Moskau ausreisen. Göring hatte noch am 17. Februar 1934 in einem Interview gegenüber dem Berliner Korrespondenten der englischen »Daily Mail« erklärt: »Ein solcher Mann ist zu gefährlich, als dass man ihn auf die Gesellschaft loslassen könnte.« (Braunbuch II, S. 293)

Dimitroffs mutiger Kampf vor den Schranken des faschistischen Gerichtes war, ist und bleibt ein Symbol antifaschistischer Standhaftigkeit auch für heutige Generationen. Die internationale antifaschistische Bewegung wird immer wieder an diese und andere heroische Taten von Antifaschisten erinnern, um zu zeigen, dass antifaschistisches Handeln selbst unter den Bedingungen von Terror und Verfolgung möglich war und ist.

**Ulrich Schneider**

# In der deutschen Zange:

**Vor 80 Jahren entstand in konzertierter Aktion von Finanzkapital, Politik und Ministerialbürokratie eine Konzeption für die Unterwerfung der Balkanländer mit wirtschaftlichen Mitteln.<sup>1</sup>**

In der gegenwärtigen »Griechenland-Krise« zeigt sich exemplarisch, wie imperialistische Mächte wirtschaftliche und monetäre Maßnahmen einsetzen, um andere Staaten gefügig zu machen. Griechenland steht praktisch unter Zwangsverwaltung der Europäischen Union, der Europäischen Zentralbank und des Internationalen Währungsfonds, der sogenannten Troika. Diese diktieren den Hellenen ein »Sparprogramm«, das vor allem die von Bank- und Versicherungskonzernen gehaltenen griechischen Staatsanleihen und die Profite der Rüstungsindustrie sichern soll. Das Diktat greift tief in die Souveränität des griechischen Staates, ja selbst in die Arbeitsabläufe der griechischen öffentlichen Verwaltung ein und wird durch einen drastischen Abbau der Demokratie realisiert. Die verordneten Kürzungen der Löhne und Renten sowie der Staats- und Sozialausgaben (außer im »Verteidigungsetat«) und die starke Erhöhung der besonders die einkommensschwache Bevölkerung treffenden Verbrauchssteuern zeitigen schon jetzt schweren wirtschaftlichen Niedergang sowie Massenarbeitslosigkeit und absolute Verelendung breiter Bevölkerungsschichten. Ein Blick auf Griechenland zeigt eine »Gesellschaft am Abgrund«, schreibt Karl Heinz Roth in der Flugschrift »Griechenland: Was tun?«. Er vermutet, dass Hellas für das Finanzkapital und die meisten konservativen Politiker in »Kerneuropa« ein Experimentierfeld ist, um zu klären, »wie weit das System der Arbeitsarmut (...) vorangetrieben und verstetigt werden kann.«<sup>2</sup>

Maßgebende Kräfte in Deutschland benutzen die »Griechenland-« und die Euro-Krise in vielen Ländern aber auch, um das Projekt »Vereinigte Staaten von Europa« unter deutscher Führung zu beschleunigen. Davor warnen selbst bürgerliche Politiker. Am 24. Juni stellte der Europaabgeordnete und Experte der »Grünen« Reinhard Bütikofer fest: »Merkel kämpft nicht für ein europäisches Deutschland, sondern für ein deutsches Europa.« Der im griechischen Wahlbündnis SYRIZA für Wirtschaftspolitik zuständige Parlamentsabgeordnete Yanis Dragasakis nannte in der »Berliner Zeitung« vom 15. Juni 2012 die Politik der Troika ein System von »Drohungen und Erpressungen«. Trotz der verheerenden Folgen drängt Merkel weiterhin auf einen harten Kurs gegen Hellas. Die Empörung über die »eiserne Kanzlerin« ist nicht nur in Griechenland groß. Doch der Einsatz wirtschaftlicher Mittel zur Unterwerfung fremder Staaten hat besonders in Deutschland Tradition, zumal in Zeiten, in denen militärische Machtmittel

nicht vorhanden waren oder ihre Anwendung nicht opportun schien. Vor einer solchen Situation stand der deutsche Imperialismus am Ende der Weimarer Republik.

## Frontalangriff gescheitert

Am 21. März 1931 teilten die österreichische und die deutsche Regierung der erstaunten Öffentlichkeit mit, dass sie sich auf eine Zollunion geeinigt hätten.<sup>4</sup> Diese galt als entscheidender Schritt zu einem Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich und zur Schaffung eines unter deutscher Führung stehenden mitteleuropäischen Staatenblocks. Aus der »österreichischen Schlüsselstellung heraus«, so der Deutsche Schutzbund, ein Dachverband der politisch weit rechts stehenden Deutschumsvereine, könnte der Südosten Europas infiltriert und von Deutschland abhängig gemacht werden.<sup>5</sup> Südosteuropa galt als »eines der größten und wichtigsten Rohstoffgebiete der alten Welt«. Die Vorkommen an Erdöl, Chrom, Kupfer, Blei, Zink, Mangan sowie dem Aluminiumvorstoff Bauxit konnten den deutschen Bedarf zu großen Teilen, in einigen Fällen vollständig decken. In beträchtlichem Umfang wurden Nahrungs- und Futtermittel sowie Holz und Textilpflanzen produziert. Das relativ unerschlossene Gebiet mit dichter Besiedlung (und billigen Arbeitskräften) galt den deutschen Eliten als klassischer Kapitalanlageplatz und entwicklungsfähiger Absatzmarkt. Von besonderem Gewicht war, dass die Rohstoffvorkommen und Absatzmärkte in geographischer Nähe zu Deutschland lagen und auch zu Kriegszeiten auf dem Landweg erreichbar waren – abseits der von Großbritannien kontrollierten Seewege.<sup>7</sup> Südosteuropa war für die deutsche Wirtschaft ein idealer »Ergänzungsraum«. Die Konzepte sahen vor, die volkswirtschaftlichen Strukturen der Balkanländer hinsichtlich Produktion, Absatz und Lohn-Preis-Niveau vollständig an die Bedürfnisse der deutschen Wirtschaft anzupassen. Dazu zählte auch die weitgehende Deindustrialisierung der Südostländer: Der Aufbau einer nennenswerten Fertigwarenproduktion war zu verhindern; bestehende Anlagen wurden als »Industriezüchtungsexperimente« diskreditiert und sollten eingestellt werden. Bürgerliche Wirtschaftshistoriker wie Wilhelm Treue gingen davon aus, dass alle deutsche Südosteuropapolitik bis 1945 darauf hinauslief, unter dem Stichwort »Ergänzungswirtschaft« den Staaten dieser Region einen kolonialen Status aufzudrücken.<sup>8</sup>

Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges aber war der begehrte »Südostraum« unter französischen Einfluss geraten. Die wichtigsten Staaten – Rumänien und Jugoslawien – waren Eckpfeiler eines Bündnissystems, das Paris gegen den deutschen »Drang nach Südost« und zur Garantierung der von Frankreich dominierten Versailler Nachkriegsordnung installiert hatte. Dass jeder deutsche Vorstoß in das Gebiet, auch wenn er mit scheinbar unverdächtigen wirtschaftlichen Mitteln erfolgte, nur der Logik des ökonomischen Sachverständes gehorche, wie die deutsche Propaganda behauptete, musste zu schweren internationalen Konflikten führen. Mit dem Zollunionsprojekt hatte der deutsche Imperialismus einen solchen Vorstoß unternommen.

In Paris wurden schwerwiegende Folgen für Frankreichs Stellung in Südosteuropa und für die gesamte Nachkriegsordnung befürchtet. Der deutsche Botschafter in Paris, Leopold von Hoesch, telegraphierte am 23. März 1931 nach Berlin, Frankreich fühle sich überrumpelt und erpresst. Man glaube, die Zollunion sei der erste Schritt auf dem Weg zu einem »deutschen Mitteleuropa«.<sup>9</sup>

Die Befürchtungen waren berechtigt. So forderte am 24. März 1931 der allgewaltige IG-Farben-Chef (Vorsitzender des Aufsichtsrates) und Vorsitzende des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Carl Duisberg, die Zollunion schnell auszuweiten. Dadurch könne »das europäische Problem von der

Südostecke aus aufgerollt« werden. Letztlich komme es jedoch darauf an, dass »ein geschlossener Wirtschaftsblock von Bordeaux bis Odessa« geschaffen werde.<sup>10</sup> Am 15. April 1931 ging der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Bernhard Wilhelm von Bülow, in einem Brief an die deutsche Botschaft in Prag auf die Planungen ein. Selbst mit Veränderungen der Nachkriegsgrenze gegenüber Polen wurde gerechnet. »Der Druck wirtschaftlicher Notwendigkeiten«, so von Bülow, werde den Beitritt weiterer Staaten zu »unserem Wirtschaftsblock« bald »erzwingen«. Gelänge es, auch mit den baltischen Staaten ähnliche »nähere wirtschaftliche Beziehungen« zu schaffen, »dann ist Polen mit seinem wenig gefestigten Wirtschaftskörper eingekreist und allerhand Gefährdungen ausgesetzt: Wir haben es in der Zange.«<sup>11</sup>

Die Reaktion Frankreichs und anderer Mächte fiel entsprechend aus. Politischer Druck, diplomatische Isolierung und wirtschaftliche Sanktionen bewirkten, dass von der Zollunion Abstand genommen wurde. Der deutsche Imperialismus hatte eine herbe Niederlage erlitten, die von den maßgebenden Kräften als traumatisches Ereignis empfunden wurde. Die »Deutschen Führerbriefe«, ein vertrauliches Informationsorgan insbesondere jener Kräfte des Finanzkapitals, die den Coup vom 21. März 1931 betrieben hatten, bezeichneten die Niederlage als die schwerste Schlappe nach dem Ersten Weltkrieg.<sup>12</sup>





Zentrale des Konzeptionsbildung für einen Griff nach Mittel- und Südosteuropa: Präsidium des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages, hier bei einer Tagung 1940 in Wien. Am Rednerpult der Präsident des MWT, Tilo von Wilmowsky (1878–1966).

### Alte Ziele ...

Nach Überwindung einer Schockphase machten sich führende Vertreter der deutschen Macht- und Einflusseliten daran, neue Konzepte für die Wiederaufnahme einer Expansion nach Südosteuropa zu erarbeiten.<sup>13</sup> Das Gebiet war für die deutsche Wirtschaft und als Hebel zur grundlegenden Veränderung der Nachkriegsordnung zu wichtig, um es anderen Mächten zu überlassen.

Zentrale Stelle in dem konzeptionsbildenden Prozess war der 1925 gegründete Mitteleuropäische Wirtschaftstag (MWT).<sup>14</sup>

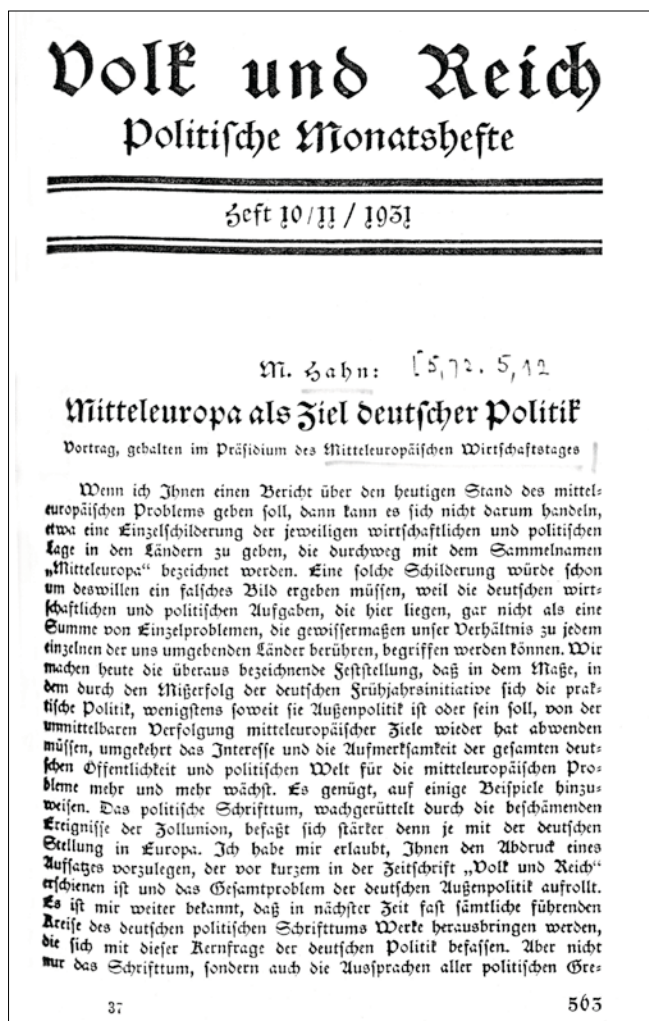
Seit 1931 wurde der Verein von den wichtigsten deutschen Industrie- und Bankkonzernen, den großen Unternehmerorganisationen, den Wirtschaftskammern, Großagrariern, Vertretern der Reichsregierung und hohen Ministerialbeamten getragen. Der MWT koordinierte die Interessen der verschiedenen Fraktionen der herrschenden Klasse in Richtung Südosteuropa und wirkte zunehmend auch als Stichwort- und Ideengeber.

Auf einer Sitzung Ende Oktober 1931 gab der von rheinisch-westfälischen Unternehmerverbänden als Geschäftsführer in den MWT entsandte Max Hahn die Grundlinien der konzeptionellen Neuorientierung vor. Wichtig sei, dass man an dem Grundsatz festhalte, die Schaffung eines stark auf Südosteuropa gerichteten »Mitteleuropa« unter deutschem Patronat bleibe das »Ziel deutscher Politik«. Er definierte, das von Deutschland durch »Um- und Neugestaltung« zu beherrschende Gebiet umfasse »den gesamten Raum zwischen Ostsee und Schwarzem Meer«, jene Region, die »zu unserer unmittelbaren Einfluss-Sphäre gehört.« Die Notwendigkeit, den Schwerpunkt der wirtschaftlichen und politischen Expansion in dieses Gebiet zu legen, ergebe sich nach Hahn aus dem zu engen Lebensraum des deutschen Volkes. Er machte aber auch deutlich, dass »Mitteleuropa« nur ein Etappenziel auf dem Weg zur deutschen Vorherrschaft auf dem Kontinent sei. Deutschland müsse eines Tages zum Entscheidungskampf gegen die »hegemonialen Ansprüche Frankreichs oder gar des bolschewistischen Russland« antreten. Der Ausgang dieser Auseinandersetzung werde »im wesentlichen davon abhängen, wie fest wir uns in unserem natürlichen Lebensraum verankert haben.«<sup>15</sup>

Der für die Außenhandelspolitik zuständige Ministerialdirektor im Reichswirtschaftsministerium, Hans Posse, präzisierete vor dem MWT-Präsidium: Nur im »Osten und Südosten« lägen für die deutsche Wirtschaft noch Entwicklungsmöglichkeiten. In der praktischen Politik müsse man davon ausgehen, dass der »Lebensraum nicht nur wirtschaftlich durchdrungen, sondern auch machtpolitisch beherrscht« werde. Die »Erweiterung unseres Wirtschaftsraumes« könne Deutschland nur erreichen, »wenn es sich auch politisch die Beeinflussung des mitteleuropäischen Raumes zum Ziel setzt«. Aber das sollte unbedingt geheim bleiben. »Wir müssen unsere letzten politischen Ziele tarnen«, verlangte er.<sup>16</sup> In der Öffentlichkeit müssten alle Maßnahmen so dargestellt werden, als ob man nur der wirtschaftlichen Vernunft folge und Hilfe für die unter der Agrarkrise leidenden Donauländer leiste.

### ... neue Methoden

Der deutsche Imperialismus verfügte 1931/1932 über keine militärischen Möglichkeiten und wegen der Weltwirtschaftskrise auch über keine größeren Finanzmittel zur Erreichung der ausufernden Ziele. Als einziges Mittel blieb der syste-





## REICHSV ERBAND DER DEUTSCHEN INDUSTRIE

PRÄSIDIUM DER DEUTSCHEN INDUSTRIE  
NACH WIRTSCHAFTSPOLITISCHEN VERBÄNDEN  
TELEGRAMMADRESSE: DEUTSCHEN INDUSTRIE

BERLIN WILHELMSTRASSE 28

Tab. Nr. 2547/II.

den 4. April 1932.

An die

Herrn Mitglieder des Vorstandes,  
Herrn Mitglieder der Handelspolitischen Kommission,  
Fachgruppen und landschaftlichen Verbände des  
Reichsverbandes der Deutschen Industrie.

### Betrifft: Mittelaurenmischer Wirtschaftstag.

Die wirtschaftliche Durchdringung Südosteuropas ist seit dem Abschluss der Handelsverträge mit den Westmächten, den nordischen Staaten und Italien die Forderung und das Ziel der Industrie gewesen. Trotz der inzwischen abgeschlossenen Handelsverträge mit Rumänien und Ungarn kann dieses Ziel noch lange nicht als erreicht gelten. Mit einer befriedigenden vertraglichen Regelung der Handelsbeziehungen allein ist das Ziel auch nicht erreichbar. Es bedarf darüber hinaus einer intensiven Propagandearbeit wirtschaftlicher und kultureller Art. Die Vorbedingung für eine solche Arbeit mit Aussicht auf Erfolg ist im Südosten Europas schon dadurch gegeben, dass in allen in Frage kommenden Staaten deutschstämmige Bevölkerungsschichten vorhanden sind, die, wenn sie aus politischen Gründen auch nicht überall Träger einer solchen Propaganda sein können, doch zur Mitarbeit bereit und geeignet sind. Einen bitteren Beweis dafür, dass in dieser Richtung in den letzten Jahren viel vernachlässigt worden ist, lieferte die negative Aufnahme

- nahme -

nach Deutschland erleichtert werden. Im Gegenzug hätten die Agrarstaaten für den gleichen Wert Industriegüter aus Deutschland abzunehmen. Außerdem wollte man die Südoststaaten veranlassen, ihre Produktion auf die deutschen Importwünsche umzustellen. Die Länder sollten nicht nur vermehrt mineralische Rohstoffe liefern, sondern auch Soja, Hanf und Flachs anbauen und nach Deutschland exportieren. Diese Produkte waren in Südosteuropa kaum angebaut worden. Deutschland hatte sie bisher in Übersee eingekauft.

Das gesamte Verfahren hatte große ökonomische Vorteile für die deutsche Wirtschaft. Im Außenhandel brauchte man keine der knappen Devisen einzusetzen. Deutschland wurde für die Südostländer ein lebenswichtiger Absatzmarkt. Die enorme Bindungskraft des deutschen Marktes für Agrarlieferungen wurde durch die erzwungene Umstellung der Produktion in den Balkanstaaten auf die deutschen Bedürfnisse erheblich verstärkt. Kein anderer Staat kaufte beispielsweise die auf Wunsch Deutschlands produzierten Öl- und Faserpflanzen. Diese mussten anfangs zwar zu einem höheren Preis von Deutschland eingekauft werden. Andererseits konnte die deutsche Industrie in diesen Ländern für ihre Waren jeden, auch überhöhten Preis fordern. Die Agrarstaaten konnten wegen des devisenlosen Abrechnungssystems nur über den Bezug deutscher Produkte zu ihrem Geld für die Agrarlieferungen

nach Deutschland kommen konnten. Preisgünstigere Industrieprodukte anderer Länder hätten mit Devisen bezahlt werden müssen, der Kauf unterblieb meistens. Etwas später wies Carl Clodius vom Auswärtigen Amt auf die großen Vorteile, die auch durch das devisenlose Abrechnungsverfahren, den Clearing-Verkehr, für die deutsche Wirtschaft in den Südostländern entstanden waren. Er sagte vor dem Präsidium des MWT, das Clearingverfahren fördere nicht nur die ergänzungswirtschaftliche Umstellung der Produktion in den Balkanstaaten auf die deutschen Bedürfnisse. Die Länder in Südosteuropa könnten nicht mehr da einkaufen, wo sie wollten.<sup>18</sup> Die deutsche Wirtschaft hatte in den Beziehungen zu den Südoststaaten damit nicht nur ein Absatz-, sondern auch ein Lieferungsmonopol erreicht.

matische Einsatz handelspolitischer Maßnahmen. Ansatzpunkt für die deutschen Überlegungen war die tiefe Agrarkrise, die in den landwirtschaftlich geprägten Südostländern verheerende Auswirkungen hatte. Für die Agrarstaaten war der Absatz ihrer Produkte überlebensnotwendig. Deutschland bot mit über 60 Millionen Einwohnern dafür den größten Markt in Europa. Die Herrschenden in den Agrarstaaten und in Deutschland fürchteten zudem die politischen Auswirkungen der Krise. Immer wieder wurde die Möglichkeit einer »Bolschewisierung« der Bevölkerung beschworen.<sup>17</sup> Der deutsche Plan: Der Schwerpunkt des deutschen Außenhandels müsse von Übersee nach Südosteuropa verlegt werden. Wichtigen Donauländern sollte durch Gewährung von Vorzugszöllen der Export ihrer landwirtschaftlichen Produkte



Die Verlagerung des Schwerpunktes des deutschen Außenhandels von Übersee nach Südosteuropa entsprach zudem einem seit 1918 von den deutschen Eliten ins Auge gefassten Plan. Im Ersten Weltkrieg hatte die Seeblockade der Entente die deutschen Einfuhren an Lebensmitteln und Rohstoffen, die fast zu 45 Prozent aus Übersee kamen, erfolgreich gestört und mit zur Revolutionierung der Massen geführt. Das Blockadetrauma saß tief. Die Herrschenden wollten alles unternehmen, damit in dem geplanten Revanchekrieg die »Heimatfront« nicht noch einmal durch eine Revolution ins Wanken geriet. Eine weitgehende Verlagerung des lebenswichtigen Imports in ein blockadesicheres, auf dem Landweg zu erreichendes Gebiet sollte ein solches »Debakel« verhindern.<sup>19</sup>

Ministerialdirektor Posse fasste auf der Tagung des MWT im Mai 1932 die wirtschaftlichen und politischen Vorteile des deutschen Plans zusammen. Er sei zur »Erweiterung unseres Wirtschaftsraumes« geeignet, könne das französische Bündnissystem in Südosteuropa auflösen und die Balkanländer zu einer engen politischen »Zusammenarbeit mit Deutschland« veranlassen.<sup>20</sup> Staatssekretär von Bülow meinte 1933 in einer Denkschrift für die Reichsregierung, das neue Außenwirtschaftskonzept werde dazu führen, dass sich selbst die engsten Verbündeten Frankreichs in Südosteuropa, Jugoslawien und Rumänien, außenpolitisch sehr schnell Deutschland zuwenden.<sup>21</sup>

### **Faschismus gefordert**

Die Konzeption enthielt auch Vorschläge für eine gravierende Veränderung des innenpolitischen Systems Deutschlands. Die von den Eliten ohnehin verachtete, ja gehasste Weimarer Republik mit ihrem Parlamentarismus, den Errungenschaften der Novemberrevolution und den seit Beginn der Wirtschaftskrise ausgebrochenen schweren sozialen Konflikten und Klassenkämpfen sei, so die Meinung der im MWT versammelten Mächtigen aus Wirtschaft und Politik, für eine erfolgreiche Expansion ungeeignet. Man habe, eine Periode »tiefster Schwäche des deutschen Staats- und Wirtschaftskörpers« erreicht, meinte Hahn auf einer Präsidiumstagung des MWT im Oktober 1931. Deutschland sei an einem Wendepunkt angelangt. Für einen neuen Griff nach Mittel- und Südosteuropa gelte es, die Klassenkämpfe zwischen »Unternehmern und Arbeitern« durch geeignete »Formen einer Gemeinschaftsarbeit« auszuschalten. Dann müsse alles unternommen werden, um »in zäher Aufbauarbeit unsere Wirtschaft und unseren Staat wieder hochzubringen« und »ein Regime rücksichtslosester nationaler Selbstbesinnung und Disziplin« zu etablieren.<sup>22</sup> Die Deutschen Führerbriefe, ein vertrauliches Informationsorgan des MWT für Vertreter der Großwirtschaft forderten unverhohlen die Übertragung der Staatsmacht an die Nazis. Am 4. September 1931 schrieben sie, Zur Verwirklichung des deutschgeführten Mitteleuropa

»bedarf es eines Zustandes Deutschlands, der es endlich erlaubt, dass die Köpfe und Temperamente, die in Deutschland von morgen zur Führung berufen sind, auch zur Führung zugelassen werden.«<sup>23</sup>

Im Leitartikel des MWT-Organs Volk und Reich vom April 1932 heißt es wenig später, dass die großen »außen- wie innenpolitischen Aufgaben am sichersten durch eine in irgendwelcher Form diktatorische Regierung gelöst« werden können.<sup>24</sup> Es ist von erheblicher historischer Bedeutung, dass die maßgebenden Kräfte der deutschen Wirtschaft, die sich um den MWT versammelt hatten, seit Herbst 1931 auch als Voraussetzung für eine erfolgreiche Expansionspolitik immer drängender die Errichtung eines faschistischen Systems in Deutschland forderten.

Im Sommer 1932 lag ein hochkomplexes Konzept für einen neuen Griff nach Mitteleuropa-Südosteuropa vor, das der deutschen Delegation auf der Weltwirtschaftskonferenz im September 1932 in Stresa als Handlungsanweisung diente. Die Agonie, in die die deutsche Politik im Herbst 1932 gefallen war, bewirkte jedoch, dass nur Einzelmaßnahmen, wie einige Kompensationsgeschäfte, in Angriff genommen wurden.

### **Beginn der Wirtschaftsoffensive**

Mit der Übertragung der Staatsmacht an die NSDAP am 30. Januar 1933 war jener innerhalb des bürgerlichen Staates erfolgte Systemwechsel vollzogen, den die um den MWT gruppierten Kräfte des Finanzkapitals als Voraussetzung für eine erfolgreiche Expansion gefordert hatten. Zur »Machtergreifung« schrieb der interne Informationsdienst des MWT, die »Deutschen Führerbriefe«, nun seien »zum ersten Male die inneren Voraussetzungen erfüllt, damit Deutschland sich außenpolitisch für eine künftige Konstante entscheiden kann«.<sup>25</sup>

Die Hitler-Regierung übernahm die 1931/1932 erarbeitete Konzeption.<sup>26</sup> Noch 1933 begann eine handelspolitische Offensive gegen Südosteuropa. Es kam zu einer beispiellosen politischen Instrumentalisierung der außenwirtschaftlichen Waren- und Zahlungsbeziehungen. Kombiniert wurde die Hauptwaffe Wirtschaftspolitik mit auswärtiger Kulturpolitik, intensiver Auslandspropaganda und verstärktem Missbrauch der gerade im Südosten starken deutschen Minderheiten zu einem komplexen System »friedlicher Durchdringung«, der *pénétration pacifique*.

Binnen weniger Jahre hatte die wirtschaftliche Abhängigkeit der Südoststaaten kaum erwartete Größenordnungen erreicht. Das Auswärtige Amt stellte 1937 fest, es gelinge immer besser, »jedes der Südostländer einzeln wirtschaftlich an uns zu fesseln«.<sup>27</sup> Auch die erhofften politischen Folgen traten bald ein. Im August 1937 resümierte das Auswärtige Amt, durch die Wirtschaftsoffensive sei eine »weitgehende Lösung Jugoslawiens von Frankreich« erreicht worden. Das Land stehe »in ausgesprochen freundschaftlichen Beziehun-

gen« zu Nazideutschland.<sup>28</sup> Diese Einschätzung traf für alle südosteuropäischen Länder zu. Um 1937 galt die Region als deutsches »informal Empire«,<sup>29</sup> als ein informelles Herrschaftsgebiet Hitlerdeutschlands. Das von Frankreich gegen den deutschen »Drang nach Südost« errichtete Bündnis, die Kleine Entente, war wie besonders der »Anschluss« Österreichs im März 1938 verdeutlichte, zerfallen. Die deutsche Industrie konnte in den Balkanländern ohne Konkurrenz agieren. Die im Zuge der beschleunigten Kriegsvorbereitung immer wichtiger werdenden Rohstoffe und Agrarprodukte dieser Länder standen dem deutschen Imperialismus fast uneingeschränkt und devisenlos zur Verfügung. Rückblickend kam die Südosteuropagesellschaft 1942 in einer Analyse der deutschen Südostexpansion der 30er Jahre zu dem Ergebnis, die Abhängigkeit der Balkanländer von Deutschland sei so groß gewesen, dass sie nicht mehr aus dem »informal Empire« ausbrechen konnten. Man habe sie »immer in der Zange« gehabt.<sup>30</sup>

## Martin Seckendorf

- 1 Überarbeitete Fassung eines Beitrags, der zuerst in der »Jungen Welt« am 4./5. August 2012 erschien.
- 2 Karl Heinz Roth: Griechenland: Was tun? Hamburg 2012, S. 71.
- 3 Berliner Zeitung, 25. Juni 2012.
- 4 Die offiziellen Dokumente zur Zollunion in: Johannes Hohlfeld, Hrsg.: Deutsche Reichsgeschichte in Dokumenten, Bd. III (1926–1931), Gröitzsch 1934, S. 314–319. Siehe auch Martin Seckendorf: Die Annexion Österreichs im März 1938 – ein lange und zäh verfolgtes deutsches Expansionsziel, in: Rundbrief, Heft 1–2, 2008, S. 5 ff.
- 5 »Aufzeichnung über Möglichkeiten deutscher Ostpolitik« v. 27. März 1930, S. 25 in: Bundesarchiv Berlin (im Folgenden: BAB), Film 16189.
- 6 Herrmann Gross: Die Wirtschaftskräfte Südosteuropas und Deutschland, in: Leipziger Vierteljahresschrift für Südosteuropa, H. 4/1937, S. 30.
- 7 Karl Helfferich: Georg von Siemens. Ein Lebensbild aus Deutschlands großer Zeit, Bd. 3, Berlin 1923, S. 16.
- 8 Wilhelm Treue: Das Dritte Reich und die Westmächte auf dem Balkan. Zur Struktur der Außenhandelspolitik Deutschlands, Großbritanniens und Frankreichs 1933–1939, in: Vierteljahresshefte für Zeitgeschichte, H. 1/1953, S. 54.
- 9 BAB, Film 16194.

- 10 Carl Duisberg: Abhandlungen, Vorträge und Reden aus den Jahren 1922–1933, Berlin 1933, S. 172 f.
- 11 Zit. n. Peter Krüger: Das europäische Staatensystem und die deutsche Politik gegenüber der Tschechoslowakei in den 30er Jahren, in: Gleichgewicht-Revision-Restauration, hrsg. v. Karl Bosl, München, Wien 1976, S. 244.
- 12 Deutsche Führerbriefe, Nr. 69, 4. September 1931 und Nr. 70, 8. September 1931.
- 13 Ausführlich zum konzeptionellen Neuanfang: Wolfgang Schumann und Martin Seckendorf: Richtung Südost-Politik und Wirtschaft in Vorbereitung der ersten deutschen Aggressionen: Österreich/Tschechoslowakei 1938–1939 (eine Fallstudie), in: Ludwig Nestler, Hrsg.: Der Weg deutscher Eliten in den Zweiten Weltkrieg, Berlin 1990, S. 248 ff.
- 14 Dazu Rundschreiben des RDI v. 4. April 1932, zitiert bei: Martin Seckendorf: Der Mitteleuropäische Wirtschaftstag-Zentralstelle der Großwirtschaft zur Durchdringung Südosteuropas, in: Werner Röhr, Brigitte Berlekamp und Karl Heinz Roth, Hrsg.: Der Krieg vor dem Krieg. Ökonomie und Politik der »friedlichen« Aggressionen Deutschlands 1938/1939, Hamburg 2001, S. 118. Zum MWT insgesamt: Derselbe: Entwicklungshilfeorganisation oder Generalstab des deutschen Kapitals? Bedeutung und Grenzen des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, 8. Jg., 1993, H. 3, S. 10–33.
- 15 Max Hahn: Mitteleuropa als Ziel deutscher Politik (Vortrag gehalten im Präsidium des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages), in: Volk und Reich. Politische Monatshefte, H. 10/11/1931, ab S. 563.
- 16 Protokoll der Präsidial- und Vorstandssitzung des MWT am 19. Mai 1932, in: BAB, Deutsche Bank 21838, Bl. 125–132.
- 17 Max Hahn: Mitteleuropa als Ziel deutscher Politik, S. 571.
- 18 Bericht über die Präsidialsitzung des MWT am 28. November 1935, in: BAB, Deutsche Bank 21839, Bl. 72 f.
- 19 Zur Konzeption, Praxis und den Ergebnissen der Verlagerung des deutschen Außenhandels nach Südosteuropa siehe Martin Seckendorf: Südosteuropa: Zielgebiet deutscher Expansion, in: Kurt Pätzold und Erika Schwarz, Hrsg.: Europa vor dem Abgrund. Das Jahr 1935, Köln 2005, S. 132 und 139.
- 20 Protokoll der Präsidial- und Vorstandssitzung des MWT am 19. Mai 1932, in: BAB, Deutsche Bank 21838, Bl. 125–132.
- 21 »Die außenpolitische Lage Deutschlands. März 1933« in: BAB, AA, 60966, hier Bl. 22.
- 22 Max Hahn: Mitteleuropa als Ziel deutscher Politik, bes. S. 564, 571, 572.
- 23 Deutsche Führerbriefe, Nr. 694, 9. 1931.
- 24 Volk und Reich. Politische Monatshefte, H. 4/1932, S. 200.
- 25 Deutsche Führerbriefe, Nr. 38 v. 16. Mai 1933.
- 26 Rundschreiben des MWT v. 10. April 1933, in: BAB, Deutsche Bank 21838.
- 27 Runderlass des AA v. 30. April 1937, in: BAB, Film 15289.
- 28 Ebenda.
- 29 Hans-Jürgen Schröder: Südosteuropa als »Informal Empire« Deutschlands 1933–1939. Das Beispiel Jugoslawien, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas, 23. Bd., 1975, S. 61–83.
- 30 »Die industriewirtschaftlichen Folgen des Rückgangs(und Zuwachses) des deutschen politischen Einflusses auf Südosteuropa seit 1938«, in: BAB, Film 5625.

# »Lebhafte Heilrufe« – Die Gründung des Reichseinheitsverbandes des Deutschen Bewachungsgewerbes e. V. 1933

Ein aktuelles Sonderheft des Bundesverbandes Deutscher Wach- und Sicherheitsunternehmen e. V., BDSW, weiß zur eigenen Geschichte im Kontext der Machtübergabe an die deutschen Faschisten zu berichten, dass es nach dem 30. Januar 1933 zu »einer (unfreiwilligen) Neustrukturierung aller Unternehmensverbände in Deutschland« kam. Zu diesem Zeitpunkt hatten sich mit dem Kölner Verband e. V. und dem Kasseler Reichsverband des Bewachungsgewerbes e. V. zwar schon zwei Verbände auf dem deutschen Markt des Sicherheitsgewerbes gegründet. Sie waren sich jedoch spinnefeind.<sup>1</sup> Ziel der Faschisten und der mit ihnen verhandelten Wirtschaftsführer war auch in dieser Branche ein Monopolverband. Das hatte aus politischer wie ökonomischer Sicht Vorteile für die allgemeine Mobilisierung Deutschlands für den geplanten Krieg. So frohlockte das Bewachungsgewerbe einige Jahre später, im März 1938, dass im Zuge der »Schaffung unserer neuen Wehrmacht« durch »Wehrmachtsaufträge« und der Bewachung von Betrieben die »im Interesse der Landesverteidigung arbeiten« das Gewerbe »eine erfreuliche Aufwärtsentwicklung genommen habe.«<sup>1</sup>

Am 12. Mai 1933 fanden laut BDSW die »ersten Gleichschaltungsverhandlungen unter der Leitung des neu eingesetzten Staatskommissars für das Bewachungsgewerbe« statt. Am 2. Oktober wurde der Kölner Verband aufgelöst. Alle 77 inländischen Mitglieder, die 120 Mitglieder des Kasseler Reichsverbandes und »die bislang nichtorganisierten privaten Sicherheitsdienste wurden« demnach in den Reichseinheitsverband des Deutschen Bewachungsgewerbes e. V. »zwangsweise eingegliedert.«<sup>3</sup> Der wirkliche Ablauf von 1933 steht »etwas« im Widerspruch zu der offiziellen und sehr spärlichen Darstellung des heutigen Monopolverbandes. Der BDSW, der immerhin 3.700 Unternehmen mit 170.000 Mitarbeitern und 4,6 Mrd. Euro Jahresumsatz vertritt, hat auch allen Grund, die wahre Geschichte zu klittern und zu verschweigen.

Im Protokoll der Generalversammlung des Reichsverbandes vom 12. Mai 1933, sind die Ereignisse von 1933 dagegen ausführlich geschildert. So konstatierte ein gewisser Herr Krüger in seiner Eröffnungsrede, dass seit der letzten Zusammenkunft »sich Ereignisse in unserem geliebten Vaterlande vollzogen« hätten, »an die wir damals gar nicht denken konnten«. »Der 30. Januar« sei ein »Wendepunkt«. Adolf Hitler war es in »jahrelanger zäher Arbeit« gelungen, »das Regime von 1918 niederzuringen«. Was dieses Regime für das Bewachungsge-

werbe bedeutete, dass brauche er nicht weiter zu erläutern. »Wir Mitglieder des Reichsverbandes waren immer national eingestellt.« »Wir« stehen »jedenfalls ...geschlossen und treu hinter« Hitler.<sup>4</sup>

Rechtsanwalt Hanel, der die Verhandlungen von Seiten des Kasseler Reichsverbandes über die Monopolisierung führte, stellte fest, dass nach dem Willen der neuen Regierung nur noch »eine Organisation in jedem Gewerbe vorhanden sein soll«. Staatskommissar Protze meinte später in diesem Zusammenhang, dass der »Verband ... höher stehen muss«, als der schädliche »Konkurrenzkampf irgendwelcher einzelnen Kapitalisten«, dass dieses »Unrecht ... nunmehr mit Hilfe und mit Unterstützung des Staates beseitigt werden« wird. In einer Sitzung am 11. Mai wurde daher von den »maßgebenden Herren des Kölner-Verbandes und des Reichsverbandes« unter der Leitung ebendieses Protzes beschlossen, »die beiden Verbände ... zu dem »Reichseinheitsverband des deutschen Bewachungsgewerbes« »zu verschmelzen«. Er solle zu einer »Zwangsorganisation« werden.<sup>5</sup>

Der Geschäftsführer der Kasseler, Arthur Karmrodt, ging auf das wirtschaftliche Umfeld des Bewachungsgewerbes des Jahres 1932 ein. So war die Umsatzsteuererhöhung trotz Gewährung von Steuergutscheinen, die Erhöhung von Verzugszinsen sowie anfallende Prozesskosten im Zuge der Auseinandersetzungen beider Verbände, der Branche schlecht bekommen. Positiv wurde von ihm die Bildung von »Schwarzen Husaren« begrüßt, als einer Unterabteilung der Betriebe. Diese dem Wachdienst dienende Struktur, verzeichnete »zufriedenstellende Einnahmen«. »Erfreulich« sei zu verbuchen, dass durch diese »Neueinrichtung« ca. 1.000 Personen vom Arbeitsmarkt genommen werden konnten. »Dass ein großer Teil dieser Personen aus politischen Organisationen, der SA und SS« kam, war »besonders erfreulich«. Man sieht, dass schon 1932 in dem Gewerbe keine Berührungsängste zu den Terrorbanden der Reaktion bestanden. Ökonomische Interessen und faschistische Weltanschauung gingen offensichtlich Hand in Hand.<sup>6</sup>

Dann ergriff der »Kommandeur Kaupisch« das Wort. Er war zum »Kommissar der nationalen Regierung« berufen und in dieser Funktion durch den faschistischen Staat als Vertreter des widerspenstigen Kölner Verbandes eingesetzt worden. Seine Hausmacht war allerdings bescheiden. Er verwies auf den bisherigen negativen »Konkurrenzkampf«, der sich zwi-

schen den beiden bisherigen Verbänden in Berlin vollzogen habe. Im Sinne der faschistischen Parole »Gemeinnutz geht vor Eigennutz« reiche er »offen« Hanel für einen Zusammenschluss die Hand »im Interesse der vielen tausenden Arbeitnehmer ... und im Interesse des Vaterlandes.« Anschließend peitschte Staatskommissar Protze noch einmal die Anwesenden durch eine Huldigung des deutschen Faschismus und Adolf Hitlers auf. Die folgende Wahl des »zweigliedrigen Präsidiums« mit Hanel und Kaupisch an der Spitze wurde von »lebhaften Heilrufen« begleitet.<sup>7</sup> In den Vorstand rückten neben den beiden Präsidenten, die Herren Körner, Arthur Karmrodt, Robert von Jagow, Krüger, Richard Haars, Wilhelm Dorow und Göbel. Die Wahl erfolgte einstimmig. Nach der schwülstigen Rede des Generalsekretärs des Bundes für Handel und Gewerbe, Dr. Vierath, über »Deutschlands Erwachen als Nation«, schloss die »eindrucksvolle Kundgebung mit dem Deutschlandlied und dem Horst-Wessel-Lied«.<sup>8</sup>

In der folgenden Aussprache der Mitglieder ging es um die zentrale Durchorganisation des Verbandes. Einheitliche Richtlinien waren bereits in Vorbereitung. Der Verband sollte sich in Zukunft in seiner Arbeit auf regionale Untergliederungen, die Landesgruppen, stützen können, die Konzessionsvergabe müsste zentral durch die Handelskammern organisiert werden. Einen »sehr breiten Raum« nahm das Problem der Einrichtung der »Schwarzen Husaren« ein. Zudem wurde die Absicherung von Ausstellungen, Radrennen und anderer Veranstaltungen durch herangezogene SA-Männer kritisiert. Sie stellten eine Konkurrenz dar, die die Bewachungsunternehmer preislich nicht unterbieten konnten. Da die verlumpten SA-Männer auf diesen Nebenverdienst jedoch angewiesen seien, wollte man eine Regelung finden, die »unter Verwendung der SA-Formationen« der Entwicklung eine Richtung gab, die dem »steuerzahlenden Unternehmertum« zu Gute kam.<sup>9</sup>

Der Konzentration und Zentralisation des Bewachungsgewerbes in Deutschland unter dem lenkenden Einfluss des Staates wurden mit der Hitler-Regierung neue Impulse gegeben. Der Generalversammlung vom 12. Oktober war daher hinter den Kulissen ein reger Betrieb voraus gegangen. Dabei prägten die Vorgänge neben Personen, die sich mit ihrer verbrecherischen Politik im Faschismus besonders exponierten, Personen die schon in der Weimarer Republik eine gewisse Rolle spielten.

Während der Kassler Verband, der vorwiegend für die kleineren und mittleren Betriebe stand, durch diese Vorteile erwartete, brauchte der Kölner Verband eine lenkende Hand die ihn in das staatsmonopolistische Fahrwasser leitete. In ihm dominierte die »A.G. für Eigentumsschutz und die zugehörigen Großberliner Wachgesellschaften«, die zudem in jüdischen Besitz war. Die »A.G.« hatte den Kasslern so manche Niederlage in den letzten Jahren bereitet. Im Zuge der »Gleichschaltung« unter antisemitischen Vorzeichen sahen die Kassler daher die Chance, ihren Gegner auszuschalten. Der passende Mann für diese Politik war der ehemalige Kom-

mandeur der Berliner Schutzpolizei, Oberst a.D. Kaupisch. Die Wahl fiel u. a. auf ihn, da er in den zwanziger Jahren für einige Zeit »Geschäftsführer einer dieser Gesellschaften«, dann jedoch im Streit gegangen war. Er hatte sich nach seinem Ausscheiden aus dem Polizeidienst mehr und mehr faschistischen Positionen genähert. 1931 wurde er Mitglied der NSDAP und hatte beste Verbindungen zu den neuen Machthabern. Er schrieb am 17. März 1933 dem Fraktionsvorsitzenden der NSDAP im Preußischen Landtag, Wilhelm Kube, um eine »Wiederverwendung im Staatsdienst« zu erwirken.<sup>10</sup> Kube leitete Kaupischs Bitte an den »Kommissar z.b.V.« beim preußischen Innenministerium, Kurt Daluege weiter. Dieser war »gern bereit, dieser Anregung nachzukommen« und ihn zu einem Besuch in Berlin zu empfangen. Am 1. April 1933 ernannte der Polizeipräsident von Berlin Kaupisch zum »Kommissar für die A.G. für Eigentumsschutz«. Er hatte in dieser Funktion die Kölner in die »Zwangsorganisation« zu führen. Er war zufrieden mit seiner Tätigkeit, bedauerte aber dass sie nur »vorübergehend« war. Lohn für seine Bemühungen war seine Beförderung zum General a.D.<sup>11</sup>

Trotz der propagandistischen Veranstaltung am 12. Mai gab es im immer noch existenten Kölner Verband Kräfte, die sich nicht unbedingt gegen die zentrale Organisation wandten, aber sie in ihrem Interesse wandeln wollten. Das zeigte sich schon in der Aussage Protzes, dass beide Seiten die »Gleichschaltungs-Verhandlung« wie ein »Schlachtfeld« betraten, um sich »möglichst mit schärfsten Messern zu bekämpfen«. Zudem gelang es den Kölnern in den folgenden Wochen, Kaupisch auszubooten, und ihm die Schriftleitung der Verbandszeitung zu entreißen. Das Vorstandmitglied Karmrodt nutzte daher in einem Leitartikel im Organ des Reichseinheitsverbandes im Juli 1933 den zur Staatsdoktrin erhobenen Antisemitismus, um seine Widersacher zu attackieren und zu diskreditieren. So hätten die Kölner »30 Jahre lang nur jüdische Geldsack-Politik« betrieben. Die »arischen Bewachungsunternehmer« sollten nicht glauben, dass nach der »angeblich erfolgten «Umstellung gewisser Bewachungsbetriebe» sich deren »Geist« gewandelt hätte. Nach wie vor gäbe es in Publikationen des »Kölner Verbandes Behauptungen ... die jüdischen Bewachungsunternehmer seien die »Pioniere« des Gewerbes, sie hätten ... namhaften Anteil an der Entwicklung.« Karmrodt fragte niederträchtig, »wo das »warme Herz« dieser Herren« gewesen sei, als sie angeblich »rücksichtslos jede Konkurrenz mit den schmutzigsten Mitteln bekämpften, Existenzen ruinierten und Bewachungsunternehmer in den Tod trieben.« Besonders wurde Dr. Stupp, der Eigentümer der Dresdner Wach- und Schließgesellschaft, an den Pranger gestellt. Sein Stellvertreter sei dazu »noch eine Jude«.<sup>12</sup> Karmrodt gab seinen Verbandskollegen den Rat »dass Sie soviel Energie und Tatkraft aufbringen« sollten, um »diesem jüdischen-jesuitischen Geplärre dieser »Auchkollegen« ... entgegenzutreten«. Dies habe so zu geschehen, »dass diesen Geldsackprotzen die Lust vergeht, das Ansehen des deutschen Wachgewerbes zu schädigen und das nun endlich Wahrheit,

Sauberkeit, Aufrichtigkeit und kameradschaftliche Volksgemeinschaft auch in unserem Gewerbe einziehen.«<sup>13</sup>

Lange musste »Volksgenosse« Karmrodt darauf nicht mehr warten. Im Herbst 1933 fand diese Auseinandersetzung ein Ende. Der Kölner Verband wurde am 2. Oktober aufgelöst. Die von Staatskommissar Protze geforderte und »von uns als notwendig erkannte Form der Zwangsorganisation« war faktisch »Tatsache« geworden. Fünf Monate später wurde die »Zwangsorganisation« per Anordnung des Reichswirtschaftsministers auch offiziell zum Gesetz.<sup>14</sup>

Personell gelang nun ein Mann für mehr als drei Jahre an die Spitze des Verbandes, den der BDSW geflissentlich verschweigt. In der Generalversammlung des Reichseinheitsverbandes vom 6. Oktober 1933 wurde einstimmig der SA-Standartenführer Werner Schulze-Wechsungen zum Präsidenten gewählt. »Mit dem Einverständnis« seiner »vorgesetzten Dienststellen« und dem »Vertrauen der organisierten Bewachungsunternehmer« und dem »Bewusstsein«, dass seine »neuen Aufgaben sich grundsätzlich« seinen »alten Arbeitsgebieten eingliedern«, hatte Schulze-Wechsungen das Präsidium allein übernommen. Er als Präsident, wurde von einem dreiköpfigen geschäftsführenden Vorstand unterstützt. Regional agierten durch die Zentrale angeleitet die Landesgruppen mit ihren Vorständen. Die Landesvorsitzenden waren zudem im Hauptvorstand vertreten.<sup>15</sup>

SA-Standartenführer Schulze-Wechsungen war ein besonders übles Exemplar der Spezies deutscher Faschisten. Die SA, in der das lumpenproletarische Element eine nicht geringe Rolle spielte, galt für manch einen Auswurf und Aushub der bürgerlichen Klasse als Aufstiegsmöglichkeit. So auch für Schulze-Wechsungen. Er war in der Weimarer Republik zunächst im Frontbann organisiert und ging später zur SA über. 1932 führte er in Berlin zwei SA-Standarten und wurde »nach der Machtergreifung Leiter des Konzentrationslagers in Oranienburg.«<sup>16</sup> Er hatte beste Beziehungen zur SS und Gestapo, was ihm am 30. Juni wohl auch das Leben rettete. So berichtete er als Leiter des KZ Oranienburg an die Gestapo. In einer gegen ihn durch SA und RWM geführten Untersuchung, gab er zu verstehen, dass es zwischen SA, SS und Gestapo Absprachen über die geheimpolizeiliche Lenkung des Bewachungsgewerbes gab: Genau das verstand er wohl in seiner Antrittsrede als Präsident unter dem »Einverständnis« der »vorgesetzten Dienststellen«. Da sie »als SA-Männer schon« vor 1933, »getarnten Wachdienst getan« hätten, bat ihn »General Daluege, in dem neuen Aufbau des Bewachungsgewerbes führend tätig zu sein.« Schulze-Wechsungen wurde demnach von Daluege 1933 »als Sonderbeauftragter für das Bewachungsgewerbe« im Preußischen Innenministerium »in die Abteilung Politische Polizei berufen«, wo er ein halbes Jahr unter dem »MR Jahnisch« gearbeitet hatte. In dieser Zeit wurde er zum Präsidenten des Verbandes gewählt. Es bestand zunächst der Plan das »Bewachungsgewerbe mit der SS zu verbinden«. Schulze-Wechsungen wurde in die-

sem Zusammenhang in »das Geheime Staatspolizeiamt berufen«, aus dem er jedoch, nach seiner Aussage »nicht im Zusammenhang mit den Ereignissen des 30. Juni 1934 freiwillig ausschied«. Seine Position im Verband konnte er jedoch zunächst behalten.<sup>17</sup>

Im Zuge der »wirtschaftlichen Neuordnung« von 1934 wurde das Bewachungsgewerbe im faschistischen Staat endgültig umgestaltet. »Die Gliederung der deutschen Wirtschaft« erfolgte nun in der fachlichen Aufteilung nach sechs Reichsgruppen, die in Wirtschaftsgruppen und diese wiederum in Fachgruppen, gegebenenfalls Fachuntergruppen, unterteilt waren. Die Untergliederungen der Reichsgruppen bestimmte der Reichswirtschaftsminister. Durch eine Anordnung vom 2. November 1934 hatte er den »Reichseinheitsverband des Deutschen Bewachungsgewerbes e.V. als die Fachgruppe Bewachungsgewerbe in der »Reichsgruppe Handel« anerkannt. Der Leiter hatte die Fachgruppe »im Sinne des nationalsozialistischen Staates zu führen und die Angelegenheiten der Gruppe und ihrer Mitglieder unter Rücksichtnahme auf die Gesamtinteressen der gewerblichen Wirtschaft und unter Wahrung der Staatsinteressen zu fördern.« »Die örtliche Gliederung« der Fachgruppe erfolgte »nach Wirtschaftsbezirken entsprechend der wirtschaftlichen Bedürfnisse« also »im Rahmen« der bisherigen Landesgruppen.<sup>18</sup> Im September 1935 resümierte Schulze-Wechsungen in einer Festrede, dass man »versichert sein« könne, »dass das deutsche Bewachungsgewerbe unter rein nationalsozialistischen Gesichtspunkten ausgebaut wird« und das eine »Selbstreinigung größtes Ausmaßes« durchgeführt wurde.<sup>19</sup>

Nur führte Schulze-Wechsungen den Verband bis 1937 unverhohlen unter maßgeblicher Intention des persönlichen Vorteils, indem er seine staatliche Funktion mit geschäftlichen Interessen verband. Das trug ihm in der Fachgruppe eine Menge Feinde ein.<sup>20</sup> Diesen Umstand nutzten SS, RWM und eine aus dem »traditionellen« Bewachungsgewerbe stammende Figur, »Pg.« und Vorstandsmitglied Richard Haars, um ihn aus dem Amt zu drängen. Nachdem SS bzw. Gestapo und die Wehrmacht sich in der Röhm-Affäre gegenüber der SA im faschistischen Staat durchgesetzt hatten, übernahm die Geheime Staatspolizei endgültig die Federführung in der faschistischen Ausrichtung des Bewachungsgewerbes.<sup>21</sup> Dabei störte das SA-Mitglied Schulze-Wechsungen in jeder Beziehung. Zur Jahreswende 1935/1936 hoffte er noch, dass aus »vergangenen Fehlern und Eigensüchtigkeiten, Misstrauen und jeder egoistischen Politik« gelernt werden könne und in Zukunft die Stellung des Gewerbes »leichter zu meistern« sein werde. »Erst wenn ... alle gemeinsam Schritt miteinander halten, werde« man »zum gewünschten Ziel« kommen. Im Februar 1937 trat Schulze-Wechsungen aber zurück, offiziell um einer Interessenvermischung durch den Antritt einer neuen Funktion entgegenzutreten. Intern wurde ihm durch das RWM jedoch klar gemacht, dass er nicht mehr »tragbar ist.«<sup>22</sup> Zum Nachfolger ernannte der Leiter der Reichsgruppe Handel, Lür, Richard Haars. Noch 1940 hieß es in einer Würdi-

gung von Haars, das alle Mitglieder wüssten, »unter welchen Auspizien er damals die Führung übernahm«. <sup>23</sup> Haars gelang es »trotzdem in wenigen Jahren« die Fachgruppe zu einem »beachtlichen Faktor zu machen«. <sup>24</sup>

Den vorläufigen staatsmonopolistischen Abschluss fand diese Entwicklung mit der »sicherheitspolizeilichen Aufsicht« über das Bewachungsgewerbe. Diese vollzog sich nicht zuletzt im Zusammenhang mit ökonomischen Interessen. <sup>25</sup> Im Reichsgesetzblatt Nr. 139 vom 21. Dezember 1937 wurde die neue »Verordnung über den Wachdienst« veröffentlicht. Demnach unterlag nun »jede nichtstaatliche Einrichtung, bei der Personen ständig mit der Abwehr rechtswidriger Angriffe gegen Menschen oder Sachen betraut« waren, »der sicherheitspolizeilichen Aufsicht«. Der »Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei«, Heinrich Himmler, übte die sicherheitspolizeiliche Aufsicht aus und erließ »die hierzu erforderlichen Anordnungen«. Diese Aufsicht Himmlers erstreckte sich »insbesondere« auf die »Genehmigung und Einstellung von Angehörigen des Wachdienstes«, die »Überprüfung der Beschäftigten des Wachdienstes« und gegebenenfalls ihre Entlassung, die »Ausbildung und Ausrüstung der Angehörigen des Wachdienstes« und »Überwachung« ihrer Tätigkeit. Dieses Gesetz war eine Stärkung des Einflusses des faschistischen Staates, insbesondere der Geheimpolizei, auf das Bewachungsgewerbe, ohne die faktisch keine unternehmerische Tätigkeit mehr in diesem Bereich vollzogen werden konnte. Das vor allem kleinkapitalistische Bewachungsgewerbe erhoffte sich aus dieser Regelung zudem eine Stärkung gegenüber den Betrieben, vor allem »der Großindustrie« die »bisher einen eigenen Bewachungsdienst organisiert hatten.« Das war jedoch letztendlich nicht der Fall, da von staatlicher Seite seit 1933 eine zentrale Organisation des Werkschutzes in den Betrieben in Angriff genommen wurde. Dem Bewachungsgewerbe verblieb in diesem Bereich nur eine Ergänzungsfunktion. <sup>26</sup>

Insgesamt führte die Monopolisierung zu einer »Bereinigung« des Marktes. Dazu zählte auch die Verdrängung der »jüdischen« Konkurrenz. Am 5. August 1938 akklamierte das Organ der Fachgruppe, dass nun das »Bewachungsgewerbe für Juden gesetzlich verboten« war. Demnach war »Juden und jüdischen Unternehmungen« dessen Betrieb untersagt. <sup>27</sup>

Im Rückblick stellte Haars 1940 fest, dass der »Hauptpunkt« seiner Aufgabe, dass »Gewerbe grundlegend zu bereinigen und alle nicht dem berufsmäßigen Bewachungsgewerbe angehörenden Formationen auszuschalten«, erfüllt worden war, und zu einem »bedeutenden Aufschwung« geführt hatte. <sup>28</sup> 1937 waren im Verband laut Angabe der Mitglieder 415 Betriebe mit ca. 13.000 Mitarbeitern organisiert. Bis Kriegsanfang »vervierfachte« sich die Mitarbeiterzahl. Die DAF ging in dieser Zeit von »65.000 Gefolgschaftsmitgliedern im Wachgewerbe« aus. <sup>29</sup>

Die Widersprüche des Kapitalismus blieben trotz aller Anstrengungen der Protagonisten dem Verband nicht erspart. Die Führung der Fachgruppe, Leiter und Geschäftsführer, zuzüglich des Beirates, wurden ausnahmslos durch die Eigner

von »Groß- und Mittelbetrieben« gestellt. Vor allem sie profitierten von der »Bereinigung« des Marktes und der durch die Aufrüstung anfallenden Aufträge. So fehlte es bis an das Ende des faschistischen Deutschlands nicht an Vorwürfen an die Führung das »... wieder einmal die Großen Firmen berücksichtigt werden und die kleinen Firmen ins Hintertreffen geraten«. Das dies ein generelles Problem war, zeigte eine Äußerung des Reichswirtschaftsministers, für den »eine der Hauptschwierigkeiten in der Organisation der gewerblichen Wirtschaft gerade darin« bestand, »dass die Leiter der Gruppen gleichzeitig oft Konkurrenten der von ihnen betreuten Mitglieder« waren. <sup>30</sup>

Nur der 2. Weltkrieg verhinderte, dass diese inneren Konflikte nicht zu größeren Verwerfungen führten. Mit Ausbruch des Krieges stiegen die Erwartungen aller Mitglieder, sofern sie nicht durch einen Kriegseinsatz ihr Gewerbe aufgeben mussten, auf neue »Reviere« und damit auf mehr Einnahmen. Im August 1942 wurde bekannt gegeben, dass seit einigen Monaten das Bewachungsgewerbe in Absprache mit der Gestapo »im verstärkten Maße zur Bewachung« von Zwangsarbeitern herangezogen wurde. »Herr Direktor Koch« aus dem Bezirk Hessen wusste in diesem Kontext nach einer Sitzung bei »der Geheimen Staatspolizei in Frankfurt a. M.« von »besonders beachtlichen Dingen« zu berichten. Im September 1942 sollten »alle Firmen die ...Aufträge in den besetzten Gebieten im Westen und Osten, Generalgouvernement, Protektorat oder im Ausland erhalten« hatten, es »umgehend der Fachgruppe« melden. Neben den bisherigen Bezirksgruppen wurde die »Bezirksgruppe für die Ostgebiete« gegründet. Es wurde festgestellt »dass die Ostgebiete ein Zukunftsgebiet unseres Reiches sind und nur jene Bewachungs-Unternehmen sich behaupten« könnten, »die gute fachmännische und harte Arbeit leisten«. <sup>31</sup> Diese Hoffnungen auf einen »Siegfrieden« zerschlug jedoch die Rote Armee.

## Stephan Jagielka

1 Protokoll der Generalversammlung des Reichsverbandes des Bewachungsgewerbes vom 13. Mai 1933 in Berlin, Lehrer-Vereinshaus, in: Reichseinheitsverband des Deutschen Bewachungsgewerbes, 1933. Nr. 1, S. 2.

2 Werkschutz, in: Der deutsche Wachdienst, 1938 Nr. 3, S. 41–42. Stephan Jagielka: Der faschistische Werkschutz, Berlin 2012.

3 Maik Lange: 100 Jahre BDWS 1904–2004, in: Bundesverband der Sicherheitswirtschaft: Sonderheft Vom BDWS zum BDSW, Bad Homburg 2011, S. 11–12. Günther Pfanneberg: Entwicklung, Organisation und Bedeutung des Bewachungsgewerbes, Leipzig 1934, S. 36. »Gleichschaltung« und »Machtergreifung« sind Termini, die schon die Faschisten für ihre Politik verwandten. Siehe auch bei Schulze-Wechsungen, BA Lichterfelde, BDC SA, Werner Schulze-Wechsungen, Über die Besprechung im RWM 16. November 1936.

4 Protokoll, Reichseinheitsverband, S. 1.

5 Protokoll, Reichseinheitsverband, S. 2, S. 5.

6 Protokoll, Reichseinheitsverband, S. 2–3.

7 Protokoll, Reichseinheitsverband, S. 4. BA Lichterfelde, BDC PK, Hugo Kaupisch, Schreiben Wilhelm Schönherr an Hermann Göring, 27. April 1933.

8 Protokoll, Reichseinheitsverband, S. 6–8. Robert von Jagow war der Begründer der heutigen Firma DWS-Sicherheit. Noch heute wird sein Agieren in der Zeit von 1933 gelobt. So expandierte das Unternehmen durch seine profes-

- sionelle Arbeitsmethode und sein ausgezeichnetes Koordinationsgeschick ... im Jahre 1933« <http://www.dws-sicherheit.de/index.php?id=71> Stand 28. Juni 2012.
- 9 Der Reichseinheitsverband stand zudem mit Gründung dem »Kampfbund des gewerblichen Mittelstandes« entgegen. Protokoll, Reichseinheitsverband, S. 8–10. Unsere Organisation und Entwicklung, in: Reichseinheitsverband des Deutschen Bewachungsgewerbes, 1933, Nr. 7, S. 60–61.
  - 10 BA Lichterfelde, PK Hugo Kaupisch, Schreiben an Kube 17. März 1933. Schon am 29. Januar 1933 hatte sich Kaupisch bei Ernst Röhm über seine »mißliche Lage« beklagt. Hsi-Huey Liang: Die Berliner Polizei in der Weimarer Republik, Berlin 1977 S. 74.
  - 11 BA Lichterfelde, PK Hugo Kaupisch, Schreiben Kube an Daluge, 18. März 1933; Schreiben Daluge an Kaupisch 23. März 1933; Schreiben Kaupisch an Kube 8. April 1933; Schreiben Kube an Daluge 10. April 1933, Schreiben Daluge an Kube 10. April 1933; Schreiben Wilhelm Schönherr an Hermann Göring, 27. April 1933.
  - 12 Was Dr. Stupp nicht davon abhielt, später als Landesgruppenführer Sachsen eine führende Rolle im Verband zu spielen. Von den Landesgruppen, in: Der deutsche Wachdienst, Organ der Fachgruppe Bewachungsgewerbe e.V., 1935 Nr. 10, S. 117. Protokoll, Reichseinheitsverband, S. 6–8. Arthur Karmrodt: »Die großen Meister der Lüge«, in: Reichseinheitsverband des Deutschen Bewachungsgewerbes, 1933, Nr. 2, S. 13–14.
  - 13 Karmrodt, Meister, S. 13–14.
  - 14 Rückblick-Ausblick, in: Der deutsche Wachdienst, Organ der Fachgruppe Bewachungsgewerbe e.V., 1936, Nr. 5, S. 46.
  - 15 An alle Bewachungsunternehmer Deutschlands, in: Reichseinheitsverband des Deutschen Bewachungsgewerbes, 1933 Nr. 5, S. 1. BA Lichterfelde, BDC SA, Werner Schulze-Wechsungen, Über die Besprechung im RWM 16. November 1936.
  - 16 BA Lichterfelde, BDC SA, Werner Schulze-Wechsungen, Über die Besprechung im RWM 16. November 1936.
  - 17 BA Lichterfelde, BDC SA, Werner Schulze-Wechsungen, Über die Besprechung im RWM 16. November 1936.
  - 18 Erwin Zimmermann: Die Stellung des Bewachungsgewerbes in der wirtschaftlichen Neuordnung, in: Der deutsche Wachdienst, Organ der Fachgruppe Bewachungsgewerbe e.V., 1935, Nr. 3, S. 1–2.
  - 19 Rede des Leiters der Fachgruppe »Bewachungsgewerbe« gelegentlich des Festaktes zum Schluss der Werbeweche am 28. September 1935, in: Der deutsche Wachdienst, Organ der Fachgruppe Bewachungsgewerbe e.V., 1935, Nr. 11, S. 123–124.
  - 20 Der Führer der SA-Gruppe Berlin-Brandenburg kam zu dem Schluss dass es sich bei den Angriffen gegen Sch.-W... im wesentlichen auch um einen wirtschaftlichen Machtkampf handelte. BA Lichterfelde, BDC SA, Werner Schulze-Wechsungen, Der Führer der Gruppe Berlin-Brandenburg an die Oberste SA-Führung Gerichts- und Rechtsamt 29. April 1937.
  - 21 Emil Finnberg: Vorschläge für eine neue reichsrechtliche Regelung des Wachgewerbes, in: Der deutsche Wachdienst, Organ der Fachgruppe Bewachungsgewerbe e.V., 1938 Nr. 3, S. 45–47. Emil Finnberg war Schriftführer der Landesgruppe Hamburg-Normark. Eintritt in die SS 1933. Später SS-Sturm-bannführer, Referent im RSHA Amt II, im Stab der Einsatzgruppe A und dann Stellvertretender Leiter der SD-Stelle Breslau. 1983 wurde zum Ehrenmitglied des Gesamtvorstandes des BDWS ernannt. BA Lichterfelde BDC SSO Emil Finnberg. Pressemitteilung des BDWS Nr. 6–2005, URL:[http://www.bdsw.de/cms/index.php?option=com\\_content&task=view&id=208&Itemid=51](http://www.bdsw.de/cms/index.php?option=com_content&task=view&id=208&Itemid=51), Stand 27. Juni 2012.
  - 22 Er war seit Januar 1937 im geschäftsführenden Vorstand der »Arbeitsgemeinschaft der Fahrzeug-Bewachungsbetriebe Deutschland« tätig. Jahreswende!, in: Der deutsche Wachdienst, Organ der Fachgruppe Bewachungsgewerbe e.V., 1936, Nr. 1, S. 1. An alle Mitglieder der Fachgruppe Bewachungsgewerbe, in: Der deutsche Wachdienst, Organ der Fachgruppe Bewachungsgewerbe e.V., 1937, Nr. 3, S. 40. BA Lichterfelde, BDC SA, Werner Schulze-Wechsungen, Der Reichswirtschaftsminister an die Oberste SA-Führung 16. Dezember 1936.
  - 23 Höhne, Thilo: Zum Abschied unseres Fachgruppenleiters, Der deutsche Wachdienst, Organ der Fachgruppe Bewachungsgewerbe e.V., 1940, Nr. 2, S. 13–14.
  - 24 Dabei spielte die Ideologie eine wichtige Rolle. 1938 würdigte er in preisen-den Worten einen zehntägigen Schulungskurs der DAF für das Bewachungs-gewerbe in der Reichsschulungsborg der NSDAP Hirschberg. Jeder aus der Fachgruppe der »diese Schulung hinter sich hat, kehrt gefestigt und gestärkt im nationalsozialistischen Glauben an seinen Arbeitsplatz zurück.« Haars war davon überzeugt, das, was Burgkommandant Holweger ihnen »auf den Weg gegeben« hat, nie »im Leben zu vergessen«. Richard Haars: Schulungskurs in Hirschberg, in: Der deutsche Wachdienst, Organ der Fachgruppe Bewachungsgewerbe e.V., 1938, Nr. 12, S. 1.
  - 25 Auf der 2. Reichstagung des Deutschen Bewachungsgewerbes, vom 19. bis 21. Juni 1939 hielt SS-Sturm-bannführer und Regierungsrat im Reichsminister-ium des Innern, Dr. Heinz Ehaus, aus dem Hauptamt Sicherheitspolizei, ein Referat über »Die Wachdienstverordnung«. Tagungsfolge, in: Der deutsche Wachdienst, Organ der Fachgruppe Bewachungsgewerbe e.V., 1939 Nr. 6, 1939, S. 102. In einer Nachbetrachtung von »Stuttgart!« bedankte sich Haars bei Ehaus an erster Stelle. Richard Haars: Stuttgart!, in: Der deutsche Wach-dienst, Organ der Fachgruppe Bewachungsgewerbe e.V., 1939, Nr. 7, S. 120.
  - 26 Sicherheitspolizeiliche Aufsicht auch über Privatwächter, in: Der deutsche Wachdienst, Organ der Fachgruppe Bewachungsgewerbe e.V., 1938, Nr. 1, S. 2.
  - 27 Die Gewerbeordnung war am 8. Juli 1938 geändert worden. Bewachungs-gewerbe für Juden gesetzlich verboten, in: Der deutsche Wachdienst, Organ der Fachgruppe Bewachungsgewerbe e.V., 1938, Nr., S. 141–142.
  - 28 Richard Haars trat aus gesundheitlichen Gründen 1940 zurück. Nachfolger wurde NSDAP-Mitglied und Reichsfachreferent für das Bewachungsgewerbe der DAF, Wilhelm Dorow, dem die Firma Wachbereitschaft Groß-Berlin ge-hörte. Sein Stellvertreter Heinrich Soost, SS-Sturmführer, und Besitzer des Magdeburger Wach- und Schließ-Institutes, war zu dieser Zeit für längere Zeit abkömmlich, da er seinen »SS-Dienst im Osten« versah. Der Beirat tagte, Der deutsche Wachdienst, Organ der Fachgruppe Bewachungsgewerbe e.V., 1940, Nr. 8, S. 89–90.
  - 29 Richard Haars: An die Mitglieder unserer Fachgruppe, Der deutsche Wach-dienst, Organ der Fachgruppe Bewachungsgewerbe e.V., 1940, Nr. 8, S. 81–82. R. Es hatten bisher nicht alle Unternehmen dieser Branche relevante An-gaben zur Fachgruppe gemeldet, was die Erstellung von endgültigen Zahlen erschwerte. Dieses Problem zog sich bis zum Ende des Krieges, was letztend-lich die dem Staat gegenüber feindliche Haltung des Kleinbürgertums cha-rakterisierte, weil er sie im Sinne des Finanzkapitals ebenso unterdrückte wie die Arbeiterklasse. Um den Druck zu erhöhen, verschärfte der faschisti-sche Staat das Ordnungsstrafrecht für die Wirtschaftsgruppenleiter. Der Lei-ter der Fachgruppe Bewachungsgewerbe konnte nun eine Ordnungsstrafe in Höhe von 10.000 RM, bisher 1.000 RM, bei einmaligen »vorsätzlichen oder leichtfertigen Verstoß gegen eine Weisung« erlassen. Thilo Höhne: Mitteilun-gen der Geschäftsstelle, in: Der deutsche Wachdienst, Organ der Fachgrup-pe Bewachungsgewerbe e.V., 1941, Nr. 6, S. 62–63. Ordnungsstrafrecht der Wirtschaftsgruppenleiter erweitert, in: Der deutsche Wachdienst, Organ der Fachgruppe Bewachungsgewerbe e.V., 1942 Nr. 11, S. 59–60. BA Lichterfel-de, RWI R3 101/9262.
  - 30 Richard Haars hatte zum Beispiel die Braunschweiger Wach- und Schließge-sellschaft 1918 gekauft. 1940 hatte sie 250 Mitarbeiter und zählte zu den grö-ßeren und wachsenden Firmen. Geschäftsbericht und Statistik, in: Der deut-sche Wachdienst, Organ der Fachgruppe Bewachungsgewerbe e.V., 1938, Nr. 9, S. 164. Thilo Höhne: Zum Abschied unseres Fachgruppenleiters, in: Der deutsche Wachdienst, Organ der Fachgruppe Bewachungsgewerbe e.V., 1940, Nr. 2, S. 14. BA Lichterfelde, BDC SA, Werner Schulze-Wechsungen, Der Reichswirtschaftsminister an die Oberste SA-Führung, 16. Dezember 1936.
  - 31 Bezirksgruppentagung der Bezirksgruppe für die Ostgebiete, in: Der deutsche Wachdienst, Organ der Fachgruppe Bewachungsgewerbe e.V., 1942, Nr. 6, S. 34. Protokoll über die Bezirksgruppenversammlung der Bezirksgruppe Hes-sen, in: Der deutsche Wachdienst, Organ der Fachgruppe Bewachungsgewer-be e.V., 1942, Nr. 6, S. 34. Mitteilungen der Geschäftsstelle, in: Der deutsche Wachdienst, Organ der Fachgruppe Bewachungsgewerbe e.V. 1942 Nr. 8, S. 43.

# Extrablatt

der Kommunistischen Landtagsfraktion Sachsen

**Bestellte Brandstifter setzen Reichstagsgebäude in Flammen!**

## Blütiger Gewaltstreich faschistischer Reaktion!

Weiher Terror in Berlin und ganz Preußen — Alle kommunistischen und sozialdemokratischen Zeitungen verboten — „Schuhhaft“ gegen gesamte KPD-Reichstagsfraktion! — Treibjagd auf kommunistische Abgeordnete und Funktionäre — SA überall als Hilfspolizei eingesetzt — Massenempörung in den Betrieben

### Jetzt Einheit der Tat!

Die faschistische Reaktion hat zu einem ungeheuerlichen Gewaltstreich gegen die gesamte Arbeiterklasse ausgeholt. Am Montagabend wurde das Reichstagsgebäude in Brand gesetzt. Um 10 Uhr bildete der Kuppelbau zwischen den vier Türmen ein wogendes Flammenmeer. Als Täter wurde sofort darauf ein Subjekt verhaftet, das sich als holländischer Kommunist ausgab und erklärte, er habe durch die Brandstiftung „Rache am internationalen Kapitalismus“ nehmen wollen. Auf sofortige telegraphische Anfrage bei unserer holländischen Bruderpartei erhielten wir die sensationelle Mitteilung, daß es sich um einen Burjaken handelt, der unter dem Namen van der Cübbe bereits vor über zwei Jahren als Achtgroßjunge aus dem dortigen kommunistischen Jugendverband ausgeschlossen wurde.

Daß es sich hier um ein freches Provokateurstück handelt, um bestellte Arbeit nach dem Muster der faschistischen Arbeiterlächerer in Italien, geht aus den ungeheuerlichen Terrormaßnahmen hervor, die sofort gegen die kommunistische Partei und die gesamte Arbeiterschaft eingeleitet worden sind:

**Alle kommunistischen Zeitungen in Preußen verboten!**  
**Alle sozialdemokratischen Zeitungen in Preußen verboten!**  
**„Schuhhaft“ gegen gesamte KPD-Reichstagsfraktion!**  
**Wilde Treibjagd auf alle kommunistischen Abgeordneten und Spitzenfunktionäre,**  
**Einfang der SA als Hilfspolizei!**  
**Todesstrafe bei Landesverrat!**  
**Draconische Terrorstrafen gegen jegliche Streitpropaganda!**  
**Anfängerung der verheßten braunen Terrorbanden zu blutigen Pogromen und**  
**Grzeffen gegen die Arbeiterschaft, durch eine tolle Lügenhege der gesamten**  
**Nazi- und Hyngenberg-Presse.**

Jetzt ist eingetroffen, worauf der Genosse Pies in seiner alarmierenden Rede im Berliner Sportpalast das Proletariat und die gesamte Selbstständigkeit aufmerksam gemacht hat: Schon seit zwei Wochen war der kommunistischen Partei die lauthelle Wille der faschistischen Reaktion bekannt, durch Folterierung von Attentaten abzuweichen von der Tat, daß die Regierungsherrschaft der Nazis Arbeit und Brot nichts anderes als einen nie dagewesenen Massenelend bringen kann und gleichzeitig den Aufstieg für vernichtende Schläge gegen die Arbeiterklasse und ihre revolutionäre Führung zu geben.

Wann in allen Betrieben, Stempelstellen und Arbeiterquartieren. Die Freiheit und Zukunft des Proletariats und aller Werktätigen steht auf dem Spiel. Die Wahlen am kommenden Sonntag sollen unter laffanischem Terror durchgeführt werden. Gleichzeitig treffen die faschistischen Verbände schießhaft alle Vorbereitungen für den bewaffneten Terror nach Berlin, zur Nacht der langen Messer mit dem Ziel der Zerstörung der letzten sozialen und politischen Rechte des Proletariats, der blutigen Ausrottung aller Arbeiterfunktionäre.

**keine Minute gezauert, kein Abwarten mehr. Überall zusammengetreten und**  
**Beschlüsse gefaßt. Handeln, wie es die Stunde erfordert!**

### Brandstifter — Spitzel und Provokateur!

Schon vor 2 Jahren als antibolschewistischer Achtgroßjunge entlarvt — Offizielle Erklärung der Kommunistischen Partei Hollands

Amsterdam, 28. Februar, 13 Uhr. (Eig. Drahtbericht.) Die kommunistische Partei Hollands hat heute vormittag eine Erklärung ihres Zentralkomitees „De Tribune“ herausgegeben, die sensationelle Tatsachen über die Herkunft und Vergangenheit des Reichstagsattentäters van der Cübbe veröffentlicht.

Dieser van der Cübbe wurde vor zwei Jahren aus der kommunistischen Jugend, Fraktion Gruppe Verden, wegen Spitzeltätigkeit und Provokation ausgeschlossen und sein Ausschluss wurde wegen der Gefährlichkeit dieses Subjekts sogar in der Presse publiziert. Seitdem ist van der Cübbe in aller Öffentlichkeit gegen die kommunistische Partei, der er übrigens niemals angehört hat, und die kommunistische Jugend aufgetreten und versucht, kommunistische Verammlungen mit anderen Elementen leinogeleiden zu jpergen.

Diese Tatsachen sind der letzte Beweis dafür, daß die faschistische Reaktion in Deutschland den Cübbe geborgen hat, um einen Reichstagsanfall gegen das deutsche Proletariat zu führen.

### Nieder mit dem weißen Terror!

Wir erklären im Angesicht des Reichstages, des laffischen, des ganzen deutschen Proletariats und vor der Weltöffentlichkeit: Dieser Anschlag auf den Reichstag ist ein bestialisches Attentat der faschistischen Reaktion! Erlögen, daß der Attentäter ein Kommunist ist! Erlögen, daß er von der kommunistischen Partei irgendeinen auf das Attentat bezüglichen Auftrag bekommen hat! Wir erinnern in diesem Augenblick daran, daß tatsächlich in der Vergangenheit schon mehrmals Anschläge auf den Reichstag verübt wurden. Man denke an den Bombenanfall, der vor wenigen Jahren auf das Reichstagsgebäude verübt wurde. Waren das Kommunisten? Es waren faschistische Bombenwerfer, es waren eingetragene Mitglieder und Sympathisierende der NSDAP!

Kein anderer als die Reaktion selbst hat in diesem Augenblick ein Interesse an diesem Anschlag! Kein anderer als die Reaktion hat gerade in den letzten Tagen noch häufig prophezeit, daß man den Reichstag sofort nach der Wahl nach Hause schicken, für immer verlassen werde! Kein anderer als die Nazis hat häufig davon gesprochen, daß man diesen „Zustall ausrottern“ werde!

Und ausgerechnet in diesem Augenblick, wo der Faschismus die Arbeiterschaft ihrer letzten Positionen beraubt, wo der Reichstag die Immunität der Abgeordneten und das Recht, den Standpunkt des Proletariats von der Parlamentaristik herab zu veründen, das letzte noch übriggebliebene Recht der Arbeiterschaft darstellt — ausgerechnet in diesem Augenblick sollen die Kommunisten den Reichstag in Brand setzen?

Wie dumm ist die laffische Reaktion das verflüchtigte Deutschland ein, daß sie diesen Widerstand glaubhaft machen will! Mögen die Arbeiter Deutschlands sich erinnern, daß nach immer die Reaktion, wenn es für notwendig erschien, solche Terrorakte veranstaltete, um den Verstand in Zusammenhang setzen des Proletariats zu schaffen. Da war das Attentat des Reichstags am 9. April 1878 an Kaiser Wilhelm I., das der Sozialdemokratie in die Schuhe geschoben wurde, woraufhin Bismarck endlich das Sozialistengesetz



# Kapitalisierte Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit:

## Reflexionen angesichts des Buches »Von Arisierung bis Zwangsarbeit«

Es war Ende 2007, Anfang 2008, als die nordrhein-westfälische »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten« (VVN-BdA) eine Rallye »Spurensuche Verbrechen der Wirtschaft an Rhein und Ruhr 1933 bis 1945« auf den Weg brachte. Der gewählte Zeitpunkt des Starts der Rallye war der mahnden Erinnerung an die 75 Jahre zuvor erfolgte Machtübertragung an Hitler und die NSDAP geschuldet. Inhalt und Ziel der langfristig angelegten Aktion: Vor Ort geschichtsbewusst leben, in Verpflichtung gegenüber den Opfern an die aus Industrie und Banken mächtigen Täter der Verbrechen erinnern, die Spur der Täter durch Inschriften sichtbar machen, zum Nachdenken über die Wurzeln von Nazismus und imperialistischem Krieg anregen, für Demokratie und Frieden eintreten. Heute, und das verlauten die VVN-BdA-Aktivisten bei neuen Aktionen der Rallye, kommt noch – angesichts der Krise seit 2008 – das Problem hinzu: Welche Krisenauswege wählte das Kapital damals und heute?

Antifa- und Jugendgruppen, Schülerinnen und Schüler wurden aufgerufen, vor Ort Informationen über Täter und ihre Spuren zu sammeln und mit Hilfe von VVN-BdA zu veröffentlichen.

Die erste Aktion fand am 4. Januar 2008 in Köln am Stadtwaldgürtel 35 statt. Dort hatten sich vor 75 Jahren Banker, Konservative und Nazis unter Führung Adolf Hitlers getroffen, um die Machtübertragung an Hitler vorzubereiten. Ein Schild erinnert an Täter und Tatort: »Hier, im Haus des Privatbankiers Kurt Freiherr von Schröder, trafen sich am 4. Januar 1933 Adolf Hitler und Franz von Papen, um über eine Regierungsbildung zwischen Nationalsozialisten und Rechtskonservativen zu beraten. In einem Gespräch wurden die Weichen für Hitlers Ernennung zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 gestellt und die Voraussetzungen für die menschenverachtende Diktatur der Nationalsozialisten geschaffen. Kurt von Schröder unterstützte bereits vor 1933 die Ziele des Nationalsozialismus und organisierte nach 1933 finanzielle Leistungen der deutschen Wirtschaft an die SS.«

Vier Jahre nach Beginn dieser »Rallye« der nordrhein-westfälischen VVN-BdA, im Frühjahr 2012, erschien im PapyRossa Verlag ein Buch zur Aktion, »Von Arisierung bis Zwangsarbeit. Verbrechen der Wirtschaft an Rhein und Ruhr 1933 bis 1945«, herausgegeben von Ulrich Sander.

Für Herausgeber und Autor Ulrich Sander könnte ein abge-

wandelter Satz von Arnold Schönberg gelten. Der Komponist und Lehrer für Komposition leitet seine »Harmonielehre« mit dem Satz ein: »Dieses Buch lernte ich von meinen Schülern.« Sander lernte das Buch von antifaschistischen Aktionen in Nordrhein-Westfalen.

Bis zum Herbst 2011 beteiligten sich Gruppen in 25 Städten des Bundeslandes an der »Rallye«. Die Darstellungen von Leistungen der beteiligten Menschen beeindruckt stark: Die Mühen von Laien, sich Erkenntnisse der Geschichtswissenschaft anzueignen, um so die eigenen Recherchen und Aktionen zu fundieren; ihr Mut, in der Heimatgemeinde die Wahrheit über die mächtigen Täter zu verbreiten; ihre Beharrlichkeit, die Spur der Täter sichtbar zu machen; ihr Engagement gegen Kriegsrüstung und Krieg, gegen faschistische Gruppen und für Demokratie und Frieden.

Neben der »Vorbemerkung des Herausgebers« und einer Einleitung »Von »Verbrechen der Wehrmacht« zu »Verbrechen der Wirtschaft«. Eine notwendige Erweiterung der Perspektive in der Geschichtspolitik« (Ulrich Schneider) ist das Buch in 21 Kapitel gegliedert, die von insgesamt elf Autoren stammen. Allein 14 Kapitel haben Ulrich Sander und den unvergessenen Manfred Demmer zum Autor bzw. Rechercheur. Von Wissenschaftlern, d. h. Gastautoren, stammen drei Kapitel: Manfred Weißbecker »Die große Koalition der Rechten: Die Harzburger Front«; Thomas Kuczynski »Rückschau auf die Zwangsarbeiterentschädigung – Kein Schlussstrich! Wirtschaftswunder als Resultat der Kriegswirtschaft«; Kurt Pätzold »Faschismus an der Macht und Kapitalismus«.

Das Buch schließt an Stelle eines Nachwortes mit einem »Brief an Thomas Gottschalk. Nach dem Urteil von Den Haag zur Verweigerung jeder Entschädigung für NS-Opfer in Griechenland und Italien.« (Ulrich Sander)

Die Rallye »Spurensuche Verbrechen der Wirtschaft an Rhein und Ruhr 1933 bis 1945« findet in einer gegenüber dem Zeitraum von 1945 bis 1992 grundlegend veränderten welthistorischen und innenpolitischen Situation statt. Die heutige Auseinandersetzung mit den Verbrechen des deutschen Kapitals, insbesondere des Konzernkapitals aus Banken, Kohle, Stahl, Chemie und Staatskapital eingeschlossen, bezieht ihre Berechtigung aus den Schulden gegenüber den Zwangsarbeitern und KZ-Häftlingen, aus den von Hitler über-

nommenen und nie bezahlten Staatsschulden gegenüber Griechenland, aus fälligen Entschädigungen für Opfer und deren Hinterbliebene des Naziterrors, etwa in Italien und Griechenland; sie bezieht ihre Berechtigung aus der Notwendigkeit, alle noch vorhandenen Quellen zu erschließen, damit eine möglichst umfassende Darstellung der Geschichte des deutschen Faschismus zwischen 1933 und 1945 gegeben werden kann; sie bezieht ihre Berechtigung aus der Notwendigkeit, insbesondere jungen Menschen Basiswissen für demokratische und also auch antifaschistische Haltungen zu vermitteln, in einem Land, in dem faschistische Banden serienweise morden («Nationalsozialistischer Untergrund – NSU») und aktive Demokraten systematisch terrorisiert werden, die faschistoide NPD durch Organe des so genannten Verfassungsschutzes staatlich gefördert wird. Und die Erinnerung an die Verbrechen der Wirtschaftsmächtigen 1933 bis 1945 ist unerlässlich, weil Deutschland wieder an Kriegen beteiligt ist, weil deutsche Rüstungsindustrie wieder Kriegsindustrie ist, weil imperialistische Kriege unweigerlich Kriegsverbrechen hervorbringen – all das verlangt Widerstand.

Ulrich Schneider zeigt einige Momente des Wandels historischer Auseinandersetzungen mit dem faschistisch verfilzten deutschen Monopolkapital. Er erinnert an die umfangreichen Untersuchungsberichte des »Office of Military for Germany (U.S.)«, kurz OMGUS, aus dem Jahre 1947: »Ermittlungen gegen die Deutsche Bank«, »Ermittlungen gegen die Dresdner Bank« und »Ermittlungen gegen I.G. Farbenindustrie AG«, sowie an die im selben Jahr begonnenen Nürnberger Prozesse gegen führende Wirtschaftsvertreter: Flick-Prozess (Fall V), I.G.-Farben-Prozess (Fall VI) und Krupp-Prozess (Fall X). Eingebettet zunächst allein in die Geschichte Westdeutschlands – von der gescheiterten grundlegenden Abrechnung mit den ökonomischen Wurzeln von Welteroberungskrieg und Faschismus, über Restaurierung und Neuentwicklung deutscher Konzerne während des »Kalten Krieges«, bis hin für die Zeit des neuen deutschen Staates – hebt Schneider Veröffentlichungen zur Rolle der deutschen Wirtschaft hervor, so das 1974 veröffentlichte Werk von George W.F. Hallgarten und Joachim Radkau: »Deutsche Industrie und Politik Von Bismarck bis heute«. Die »Deutsche Bank« heulte auf und setzte durch, dass einige Seiten geschwärzt wurden. Auch in der »Anti-Festschrift« von F.C. Delius zum 125jährigen Jubiläum des Siemens-Konzerns mussten nach langem Rechtsstreit Stellen geschwärzt werden. Ulrich Schneider widerfuhr, dass ein I.G.-Farben Nachfolger, die Behringwerke AG Marburg, juristische Konsequenzen androhte, als er Dokumente über deren Beteiligung an verbrecherischen Menschenversuchen im KZ Buchenwald veröffentlichte. In den 80er Jahren habe es eine immer größere Zahl von Veröffentlichungen kritischer Historiker über die Rolle von Unternehmen und Unternehmern im Faschismus gegeben. Insbesondere Otto Köhler trat mit zahlreichen Publikationen hervor,

so 1986 das Buch »... und heute die ganze Welt. Die Geschichte der I.G. Farben und ihrer Väter«. Von einem Nachfolgekonzern beauftragt, legte Gottfried Plumpe 1990 das Werk »Die I.G. Farbenindustrie AG – Wirtschaft, Technik und Politik 1904–1945« im Jahre 1990 vor.

Schneider hebt die fundamentale Bedeutung der Ausstellung »Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944« für die zeitgeschichtlichen Debatten der 90er Jahre hervor. Der Mythos von der »sauberen« Wehrmacht war öffentlich widerlegt. Die heftigen Auseinandersetzungen sind in Erinnerung geblieben. Und auch hier ging es um die Vergangenheit im Hinblick auf die zukünftige Entwicklung Deutschlands.

Schneider konstatiert einen Aufschwung kritischer Unternehmensgeschichtsschreibung ab Mitte der 90er Jahre. Hierzu gehören Hans Mommsen, Manfred Grieger: »Das Volkswagenwerk und seine Arbeiter im Dritten Reich«, Düsseldorf 1996; Rolf Surmann, Dieter Schröder (Hg.): »Der lange Schatten der NS-Diktatur, Texte zur Debatte um Raubgold und Entschädigung«, Hamburg/Münster 1999; Ulrike Winkler (Hg.): »Stiften gehen, NS-Zwangsarbeit und Entschädigungsdebatte«, Köln 2000; Klaus-Dietmar Henke (Hg.): »Die Dresdner Bank im Dritten Reich«, in vier Teilbänden von Johannes Bähr; Dieter Ziegler, Harald Wixforth und Klaus-Dieter Henke, München 2008.

Die von Schneider genannten Entwicklungen in der Geschichtsschreibung gehören zu den Voraussetzungen der Aktionen »Verbrechen der Wirtschaft an Rhein und Ruhr 1933 bis 1945«. Die VVN-BdA stützt sich vorurteilslos auf alle wesentlichen Ergebnisse der Geschichtsforschung in beiden deutschen Staaten sowie ausländischer Forscher, soweit sie in deutscher Übersetzung vorliegen.

Meisterhaft die historische Miniatur von Manfred Weißbecker »Die große Koalition der Rechten: Die Harzburger Front«. Es ist Sommer 1931, eine Welle von Bankrotterklärungen großer Banken rollt. Von Hugenberg (Deutschnationale Volkspartei) bis Hitler sind sich alle Rechten einig, Hindenburg in Richtung eines autoritären politischen Systems zu drängen, den Kompromiss mit SPD und Gewerkschaften zu beenden, die Weimarer Verfassung aufzugeben und Reichskanzler Heinrich Brüning abzulösen. Weißbecker zitiert aus einem Brief einer Gruppe prominenter Industrieller an Brüning: »Man muss der Wirtschaft die Fesseln abnehmen und ihr das Wirtschaften nach den ewig gültigen ökonomischen Gesetzen wieder freigeben, damit sie ihre Kräfte entfalten kann.« Und in der Entschließung der »Harzburger Front« heißt es: »Nur der starke nationale Staat kann das Leistungsprinzip in jeder Form verwirklichen und die zur Herbeiführung einer wahren Volksgemeinschaft notwendigen sozialen Maßnahmen durchführen ... Wir verlangen von den Volksgenossen Pflichterfüllung und Opfer.«

Man liest es und denkt sich seinen Teil angesichts der jüngsten Entwicklungen.

In den Kapiteln, die direkt den Aktionen der Gruppen in Städten und Gemeinden gewidmet sind, erscheinen geschichtsbedingt häufig dieselben Banken und Konzerne, immer wieder Namen wie Fritz Thyssen (Duisburg, Mülheim, Gelsenkirchen), Fritz Springorum (Hoesch AG, Dortmund u. a.), Paul Reusch (Gutehoffnungshütte), H.J. Abs (Deutsche Bank), Albert Vögler (Vereinigte Stahlwerke – Vestag), Friedrich Flick (verurteilter Kriegsverbrecher), Emil Kirdorf (Dortmund, Gelsenkirchen) usw. So gibt es unvermeidlich Überschneidungen und Wiederholungen, die durch die Systematik des Buches noch verstärkt werden. Der Leserin und dem Leser wird einige Geduld abverlangt. Andererseits erhalten sie durch diese Art von Systematik des Buches einen originären Einblick in die Selbstdarstellungen der Gruppen.

Einige der Darstellungen seien herausgehoben.

Es war ein Vorschlag von Jupp Angenfort, am »Industrie-Club« in Düsseldorf eine Mahntafel anzubringen. Hitler sprach dort im Januar 1932 vor etwa 500 Industriellen. Eingeladen hatte der Präsident des Industrie-Clubs, der Chemie-Industrielle Jost Henkel. Henkel und Fritz Thyssen begrüßten Hitler. Anwesend war auch der Düsseldorfer OB, Dr. Lehr, später bei Adenauer Innenminister. Hitler legte sein volles Programm dar, von »Ausrottung des Marxismus« bis »Eroberung von Lebensraum im Osten«. Die Industriellen spendeten Beifall. Angenfort meinte, die Mahntafel am Ort (jetzt Seitenflügel eines Steigenberger Hotels) sollte den Text tragen: »1932 – Hier bekam Hitler von der Industrie Beifall und Geld. Hier wurden die Weichen zum Krieg gestellt.«

Das 14. Kapitel, von Gisela Blomberg (VVN-BdA Düsseldorf) verfasst, trägt die Überschrift: »Henkel immer dabei – und mit ihm die Wehrwirtschaftsführer von Düsseldorf.« Antifaschisten führten immer wieder Mahngänge zu Düsseldorfer Stätten von Hitlers Wirtschaftsführern durch. Das Carsch-Haus (Heinrich-Heine-Allee 49), den jüdischen Eigentümern wurde das Eigentum abgepresst. Heute gehört das Nachfolge-Kaufhaus zur Kaufhof AG. Zu ihr gehört auch die ehemalige Kaufhaus Tietz AG. Das jüdische Eigentum wurde geraubt, die Familie Tietz vertrieben. Als die Kaufhof AG 2009 ihr 100jähriges Jubiläum feierte, hieß es im Magazin der Industrie- und Handelskammer Düsseldorf lapidar: »Die Nationalsozialisten enteigneten, die Familie Tietz emigrierte ins Ausland und wurde später entschädigt.«

Der Henkel-Konzern, Düsseldorf-Holthausen. Hugo Henkel wurde 1933 Mitglied der NSDAP, sein Werk NS-Musterbetrieb. Er stellte in Düsseldorf und Genthin auf Kriegsproduktion um und machte sprunghaft Profite. Hugo Henkels Sohn Jost, seit 1938 Geschäftsführer, wurde zum Wehrwirtschaftsführer ernannt. Von 1940 bis 1945 beutete Henkel in Düsseldorf ausländische Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene aus. Mindestens drei Menschen haben die Zwangsarbeit bei Henkel nicht überlebt. Ein sowjetischer Zwangsarbeiter wurde von der Wachmannschaft erschossen und zwei Zwangsarbeiter starben am Verzehr von Chemikalien. Der Name »Hugo Henkel« stand neben den Namen von 41 weiteren Industriel-

len auf der Kriegsverbrecherliste eines Sonderausschusses des US-Senats. Doch 1947 wurden Hugo und Jost Henkel »entnazifiziert«. Der Konzern stieg zu seiner heutigen Größe als international operierendes Unternehmen auf. Wie viele der deutschen Bürger, die heute Produkte von Henkel kaufen, werden von der Rolle der Henkel-Werke im Nazireich etwas wissen und daran denken können? Wir wissen es nicht, aber es werden beschämend Wenige sein.

Der Mannesmann-Konzern, von der Deutschen Bank beherrscht. Die nahtlosen Stahlrohre der Mannesmann-Röhrenwerke wurden für Pipelines und bei Rheinmetall für Artilleriegeschosse verwendet. Wilhelm Zangen (1891–1971) war ab 1935 alleiniger Vorstandsvorsitzender und Generaldirektor. Gemeinsam mit der Deutschen Bank wurden alle jüdischen Vorstandsmitglieder vertrieben. Viele Fabriken, die jüdische Eigentümer hatten, wurden geraubt und dem Konzern einverleibt. Zangen wurde Wehrwirtschaftsführer und Vorsitzender der »Reichsgruppe Industrie«, ein »Organisationszentrum für die Kriegsplanung der deutschen Großindustrie« (Daniela Kahn). 1942 berief der Reichsminister für Bewaffnung und Munition, Albert Speer, Zangen in den »Rüstungsrat«. Mannesmann lieferte die Stahlflaschen für das tödliche Kohlenmonoxydgas der I.G. Farben, das u. a. in der Mordstätte Grafeneck innerhalb der T4-Aktion (»Euthanasie«) zum Einsatz kam. Mannesmann expandierte: Niederlassungen in Frankreich, in Prag, Bulgarien, Serbien, Rumänien, Polen und in der Sowjetunion (Taganrog). Bis Ende 1944 waren über 8.000 Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene bei Mannesmann eingesetzt. Auch Zangen gelang die »Entnazifizierung«. Von 1948 bis 1957 (!) gehörte er zum Aufsichtsrat bei Mannesmann. 1958 erhielt er die Ehrendoktorwürde der Universität Münster, 1965 bekam er das Bundesverdienstkreuz mit Stern verliehen.

Zangen log eiskalt in seinen Erinnerungen: er habe keiner Partei angehört und traute den Nazis nicht. »Ich ... blieb unpolitisch bei meiner Arbeit.« (W. Zangen, Aus meinem Leben, Düsseldorf 1968) In Wahrheit war Zangen bereits 1927 Mitglied der NSDAP und der SS. Der britische Historiker Adam Tooze (Ökonomie der Zerstörung, München 2007) nennt Zangen »einen der habgierigsten Profiteure des nationalsozialistischen Regimes«.

Insgesamt waren in Düsseldorf über 35.000 Zwangsarbeiter und Tausende Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge beschäftigt, insbesondere in der Rüstungsindustrie, darunter bei Rheinmetall. 1944 waren in Düsseldorf 27 Prozent aller Erwerbstätigen Zwangsarbeiter.

Im Zusammenhang mit Rheinmetall, Düsseldorf, Ulmenstraße 125, erinnert Ulrich Sander an die lange Geschichte dieser Rüstungsfirma: Eine der größten Waffenhersteller im Kaiserreich; im Nazireich produzierte Rheinmetall-Borsig Maschinengewehre, Panzerabwehrgeschütze, Minenwerfer, Feld- und Flugabwehrkanonen, Eisenbahngeschütze. Das Unternehmen ging in das staatliche Unternehmen Reichswerke

Hermann Göring ein. Rheinmetall liegt gegenwärtig mit fast drei Milliarden US-Dollar Jahresumsatz etwa an 30. Stelle in der Weltrangliste der Rüstungsproduzenten. Die Waffenproduktion von Rheinmetall, darunter die Panzer vom Typ »Leopard«, trägt massiv dazu bei, dass Deutschland mittlerweile zum weltweit drittgrößten Waffenexporteur aufgestiegen ist. Der Autor fügt hier ein, dass zur Zeit Kriegsgegner Proteste unter der Losung »War starts here« gegen das Gefechtsübungszen- trum Heer (amtliche Abkürzung: GefÜbZH) in der Colbitz-Letzlinger Heide, das Bestandteil des Gefechtsübungszen- trums (GÜZ) auf dem Truppenübungsplatz Altmark ist, vortragen wollen. Gemeinden, Bundeswehr und Polizei haben nun weiträumig einen Bann über das Gebiet gelegt, um die Proteste zu verhindern. Nach den Ereignissen von Heiligendamm ein weitere eklatanter Fall von Zivil-Militärischer-Zusammenarbeit. Das Gefechtsübungszen- trum wird von der Rheinmetall Dienstleistungszentrum Altmark GmbH (RDA) gemeinsam mit der Bundeswehr betrieben. Jetzt soll für 100 Millionen Euro eine große Übungsstadt fürs Militär entstehen.

Wenn von Kriegsproduktion im Stahlbereich die Rede ist, wird der Rezensent an ein Foto-Epigramm aus der »Kriegsfibel« von Bertolt Brecht erinnert. Auf dem Foto sind zwei Stapel Stahlplatten, Seile und Ketten eines Transportkrans sowie vier Arbeiter zu sehen. Das Epigramm:

»Was macht ihr, Brüder?« – »Einen Eisenwagen.«  
»Und was aus diesen Platten dicht daneben?«  
»Geschosse, die durch Eisenwände schlagen.«  
»Und warum all das, Brüder?« – »Um zu leben.«

Für künftige Ausstellungen zur Aktion der VVN-BdA könnte im Zusammenhang mit dem Fall Thyssen (im Buch: S. 150 ff) auch dieses Fotoepigramm erhellend sein. Ein Bild vom Industriewerk in Katowice, ein deutscher Offizier und ein Soldat mit Karabiner:

»Zehn Völker hab ich unterm Stiefel und  
Dabei mein eigenes. Die blutige Spur  
Von diesem Stiefel färbt zerstampften Grund  
Von Kirkenaes bis Mülheim an der Ruhr.«

Die VVN-BdA beantragte Mitte 2010 in einem Brief an den Rat der Stadt Essen, an der Geschäftsstelle der FDP in Essen eine Mahntafel anzubringen. Ein Dr. Ernst Achenbach (1909–1991) war Geschäftsführer der »Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft« – was die Hinterbliebenen abstreiten – und ganz gewiss Mitwirkender an den Deportationen französischer Juden in Mordstätten des deutschen Faschismus. Nach 1945 hatte er führende Funktionen in der FDP, war Landtags- und Bundestagsabgeordneter. Mit den SS-Tätern aus Himmlers Reichssicherheitshauptamt baute Achenbach nach 1945 in Essen einen Filz auf, um Verbrechern gegen die Menschlichkeit der Bestrafung zu entziehen.

Im Frühjahr 2011 lehnte der Stadtrat von Essen den Antrag der VVN-BdA ab. Doch diese ließ nicht locker. Es wurden viele Dokumente beigebracht – auch mit Unterstützung von Beate und Serge Klarsfeld – die die Schuld von Ernst Achenbach bewiesen. Antifaschisten veranstalten weiterhin Mahnkundgebungen vor der FDP-Geschäftsstelle in Essen.

Thomas Kuczynski fasst in seiner »Rückschau auf die Zwangsarbeiterentschädigung – Kein Schlusstrich! Wirtschaftswunder als Resultat der Kriegswirtschaft« einige Ergebnisse seines im Zusammenhang mit der Debatte um die Entschädigung der Zwangsarbeiter vorgelegten Gutachtens zusammen. Es sei inzwischen weitgehend anerkannt, dass die Zahl der während des Krieges im »Großdeutschen Reich« zur Zwangsarbeit verpflichteten Menschen etwa 15 Millionen betrug. Die Gesamtentschädigung – nur vorbehaltener Lohn – hätte 180 Milliarden D-Mark betragen. Gezahlt wurden lediglich etwas mehr als 8 Milliarden. Die Firma Daimler-Benz, der alle Daten bekannt waren, hätte 1999 für eine reguläre Entschädigung knapp 16 000 D-Mark pro Zwangsarbeitskraft zahlen müssen, insgesamt über 1,2 Milliarden D-Mark. Kuczynski kritisiert völlig zu Recht, dass die außerhalb der Industrie eingesetzten Zwangsarbeitskräfte nur in Ausnahmefällen entschädigt werden. 1938 waren knapp 70.000 Polen in der deutschen Wirtschaft tätig, Ende September 1940 waren allein in der deutschen Landwirtschaft rund 470.000 »Zivilpolen aus dem Generalgouvernement und den neuen Ostgebieten« eingesetzt. Später stieg die Zahl auf etwa 1,2 Millionen an. Als Kommentar zu den tatsächlich gezahlten Entschädigungen zitiert der Autor einen Überlebenden: Es sei das »Letzte an Beleidigung« gewesen.

Als letzte Begründung (von insgesamt sechs dargelegten) für die viel zu geringen Entschädigungen heißt es bei Thomas Kuczynski: »... das ist ein besonders bedrückendes Kapitel in dieser Geschichte – das Verhalten der Masse der deutschen Bevölkerung. Die deutschen Konzerne und ihre Regierung hätten niemals mit einer solchen Unverfrorenheit vorgehen können, wenn eine Bevölkerungsmehrheit dieses Landes erklärt hätte: Schluss jetzt mit würdelosen Gezerre auf Kosten der Opfer, die verdammte Industrie soll endlich zahlen. Aber es war nur eine verschwindende Minderheit, die so dachte und es auch sagte.« Zum Schluss sei auf Überlegungen von Kurt Pätzold zum Begriff »Faschismus« – mehr als ein Definitionsstreit – hingewiesen. Wenn heute das Wort »Faschismus« und somit auch keine Definition des Begriffes »Faschismus« mit Bezug auf Deutschland in geschichtlichen Unterweisungen an Schulen und Hochschulen kaum benutzt wird, so werde eine jahrzehntelange wissenschaftliche und publizistische Denkweise verschwiegen. Keine Definition des Faschismus habe eine weitere Verbreitung und zugleich vielstimmigen Widerspruch erfahren wie die während der XIII. Tagung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale im November/Dezember 1933 vorgelegte. Der Verfasser ist unbekannt. Da Dimitroff diesen Begriff vom »Faschismus« 1935 im Bericht an den VII. Komin-



Razzia der Polizei in einer Laubenkolonie, »Klein-Moskau« genannt, in Reinickendorf, März 1933.

tern-Weltkongress (August 1935) verwandte, wurde später irrtümlich oft von einer »Dimitroff-Formel« gesprochen.

Einige Einwände gegen den genannten Begriff beruhten auf falschen Ansichten über Begriffsbildungen (Bestimmung wesentlicher Eigenschaften). Pätzold besteht darauf, den Forschungsprozess vom Einzelnen zum Besonderen und zum Allgemeinen und von da wieder zurück bis zum Einzelnen. Inhaltliche Einwände gründen darauf, dass das Wort »Faschismus« für verschiedene Aspekte des Faschismus verwendet wird, etwa für Ideologie oder für die politische Bewegung oder für eine Staatsform.

Die Komintern-Definition war dazu bestimmt, eine verständliche und politisch mobilisierende, falsche Frontstellungen vermeidende Orientierung zu geben. Die äußerste Verkürzung barg das Risiko von Missverständnissen. Besonders wichtig: Die Erfahrungen mit dem Faschismus waren 1933 minimal, im Vergleich mit denen von 1945 und später. Pätzold verweist zwar auf den auch später begründbaren Kern der Definition, die auch eine Differenzierung innerhalb des Finanzkapitals enthält. Und er erklärt weiter, was die Bestimmungen »der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals« konkret bedeutet hat. So kommt er zu dem Ergebnis, dass ein »beträchtliches Quantum an Vorurteilen dazu gehöre«, der Definition von 1933 Erkenntnis- und Wahrheitswert abzusprechen. Und zugleich stellt er fest, dass die Erfahrungen bis 1945 zwar keinen »Widerruf« der Definition, wohl aber eine

Überprüfung und Ergänzung dieser Definition erfordert hätten, insbesondere hinsichtlich der Massengefolgschaft, der Rolle der Ideologie (besonders Rassismus und Antisemitismus), hinsichtlich der Genozide an Juden, an Sinti und Roma und der Massenmorde an anderen riesigen Menschengruppen während des Krieges. Als materialistische, empirische Forscher waren die Fachhistoriker der DDR selbstverständlich über diese Definition hinausgegangen, wovon viele ihrer Publikationen zeugen. Dass dennoch keine weiterführende Definition des Faschismus entwickelt wurde, sei auch der kritischen Bewahrung dessen, was 1933 geleistet worden ist, abträglich gewesen.

#### Noch ein Hinweis:

Die Aktion der nordrhein-westfälischen VVN-BdA hat auch eine Internetadresse: [www.verbrechen-der-wirtschaft.de](http://www.verbrechen-der-wirtschaft.de). Ihre Nutzung sei ausdrücklich empfohlen. Dort sind Texte, Arbeitshilfen, Planung von Projekten, Literaturquellen, Listen der Unternehmen, die der Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft beitraten und von Unternehmen, die das nicht taten, aktuelle Termine und Links zu weiteren Internetadressen.

Ulrich Sander (Hg.), Von Arisierung bis Zwangsarbeit. Verbrechen der Wirtschaft an Rhein und Ruhr 1933 bis 1945, Papy-Rossa Verlags GmbH & C.KG, Köln (2012), 347 Seiten.

**Siegfried Ransch**

Landesverband Arnsberg der Deutschnationalen Volkspartei, Dortmund,

Fernruf 276 17

Kaiserstr. 59 <sup>I</sup>

\* \* \* \* \*

Dortmund, 22. November 1932

An

alle Kreisvereine und die Teilnehmer an der Arbeitstagung des  
Landesverbandes am 16. Oktober 1932.

Bei Gelegenheit der Arbeitstagung im letzten Wahlkampf hatte Herr Aurich-Dortmund die Behauptung aufgestellt, die Hauptgeschäftsstelle in Berlin habe Werbeplakate der Partei von einem galizischen Juden und einem Sozialdemokraten herstellen lassen. Wie uns der Hauptgeschäftsführer, Herr Dr. Weiss mitteilt, sind diese Behauptungen völlig unzutreffend und die Partei habe niemals weder bei einem Juden, noch bei einem Sozialdemokraten Plakate herstellen lassen. Wir bedauern es ausserordentlich, dass Herr Aurich auf Grund eines persönlichen Irrtums, ohne über die tatsächlichen Verhältnisse unterrichtet zu sein, die oben erwähnte Behauptung, die die Hauptgeschäftsstelle auf das schwerste kränken musste, aufgestellt hat und stellen nochmals hierdurch ausdrücklich fest, dass der Vorwurf des Herrn Aurich unberechtigt war.

Mit deutschem Gruss !

Landesverband Arnsberg der  
Deutschnationalen Volkspartei .

(gez.) v. Beckerath .

A b s c h r i f t .

171.R.

Berlin-Schöneberg, den 6. Febr. 1933.

B e r i c h t .Betr.: Überfall auf das Lokal "Pappschachtel".

Am 5.2.33 gegen 23,30 Uhr wurde das KPD.-Lokal "Pappschachtel", Eigentümerin Anna R ö d e r, Rubens- Ecke Canovastr., von 16 Angehörigen der NSDAP. gestürmt und stark demoliert. Die Eigentümerin, Frau Röder, wurde, als sie vor den Eindringlingen flüchten wollte, von noch nicht ermitteltem SA.-Mann angeschossen und durch Bauchsteckschuss schwer verletzt. Ins Auguste-Viktoria-Krankenhaus überführt, erlag sie gegen 1,30 Uhr der schweren Verletzung.

Der Sturmführer Rudolf B a c h m a n n, 10.8.01 in Küstrin geboren, Berlin-Schöneberg, Rembrandtstr.12 wohnhaft und gemeldet, wurde mit 15 NSDAP.-Angehörigen durch den Pol.Hptw. L a h l, der mit der Beaufsichtigung des Lokals beauftragt war und den zur Ablösung erschienenen Pol.Wachtm. S c h m i s c h k e zwangsgestellt und dem Revier zugeführt. Der Pol.Hptw. B r o s c h e i t, der sich auf dem Nachhauseweg befand und durch den Schuss aufmerksam gemacht wurde, eilte herbei und leistete dem Pol.Hptw. Lahl Hilfe. Eine Durchsuchung der Festgenommenen war an Ort und Stelle nicht möglich, da Lahl zu tun hatte, die Zwangsgestellung durchzuführen. Auf dem Wege zum Revier erschien dann das Überfallkommando, und jetzt erst konnte auf offener Strasse eine Durchsuchung nach Waffen vorgenommen werden. Hierbei wurden mehrere feststehende Messer gefunden. Da kurz vor dem Erscheinen des Überfallkommandos von den Festgenommenen Gegenstände fortgeworfen worden waren, wurde auch das umliegende Gelände einer Absuchung unterworfen. Hierbei wurden gefunden: 4 Pistolen, 1 Totschläger, 1 Hackmesser, 1 Beil, 1 feststehendes Messer und zwei dicke Buchenholzknüppel (Eisrührer).

Die inzwischen benachrichtigte Reserve-Mordkommission unter Leitung des Kommissars Dr. Z i r p i u s, Pol.Präsidium Berlin, nahm sofort die Untersuchung vor und im Anschluss daran eine eingehende Besichtigung des Tatortes und des umliegenden Geländes. Hierbei wurden noch gefunden: 2 Parabellum-Pistolen, 1 08-Pistole und eine kleine Mauser 7,65 mit insgesamt 60 Schuss Munition.

Veranlasstes: W.E.8 um 00,25 Uhr, Zusatzmeldung ab:2,15 Uhr. Täter 6(16) mit Bericht nach Vordr.977 der Abt.I um 04,00 Uhr eingeliefert.

gez. Krauss, Pol.Obmstr.

# Kindheitserfahrungen

In vielen Gesprächen mit Holocaust-Überlebenden, die einmal in Berlin-Mitte zu Hause waren<sup>1</sup>, hörte ich von einer Erfahrung, wie sie Erna Putermans beschrieben hat: Von einem Tag zum anderen war ich nicht mehr Kind, sondern in der Klasse »die Jüdin«. Gute Leistungen in der Schule zählten nicht mehr, Mitschülerinnen hänselten sie ungestraft und das Horst-Wessel-Lied, mit dem jeder Schultag eingeleitet wurde, durfte sie auch nicht mitsingen, was sie als zusätzliche Strafe empfand. »Bis gestern war ich eine von 30. Heute bin ich in meiner Klasse die einzige.«

Für Erna Putermann wurde im Januar 1933 alles anders.

Nach dem reichsweiten Boykott gegen jüdische Einrichtungen – Ladengeschäfte, Arztpraxen und Rechtsanwaltsbüros – am 1. April 1933 beruhigte sich auch für Juden in Deutschland vorerst das Alltagsleben. Es würde schon nicht so schlimm kommen, so die verbreitete Meinung.

Kinder und Jugendliche hatten ganz andere Erfahrungen.

Oft hörte ich in Gesprächen von plötzlichen, schmerzhaften Ausgrenzungserlebnissen. Oder auch Erzählungen, dass ein Schuldirektor Eltern empfahl, ihr Kind von der Schule zu nehmen und in eine jüdische Schule zu geben. Er meinte es gut, »im Interesse des Kindes«.

Martin Sand, der in Raufereien unter Jungen vor seinem Wohnhaus in der Prenzlauer Allee oft die Oberhand behielt, wurde plötzlich von Erwachsenen beschimpft. »Dieser Judenbengel erlaubt sich so was gegen einen deutschen Jungen!« Die raufenden Kinder hatten noch nichts Besonderes in ihrem gewohnten Tun entdecken können.

Rose Winterfeldt wurde im September 1933 der weitere Besuch des Kindergartens verweigert. »Im Dezember 1933 mußten meine Eltern die Luxuswohnung in Lankwitz aufgeben, da mein Vater sofort nach der Machtergreifung einen Teil seiner Stellung verlor. Wir zogen in ein kleines Reihenhäuschen in einer katholischen Siedlung in Marienfelde. Im April 1934 wurde ich eingeschult und ging vier Jahre in die Volksschule Marienfelde. Dort war es fürchterlich. Ich war in der Schule das einzige jüdische Kind. Keiner hat mit mir gesprochen. Man hat mich getreten und geschlagen. Die Lehrer haben mich schrecklich behandelt.«<sup>2</sup>

Auch Max Drimmer, geboren am 25. März 1920 in Magdeburg, der in der (heute nicht mehr existierenden) Prenzlauer Straße wohnte, hatte bis zu diesem Januar vor allem positive

Erfahrungen. Auf dem Bülow-Platz (heute Rosa-Luxemburg-Platz) vor der Volksbühne wurde Fußball gespielt. Die Mannschaften: Juden (aus der Grenadierstraße und ihren Nachbarstraßen) gegen Polizisten (Jungs von Polizisten, die in der nahe gelegenen Kaserne der Schutzpolizei wohnten). Fehlte in einer der beiden Mannschaften ein Mitspieler, spielte ein Judenjunge oder ein Polizistensohn eben in der anderen Mannschaft. Niemand fand etwas dabei.

Der 1. April 1933 sollte für Max ein besonderer Tag werden, er hatte seine Bar Mitzwa, den Tag der feierlichen Aufnahme in den Kreis der Erwachsenen. Auf der Straße wurden der Junge, Vater und Großvater von einer Gruppe von SA-Leuten überfallen, der Großvater am Bart gezerrt, getreten und geschlagen. Über 60 Jahre später nach seinen Träumen in der Jugend gefragt, lautete die Antwort: »Es gibt für uns keine Zukunft in Deutschland.«<sup>3</sup>

Wie traumatisch für Juden, die in Deutschland lebten, diese und andere Erlebnisse waren, kann ein Außenstehender nur ahnen. Und er sollte sich bemühen, sensibel damit umzugehen. Später, 1938, wurde ein deutsches Wort in den englischen Sprachschatz aufgenommen: »Kindertransporte«. Viele der nach dem Novemberpogrom 1938 und vor Beginn des 2. Weltkrieges ins Ausland entkommenden Kinder, sahen ihre Angehörigen nie wieder. Sie fragen sich bis heute: Warum? Und warum habe ausgerechnet ich überlebt?

Ich lernte Max Drimmer 1995 kennen, und nach anfänglichem Misstrauen erzählte er bereitwillig aus seinem Leben. Und da kamen im Gespräch so unvermittelte Sätze wie: »Auschwitz war für mich im Vergleich zu Sachsenhausen ein Erholungsort.«

Max wurde im September 1939 als staatenloser Jude in Berlin verhaftet und überlebte im KZ Sachsenhausen mehrwöchige Dunkelhaft in der Baracke 38. Später arbeitete er im Klinkerwerk, um Baumaterial für Albert Speers ehrgeizigen Plan des Umbaus der Reichshauptstadt Berlin verwirklichen zu helfen. Im Kommando Klinkerwerk ging alles nur im Laufschrift, begleitet von Schlägen und Geschrei der Bewacher. Mit einem großen Transport jüdischer Häftlinge kam Max im Oktober 1942 nach Auschwitz und arbeitete dann in Buna-Monowitz für den IG-Farbenkonzern. Gemeinsam mit seinem Freund Herman Shine gelang ihm die Flucht aus Auschwitz. Ein Pole hatte dies organisiert. Beide blieben unentdeckt.

Max Drimmer traf ich ab 1995 bei vielen Gelegenheiten. Im-



mer ging er auf Jugendliche zu und ermunterte sie, zu fragen. Sein Lebensbericht hemmte die Schüler zusätzlich, was soll man jemanden fragen, der das alles erlebt hat. Bei einer Veranstaltung zur Verlegung von »Stolpersteinen« vor dem Erich-Fried-Gymnasium in Friedrichshain fragte ein Mädchen schließlich: »Warum haben Sie die große Tätowierung am Arm nicht wegmachen lassen?« Seine Antwort: »Auf diese Häftlingsnummer bin ich stolz, sie ist ehrlich erworben.«

Zwei Erlebnisse mit Max sind mir in besonderer Erinnerung. Im September 2008 wurde am ehemaligen Firmensitz von IG-Farben, jetzt Teil der Universität Frankfurt am Main, das Norbert Wollheim Memorial eingeweiht. Max Drimmer, Siegmund Freund, Adam König, Jürgen Löwenstein, Fritz Sperling und andere ehemalige jüdische Zwangsarbeiter waren eingeladen, in der Installation des Memorials sind ihre Stimmen zu hören und ihre Porträtfotos zu besichtigen.

Im August 2004 verwirklichte Max den lange gehegten Plan, mit seinen Kindern, deren Ehepartnern und den Enkeln nach Krakow zu fahren – und nach Auschwitz. Silvia und Helmut Nickel und auch ich durften sie begleiten. Es war für mich ein sehr bewegendes, bleibendes Erlebnis, Geschichte erhielt eine ganz persönliche Note.

Max Drimmer ist im Juli 2012 in Kalifornien gestorben. Erinnern an die NS-Zeit und den Umgang mit ihr braucht neue Sichtweisen. Und dabei müssen wir nun ohne ihn auskommen.

## Horst Helas

1 Grundlage für diese Beobachtungen sind Recherchen für das Buch: Horst Helas: Juden in Berlin-Mitte. Biografien Orte Begegnungen, 2. Auflage Berlin 2001.

2 Siehe ebenda, S. 235.

3 Siehe ebenda, S. 200.



Razzia der Polizei in der KPD-Zentrale, dem Karl-Liebknecht-Haus.



# April 1933: reichsweiter Boykott und ein gestelltes Foto

Die NSDAP an der Macht demonstrierte ihre neugewonnene Kraft am 1. April 1933 auch durch einen Boykott jüdischer Einzelhandelsgeschäfte, Arztpraxen und Rechtsanwaltskanzleien.

Eigens dazu wurde am Sitz der Partei in München ein »Zentralkomitee zur Abwehr der jüdischen Greuel- und Boykott-hetze« gegründet, das von Julius Streicher geleitet wurde.

Täglich fanden sich nun im Zentralorgan der Partei, dem »Völkischen Beobachter«, genaue Anweisungen, wie überall in Deutschland diese Aktion vorbereitet werden sollte.

Da die Zeitung auch in Schaukästen ausgehängt wurde, lässt sich leicht widerlegen, dass der »einfache Bürger« nichts von dieser Parteiaktion gewusst hat: Jeder konnte es lesen. Jeder war aufgefordert, mitzumachen – durch Angaben jüdischer Geschäfte für die Vervollständigung der vorzubereitenden Listen sowie durch Denunziation jener Mitbürger, die immer noch »beim Juden« einkauften.

Lokale Fotos von der Durchführung des Boykotts in einzelnen Orten Deutschlands sind schwer zu finden, aber es gibt sie. Und dann gibt es jene Fotos, die ziemlich gestellt wirken, offensichtlich für Propagandazwecke gedacht. Zwei SA-Leute studieren an einer Litfasssäule eine Losung – in deutscher und englischer Sprache!

Es kann daran gezweifelt werden, dass die Abgebildeten Fremdsprachen beherrschten. Die Boykottaktion diente nicht nur der Disziplinierung des deutschen Volkes. Es sollte auch das Ausland gewarnt werden, sich in die Angelegenheiten des neuen Regimes von außen einzumischen. Übrigens wurde auch diesmal ein bewährter Trick angewendet. Andere waren Schuld, wenn sich die NSDAP in Vollzug eines nicht näher definierten »Volkswillens« zu drakonischen Maßnahmen gezwungen glaubte.

In einer der Anordnungen werden auch Losungen empfohlen, die an Hauswänden und LKWs angebracht werden sollten. Eine lautete: : »Die Juden sind unser Unglück!« Diese Behauptung war 1933 nicht neu. Schon 1879 war sie von dem Historiker Heinrich von Treitschke als im Kaiserreich angeblich politisch vorherrschende Auffassung interpretiert worden.

1933 waren die neuen Machthaber noch unsicher und sehr auf die Reaktionen des Auslandes bedacht. Banken sollten mit der Boykottaktion nicht behelligt werden. Schließlich war Deutschland an Devisen interessiert.

Nach einem Tag wurde der Boykott beendet, verbunden mit der Drohung, dieser sei lediglich als Generalprobe für eine Aktion größeren Ausmaßes anzusehen.

Für das Berliner Scheunenviertel gab es eine Ausnahme. Am 4. April 1933 fand hier eine Sonderrazzia mit Hausdurchsuchungen, Verhören auf offener Straße und vielen Verhaftungen statt.<sup>1</sup> Ein ausführlicher Bericht in der Berliner Ausgabe des »Völkischen Beobachters« ist überschrieben: Die Zeit des Ghetto hat sich erfüllt. Weitere Überschriften folgen: Groß-Razzia im Scheunenviertel. Unzählige Waffenfunde – Beschlagnahme hochverräterischen Zersetzungsmaterials. Zahlreiche Festnahmen ostgalizischer »Einwanderer«.

Dem Bericht nach waren 20 Kriminalbeamte und drei Bereitschaften, die Kraftradstaffel sowie »11 Mann SS-Hilfspolizei« im Einsatz, eine fahrbare Funkstation diente der technischen Unterstützung der Aktion. Sehr plastisch schildert der Journalist den Einsatz und zitiert angeblich wörtlich aus dem Protokoll des Einsatzes: (...)

Bei der Durchsuchung des Hauses Grenadierstraße, Eigentümer Herschel Süß<sup>2</sup>, geboren in Lodz, naturalisiert 1919, wurde der Polizei zuerst heftiger Widerstand entgegengesetzt, obwohl man bemüht war, in allerhöflichster Form eine Überprüfung der Räumlichkeiten vorzunehmen. In einem unbeschreiblichen, ekelerregenden, stinkenden Haufen Lumpen im Kellergeschoß fand man u. a. eine Reihe hochpolitischer landesverräterischer kommunistischer Hetzschriften, darunter Originalbriefe kommunistischer Gewährsmänner. Es fanden sich weiter unter einem Berg von Lumpen versteckt ein gut erhaltener Vervielfältigungsapparat, der zur Herstellung verbotener Zeitschriften gedient haben mag.

Der Apparat war in seine Bestandteile zerlegt. Im Hause des Handelsmannes Süß, der neben seinem Kaufmannsladen einen Hotelbetrieb verwaltet, stellte man zehn polnische Staatsangehörige fest, die sich zum Teil seit mehreren Jahren unangemeldet in Berlin aufhielten. Die Personen wurden sistiert. (...).<sup>3</sup>

Das Berliner Scheunenviertel war nach dem April 1933 noch mehrmals Ziel massiver Polizeiaktionen, in denen es angeblich nur um die Verfolgung von Kriminellen ging. »Die Kommunisten« und »die Juden« wurden zu ihnen gerechnet – und kaum jemand äußerte zu dieser Zuordnung Zweifel.

Horst Helas

- 1 Siehe Horst Helas: Die Razzia am 4. April 1933. In: Das Scheunenviertel, Spuren eines verlorenen Berlins, Berlin 1994, S. 134–136.
- 2 Die genaue Hausnummer wird nicht genannt; im Adressbuch findet sich für 1933 kein einziger Eigentümer der Häuser in der Grenadierstraße mit dem Namen Süß.
- 3 Siehe: Völkischer Beobachter, Berliner Ausgabe 5. April 1933.



## NEUES ZU RECHTSEXTREMISMUS UND ANTIFASCHISMUS

# Untersuchungsausschuss des Bundestages zum Thema Naziterror

### Wie kam der Ausschuss zustande?

Nachdem im November 2011 die Mord- und Verbrechenserie des sich selbst Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) nennenden Trios Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe publik wurde war schnell klar, dass es sich um einen der spektakulärsten Kriminalfälle in der Geschichte der Bundesrepublik handelt: Eine Naziterrorzelle lebte mehr als 13 Jahre unerkannt im Untergrund und verübte in dieser Zeit 9 rassistisch motivierte Morde, einen Mord an einer Polizistin und einen Mordversuch an ihrem Kollegen, zwei Bombenanschläge auf Geschäfte und Straßen mit migrantischer Bevölkerung und ca. 14 Banküberfälle. Eine verheerende Bilanz der Sicherheitskräfte des Landes wurde deutlich. Nicht nur hatte man nach eigenem Bekunden keinerlei Kenntnis einer solchen Terrorzelle, die Mordserie des NSU wurde über Jahre völlig falsch eingeschätzt, die Opfer und ihre Angehörigen zu Hauptverdächtigen erklärt. Institutioneller Rassismus und die völlige Verkennung der tödlichen Gefahr von rechts waren Vorwürfe, die gegen Polizei und Verfassungsschutz erhoben wurden.

Der öffentliche Druck für eine umfassende Aufklärung war durch die große mediale Berichterstattung von Anfang an vorhanden. Nachdem die Spitzen der Sicherheitsbehörden das Parlament in Form des Innenausschusses und des PKGr im November 2011 über erste Erkenntnisse zum NSU unterrichteten, glaubte der Innenminister dem Bedürfnis nach Aufklärung mit einem Vorschlag nach Gutsherrenart begegnen zu können. Friedrich setzte ein von ihm benanntes Gremium zur Untersuchung der Geschehnisse ein. Dem Gremium gehören der frühere Präsident von Bundesverfassungsschutz und Bundesnachrichtendienst, Hansjörg Geiger, der ehemalige Präsident des Bundeskriminalamtes (BKA), Ulrich Kersten, und der frühere CSU-Innenexperte Wolfgang Zeitlmann an. Allein die Idee, ehemalige Böcke zu Gärtnern zu machen zeigte, dass Friedrich die Dimension des Geschehens nicht erkannt hatte. Bis heute hat man von diesem Gremium nichts mehr gehört und auch das Innenministerium breitet den Mantel des Schweigens darüber. Von LINKEN und Grünen wurde schnell die Forderung nach einem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss (PUA) laut, dem sich jedoch die SPD nicht sogleich anschließen wollte. Hier und bei Union und FDP setzte man zunächst auf eine Bund-Länder-Kommission (BLK) zur Aufklärung, da es sich, so die Ansicht, vor allem um ein Problem der Länder handeln würde, lagen doch die

Schwerpunkte des NSU in Thüringen und Sachsen, bzw., bezogen auf die Mordserie, in Bayern. Parallel zur Einsetzung des PUA wurde von Friedrich auch die BLK berufen, der der frühere Berliner Innensenator Erhart Körting (SPD), der ehemalige CDU-Innensenator aus Hamburg, Heino Vahldieck, der Münchner Anwalt Eckart Müller auf Vorschlag der FDP und Bruno Jost, Ex-Bundesanwalt am Bundesgerichtshof, auf Wunsch der Grünen, angehören.

Möglicherweise auch mit Blick auf die eigene politische Verantwortung zur Zeit der Mordserie wurde von Teilen der SPD zunächst die BLK bevorzugt. Im Gegensatz zum PUA hat sie jedoch keine gesetzliche Kompetenz gegenüber Regierung und Behörden und ist voll und ganz auf den guten Willen der Regierung angewiesen. Bis Anfang Januar 2012 hatte sich dann aber auch die SPD zu einem Untersuchungsausschuss durchgerungen, der schließlich mit den Stimmen aller Fraktionen eingerichtet wurde. Schnell zeichnete sich ab, dass keine Fraktion als »Bremsen« dastehen wollte, sondern alle ein demonstratives Interesse an einer umfassenden Aufklärung verkündeten. So wurde ein Untersuchungsauftrag formuliert, der die Chance auf eine weitgehende Aufklärung des Geschehens bietet, wenngleich diese durch die nur einjährige Untersuchungsdauer beschränkt wird. Der Gegenstand umfasst die Zeit von 1992 bis zur Festnahme Beate Zschäpes am 8. November 2011 und soll unter anderem folgende Fragen in den Blick nehmen: Welche Fehler und Versäumnisse der Sicherheitsbehörden könne festgestellt werden? Welches Netzwerk umgab den NSU? Welche internationalen Verbindungen bestanden? Welche Rolle spielten die V-Leute der Dienste im Umfeld des NSU? Welche Schlussfolgerungen ergeben sich für die Aufstellung der Sicherheitsbehörden, welche für die Prävention zum Thema extreme Rechte und welche Folgerungen werden aus dem Umgang mit den Hinterbliebenen der Opfer gezogen?

### Was kann der Ausschuss leisten?

Seit Februar 2012 tagt der PUA in jeder Sitzungswoche des Bundestages und hat bisher knapp 300 Beweisanträge im Konsens aller Fraktionen gestellt. Priorität hat die Herbeiziehung der Akten von Bundes- und Landesbehörden, die mit dem Fall befasst waren und sind. Der Ausschuss hat sich zu

Beginn seiner Arbeit vier Untersuchungskomplexe vorgenommen: die Phase 1992 bis 1997 als ideologischer Hintergrund und Herausbildung des NSU, die Jahre 1997 bis 2000 als Zeit des Abtauchens des Trios, die Jahre 2000 bis 2007, in denen die Morde und Anschläge stattfanden und schließlich den Zeitraum 2007 bis 2011 nach dem Ende der Mordserie. Nach drei Anhörungen zu den Themen »Situation der Opfer und Hinterbliebenen/Opferperspektive«, »Die extreme Rechte seit den 90er Jahre« und »Sicherheitsarchitektur beim Thema Rechtsextremismus« haben die Zeugenvernehmungen Ende April 2012 begonnen. Nach der Vernehmung von bisher ca. 40 Zeugen in öffentlichen Sitzungen muss das anfängliche Bild der Ausschussarbeit revidiert werden. Gab es zunächst eine große Skepsis, welchen inhaltlichen Beitrag der PUA zur Aufklärung des Geschehens leisten kann, so muss man heute konstatieren, dass sich die bisherigen Ergebnisse sehen lassen können. Nicht zuletzt vier Rücktritte der Behördenchefs des Bundesamtes für Verfassungsschutz und der Landesämter in Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt zeigen, dass die Arbeit (nicht nur des PUA) Wirkung zeigt. Mit Hilfe eines intensiven Studiums der Akten konnte in den Zeugenbefragungen zumindest herausgearbeitet werden, dass Polizei und Verfassungsschutz alle Hinweise in Richtung Rechtsextremismus mehr oder weniger ignoriert haben und sehr strikt an der einmal formulierten These, es müsse sich um eine Serie aus dem Bereich Organisierte Kriminalität handeln, festhielten. Weiter konnte der Ausschuss das von Inkompetenz, Fahrlässigkeit bis hin zur Kumpanei reichende Verhältnis der Verfassungsschutzämter zu extremen Rechten verdeutlichen (für beides Beispiele weiter unten). Das Kompetenzgerangel der polizeilichen Ermittlungen zwischen Bund und Ländern wurde ebenso deutlich, wie das Konkurrenzverhältnis zwischen den unterschiedlichen Ämtern des Sicherheitsapparates. Eine ganz besondere Rolle nimmt dabei der Komplex V-Leute/Quellen der Dienste ein. Was sich dem Ausschuss hier offenbarte forderte nach drastischen politischen Konsequenzen (Beispiele unten).

Bisher hat der PUA ausschließlich den Komplex der Mordserie bzw. der Sprengstoffanschläge des NSU behandelt. Ermittler, Staatsanwälte und Verfassungsschützer aus allen Tatortländern der rassistischen Mordserie wurden vernommen. Nach der Sommerpause gab es Sitzungen zum Mord an der Polizistin in Heilbronn und weitere Befragungen von Ermittlern, Verfassungsschützern und politisch Verantwortlichen. Angesichts des engen Zeitrahmens bis zur nächsten Bundestagswahl ist es fraglich, ob der Ausschuss alle Untersuchungskomplexe umfassend abarbeiten kann. Immerhin wird die Arbeit dadurch erleichtert, dass es in Thüringen, Sachsen und Bayern eigene Untersuchungsausschüsse gibt. So hat der Schäferbericht die Phase des Abtauchens des Trios sehr genau beschrieben und auch die Fehler der Behörden herausgearbeitet. Überhaupt bietet die Konstellation von parallelen Ausschüssen in Ländern und im Bund sehr viel größere Möglichkeiten. Der Austausch zwischen den Ausschüssen,

die teilweise parallele Lektüre von Akten und das gerade gesteigerte mediale Interesse machen es Exekutive und Sicherheitsbehörden schwerer, Zusammenhänge zu verdunkeln. Die Erkenntnisse über die »Operation Rennsteig« und die damit verbundene Schredderaktion des BfV bzw. die Weigerung der LfVs Thüringen und Sachsen, entsprechende Dokumente den Parlamentariern vorzulegen, haben schließlich zu den vier Rücktritten bzw. Entlassungen geführt.

Bei aller Freude über das mediale Desaster der Dienste bleibt es jedoch mehr als fraglich, ob daraus auch tatsächliche Konsequenzen jenseits des Austauschs von Köpfen gezogen werden. Zwar wird inzwischen über eine völlige Neustrukturierung des Verfassungsschutzes gesprochen, seine Abschaffung wird aber weiterhin nur von der LINKEN gefordert. Am Ende könnte das Bundesamt als großer Gewinner aus dieser Neustrukturierung hervorgehen und zur Belohnung für sein Versagen mit einem Kompetenzzuwachs ausgestattet werden. Und auch das BKA macht sich Hoffnungen, dass seine Kompetenzen auf Kosten der Länder ausgeweitet werden. Die inhaltliche Rolle des BKA beim NSU-Fall ist nicht dazu angetan, darin irgendeinen Fortschritt zu sehen. Schließlich bleibt es fraglich, welche Konsequenzen aus dem strukturellen Rassismus erwachsen, den der Umgang mit der Mordserie offenbart hat. Hierzu hat der PUA bisher nur Frau John als Vertreterin der Hinterbliebenen und Opfer gehört. Forderungen aus der Zivilgesellschaft an die Parlamentarier sind hier von besonderer Bedeutung, sonst wird dieser Punkt weiterhin randständig bleiben.

### **Wie sind die Informationszugänge?**

Nach den Erfahrungen anderer Untersuchungsausschüsse war die Befürchtung groß, dass die geforderten Akten aus Bund und Ländern nur zögerlich kommen, bzw. gerichtlich erstritten werden müssen. Dies hat sich nur zum Teil bewahrheitet, bzw. teilweise ins Gegenteil verkehrt. Seit April 2012 ergießt sich eine wahre Aktenflut über den Angehörigen des PUA, die von Abgeordneten und Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen kaum zu bewältigen ist. Mehrere hunderttausend Seiten an Akten dürften dem PUA inzwischen zugegangen sein. Ein Großteil der Akten ist offen bzw. mit der niedrigsten Einstufung versehen, so dass Vorhalte in öffentlicher Sitzung gemacht werden können. Fast schon prinzipiell schicken die Geheimdienste ihre Akten höher eingestuft, aber auch hier gelang in mehreren Fällen die Herunterstufung. Den Höhepunkt bildete sicherlich die umfassende Lieferung von Verfassungsschutzakten aus Thüringen, die zu wüsten Beschimpfungen des Bundeslandes seitens der anderen Länder und des Bundes führte. Aufklärung wird hier nach wie vor als Sicherheitsrisiko gesehen und offenbar gab es Überlegungen, die Thüringer Akten vor Erreichen des Ausschusses abzufangen. Ein Stück aus dem Tollhaus, nicht aus einem demokratischen Staat.

Hilfreich für dieses »Entgegenkommen« der Regierung ist sicherlich die bis heute anhaltende Kooperation der Mitglieder des Ausschusses. Parteipolitische Mätzchen spielen für die Ausschussarbeit eine untergeordnete Rolle, was sich äußerst produktiv auf die Arbeit auswirkt. Trotz unterschiedlicher politischer Standpunkte gibt es doch ein bei allen vorhandenes Interesse, eine möglichst weitgehende Aufklärung darüber zu erreichen, warum eine Naziterrorzelle über 13 Jahre unerkannt im Lande morden konnte. Hinzu kommt der große mediale und moralische Druck angesichts des Themas Rechtsextremismus, der die Regierung zu einer gewissen Offenheit zwingt. Die Offenlegung der Klarnamen von V-Leuten des BfV im Zusammenhang mit der Schredderaktion beim BfV war insofern ein außerordentlicher Vorgang und eben diesem Druck geschuldet.

Trotz dieser grundsätzlich positiven Informationslage gibt es zahlreiche Behinderungen der Arbeit des Ausschusses. Immer wieder wird in Befragungen deutlich, dass die Akten nicht vollständig sind, was zu Nachforderungen führt. Aus einigen Bundesländern treffen die Akten – trotz langfristiger Beweisbeschlüsse – so spät ein, dass eine seriöse Zeugenvernehmung nicht möglich war. So liefert Hamburg letzte Akten weniger als zwölf Stunden vor Beginn der Zeugenvernehmung aus Hamburg. Aus Hessen trudelten die Akten trotz mehrfacher Mahnung durch den Ausschuss so spät ein, dass der ehemalige Präsident des Landesamtes für Verfassungsschutz abgeladen und auf später verschoben wurde, weil eine Vorbereitung seiner Vernehmung unmöglich war. 48 Stunden vor der Vernehmung der Ermittler aus Hessen kamen ca. 2.500 Seiten Akten, die Ordner des LfV mit noch einmal 1.000 Seiten wurden den Fraktionen am Nachmittag des Vortages der Vernehmung übergeben.

### **Was kommt raus?**

Die Frage nach den Ergebnissen des Ausschusses lässt sich bis heute nur eingeschränkt beantworten, hat der PUA doch erst einen Untersuchungskomplex genauer in den Blick genommen. Für diesen lassen sich an drei Themen einige Ergebnisse festhalten. (1.) Die zahlreichen Spuren in Richtung Rechtsextremismus wurden von den Ermittlern nicht ernsthaft verfolgt bzw. schnell wieder fallengelassen. Hier zeigt sich eine sträfliche und systematische Unterschätzung des Gewaltpotenzials der extremen Rechten. Hinzu kommt eine Fixierung auf das Umfeld der Opfer, die sicherlich mit – nicht nur auf die Sicherheitsbehörden beschränktem – institutionellem Rassismus im Zusammenhang steht. (2.) Der Kompetenzstreit der Sicherheitsbehörden untereinander und zwischen Bundes- und Landesebene hat zumindest nicht zu einer Optimierung der Ermittlungen geführt. Hier werden vor allem CDU und SPD ansetzen wollen. Schließlich hat sich (3.) das Thema Verfassungsschutz und V-Leute als eine immer wiederkehrende Behinderung der Ermittlungen dargestellt. Die

Verfassungsschutzbehörden in Bund und Ländern haben bisher ein erbärmliches Bild geboten.

### **(1.) Spuren in Richtung Rechtsextremismus**

Nach sechs Jahren Ermittlungen in die falsche Richtung, wurde in Bayern, wo die Ermittlungen aufgrund von fünf Morden der Serie schwerpunktmäßig geführt wurden, im Jahr 2006 eine neue Fallanalyse in Auftrag gegeben. Nach den Morden acht und neun gab es keinerlei ernstzunehmende Spur mehr, die in Richtung Organisierte Kriminalität wies. Die bayerischen Fallanalytiker kamen zu der Einschätzung, es könne sich um einen Einzeltäter (im Gegensatz zu einer Organisation, d. h. auch zwei Personen können Einzeltäter sein) handeln, der aus Hass auf Türken morde und der evtl. Anhänger der extremen Rechten sein könnte. Damit kamen sie den Tätern so nahe wie niemand zuvor. Doch die Umsetzung dieser Theorie in konkrete Ermittlungen stellte sich als schwierig für die BAO Bosphorus dar. Anfragen zur rechtsextremen Szene in Bayern wurden vom dortigen Landesamt mit Verweis auf Quellenschutz erst gar nicht und dann mit einer Verzögerung von sieben Monaten (!) beantwortet. Schließlich bekamen die Ermittler eine Liste mit Namen von Nazis aus zwei Postleitzahlbezirken im Raum Nürnberg, weil man davon ausging, der oder die Täter müssten dort einen Ankerpunkt haben. Bundesweit haben sich die Bayern nie um Informationen über die Naziszene bemüht, eine dilettantische Mail ans BfV wurde rein formal beantwortet, danach wurde der Ansatz nicht weiter verfolgt. Ein Grund, warum aus dieser Spur unter dem Namen 195 nicht mehr wurde, war die vehemente Ablehnung auf die dieser neue Ermittlungsansatz bei den Ermittlern in den anderen Bundesländern und vor allem beim BKA stieß. Hier hielt man eisern an der Theorie fest, die Opfer seien in dunkle Geschäfte verwickelt gewesen und hier liege der Grund für die Mordserie. So verlief die einzig richtige Spur nach wenigen Monaten im Nichts und die Täter konnten weitere vier Jahre unerkannt bleiben.

Aber auch früher schon gab es Hinweise und Spuren in Richtung Rechtsextremismus. Den Bombenanschlag in der Keupstraße in Köln 2004 hatte selbst das BfV mit rassistischen Anschlägen von Combat 18 verglichen, hierzu sogar ein Dossier angefertigt, das jedoch niemals von den Ermittlern aus NRW zur Kenntnis genommen wurde. Die mit einer Überwachungskamera gefilmten Täter in Köln wurden von der Zeugin eines Mordes in Nürnberg als mögliche Radfahrer am Tatort in Nürnberg identifiziert. Die Hinweise auf Radfahrer gab es an zahlreichen Tatorten, dennoch unterblieb ein systematischer Vergleich des Bombenanschlags mit der Mordserie. Fast nie kam es den Ermittlern in den Sinn, dass die Herkunft der Opfer das entscheidende Motiv für die Täter sein könnte – ein Ergebnis der Tabuisierung des Themas Rassismus in der deutschen Gesellschaft.



## (2.) Kompetenzstreit

Im Rahmen der Befragungen zur Mordserie spielt immer wieder das Thema der zentralen Ermittlungsführung eine große Rolle. Schnell wurde aufgrund der immer gleichen Ceska-Waffe klar, dass es sich um eine bundesweite Mordserie handelte, womit die Frage der zentralen Ermittlung im Raum stand. Fünf von neun rassistischen Morden fanden in Bayern statt, somit lag die Führung der Ermittlungen in Bayern. Dennoch einigte man sich nicht auf eine zentrale Ermittlungsführung mit der ein klares Weisungsrecht verbunden gewesen wäre. Für die Ermittlungen hatte das fatale Konsequenzen, denn so blieb jede Tatortermittlungsstelle im Großen und Ganzen ihrem jeweiligen Ermittlungsansatz treu. Während die Zeugen im Ausschuss behaupten, die Ermittlungen seien in alle Richtungen geführt worden, sprechen die Akten eine andere Sprache. Wirkliche Anstrengungen wurden nur in Richtung Organisierte Kriminalität unternommen, das Thema Rechtsextremismus/Rassismus war, wenn überhaupt, randständig. Besonders deutlich wurde das zu dem Zeitpunkt, als in Bayern 2006 eine neue Fallanalyse einen »Einzeltäter« (im Gegensatz zur Organisation) aus dem rechten Bereich nahelegte. Dieser Ansatz stieß bei den anderen Ermittlungsgruppen auf starke Ablehnung und wurde kaum ernsthaft verfolgt. Die bayerische BAO hatte keine Möglichkeit, die Ermittlungen in diese Richtung zu lenken.

Politisch wurde im PUA vor allem um die Frage der Übernahme des Falls durch das BKA gestritten. 2006, nach den Morden acht und neun, wollte das BKA den Fall übernehmen und intervenierte in diesem Sinne beim Innenministerium. Doch der Widerstand aus den Ländern, namentlich aus Bayern verhinderte diese Übernahme. Während der ehemalige BKA-Vizepräsident Falk die organisatorische Aufstellung der Ermittlungen in seiner Vernehmung »kriminalfachlich stümperhaft« nannte, widersprach ihm BKA-Präsident Ziercke zwei Wochen später vehement und nannte die Ermittlungen erfolgreich (da ja die Morde nach 2007 aufgehört hätten). Eine Meinung mit der er bis heute allein steht. Wie immer man die Frage der zentralen Ermittlungen bewertet, fest steht, dass von Seiten des BKA der Ermittlungsansatz in Richtung Rechtsextremismus mit aller Kraft zurückgedrängt wurde. Während Ziercke im Ausschuss behauptete, in der Nachrichtendienstlichen Lage im Kanzleramt sei im Zusammenhang der Mordserie vom BKA selbstverständlich auch über einen möglichen rechtsextremen Hintergrund gesprochen worden, konnte sich BfV Präsident Fromm an solche Diskussionen nicht erinnern. In den Akten und Sprechzetteln des BKA zur ND-Lage findet sich nicht einmal das Wort Rechtsextremismus.

## (3.) Versagen des Verfassungsschutzes

Vier Rücktritte beim Verfassungsschutz, diese Bilanz kann sich sehen lassen und ist angemessen für die Dimension des Versagens der Dienste. Der Verfassungsschutz hat sich, so muss man es formulieren, als Schutz der Täter erwiesen. Zentral dazu beigetragen hat das V-Leute System und der mit ihm verbundene Quellenschutz. Immer wieder wurde bei den Vernehmungen im Ausschuss deutlich, wie die Verfassungsschutzämter wenig bis nichts dazu beigetragen haben, die spärlichen Ermittlungen in Richtung Rechtsextremismus zu unterstützen. In vielen Fällen haben die Ämter die Ermittlungen direkt behindert. So ist bekannt, dass das LfV Thüringen Erkenntnisse über das abgetauchte Trio 1998 und später dem LKA vorenthalten hat und so die Ermittlungen sabotierte. Ein Grund hierfür war der Schutz von Quellen des LfV. Mit eben dieser Begründung wollte das LfV Brandenburg den Hinweis eines V-Mannes, das Trio sei dabei sich Waffen zu besorgen, nicht an die Polizei weitergeben. In Bayern weigerte sich das LfV mit Hinweis auf den Quellenschutz, der BAO Bosphorus umfassende Informationen zur extremen Rechten in Bayern zu liefern. Für die Beantwortung einer zurechtgestutzten Anfrage der Ermittler nahm sich das Landesamt sieben Monate Zeit! Aktuelle Erkenntnisse zu militanten rechten Strukturen lieferte man nicht und beschränkte sich auf einen Dienst nach Vorschrift.

Die Vernehmung des Hessischen Ermittlers zum Mord an Halit Yozgat in Kassel im Jahr 2006 sorgte selbst im Ausschuss für Fassungslosigkeit. Wie allgemein bekannt war bei diesem Mord ein Beamter des Landesamtes für Verfassungsschutz in Hessen im Internetcafé und hatte sich als einziger Zeuge nicht bei der Polizei gemeldet. Für die Polizei galt er über Wochen als einer der Hauptverdächtigen, zumal er selbst einen V-Mann aus der Naziszene führte und mit diesem direkt vor und nach dem Mord telefonierte. Verständlich, dass die Polizei dringend auch diesen V-Mann vernehmen wollte. Doch, so musste es der Ausschuss lernen, Quellenschutz geht beim Verfassungsschutz vor der Aufklärung einer Mordserie. Das LfV Hessen verweigerte der Polizei die Vernehmung und der damalige Innenminister Bouffier unterstützte das LfV bei dieser Behinderung der Ermittlungsarbeit. Es handele sich doch »nur um ein Tötungsdelikt, dafür könne man nicht seine Quellen preisgeben, so las es sich in den Mails des LfV, die in den Akten zu finden waren.

Fraglich bleibt, ob aus diesem Versagen der Verfassungsschutzbehörden die richtigen Folgerungen gezogen werden und es nicht letztlich zu einer Stärkung des Bundesamtes kommt. Um dies zu verhindern ist weiterhin eine kritische Begleitung und Kommentierung der Ausschussarbeit wichtig.

**Gerd Wiegel**



# Die völkische und extrem nationalistische Rechte Russlands (Teil 1)

»So was hätt' einmal fast die Welt regiert/  
Die Völker wurden seiner Herr, jedoch,/   
Dass keiner uns zu früh da triumphiert,/   
Der Schoß ist fruchtbar noch,  
Aus dem das kroch.«

*B. Brecht*

Das Thema mag manchem Leser paradox und unwirklich erscheinen. Das Aufkommen des Faschismus in diesem Land ist schwer zu begreifen. War es doch die UdSSR, das territorial größte Land der Erde, das im Bund mit den USA, Großbritannien und in einer weltweiten antifaschistischen Koalition vor sieben Jahrzehnten den bisher größten Anschlag auf die Weltzivilisation abwehrte, den die völkisch-faschistischen, militaristisch-expansionistischen Regime Deutschlands, Italiens und Japans samt ihrer Vasallen und Kollaborateure seit den 30er Jahren des vorigen Jahrhunderts organisiert hatten. Dieses bis dahin größte Menschheitsverbrechen brachte 60 Millionen Menschen den Tod, enormes Leid für die Überlebenden und kaum vorstellbarere Zerstörungen wirtschaftlicher und kultureller Werte in damals geschätzter Höhe von etwa 260 Mrd. US-Dollars. Von der Tragödie am stärksten betroffen waren die Völker der Sowjetunion – 27 Millionen Tote und 126 Milliarden US-Dollars materieller Schäden. Der Schoß, aus dem das faschistische Verbrechersystem kroch, ist ungeachtet dieser historischen Erfahrungen heute noch immer vielerorts fruchtbar – nicht nur in Deutschland und Westeuropa, sondern seit mehr als zwei Jahrzehnten wieder in Osteuropa<sup>1</sup>, auch in Russland und den anderen Nachfolgestaaten der UdSSR. Die zwanzigjährige Geschichte Russlands belegt die Existenz einer realen faschistischen Bewegung, sie belegt die Verbreitung faschistischer Ideologie und Gewaltverbrechen. In dem sowjetischen Hauptnachfolgestaat Russland, wo bereits in der ersten Hälfte der 90er Jahre unter Präsident Boris Jelzin eine starke neofaschistische Ideologie und politische Bewegung in Gestalt von Dutzenden Organisationen und Parteien entstand und staatlich geduldet wurde, gibt es grundsätzliche gesetzliche Regelungen, die die Verbreitung der Ideologie und die Tätigkeit faschistischer Organisationen – ähnlich wie in der 1991 untergegangenen UdSSR – nicht zulassen, sondern unter Strafe stellen: Das Gesetz Nr. 80-F-3 vom 19. Mai 1995 »Über die Verewigung des Sieges der sowjetischen Völker im Großen Vaterländischen Krieg 1941–1945«. Es bestimmt den Kampf gegen den Faschismus

als wichtige Richtung der Staatspolitik der Russischen Föderation. Verboten ist jede Form der Verwendung und Verbreitung faschistischer Symbole aller Art wie auch jeder faschistischer politischer Tätigkeit. Präsident Wladimir Putin erließ am 25. Juli 2002 die Föderationsgesetze Nr. 114-F3 über den »Widerstand gegen extremistische Tätigkeit« und Nr. 112-F3 »Über gesellschaftliche Vereinigungen« die u. a. auch faschistische (einschließlich neonazistische) und andere extrem nationalistische Organisationen und Tätigkeiten verbieten und verfolgen. Doch trotz dieser eindeutigen gesetzlichen Regelungen begann erst seit der Präsidentschaft Putins entschiedener der Kampf gegen rechtsextreme Nationalisten und Neofaschisten. Dabei zeigte sich allerdings auch, dass Verbote faschistischer Ideologien und Bewegungen allein nicht ausreichen, um den Faschismus zu überwinden.

## Der neue russische Faschismus – ein Phönix aus der Asche?

Leningrad, wo durch den Hungerterror der nazideutsche Wehrmachtsblockade 1941–1944 eine Dreiviertelmillion Menschen starben, diese Stadt, die heute St. Petersburg heißt, richtete im Sommer 2001(!) das Festival »Botschaft an die Völker« aus. Ehrengast war die 99-jährige Leni Riefenstahl, die ihre Filme »Triumph des Willens« und »Fest der Völker« (Olympiade) vorstellte. Russische Medien waren des Lobes voll: Man lebe in Russland nun endlich in einer freien und toleranten Gesellschaft, die Freiheit müsse man auch den russischen Neofaschisten einräumen. Ein Vierteljahr später wurde in Jekatarinburg (Swerdlowsk), wo Jelzin von 1975 bis zu seinem Aufrücken in die Kremlführung KPdSU-Gebietssparteichef war, der Film über den NSDAP-Parteitag 1934 auf einem »faschistischen Abend« im Klubhaus der Stadt gezeigt. Mädchen in SS-Uniformen überreichten den Besuchern eine Armbinde mit Hakenkreuz. Anschließend wurden Exemplare von »Mein Kampf« und NSDAP-Parteiabzeichen versteigert. Die russische Journalistin Svetlana Dobrynina rechtfertigte diese politischen Skandale in der Presse: »Wird doch der »Triumph des Willens« einhellig als dokumentarisches Meisterwerk betrachtet, welches die starke charismatische Persönlichkeit Hitlers, der eine ganze Nation zu führen vermochte, mittels Filmkamera erschlossen.«<sup>2</sup> Seit dem Systemwechsel vom Staatssozialismus sowjetischen Typs zum neoliberalen Kapitalismus seit zwanzig Jah-

ren können sich auch in Russland und anderen Nachfolgestaaten der UdSSR Faschisten organisieren und ihre Ideen verbreiten. Bereits seit Ende der 80er Jahre formierten sich legal extrem-nationalistische und völkisch-faschistische politische Strömungen vor allem in Russland, aber auch in fast allen anderen Nachfolgestaaten der UdSSR von den baltischen Staaten<sup>3</sup> über die Ukraine bis nach Kasachstan. Nach Schätzungen des Moskauer Analyse- und Informationszentrums *SOWA (EULE)* sind in dem territorial größten Land der Erde, in Russland (142 Mio Einwohner), in Dutzenden neofaschistischen und extrem nationalistischen Gruppen, Bewegungen und Parteien über 70.000 Mitglieder organisiert. Auch in den Jahren der Präsidentschaft Vladimir Putins (2000–2007) und Dimitrij Medwedjevs (2007–2012) hat sich wenig an diesem Zustand geändert. Auch die noch unvollständige Registrierung faschistischer Verbrechen durch das Innenministeriums und Organisationen der Zivilgesellschaft (vor allem die 2003 gegründete Institution *SOWA*) weisen das aus: Von Januar 2004 bis April 2009 töteten extrem nationalistische und neofaschistische Gewalttäter 588 Menschen, über 2.000 Opfer wurden schwer verletzt. Allein im Gebiet Moskau sind in diesem Zeitraum 193 ermordet worden; in den Gebieten St. Petersburg und Sverdlovsk 48 bzw. 14 Opfer neofaschistischer Gewalt sind allen 89 Föderationsobjekten registriert worden.<sup>4</sup> Sieht man von den wenig differenzierten Darstellungen über die bereits unter Regie des KGB 1989 gegründeten rechtspopulistischen *Liberaldemokratischen Partei Russlands LDPD* Russlands (*Liberal'no-Demokratičeskaja Partia*) und dem sog. Žirinovskij-Effekt ab<sup>5</sup> – kann festgestellt werden, dass die völkische-faschistische und extrem nationalistische Rechte Russlands in Deutschland ein wenig beachtetes und erforschtes Thema ist. Daher informiert der Aufsatz über die Entstehung und die Ausbreitung dieser ideologischen Strömung und weitgehend außerhalb des Parlaments wirkende politisch Bewegung vor allem während der Jelzin-Ära. Eine Weiterführung über die aktuellen Entwicklungen des letzten Jahrzehnts ist vorgesehen.

Wie erklärt sich dieses Phänomen? Sicher ist das Aufkommen des Neofaschismus eng verbunden mit der Tatsache, dass sich im größten sowjetischen Nachfolgestaat Russland an der Wende von den 80er zu den 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts – ähnlich wie in Osteuropa oder im Baltikum, in der Ukraine oder Georgien – der Übergang vom Staatssozialismus sowjetischen Typs zu einer bürgerlich-parlamentarischen Demokratie und zum neoliberalen Kapitalismus vollzog. Dadurch entstanden soziale wie politische Voraussetzungen für das Aufkommen einer organisierten extrem rechtsnationalistischen und völkisch-faschistischen Bewegung, wie sie auch im übrigen Europa schon seit längerem besteht und in der gegenwärtigen Krise ein Einfluss gewinnt. Zum anderen aber steht die russische neofaschistische Bewegung auch in einer eigenen historischen Traditionslinie, die im zaristischen Russland, dem territorial größten Land der Erde (1913: 159 Millionen Ein-

wohner), vor über einem Jahrhundert ihren Anfang nahm. Inmitten der bürgerlich-demokratischen Revolution 1905–1907 entstanden in St. Petersburg völkisch-klerikal-monarchistische Bewegung, Verbänden und Parteien mit insgesamt 410.000 Mitgliedern. Die einflussreichste dieser konterrevolutionären rechtsextremen Terrororganisationen war der *Bund des Russischen Volkes SRN* (*Sojuz Russkogo Naroda*). Er zählte 1908 bereits 350.000 Personen und verfügte über eine militärische Organisation, die sog. Schwarzhundertschaften (*Čornyje sotny*). Der SRN verübte 1905–1917 zahlreiche gewalttätige Aktionen gegen Juden, Sozialisten, Anarchisten, Kommunisten und Liberale. Die politisch gut organisierte extrem nationalistische-völkische Organisationen, die das Zarenregime Nikolaus II. finanzierte und tolerierte, wurde mit der Revolution 1917 und der Errichtung der Sowjetmacht verboten und verfolgt.<sup>6</sup>

Rechtsextreme und völkische faschistische Organisationen und Bewegungen restaurierten seit den 20er Jahren unter den 1,6 Millionen Flüchtlingen und Emigranten (davon ein Viertel Militärs der Weißen Armeen) aus dem Russischen Reich in Europa, Asien und Amerika.<sup>7</sup> Deutschland war anfangs Zentrum des weltweiten *Russländischen Auslands* (*Rossijskoe Zaruž'e*). In der Weimarer Republik fanden 1919–1921 250.000 russische Flüchtlinge Aufnahme. Ihre Zahl stieg 1923 auf 560.000 Personen, von denen 360.000 in Berlin lebten. Es folgte die russische Diaspora in Frankreich (400.000), China (1922 – 155.000 in der Mandschurei, davon 55.000 in Chabin; Shanghai: 19.000), Bulgarien (36.000), in der Tschechoslowakei (30.000) und in Jugoslawien (22.000).<sup>8</sup> Mit der großen Wirtschaftskrise 1929–1932 setzte die Massenabwanderung aus Deutschland ein; im Frühjahr 1933 gab es in Nazideutschland nur noch 50.000 russische Emigranten (davon 10.000 in Berlin). Zu den einflussreichsten faschistischen Organisationen in den 15 größten dieser faschistischen Emigrantenparteien waren allerdings 40.000 Personen organisiert.<sup>9</sup> Die wichtigsten faschistischen Bewegungen und Parteien im russländischen Auslands wirkten in den folgenden Ländern.

- USA: 1933 *Allrussische Faschistische Organisation VFO* (Vors. Anastasij Vonsjackij, 2.000 Mitglieder).
- Chinesische Mandschurei (1931–1945 japanischer Satellitenstaat): 1926 *Russländische Faschistische Organisation RFO*, 1931 umbenannt in *Russländische Faschistische Partei RFP*, die sich 1934 mit der in der USA-Emigration entstandenen *Allrussischen Faschistischen Organisation VFO* zur *Allrussischen Faschistischen Partei VFP* fusionierte (Vors. Konstantin Rodzaevskij, 20.000 Mitglieder).
- Deutschland: 1933 *Russländische Völkische Bewegung. Russische National-Sozialistische Bewegung der Werktätigen ROND/RNSD*
- Frankreich: 1936 *Russische Nationale Bund der Kriegsteilnehmer RNSUV* (Vors.: General A.V. Turkul, seit 1939 in Berlin); 1925 *Bund der Jungen Rußländer SM* (Vors.: Alexander Kazem-Bek)

- Jugoslawien 1931 *Nationaler Bund der Jungen Generation NSNP* (1936 umbenannt in *Bund der Nationalen Arbeiter der Jungen Generation NTSNP*, Vors.: V.M Bajdalakov, 3.000 Mitglieder)

Der russische Faschismus, der mit den Diktaturregimen Spaniens, Italiens, Deutschlands und Japans liiert war und eine der Kollaborationskräfte vor allem Nazideutschlands und Japans bildete, überlebte den Zweiten Weltkrieg in der westlichen Emigration. Zu den historischen und geistigen Quellen einer Richtung des gegenwärtigen russischen Neofaschismus (seit 1992 in Gestalt der *Nationalbolschewistischen Partei Russlands NBR* (Nacional-Bol'shevistskaja Partija) zählt nicht zuletzt auch der sog. historische *Nationalbolschewismus* in der Weimarer Republik und in der russischen Emigration (Nikolaj Ustrjalov).<sup>10</sup>

### Der Schoss aus dem das kroch – Pamjat' (Gedächtnis)

Bereits während der Herrschaft Brežnevs (1964–1982) und in der Perestroika-Periode Michael Gorbačovs (1985–1991) formierte sich allmählich eine anwachsende extrem-nationalistische und völkisch-faschistische geistig-politische Strömung. Sie hatte ihren historischen Ausgangspunkt und ihre Träger nicht nur in einem Teil der Emigranten in den USA, Westeuropa und Japan bzw. der Dissidenten im eigenen Lande, sondern auch in einer ideologischen Strömung der Partei- und Staatsnomenklatura, der sog. *Russischen Fraktion* innerhalb des ZK der KPdSU und des Komsomol; sie reichte bis in die staatlichen kulturelle Einrichtungen.<sup>11</sup> Ende der 70er Jahre entstanden in der UdSSR russisch-patriotische Gruppen, die sich um die Restauration historischer Baudenkmale und Kirchen vor allem im Moskauer Raum kümmerten. Sie vereinten sich auch in literarische Zirkel, auf denen nationalistisch gesinnte Schriftsteller wie S. Ju. Kunajev (\*1932), F. I. Čujev (1941–2000) I. M. Ševčov, V. V. Sorokin (\*1936), D. A. Žukov (\*1927), V. A. Čivilichin (1928–1984) u. a. auftraten. Sie organisierten Veranstaltungen zu historischen Ereignissen (Schlachten auf dem Schnepfenfeld/Kuligovo pole 1380, an der Nawa/Alexander Nevskij 1240, bei Borodino 1812) oder zu Ehren des Sängers Fjodor Šalapin und des Wissenschaftlers Ziolkowski.

Schon 1982 gaben sich diese kulturellen Interessengruppen den Namen »Pamjat« (Gedächtnis)«, nach dem Titel des Romans von Čivilichin. Ihr Leiter wurde 1985 der Fotograf D. D. Vassilev (\*1945). Unter den veränderten Bedingungen des Machtantritts von Gorbačov erhielt die 1986 in *Patriotischen Vereinigung Pamjat' (Erinnerung) POP* (Patriotičeskoe obedinie namjat') umbenannte kulturelle Organisation eine ausgesprochen antisemitische und großrussisch-nationalistische Ausrichtung. Die einflussreichen und untereinander zerstrittenen Pamjat'-Führer gruppierten um sich verschiedene Fraktionen, die um Machteinfluss in dieser extrem nationalistischen und völkischen kämpften, vornehmlich handelte es

sich auch um eine antikommunistischen Sammelbewegung: Valerij Dimitrij Vassiljev, Alexander Barkašov, Viktor Jakušev, Alexander Dugin, Alexander Kulakov, Nikolaj Lyssenko, Konstantin Kasimovskij, Konstantin Smirnov-Ostašvili<sup>12</sup>, Igor Sičev<sup>13</sup> und Valerij Jemeljanov<sup>14</sup>. Deshalb kam es seit 1987 zu organisatorischen Abspaltungen von der Gesamtorganisation (Pamjat' 1, 2 und 3), aus denen wiederum einige neofaschistische Parteien entstanden. Die zwei einflussreichsten Gruppen um D. Vassiljev und I. Sičev veränderten 1990 ihre politische Strategie. Sie orientierte sich nunmehr völlig an die reaktionären Traditionen der *Schwarzhunderte* 1905–1917 und forderte die Wiederrichtung der Macht der Monarchie und der Russischen orthodoxen Kirche. Diese völkisch-monarchistisch-klerikale Bewegung besitzt seit 1990 eine neue Zeitung unter dem Titel »Gott, Zar, Nation« und seit 1991 einen eigenen Sender. Schon auf dem Kongress der *Pravoslavischen (orthodoxen) Volksbewegung* am 6. Juni 1990, auf dem Hitler kritisiert wurde, dass er die »jüdische Frage nicht endgültig gelöst« habe, erklärte Alexander Kulakov, Führer einer »Pamjat-Splittergruppe: »Wir sind die direkten geistigen Nachfolger der »Union des Russischen Volkes«, der »Union des Erzengels Michael und der »Schwarzen Hundertschaft«. Wir ersuchen die Sowjetregierung, die Ausreise von Juden der UdSSR bis zu endgültigen Untersuchung ihrer kollektiven Schuld (am russischen Volk) und bis zur Urteilsverkündung durch ein Volkstribunal einzustellen.«<sup>15</sup>

Die Sammelbewegung »Pamjat«, die während der Präsidentschaft Jelzins (1990–1999) ihre dominante Rolle im rechtsextremen Spektrum verlor, war seit 1990 »Mutterorganisation« für einige neofaschistische Parteien<sup>16</sup>:

- **National-Republikanische Partei Russlands** NRPR/Nacional-Republikanskaja Partija Rossii (11.500 Mitglieder in 36 regionalen Regionen und Gebieten, Vorsitzender: N. Lyssenko, Jugendorganisation seit 1991: *Nationale Pfadfinderlegion*, Zeitungen: *Unsere Zeit*/Naše vremja und *Stimme Russlands*/Golos Rossii mit einer Gesamtauflage von 45.000 Exemplaren, seit 2001 unter Führung von Juri Beljajev umbenannt in *Partei der Freiheit PS* (Partija Svobody).
- **National-Sozialer Bund NSS**/Nacional-socioal'ny Sojuz (9. November 1990, Vorsitzender: V. Jakušev)<sup>17</sup>.
- **Russischer Nationaler Bund RNS**/Russkij nacional'nyj sojuz (1993, Vorsitzender: K. Kasimovskij<sup>18</sup>, Zeitungen: *Der Stürmer*/Šturmovik, *Der Völkische Beobachter*/Narodnyj Nabludatel', *Nation*), dem sich 1998 die *Partei der Nationalen Front PNF*/Partija »National'nyj Front« (Vorsitzender: Il'ja Lazarenko) anschloss, danach umbenannt in *Russische Nationalsozialistische Partei PNSP*/Russkaja nacional-socialističeskaja Partija (1999) und *Bewegung Russische Aktion DRD*/Dvižene Russkoe dejstvie (2000).

- **Russische Nationale Einheit** RNE/Ruskoje Nacional'noe Edinstvo (20.000 Mitglieder, Vorsitzender: A. Barkašov) die sich 2000 in mehrere neofaschistische Gruppen aufspaltete.
- **RNE-1** Gvardija Barkašova, seit 2006 Bewegung (Dviženie) Alexander Barkšovs
- **RNE-2** (Evgenij und Michail Laločkin)
- **Russische Wiedergeburt** RV/Russkoe Vozroždenie (Oleg Kassin, Juri Vasin)
- **Slawischer Bund** SS/Slavjanskij Sojuz (Dimitrij Djomuškin).

Unabhängig von der Sammelbewegung »Pamjat« entstanden Anfang der 90er Jahre noch weitere neofaschistische Parteien mit größerem Einfluss in der Öffentlichkeit:

- **Völkische Nationalpartei** NNP/Narodnaja nacional'naja Partija (1991, Vorsitzende: Alexander Ivanov-Sucharevski und Semjon V. Tokmakov<sup>19</sup>, 12.000 Mitglieder in 30 Regionen und Gebieten, Zeitung *Ich bin ein Russe*, seit 1998 Skinhead- Jugendorganisation *Russisches Ziel* RC/Russkij Cel': S. V. Tokmakov, seit 2001 Andrej Kajl.
- **Nationalbolschewistische Partei** 19NBP/Nacional-boševistkaja Partija (1992, 7.000–15.000 Mitglieder in 51 Gebieten und Regionen Russlands sowie in der Ukraine, Lettland, Belorussland und Kirgisien, Vorsitzender: Eduard V. Limonov<sup>20</sup> (Savenko) und Alexander Dugin<sup>21</sup> bis 1998, nach der Verteilung Limonovs wegen illegalen Waffenbesitz wurde der Führer der Moskauer Filiale Anatoli S. Tišchin Parteivorsitzender, 2005 verboten).
- **Russische Partei** RP/Russkaja Partija (1990, Vorsitzender Viktor Korčagin, seit 1993 V. Miloserdov und Nikolai N. Bondarik<sup>22</sup>, 1993 Militärformation *Russische Garde* RG/Ruskaja Gvardija: Vladimir Miloserdov, Zeitung *Rede/Reč*.<sup>23</sup>
- **Liberaldemokratische Partei Russlands** LDPR/Liberal'no-demokratičeskaja Partija Rossii (1990, 185.000 Mitglieder, Vorsitzender: Vladimir V. Žirinovskij, Fraktionsvorsitzender Igor Lebedev rechtspopulistische parlamentarische Partei mit einem Wählerklientel zwischen 23 Prozent/1993 und 12 Prozent/2011).<sup>25</sup>
- **Nationale Reichspartei Russlands** NDPR (Nacional'naja deržavnaja Partija Rossii).

Die in den 90er Jahren sich ausbreitenden Skinhead-Bewegung (mit mindestens 10.000 Mitgliedern, vor allem in den Städten

Moskau, St. Petersburg, Volgograd, Nižnij Novgorod, Jaroslavl, Kaliningrad, Voronež, Tula, Kasan, Orenburg, Pskov, Irkutsk, Samara, Iževsk, Krasnojarsk, Tjumen, Čeljabinsk) gruppieren um die meisten neofaschistischen Parteien, die sie für ihre politische Zecke finanzieren und nutzen.<sup>26</sup> Betrachten wir im folgenden zunächst die Entstehung, die ideologische-politische und kriminelle Tätigkeit eine der ältesten und einflussreichsten neofaschistischen Organisationen, die erst 2008 verboten wurde, aber im Untergrund noch weiter arbeitet.

### Russische Nationale Einheit RNE

Der Elektroschlosser und Karatekämpfer Alexander Petrovič Barkašov<sup>27</sup>, der Stellvertretende Vorsitzende und Verantwortliche für die militärische Ausbildung der *National-Patriotischen Front »Pamjat«* unter Dimitrij Vasilijev, verließ im August 1990 die völkisch-nationalistische Sammelbewegung und gründete mit 40 Gleichgesinnten am 10. Oktober 1990 die erste straff organisierte neofaschistische Kampfpartei *Russische Nationale Einheit* RNE (Ruskoje Nacional'noe Edinstvo). Sie erhielt erst im Juli 1993 von der Jelzin-Regierung ihre Registrierung. Auf ihrem ersten Parteikongress im Februar 1997, an dem 1.075 Delegierte aus 350 Städten von 57 der 89 Föderationsobjekte teilnahmen, gab sich die neofaschistische Partei den Namen *Allrussische gesellschaftlich-patriotische Bewegung. Russische Nationale Einheit* OOPD RNE (Obščerosijskoe obščestvennoe Dviženie Russkoe Nacional'noe Edinstvo). Sie gehörten in den 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts zur größten neofaschistischen Organisation Russlands (1994 20.000 und 2000: 15.000 Mitglieder). Sie besaß 1998 bereits 1.000 regionale Abteilungen in 64 der 89 Gebiete, Republiken und Region der Russischen Föderation Russlands.<sup>29</sup> Zur Heranziehung jugendlicher für eine militärische Parteiformation gründete die Parteiführung sog. *militärisch-patriotische Klubs*, u. a. in Moskau (*Varjagi/Varäger*) und Stavropol' (*Vitjazi/Ritter*). Barkašov ist Parteivorsitzender, sein Stellvertreter Aleksej Vedenikin bezeichnet sich als »SS-Brigadeführer«. B. kandidierte 1995 erfolglos bei der Duma-Nachwahl für den Wahlkreis Kolomno. Die RNE hatte ihre größten Parteiformationen in Moskau (Oleg Kassin, Juri Vasin, Konstantin Nikitenko, Sergej Rogožin), Stavropol (Andrej Dudinov), Volgograd (Aleksandr Kildišov), Vladimir (Vladimir Malyšev), Perm (Vladimir Noskov), Belgorod (Alexander Tavołžsanskij), Primorskyj Kraj (Alexandr Šestoplav), Chabarovsk (Gennadij Fadejev) Kostroma (Andrej Timofeev), Saratov (Grigori Moškov), Omsk (Aleksej D. Nikolajev), Voronež (Evgenij Laločkin). Darüberhinaus bestehen Filialen der RNE in der Ukraine, Belorussland, Estland und Lettland.<sup>30</sup> A. Barkašov unterzeichnet mit dem Vorsitzenden der *Konföderation der freien Gewerkschaften Russlands* (120.000 Mitglieder in 110 regionalen Organisationen), Alexander Aleksejev, am 24. März 1994 ein Kooperationsabkommen, um den politischen Einfluss zu erweitern.<sup>30</sup> Das ideologische Sprachrohr der Neofaschisten ist die von Vladimir Jakunin herausgegebene Zeitung *Russische*

*Ordnung* (Russkij porjadok). Nachdem dieses Hetzblatt im April 1999 verboten worden war, erreichte die RNE-Filiale in der benachbarten Republik Belorussland 2000 die Neuregistrierung unter dem Redakteur Sergej Polubojarov. Juden, Roma, Ausländer, Angehöriger kaukasischer und türkischer Völker Russlands haben keinen Zutritt zu dieser Partei. Das Parteizeichen ist ein Hakenkreuz in einem achteckigen Stern im weißen Kreis auf rotem Untergrund (Kolowrat). Die Parteimitglieder grüßen sich mit dem rechten erhobenen Arm (Ruhm Russland!) und das Horst-Wessel-Lied ist die Parteihymne. Den Kern der neofaschistischen Partei RNE bilden die fest organisierten Mitglieder, die sog. Kampfgefährten (Soratniki), sie besitzen braungüne Kampfuniformen mit Hakenkreuz am rechten Ärmel. Einen weiteren aktiven Bestandteil dieser Partei bildeten die sog. Mitstreiter, die den Status eines Kandidaten der Partei besitzen. Darüberhinaus verfügt die Partei über lose Verbindungen zu Menschen, die mit der Organisation sympathisieren (Anhänger). Sie »bilden den potentiellen Teil der Bewegung und deren zahlenmäßig größten Anteil. Anhänger können nicht in der Lage sein, alle Aufträge systematisch auszuführen. Dennoch ist diese Kategorie der Teilnehmer die zahlreichste und soll regelmäßig zur Teilnahme an gemeinsamen Veranstaltungen herangezogen werden. Dazu sollen sie tägliche Propaganda und Agitation für die Ideen der Bewegung treiben. Und potentielle Wähler um sich scharen.«<sup>32</sup> Parteiführer Barkašov sieht das Ziel seiner Partei in der Wiedergeburt der russischen Nation als Rückgrat eines neuen russischen Imperiums.« In seinem Kampf um dieses Ziel macht er seinen Hauptgegner aus: »Der Weltzionismus strebt durch seine Marionette – die USA und die anderen westlichen Länder – danach, Russland als einheitliche Kraft, die der weltweiten jüdischen Hegemonie im Wege steht, in Stück zu reißen und zu vernichten und zu einem rohstoffliefernden Anhängsel des Westens zu machen. Die Kampfausbildung und psychologische Konditionierung der Mitglieder der Organisation ist ganz auf die Tätigkeit unter den extremen Bedingungen von Anarchie und Massenunruhen eingerichtet. Wir werden – außer der Armee natürlich – die einzige Kraft sein, die in der Lage ist, auf diesem Territorium die Ordnung aufrechtzuerhalten.«<sup>33</sup> Barkšov legte in seiner Schrift *Das ABC des Russischen Nationalisten*<sup>34</sup> das Parteiprogramm umfassend dar. Als Ziel seiner Bewegung erklärt, alles daran zu setzen, dass das russische Volk seiner Pflicht nachkommt einen mächtigen Russländischen Staat zu schaffen, der ein »Garant für Gerechtigkeit in der Welt ist.«<sup>35</sup> Die Vernichtung des russischen Volkes von 1917–1937, so behauptet der Neofaschist, dass sei nicht das Ergebnis der Kommunistischen Partei gewesen, wie man heute verbreite, sondern der obersten staatlichen Organe, die aus »Personen jüdischer Nationalität bestanden« hätten. Das wäre kein innenpolitischer Kampf, sondern ein »national-rassistischer Kampf« zwischen Juden und Russen gewesen.<sup>36</sup> In der Perestroika hätten diese »jüdischen Kräfte« unter der Tarnung einer »demokratischen Bewegung« erneut antirussische und antipatriotische Stimmung geschürt und ihre Politik auf die westlichen Zentren, vor allem der USA zum Scha-

den des russischen Volkes ausgerichtet.<sup>37</sup> Da heute wieder das russische Volk am Rande seiner Rand Existenz als nationaler Gemeinschaft stünde, sei es notwendig »einen Mechanismus national kollektiven Denkens einzuschalten, der die autoritäre Regierung eines Führers als einzige Möglichkeit des Überlebens voraussetzt.«<sup>38</sup>

Im parlamentarischen System spielt die RNE keine Rolle. Das Moskauer Antifaschistische Zentrum hat die propagandistischen und terroristischen Aktionen der neofaschistischen Partei gegen Ausländer, jüdische Gemeinschaften und Angehörige der nichtrussischen Völker dokumentiert. Die Barkašov-Schläger konnten zwar in einigen Fällen für ihre Mordtaten bestraft werden, aber ihre Anführer wurden zu meist nicht belangt. Nach zeitweiligem Verboten gründeten sich die regionalen Organisationen erneut (Moskau, Orlov, Vladivostok, Krymsk, Krasnodar, Volgograd) und in benachbarten Republiken Belorussland und Lettland. In einigen Orten benutzte die Staatsmacht die Schlägerbanden der RNE als »Ordnungshüter« (Kostroma, Saltykovka, Chabarovsk). Diese verübten unter dieser Tarnung Banküberfälle und Repressionen gegenüber der Bevölkerung.

Es gibt Belege dafür, dass die neofaschistische Partei vom russischen Geheimdienst infiltriert ist und für bestimmte Ziele instrumentalisiert wurde. Offenbar waren Führer der RNE schon 1993 als Provokateure für das Jelzin-Regime aktiv. Als die Abgeordneten des ersten freigewählten russischen Parlaments sich dem Dekret vom 21. September 1993 zur Auflösung des Volksdeputierten-Kongresses verweigerten, ließ Präsident Jelzin am 3./4. Oktober 1993 das Weiße Haus beschießen und erstürmen. An diesen Tagen tauchte auch Barkašov mit einer Gruppe von 15 Bewaffneten als »Retter der Demokratie« auf, zwei seiner Mitkämpfer (A. M. Surskij und D. V. Marčenko) gehören zu über 900 Toten dieser militärischen Auseinandersetzungen zwischen Präsident Jelzin und dem Volksdeputiertenkongress Russlands. Zweifelsohne waren die Aktionen der Neofaschisten eine vom Geheimdienst organisierte Provokation. Für den »Demokraten« Jelzin war das ein Anlass, die Verteidiger des demokratisch gewählten Parlaments generell als Faschisten zu denunzieren und den undemokratischen Gewaltakt zu rechtfertigen.<sup>39</sup>

In den 90er Jahren konnten die Neofaschisten der *Russischen Nationalen Einheit* ungehindert agieren, ihre menschenfeindliche Ideologie verbreiten und Gewalttätigkeiten gegenüber Ausländern und den nichtrussischen nationalen Minderheiten meist straflos organisieren. Der erste erfolgreiche Prozess gegen diese kriminelle Terrororganisation erfolgte erst im Jahre 2002 auf der Grundlage der Veränderungen der föderalen Gesetzgebung Russlands, die einen effektiven Kampf gegen rechtsextreme Organisationen nun auch juristisch möglich macht. Das Gebietsgericht von Omsk entschied am 10. Oktober 2002 im Ergebnis eines Musterprozesses über das Verbot der *Omsker regionalen Abteilung der Russischen Nationalen Einheit RNE*. Detailliert wurde nachgewiesen, dass diese neo-

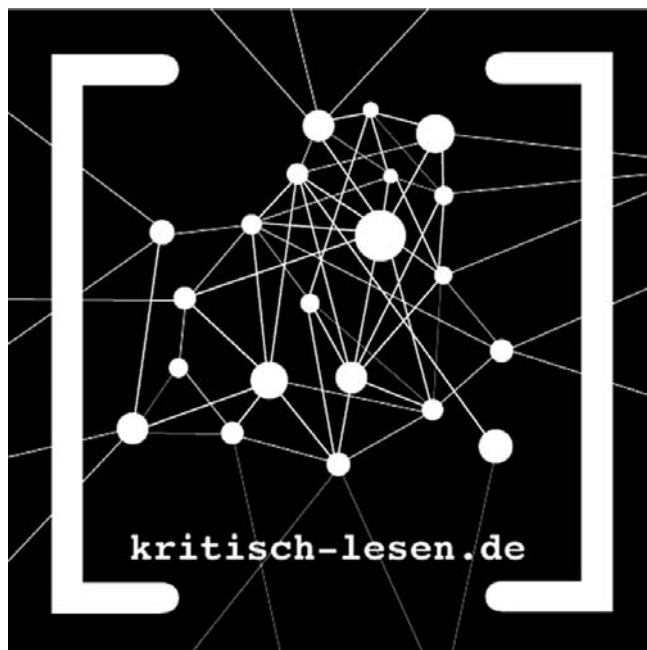
faschistische Organisation unter Leitung Alexander D. Nikolajev gegen die gültige Verfassung und Rechtsordnung Russlands verstieß sowohl durch ihr Programm, ihre faschistische Symbolik und Rhetorik, ihr öffentlichen Auftreten im Hetzblatt *Russische Ordnung* als auch durch ihre rassistische, antisemitische Propaganda und terroristisch-kriminellen Aktionen gegen Andersdenkende, Andersaussehende, Anderslebende.<sup>40</sup>

## Karl-Heinz Gräfe

- 1 Zur Entwicklung in Polen und Ungarn siehe Karl-Heinz Gräfe: Die extreme und populistische Rechte Polens an der Macht, in: Rundbrief, H. 1–2, Berlin 2007, S. 41–46; ders.: Populistische und neofaschistische Rechte Ungarns im Vormarsch, in: Halbjahresschrift für südosteuropäische Geschichte, Literatur und Politik, Dinklage 2011, Heft 1 und 2, S. 176–191; ders.: Die Wiedergeburt rechtsextremer Ideologien, Bewegungen und Parteien in Osteuropa, in: Arbeiterbewegung und Rechtsextremismus. 42. Linzer Konferenz 2006 – ITH-Tagungsbericht. Herausgegeben von Jürgen Hofmann und Michael Schneider, Wien 2007, S. 251–268
- 2 Svetlana Dobrynina: Fašistskij večer, in: Novye Izvestija, 11. Oktober 2001.
- 3 Siehe Karl-Heinz Gräfe: Vom Donnerkreuz zum Hakenkreuz. Die baltischen Staaten zwischen Diktatur und Okkupation, Edition Organ, Berlin 2010; ders.: Rechtsextremismus und Nationalismus in den baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen. Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne, Dresden/Brüssel 2011.
- 4 Vgl. <http://www.politruarticle/2009/04/28/winter09>, Statistika rasistskich napadenij za 2004 – 20. April 2009 gg. (razbivkoj po gorodjam). Für die Zeit von 1990 bis 2003 liegen keine gesicherten, alle Gebiete der Russischen Föderation umfassende Statistiken zu den Gewaltverbrechen der extrem nationalistischen und neofaschistischen Gewalt vor.
- 5 Die von dem Juristen und Turkologen Wladimir Žirinovskij 1990 gegründete Liberaldemokratische Partei Russlands wurde und wird noch immer von Politikern, aber auch Politologen, als die einflussreiche faschistische Partei Russland eingestuft. Zu dieser Sicht auf das Žirinovskij-Phänomen siehe Wolfgang Eichweide (Hrsg.): Der Shirinovskij-Effekt. Wohin treibt Russland, Hamburg 1994; Viktor Timtschenko: Ich erwecke Russland mit Blut – Wladimir Wolfovitsch Shirinovskij, Berlin 1994; Wladimir Schirinovskij: Der hässlich Russe und das postkommunistische Osteuropa, Köln/Weimar/Wien 1995; Peter Conradi: Schirinowski und der neue russische Nationalismus, Düsseldorf 1995; Wolg Oshlies: »Panlawe« Žirinovski. Osteuropa und der russische Extremistenführer, in: Berichte des Bundesinstitutes für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Heft 51 und 53, Köln 1994; Eberhard Schneider: Schirinovskij und seine Partei, in: ebenda Heft 35, Köln 1994.
- 6 Vgl. Sojuz russkogo naroda. Po materialam Česv. sledstvennoj Komissi Vremenogo Pravitel'stva 1917, Moskva/Leningrad 1929; S. A. Stepanov: Čornaja sotna v Rossii (1905–1914), Moskva 1992; Pravye v 1915–1917, in: Minuvšee, t. 14, Moskva 1993.
- 7 Siehe V. A. Ioncev/N. M. Lebedev /M. V. Nazarov/A. V. Okorokov: Ėmigracija i repatriacija v Rossii, Moskva 2001, S. 43. Nach den Unterlagen des SFB Russlands verließen bis Anfang der 20er Jahre 2 Mio. Menschen Sowjetrussland, darunter 200.000 Militärs, die Hälfte davon Angehörige der Vrangels-Armee. Vgl. Russkaja voennaja ėmigracija 20–40-x gg. Dokumenty i materialy, tom 3, Moskva 2002, S. 196; O. K. Antropov: Rossijskaja ėmigracija v poiskach političeskogo ob'edinenija (1921–1939), Moskva 2008, S. 24–27.
- 8 Siehe M. V. Nazarov: Missija russoj ėmigracii, Stavropol 1992, S. 32. Sergej Soldatov: O vostonovlenii celostnosti rossijskoj kul'tury, in: Literaturnaja Rossija, Nr. 11 (1415), S. 18; S. Džon: Russkij fašizm. Tragedija i fars v ėmigracii. 1925–1945. Moskva 1992, S. 58; Karl Schlögel: Der große Exodus. Die russische Emigration und ihre Zentren, München 1994; Političeskaja istorija russoj ėmigracii 1920–1940. Dokumenty i materialy. Pod red. A. F. Kiseleva, Moskva 1999; O. K. Antropov: Rossijskaja, S. 25–27 und S. 279–283.
- 9 Fašizm i russkaja ėmigracija (1920–1945gg.), Moskva 2002, S. 27.
- 10 Siehe Louis Dupeux: Nationalbolschewismus in Deutschland 1919–1993, München 1985; Uwe Sauermann (Hrsg.): Ernst Niekisch: Widerstand. Ausgewählte Aufsätze, Krefeld 1982; Sergej M. Sergejev (Hrsg.): Nikolaj Ustrjalov. Nacionalbol'sevizm, Moskva 2003.
- 11 Schon Lenin verwies in der Auseinandersetzung mit Stalin 1922 auf den mit dem Sozialismus nicht zu vereinbarenden großrussischen Nationalismus, der sich schließlich im Stalinismus seit den 1930er Jahren ausbreitete. Zur Ge-

- nesis der ideologischen und organisatorischen Bewegung des patriotischen wie extremen russischen Nationalismus auch nach Stalins Tod 1953 siehe die grundlegenden Forschungen von J. B. Dunlop: The Faces of Contemporary Russian Nationalism. Survey, Summer 1979, ders.: New Russian Nationalism, Princeton 1983; Walter Laqueur: Der Schoss ist fruchtbar noch. Der militante Nationalismus der russischen Rechten, München 1993; A. Yanov: The Russian New Right, Berkley 1978; ders.: The Russian Challenge and the Year 2000, Oxford 1986; M. Voslenskij: Nomenklatura, Moskva 1991; Nikolaj Mitrochin: Russkaja Partija. Dviženie russkich nacionalstov 1953–1985, Moskva 2003.
- 12 Konstantin Smirnov-Ostašvili, Vorarbeiter in einem Moskauer Betrieb, verließ schon Ende 1989 Pamjat' und gründete mit seinen Anhängern die »Union der Proportionalität Pamjat'«. Diese neofaschistische Partei fordert, dass in jedem Beruf der Anteil der Juden nur 0,69 Prozent betragen dürfe und propagierte deren generelle Abschiebung aus der UdSSR. Am 18. Januar 1990 drang eine militärische Formation seiner Gruppe in das Zentrale Haus der sowjetischen Schriftsteller in Moskau ein und bedrohte die liberalen Schriftstellerverein *April*. Trotz einer Strafanzeige kam er erst im Juli 1990 vor Gericht und wurde am 12. Oktober 1990 zu zwei Jahren Haft in einem Straflager verurteilt. Siehe Walter Laqueur: Der Schoss, S. 195 f., 226 und 268 ff.
  - 13 Der Künstler Igor Sičev gehörte seit 1987 zu den größten Gegnern des »Pamjat'-Vorsitzenden D. Vassilev. Er profilierte sich vor allem bei der Vorbereitung von historischen Gedenkfeiern zum Jahrestag auf dem Schnepfenfeld (Kulikovo pole) unter Dimitrij Donskoj, die zum der entscheidende Wendepunkt für die Befreiung vom Tatarenjoch verklärt wurde. Er organisierte zu Ehren des Heiligen Sergej von Radonež (1314–1392) sowie zu den legendären Nationalhelden des 17. Jh., Kužma Minin und Dimirij Požarski, öffentliche Veranstaltungen. Sičev gründete 1987 in Moskau Gruppe »Pamjat'-2
  - 14 Valerij Jemeljanov (1929–1999) schloss 1952 an der Orient-Abteilung der Historischen Fakultät der Moskauer Staatsuniversität sein Studium ab und war danach Lehrer am Moskauer Fremdspracheninstitut »M. Thorez«. Das Parteimitglied gehörte zu der Gruppe von Wissenschaftlern und Ideologen, die sich mit der Kritik des Zionismus befassten. Er lehrte und publizierte zu diesem Thema (u. a. »Zionismus im Dienste des Antikommunismus« in der Reihe »Gegenwärtiger Antikommunismus«, die die *Allunionsgesellschaft Znanie (Wissen)* herausgab. Eines seiner Bücher, »Dezionisacija«, erschien allerdings 1979 im Samizdat in Paris. Er verteilte diese antisemitische Schrift allen Mitgliedern des Politbüros. Auf dessen Politbüro-Sitzung am 26. März 1980 weigerte er sich die Namen derer anzugeben, die ihm bei der Drucklegung bei SAMIZDAT im Ausland halfen. Jemeljanov wurde daraufhin aus der Partei ausgeschlossen und am 10. April 1980 verhaftet. Im Dezember 1980 verurteilte ihn Moskauer Gericht wegen der Ermordung seiner Ehefrau zu sechs Jahren Haft, die er in der Lenin-graders Spezialklinik für Psychiatrie absaß. Kurz nach seiner Entlassung trat er 1987 der »Patriotischen Vereinigung Pamjat' bei, gründete aber 1991 mit einigen Dutzend »Pamjat'-Anhängern einen rechtsextremen Wehrsportclub. Siehe Nikolaj Mitrochin: Russkaja Partija, S. 198, 289, 406, 412 ff., 423 ff., 529, 555
  - 15 Moskovskie novosti Nr. 24 vom 17. Juni 1990
  - 16 Zu den Anfängen des extrem nationalistischen und völkischen Faschismus in Russland siehe vor allem: Valerij D. Solovej/I. A. E. Jerunov: Russkoe delo segodnja. Kniga I: »Pamjat', Moskva 1991; Vladimir Pribylovskij: Nacional-patriotičeskije ob'edinie. Cast' I »Pamjat'«, Moskva 1991; ders.: Russkije nacionalističkie i pravoradikal'nye organizacii 1989–1995. Dokumenty i teksty, 2 Bd., Moskva 1995; ders.: Voždi. Sbornik biografii rossijskich dejatelej nacionalističeskoj i impersko-patriotičeskoj orientacii, Moskva 1995; Aleksandr Verchovskij/Vladimir Pribylovskij: Nacional-patriotičeskije organizacii v Rossii. Istoriija, ideologija, ekstremistskie tendencii, Moskva 1996; dies.: Nacional-patriotičeskije organizacii. Kratkie spravki. Dokumenty i teksty, Moskva 1997; A. Verchovskij/V. Pribylovskij/E. Michailovskaja: Političeskaja Ksenofobija. Radikal'nye gruppy. Predstavljenija liderov. Rol' cerkv'u, Moskva 1999; Vjačeslav Lichačov: Nacizm v Rossii, Moskva 2002; Gerd Koenen/Karla Hielscher: Die schwarze Front: Der neue Antisemitismus in der Sowjetunion, Reinbek bei Hamburg 1991; Vjačeslav Lichačov: Nacizm v Rossii, Moskva 2002.
  - 17 Zum Programm siehe Galina Luchterhandt: Die politischen Parteien im neuen Russland. Dokumente und Kommentare, Bremen 1993, S. 235 ff
  - 18 Konstantin Rodionovič Kasimovskij wurde in einer Moskauer Intellektuellenfamilie 1974 geboren und trat 1989 der Nationalpatriotischen Front »Pamjat' bei. Gemeinsam mit Alexej Vdovin verließ er 1993 die Sammelbewegung und gründete mit ihm 1993 den Russischen nationalen Bund. Er übernahm die Chefredaktion des »Stürmer« (1994) und der »Nation« (1995, 1999) und war im Apparat der rechtspopulistischen LDPR und Berater der Parlamentszeitung der Staatsduma. Der schon mehrfach wegen rassistischer Tätigkeit angezeigte Parteichef wurde im Oktober 1999 zu zwei Jahren Haft mit Bewährung verurteilt und das Stürmer-Hetzblatt verboten. Daraufhin benannte er 2000 seine Neonazi-Organisation in *Bewegung Russische Aktion* um und gab eine neue Zeitung (»Russischer Widerstand«) heraus. Siehe Vjačeslav Lichačov: Nacizm v Rossii, S. 150 ff.

- 19 Semjon Valer'evič Tokmakov (\* 1975) organisierte nach dem Studium an der Moskauer Forst-Universität 1998 die Skinhead-Gruppe »Russisches Ziel«. Nach seiner Haft wegen Gewaltverbrechen und gleichzeitiger Amnestie 1999 wechselte er mit seiner jugendlichen Neonazi-Gruppe zur *Völkischen Nationalpartei*. 2001 stieg er zum Parteizeuge auf. Siehe Vajčeslav Lichačov: *Nacizm v Rossii*, S. 1333.
- 20 Die neofaschistische Partei orientiert sich sowohl am Faschismus als auch an sozialen Seiten des Bolschewismus und des stalinistischen Terrors. Programmziele 1994: »Nach dem Machtantritt baut die NBP einen totalen Staat auf, die Menschenrechte stehen dann hinter den Rechten der Nation zurück. Innerhalb des Landes wird eine eiserne russische Ordnung aus Disziplin, Kämpfertum und Fleiß errichtet.« 2004 wurde ein weiteres strategisches Orientierung verkündet: »Zweifelloos schleppt die NBP noch die »linke« russische Bewegung mit sich, jedenfalls solange dies vor dem Hintergrund sozialer Unzufriedenheit zweckmäßig ist. Allerdings besteht unsere Hauptzielsetzung in der kompletten Auswechslung der politischen Klasse, was wesentlich wichtiger ist als alle »linken« Komponenten im Nationalbolschewismus. Die NBP schleppt auch die »rechte« Bewegung mit sich.« (Zitiert nach Ute Weimann: Unter dem Deckmantel der Avantgarde. Die russische Nationalbolschewistische Partei auf dem Weg zur Macht. In: Sozialistische Positionen. Loccumer Initiative kritischer WissenschaftlerInnen. Beiträge zur Politik, Kultur und Gesellschaft, <http://www.spos.org/aufsatz/42d0e34d14e10/1.phtml>)
- 21 Der 1943 geborene Eduard Veniaminovič Savenko (Pseudonym Limonov) arbeitete nach Abschluss der 8-Klassenschule als Hilfsarbeiter, seit 1968 als Journalist und Schriftsteller. 1973 erhielt er eine Ausreisegenehmigung aus der UdSSR und lebte in Österreich, Italien und in den USA, wo er in trotzkistischen wie faschistischen Kreisen verkehrte. Sein erster Buch »Das bin ich – Edička« (1976) wurde in 15 Sprachen verlegt. Er wurde 1987 französischer Staatsbürger. Seit 1989 konnte er seine zahlreichen Romane und Novellen auch in der UdSSR publizieren. Er schrieb seit 1990 für die Zeitungen »Sovetskaja Rossija« und »Dn«. Limonov war zunächst der Liberaldemokratischen Partei verbunden und organisierte das Treffen Žirinovskis mit der rechtsextremen Partei Le Pens. 1992 gründete er gemeinsam mit Alexander Dugin die *Nationalbolschewistische Partei*.
- 22 Alexander Gel'evič Dugin (\* 1862) arbeitete nach einem abgebrochenen Studium am Moskauer Luftfahrtinstitut als privater Sprachlehrer. 1989 wurde er Mitglied der zentralen Leitung der Patriotischen Front »Pamjat« und gründete die Historisch-religiöse Vereinigung »Arktogeja«, die von der Neuen Rechten wieder entdeckter Autoren herausgibt wie Julius Evola, René Guénon. Nach seinem Austritt aus der NBP gründete er 2001 die Bewegung *Eurasien* (Eurazija). Seit 1998 leitet er das Zentrum für geopolitische Expertisen und des Experten und Konsultativrates bei Vorsitzenden der Staatsduma. 2001 gründete er die *Allrussische politisch-gesellschaftlich Bewegung Eurasien/Evrazija*.
- 23 Der 1965 in Leningrad geborene Nikolaj Nikolajevič Bondarik arbeitet nach dem Studium am Polytechnischen Institut als Korrespondent der Zeitung »Wiedergeburt« und trat 1991 dem heidnisch-nazistischen *Bund der Veden Russlands* bei. 1993 gründete er die *Russische Garde RG*, eine militärischen Organisation der *Russischen Partei* und wurde zugleich Vorsitzender der St. Petersburger Parteifiliale. Wegen Gewaltverbrechen mit Todesfolgen wurde der Skinhead-Führer im Dezember 1993 verhaftet und zu fünf Jahren Haft verurteilt. In den Duma-Wahlen 1999 erhielt er als Direktmandat des Wahlkreises 206 nur 2,5 Prozent der Stimmen. Siehe Vajčeslav Lichačov: *Nacizm v Rossii*, S. 153.
- 24 Im Februar 1992 bildete diese neofaschistische Partei ein Schattenkabinett, das die Jelzin-Regierung ersetzen sollte. Vorgesehen war u. a. ein »Ministerium zum Schutze des Genbestandes«. Dessen Aufgabe sollte u. a. darin bestehen, zu verhindern, dass es im »Interesse der Reinheit der russischen Nation« zu keinerlei Eheschließungen zwischen Russen und anderen Völkern des Landes kommt. Der damalige Stellvertreter der *Russischen Partei* und Führer der St. Petersburger Filiale, Vladimir Cykarev, erklärte am 15. März 1992, dass keine Juden in die Partei aufgenommen werden. Siehe Ju. M. Leman: Na patriotičeskom fronte Sankt Peterburga, in: *Antifašistskij žurnal*, Nr. 1, St. Petersburg 1992.
- 25 Vladimir Vol'fovič Žirinovskij wurde 1946 in Alma Ata geboren. Sein Vater, Wolf Isaakovič Ejdelščtejn, arbeitete als Jurist in der Verwaltung der Turkestanisch-sibirischen Eisenbahn. Als er mit 18 Jahren zum Studium nach Moskau kam, nahm er erst den Familiennamen des ersten Mannes seiner Mutter an, des im August 1944 verstorbenen Oberst der Roten Armee Andrej Vassijevič Žirinovskij. Nach seinem Turkologie-Studium am Asien-und-Afrika-Institut der Moskauer Staatlichen Lomonossow-Universität (1964–1970) absolvierte der parteilose Ž. ein Jura-Fernstudium. Ab 1972 arbeitete er im Sektor Westeuropa der internationalen Abteilung des Sowjetischen Komitees für die Verteidigung des Friedens, an der Wirtschaftsfakultät der Gewerkschaftshochschule und Kollegiums des Justizministeriums der UdSSR.
- 26 Diese rechtspopulistische Partei, die zwischen 23 Prozent (1993) und 8 Prozent (2011) der Wähler erreichte, spielte angesichts des Untergangs der sowjetischen Großmacht und der mit der sozialen und nationalen Folgen des Übergangs zum Kapitalismus in Russland – so der der Russlandexperte Alexander Rahr – »die Rolle eines Blitzableiters. Sie tritt zwar bei den Wahlen mit nationalistischen Parolen an, steht aber in entscheidenden politischen Fragen auf der Seite des Kremls. Putin, der im Westen als Antidemokrat verschrien ist, trägt in Wirklichkeit das ein großes Verdienst daran, dass es bislang gelungen ist, Nationalisten von der Macht abzuhalten.« (Alexander Rahr: *Der kalte Freund. Warum wir Russland brauchen: Die Insider-Analyse*, München 2011, S. 262).
- 27 Zum Aufbau und den Gewaltaktionen dieser Szene vor allem innerhalb der neofaschistischen Organisationen *Russische Partei*, *Nationalbolschewistische Partei*, *Russische Partei* und *Völkische Nationalpartei* siehe Vajčeslav Lichačov: *Nacizm v Rossii*, S. 109–155.
- 28 Der 1953 in einer Moskauer Arbeiterfamilie geborene Aleksandr Petrovič Barkašov erlernte nach Abschluss der Mittelschule den Beruf des Elektroschlossers, diente 1972–1974 in den sowjetischen Streitkräften und leitete danach in seinem Betrieb eine Karate-Gruppe. 1985 wurde er Leibwächter des Vorsitzenden der *Patriotischen Vereinigungen »Pamjat«*, Dimitrij Vassiljev, und gehörte 1986–1988 zur obersten Führung (Rat) dieser Organisation. Nach deren Umbau in die »*Nationalpatriotische Front Pamjat*« stieg er zum stellvertretenden Parteiführer und Stabschef auf.
- 29 Siehe *Nezavisimaja gazeta* vom 17. März 1998, Moskau 1998.
- 30 Siehe Vajčeslav Lichačov: *Nacizm v Rossii*, S. 10 f., *Izvestija* vom 24. September 1994, Moskau 1994.
- 31 Siehe Kto est' kto: *Političeskaja Moskva* 1994, Bd. 2: *Profsojuznye Ob-edinija i centry*, Moskau 1994, S. 42 ff.
- 32 Zitiert in deutscher Sprache nach: Empfehlungen zur Bildung einer regionalen Organisation der Russischen Nationalen Bewegung (Flugschrift), in: Galina Luchterhandt: *Die politischen Parteien Russlands. Dokumente und Kommentare*, Bremen 1993, S. 230–233, hier S. 231.
- 33 Zitiert nach ebenda, S. 234, Dok. 13. Februar
- 34 Siehe A. P. Barkašov: *Azbuka Russkogo Nacionalista*, Moskau 1994–
- 35 Ebenda, S. 27.
- 36 Ebenda, S. 28 f.
- 37 Ebenda S. 32.
- 38 Ebenda, S. 39.
- 39 Zur Rolle des russischen Geheimdienstes in den neofaschistischen und extrem rechten Organisationen siehe Vajčeslav Lichačov: *Nacizm v Rossii*, S. 40–50, S. 58–62.
- 40 Sudebnoe rešenje o likvidacii Omskogog Otelenija RNE/Okt..., in <http://www.sova-center.ru/racismxenophobia/doc/2002/10d890/>





Am 22. Februar 1933 ordnet der preußische Innenminister Göring die Bildung einer »Hilfspolizei« aus SA, SS und »Stahlhelm« an.



Anfang April 1933 führt die von Hermann Göring aufgestellte Polizeiabteilung z. b. V. (»zur besonderen Verwendung«) eine Großrazzia im Berliner Scheunenviertel durch. Das Bild, das aus einer nationalsozialistischen Propagandapublikation von 1938 stammt, zeigt in einem Hof zusammen getriebene jüdische Männer, die einer Ausweiskontrolle sowie Visitation unterzogen werden sollen.



# Rassismus und Antiziganismus in Bulgarien

## Bundesregierung sieht keinen Rassismus, nur Vorurteile

Der 25-jährige Australier Jock Palfreeman sitzt seit 2007 in Bulgarien im Gefängnis. Er wurde wegen versuchten Mordes und wegen Mordes zu 20 Jahren Haft verurteilt, nachdem er sich im Dezember 2007 in Sofia in einen rassistisch motivierten Übergriff von 16 Männern auf zwei jugendliche Roma mutig eingemischt hatte. Nachdem er den von Rassisten angegriffenen Roma zur Hilfe geeilt war, konnten diese zwar flüchten, Jock Palfreeman wurde nun aber seinerseits von den Rassisten angegriffen. Im Laufe der Auseinandersetzung wurde einer der Angreifer verletzt, ein anderer durch einen Messerstich getötet. Trotz diverser Zeugenaussagen vor Gericht, dass Jock Palfreeman in Notwehr gehandelt hat, um sich vor den Fußtritten, Schlägen, und Steinattacken der Vielzahl an Angreifern zu schützen, wurde er ohne Strafmilderung im Sinne der Anklage verurteilt. Zweifel an der Rechtsstaatlichkeit des Urteils sind nicht zuletzt deshalb aufgekommen, weil der Vater des getöteten Rassisten eine sehr einflussreiche Persönlichkeit in Bulgarien ist, sondern auch deshalb, weil rassistische Übergriffe, vor allem auf Roma, in Bulgarien keine Seltenheit sind und scheinbar eher als Kavaliersdelikte seitens der Strafverfolgungsbehörden behandelt werden.

Nach Auffassung der Bundesregierung ist »der pauschalisierende Vorwurf einer weiten Verbreitung von Rassismus in der bulgarischen Gesellschaft und bei bulgarischen Behörden unzutreffend.« Dies ergab die Antwort auf meine Kleine Anfrage »Erkenntnisse der Bundesregierung über rassistische und antiziganistische Gruppen in Bulgarien und deren Kontakte zur neonazistischen Szene in Deutschland« (Bundestagsdrucksache 17/10633). Auf die Frage, ob denn »auch der weitverbreitete Rassismus und Antiziganismus nicht nur in der bulgarischen Gesellschaft allgemein, sondern auch bei staatlichen Behörden wie der Polizei im Besonderen« eine Hauptursache für pogromartige Überfälle und Gewalt vor allem auf Roma, aber auch verstärkt auf Muslime ist und nicht ausreichend Versuche unternommen werden, diese zu verhindern, antwortete die Bundesregierung: »Der pauschalisierende Vorwurf einer weiten Verbreitung von Rassismus und Antiziganismus bei bulgarischen Behörden oder bei der Polizei [sei] nicht zutreffend«. Dabei kritisierte auch Amnesty International in ihrem jüngsten Jahresbericht zu Bulgarien die weitgehende Untätigkeit der zuständigen bulgarischen Behörden (<https://www.amnesty.de/jahresbericht/2012/bulgarien>). Diese Realität versucht die Bundesregierung jedoch auf absurde Weise umzuinterpretieren. So sollen die Auseinandersetzungen

im September 2011 in Katounitsa bei Plowdiw/Südbulgarien gerade deshalb, weil es kein Problem mit dem Rassismus in Bulgarien geben soll »auch bereits nach wenigen Tagen [beendet worden sein] und sind seitdem nicht wieder aufgeflammt«. Welch ein Euphemismus! Da wird als Erfolg gewertet, dass die pogromartigen Übergriffe »nur« ein paar Tage andauerten. Doch die Tatsache, dass sie überhaupt stattfanden und nicht sofort von den verantwortlichen Behörden unterbunden wurden, ist der eigentliche Skandal. Dies versucht die Bundesregierung schönzureden.

Die bulgarischen Behörden sind im besten Fall unfähig, im schlimmsten Fall gezielt untätig. Orhan Tahir, selbst Roma und ein in Sofia lebender Jurist, beschrieb das (Nicht)Agieren der staatlichen Behörden so: »Das ganze Land hat in den Nachrichten gesehen, wie die Polizei tatenlos herumsteht, während Roma-Dörfer niedergebrannt werden. Die Nazis haben freie Bahn. Wir sind praktisch vogelfrei.«<sup>1</sup> Doch die Bundesregierung kann keinen weitverbreiteten Rassismus und Antiziganismus erkennen und spricht lieber von weitverbreiteten Vorbehalten gegen Roma.

### Rassismus als Folge sozialökonomischer Konflikte

Bemerkenswert ist, dass die Bundesregierung, die pogromartigen Angriffe auf Roma in Katounitsa in 2011 »zunächst mehr mit sozialen Spannungen als mit rassistisch motivierten Angriffen« in Zusammenhang bringt, der erst später »zu ethnisch gefärbten Auseinandersetzungen« mutiert sei. Bemerkenswert deshalb, weil sie sonst in Deutschland soziale Konflikte üblicherweise ethnisiert bzw. kulturalisiert. Während also die soziale Frage in Deutschland beständig durch »Ethnisierung« bzw. »Kulturalisierung« rassistisch verschleiert wird, versucht die Bundesregierung bei ihren europäischen strategischen Partnern im umgekehrten Sinne den gesellschaftlich verankerten Rassismus mit »sozialen Spannungen« zu verharmlosen. So kann der kausale Zusammenhang zwischen sozialen Konflikten und Rassismus verleugnet werden. Mal auf die eine und mal auf die andere Weise. Denn auch wenn Rassismus soziale Ungleichheit (re)produziert, dient er zugleich als Legitimationsmechanismus für diese soziale Ungleichheit. Das galt in gewissem Maße auch für das sozialistische Bulgarien. So problematisch und rassistisch das Agieren von Politik, Justiz und Verwaltung gegenüber Roma sowie Bul-

garinnen und Bulgaren mit Migrationshintergrund (türkische Minderheit) zu sozialistischen Zeiten gewesen ist – etwa die Aus- und Umsiedlung von bulgarischen Törinnen und Törken 1950/1951 oder die »Bulgarisierung« türkischer Namen – die auf die Bekämpfung von allzu großen Ungleichheiten ausgerichteten Wirtschafts- und Sozialpolitik wirkte sich sozioökonomisch positiv auch auf die Lebenssituation der türkischen Minderheit und der Roma aus. Dem hohen Analphabetismus bei Roma wurde durch den Bau von Schulen begegnet. Die Alphabetisierungsrate stieg entsprechend »seit dem Ende der 1940er Jahre von weniger als fünf auf über 90 Prozent Ende der 1980er Jahre. In den 1960er Jahren war aber für Roma-Schulen ein besonderes Curriculum eingeführt worden, das auf Grundkenntnisse in Lesen und Schreiben ausgerichtet war und ansonsten die Entwicklung von beruflichen Fähigkeiten in den Vordergrund stellte: Roma sollten ins sozialistische Proletariat integriert werden. In der Industrie ebenso wie in der kollektivierten Landwirtschaft gab es einen hohen Bedarf an Arbeitern, und eine Arbeitsplatzgarantie bestand unabhängig von der Qualifizierung – bei oft relativ hohen Löhnen in der Schwerindustrie oder im Bergbau.«<sup>2</sup>

Die Sozialpolitik stand dabei im Konflikt mit der wirtschaftlichen Effektivität, der zugunsten der Sozialpolitik entschieden wurde. Heute funktioniert die bulgarische Gesellschaft gemäß den Profitmechanismen des Kapitalismus. Nicht allein die Sozialpolitik – im Weiteren wie im engeren Sinne – muss sich nun »rechnen«, sondern auch der Mensch. Die Einteilung nach ökonomischer »Nützlichkeit« soll eine Politik der effizienten und reibungslosen Verwertung »nützlicher« Menschen und die Ausgrenzung der »anderen« legitimieren. Was zählt, ist – ganz im Sinne kapitalistischer Logik – Leistung und das Prinzip der Verwertbarkeit. Letztlich geht es immer darum, zu vermitteln, dass die sozioökonomische Statusposition vermeintlich durch gute oder schlechte, in jedem Falle aber individuell zurechenbare Leistung zustande gekommen ist. Thesen von einer genetisch- bzw. kulturbedingten sozialen Schichtung der Bevölkerung werden gerne als Erklärung angenommen. Und bezüglich der Situation in Bulgarien ist festzuhalten, dass hier auf historisch gewachsene und auch in der sozialistischen Periode des Landes nie tatsächlich mit den Wurzeln beseitigte antiziganistische und rassistische Ressentiments angeknüpft werden kann. In einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage 2006 gaben 51 Prozent der Befragten an, dass sie Roma nicht als Nachbarn möchten. Laut einer Studie der EU-Agentur für Grundrechte (FRA) in Wien aus dem Jahr 2009 erfahren die rund zwölf Millionen Roma die schlimmste Diskriminierung in Europa. 37 Prozent gaben an, dass sie in den vergangenen zwölf Monaten persönlich diskriminiert wurden. Zwölf Prozent waren Opfer rassistischer Straftaten. Allerdings zeigten dies nur 20 Prozent der Betroffenen gegenüber der Polizei an. Unter den Roma, die vorwiegend in den neuen EU-Mitgliedsstaaten Mittel- oder Südosteuropas leben, zeigten bis zu 92 Prozent der Betrof-

fenen die Diskriminierung nicht an. Die Untersuchung in allen Mitgliedsstaaten der Union zeigt, dass unter Betroffenen weitgehend Resignation herrscht und kein Vertrauen in die staatlichen Behörden vorhanden ist.

Inzwischen bestreitet niemand, dass im postsozialistischen Bulgarien die sozialökonomische Situation besonders katastrophal ist. Bereits Mitte der 90er Jahre hatte Bulgarien laut damaliger offizieller Statistik »erstmal in seiner 1300-jährigen Geschichte« Getreide und Gemüse einführen müssen. Zudem war das Land mehr und mehr deindustrialisiert worden. Bis heute haben ihm rund 1,4 Millionen (von fast neun Millionen Einwohnern 1990) den Rücken gekehrt.<sup>3</sup> 2009, also noch zu Beginn der Krise, wurden nach Angaben des statistischen Amtes der Europäischen Union (Eurostat) 16,3 Prozent der Bevölkerung der EU als armutsgefährdet eingestuft. Bulgarien lag mit 21,8 Prozent weit über diesen Durchschnitt. Auch die Armutsgefährdungsschwelle, ausgedrückt in sog. Kaufkraftstandards (KKS), liegt in Bulgarien mit 3.452 KKS weit unter dem der Länder Schweden, Österreich, die Niederlande und Zypern mit 11.000 bis 12.000 KKS.<sup>4</sup> Die Arbeitslosenquote betrug offiziell im Jahr 2010 ca. 10 Prozent. Bei den bei den 15- bis 24-Jährigen sogar 23,2 Prozent. Insbesondere Geringqualifizierte, unter ihnen viele Roma, sind betroffen. Sie bilden fast 70 Prozent der Arbeitslosen. Bei den Langzeitarbeitslosen ist Bulgarien mit 46 Prozent weit über den Durchschnitt der EU mit 40 Prozent. Zudem hat Bulgarien den höchsten Anteil an jungen Menschen, die weder in Ausbildung noch beschäftigt sind (19,5 Prozent der 15- bis 24-Jährigen).<sup>5</sup>

Das Nachrichtenmagazin »Monitor« schilderte in seiner Sendung vom 29. März 2012 »Importierte Armut. Deutschland nach dem EU-Beitritt Bulgariens« exemplarisch, wer überdurchschnittlich Leidtragender der sozioökonomischen Verhältnisse ist: Roma. »50.000 Menschen leben in Stolipinovo. Während des Kommunismus hatten die Roma Arbeit. Mit der Privatisierung hat sich alles verändert. Die Roma wurden zuerst entlassen. So liegt die Arbeitslosenquote heute bei 90 Prozent. Die Sozialhilfe beträgt im Schnitt 75 Euro pro Familie im Monat. Zu wenig zum Leben. Der bulgarische Staat hat sich in weiten Teilen aus den Vierteln zurückgezogen. Die Roma sind sich völlig selbst überlassen. Die Verelendung nimmt ständig zu. Wir fragen die bulgarische Regierung, warum sie die Roma so ausgrenzt. Sie lässt uns wissen, auch sie sei um »die Lage der Roma sehr besorgt. Aber man sei auf dem richtigen Weg.«<sup>6</sup> In Bulgarien leben Schätzungen zufolge ca. 10 Prozent Roma.<sup>7</sup> Offiziell werden mit Stand von 2011 in der Statistik 5 Prozent angegeben.<sup>8</sup> Ihre Lebenssituation hat sich auch nach Auffassung der Bundesregierung »durch den Transformationsprozess der 1990er Jahre verstärkt« dargestellt verschlechtert, dass ihre »Lebensumstände oft von großer Armut, einem zumeist niedrigen Ausbildungs- und Erwerbsniveau sowie sozialer Stigmatisierung geprägt sind«.

Sieht man nun, dass die Einkommen der 20 Prozent der Bevölkerung mit dem höchsten verfügbaren Äquivalenzeinkommen 5,9 mal so hoch ist wie die Einkommen der 20 Prozent der Bevölkerung mit dem niedrigsten verfügbaren Äquivalenzeinkommen (EU-Durchschnitt: 4,9)<sup>9</sup>, wundert es kaum, dass gemäß einer 2010 veröffentlichten Meinungsumfrage von Eurobarometer, die Menschen in Bulgarien mit -1,9 Prozent am unzufriedensten mit ihrem Leben im Allgemeinen sind (durchschnittlich +3,2 Punkte auf einer Skala von -10 bis +10). Und es wundert auch kaum, dass diese soziale Ungleichheit und Ungerechtigkeit den Boden für Ungleichwertigkeitsideologien, Ausgrenzung und Sozialchauvinismus bereitet bzw. rassistische Vorurteile reproduziert.

### Rassistische und antiziganistische Parteien und Gruppen

Solidarität oder eine Repräsentation der Interessen der Roma im politischen System Bulgariens ist aufgrund des rassistischen und antiziganistischen Konsenses in einem großen Teil der bulgarischen Gesellschaft kaum zu finden. So sind es neben den Roma, die ca. 9 Prozent Türkinnen und Türken, die in Bulgarien oft schutzlos rassistischer und neofaschistischer Hetze und Angriffe ausgesetzt sind. Bei den politischen Parteien sind es in der ansonsten zersplitterten extrem rechten und rassistischen Parteienlandschaft z.B. die Parteien »VMRO-BND« (Innere Mazedonische Revolutionäre Organisation – Bulgarische Nationale Bewegung), »Ataka« (Attacke) und der »Bulgarische Nationalbund« (BNS), die nationalistische und rassistische bis hin zu neofaschistischen Positionen offensiv vertreten. Letztere hatte 2010 eine Unterschriftensammlung für ein Referendum gegen den EU-Beitritt der Türkei unter dem Motto »7 Millionen Bulgaren in der EU gegen 70 Millionen Türken« organisiert und dank ihrer nationalistischen und rassistischen Hetze 320.000 Unterschriften zusammengebracht.<sup>10</sup>

»Ataka«, die von der Bundesregierung in ihrer Antwort als »rechtsextreme Partei« eingestuft wird, fällt ebenfalls vor allem durch eine antitürkische und antiziganistische Haltung auf. »Ataka«, eine von dem früheren Journalisten Volen Siderov geführte Partei, war 2007 neben der »Front National« (FN), der »Partidul România Mare« (PRM), dem »Vlaams Belang« (VB) und der »Freiheitlichen Partei Österreichs« (FPÖ) sowie zwei italienischen und einem britischen Abgeordneten an der Gründung der extrem rechten und neofaschistischen Fraktion »Identität, Tradition, Souveränität« (ITS) im Europaparlament beteiligt. Bei den Parlamentswahlen 2005 mehr als 8 Prozent der Stimmen, stieg das Ergebnis bei den letzten Wahlen aber auf über 9 Prozent.<sup>11</sup> Anteil am Erfolg dürfte auch die antisemitische Ausrichtung von »Ataka« haben, die nach der Parlamentswahl 2005 auf ihrer Homepage eine Liste mit 1.500 Namen bekannter bulgarischer Juden unter der Überschrift: »Die Juden sind eine von der Pest verseuchte,

gefährliche Rasse ...« veröffentlichte.<sup>12</sup> Bei den Europawahlen holten sie fast 12 Prozent der Stimmen.<sup>13</sup> Siderov kandidierte 2010 bei den Präsidentschaftswahlen und kam immerhin auf fast 25 Prozent der Stimmen im zweiten Wahlgang.<sup>14</sup> Dabei bedienten sich die Partei und Siderov, der auch Autor zweier antisemitischer Bücher ist, rassistischer und antiziganistischer Hetze. Roma wurden als »diebische, gewaltbereite und die bulgarische Mehrheitsbevölkerung terrorisierende« Minderheit, die angesichts ihrer »überproportionalen Vermehrung« eine Gefahr für den Fortbestand der bulgarischen Nation sind, dargestellt. Auch wurde gegen sie Stimmung mit dem Vorwurf einer vermeintlichen »Privilegierung« durch westliche Institutionen gemacht, die angeblich die Roma »großzügig versorgen« würden.

Ähnlich der aus Deutschland bekannten Propaganda gegenüber vor allem muslimischen Migrantinnen und Migranten wird in Bulgarien die soziale Situation den Roma selbst angelastet und ihnen nicht nur die »Integrationswilligkeit«, sondern auch »fähigkeit« abgesprochen.<sup>15</sup> Wenn auch derzeit die Zustimmung für die Partei in der Bevölkerung sinkt und sie bei Parlamentswahlen derzeit um ihren Wiedereinzug in die Bulgarische Nationalversammlung bangen müsste, heißt dies längst nicht Entwarnung. Zum Einen waren und sind Wahlergebnisse, wenn überhaupt, nur Ausdruck der Spitze des Eisberges. Analog zu den sog. rechtspopulistischen Parteien in Deutschland geht die maßgebliche Gefahr bei »Ataka« für den gesellschaftlichen Frieden im Lande vor allem von der mit ihrer Politik einhergehenden schleichenden Akzeptanz gegenüber extrem rechten und rassistischen Positionen und Personen und einer nicht nur verbalen Radikalisierung aus. Dass es nicht nur bei verbalem Rassismus bleibt, zeigen die gewalttätigen Auseinandersetzungen von Anhänger von »Ataka« am 20. Mai 2011 mit Besucher/innen der Banja-Baschi-Moschee in Sofia, bei denen fünf Menschen, darunter zwei Mitglieder der Partei, verhaftet wurden. Dabei ging es nicht allein um die Moschee, sondern um die Symbolhaftigkeit, die mit dem Ort verbunden ist: die Moschee befindet sich im sog. »Dreieck der Toleranz« im direkten Stadtzentrum, nur wenige Meter neben der St. Nedelja Kirche und der Synagoge. Aufgrund dieser und anderer Ereignisse sprach die Menschenrechtsorganisation Helsinki-Komitee Bulgarien von einer »beunruhigenden Eskalation der Fremdenfeindlichkeit und des religiösen Hasses« und forderte ein Verbot der Partei.<sup>16</sup> Hauptplattform für die Propaganda von »Ataka« ist der Fernsehsender SKAT und ihre gleichnamige Parteizeitung. Die Zeitung, die seit 2006 herausgegeben wurde, knüpfte an die Tradition der Zeitung »Ataka« an, die bereits zwischen 1932 und 1934 erschien und nach der deutschen Nazi-Zeitung »Angriff« entsprechend der bulgarischen Übersetzung »Ataka« benannt wurde. Seit 2012 wird sie nun aus finanziellen Gründen offensichtlich nicht mehr verlegt, wie die Bundesregierung mitteilt. Die hatte aber immerhin eine Auflage von etwa 16.000 Stück und hatte damit die fünfthöchste Auflage der landesweit erscheinenden Zeitungen.<sup>17</sup>

## Kontakte zu rassistischen und neonazistischen Gruppen in Deutschland

Eine Partei, die nicht nur in Bulgarien aktiv ist, sondern auch mit anderen neofaschistischen und rassistischen Parteien und Organisationen in Europa vernetzt ist, ist der 2001 gegründete »Bulgarische Nationalbund« (BNS). Das liegt nicht zuletzt auch daran, dass der 1971 geborene Anführer des BNS, Bojan Rassate (eigentlich Bojan Bojanov Stankov), im Alter von vier Jahren zusammen mit seinen Eltern nach Stuttgart kam und später in Waiblingen zur Schule ging, bevor er 1980 mit seiner Mutter wieder nach Bulgarien ging. Der BNS verbreitet eine antiziganistische, antisemitische und antitürkische Hetze. So polemisierte er 2011: »An Stelle des ersehnten Wohlstands nach dem EU-Beitritt, breitet sich im Lande Korruption und die staatlich geduldete organisierte Kriminalität aus. Parallel damit nimmt das Verbrechertum der Zigeuner-Minderheit erschreckende Ausmaße an, so dass wir bis zum heutigen Datum feststellen können, dass keine bulgarische Familie davor unbeschadet geblieben ist. Die Diebstähle, Vergewaltigungen, Betrügereien und die Morde sind an Tagesordnung, was der anständige und arbeitsame Bulgare seit Jahren erdulden muss. Mit alledem und gepaart mit der Untätigkeit der staatlichen Organe und der sich nähernden demographischen Katastrophe, stehen wir vor dem drohen kulturellen und demographischen Untergang unseren Volkes – das eines der ältesten Völker Europas ist.« In einem Interview betonte Rassate, »dass wir im Gegensatz zu anderen patriotischen Organisationen die Zigeuner nicht als Teil des bulgarischen Volkes betrachten. Von fremder Kultur rede ich bewusst nicht, weil sie keine Kultur haben. (...) Wir können heute nicht daran denken, die Zigeuner einfach umzubringen. Die Zeiten sind andere. Aber derzeit werden die Zigeuner gegenüber den Bulgaren bevorzugt. Das Gesetz gilt nicht für alle. (...) Für eine Zigeunerfamilie bedeuten mehr Kinder: mehr Sozialhilfe und mehr Arbeitskräfte, als Bettler, Diebe, Prostituierte. Die Einnahmen fließen in die Haushaltskasse.« Da passt es auch ins Bild, dass er die Einführung eines »Arier-nachweises« forderte.<sup>18</sup>

Rassate steht nicht nur in Kontakt mit der NPD und der rumänischen extrem rechten »Nua Dreapta«, sondern firmiert auch als »Landesleiter«<sup>19</sup> und »Vertreter« Bulgariens in der 2010 zunächst unter der Bezeichnung Bund Freies Europa (BFE) gegründeten Europäischen Aktion (EA), einem neuen Organisationsversuch von Schweizer Faschist/innen unter der Führung des bekannten Holocaustleugner Bernhard Schaub. Da »Deutschland und ganz Europa der Holocaust-Religion frönen« sei eine »unwürdige Kriecherei Europas vor der amerikanisch-zionistischen Politik« zu beklagen, weshalb eine »freie Holocaustforschung« unterstützt werden müsse, um »den dritten Weltkrieg zu verhindern«.<sup>20</sup> 2011 soll nach Information der Bundesregierung als Aktion der EA an der Sofioter Universität ein aufgezeichneter Vortrag von Schaub

gezeigt worden sein. Schaub, der bis zum Verbot 2008 Vorsitzender des »Vereins zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten« (VRBH), hielt die Festrede auf dem »Europa-Fest der EA auf dem Odilienberg« im Elsass. Es verwundert als kaum, dass Rassate in seiner Rede auf dem Treffen der EA am 10. September 2011 seine Solidarität mit Holocaustleugner/innen ausdrückte: »Es wird weiterhin Aufklärungsarbeit geleistet und lebhaft über die Gerichtsfälle der europäischen Märtyrer der Meinungsfreiheit wie Horst Mahler, Ernst Zündel, Sylvia Stolz, Pedro Varela, Wolfgang Fröhlich, Gerd Honsig usw. diskutiert.«<sup>21</sup> Zu diesem wie auch dem diesjährigen Treffen waren Gäste aus europäischen Naziorganisationen wie der NPD oder der britische BNP eingeladen. Auch Rassate war angekündigt.

Personell bestehen auch sonst gute Kontakte zu den braunen Kameraden in Deutschland. Die Integration der Faschisten des »Bulgarischen Nationalbundes« (BNS) und der rumänischen Faschisten der »Noua Dreapta« in die Strukturen der »Europäischen Nationalen Front« (ENF), in der ansonsten Parteien wie die deutsche Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD), die italienische »Forza Nuova« und die spanische »La Falange« tonangebend sind und der auch die neofaschistische griechische Partei Chrysi Avgi (Goldene Morgendämmerung) angehört, die zuletzt bei den Wahlen in Griechenland im Juni 2012 knapp 7 Prozent erreichten, zeigt, dass gemeinsame ideologische Wurzeln und historische Kooperationen heute im Sinne einer europaweiten Kooperation und Vernetzung der Neofaschisten genutzt werden. So nehmen immer wieder auch Vertreter/innen neofaschistischer und rassistischer Gruppierungen und Parteien aus Bulgarien am »Fest der Völker« in Jena, an Veranstaltungen zum »Antikriegstag« in Dortmund oder auch den Naziaufmärschen in Dresden anlässlich der Bombardierungen der Stadt im Zweiten Weltkrieg teil. Ausdruck dieser Vernetzung sind entsprechende »Gegenbesuche« von Mitgliedern und Beobachtern der ENF-Parteien bei sog. jährlich stattfindenden »Gedenkfeiern« bzw. »-märschen«, wie die zu Ehren von Ion Mota und Vasile Marin im Januar in Madrid, anlässlich des Imia Zwischenfalls im Januar in Athen, anlässlich der Bombardierung Dresdens im Februar in Dresden oder auch zu Ehren des Faschistenführers Corneliu Codreanu im November in Bukarest. Ein weiteres Beispiel ist der jährlich seit 2004 im Februar zu Ehren des faschistischen Generals Hristo Nikolov Lukov<sup>22</sup> stattfindende sog. Lukov-Marsch in Sofia, an dem sich neben »Blood and Honour« Angehörige des »Nationalen Widerstandes« (»Nazonalna Saprotiva«), des »Bulgarischen Nationalbundes«, Nazi-Skinheads und Mitglieder der sog. Ultras von Levski Sofia auch Mitglieder extrem rechter Gruppen aus mehreren europäischen Ländern beteiligen. Im Zusammenhang mit dem Lukov-Marsch traten auch die Nazi-Bands »Libertin« aus Dortmund und »Civil Disorder« aus Magdeburg auf.

Insgesamt bestehen nicht nur seit Jahren sporadische Kontakte zwischen Angehörigen deutscher und bulgarischer neofaschistischer und rassistischer Organisationen. Es muss sehr wohl davon ausgegangen werden, dass Bulgarien durchaus entsprechende Strukturen anbietet, die es nicht abwegig erscheinen ließen, dass das BKA »im Zusammenhang mit dem vom Amtsgericht Jena Ende 1998 ausgestellten Haftbefehl gegen die seit November 2011 als NSU-Trio bekannten Personen wegen Vorbereitung eines Explosions- und Strahlungsverbrechen gemäß § 310 StGB und Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen gemäß § 86a StGB ... im Rahmen seiner Zentralstellenfunktion für den internationalen polizeilichen Dienstverkehr mit Schreiben vom 7. August 1998 die bulgarischen Polizeibehörden über Interpol um Fahndung nach den genannten Personen mit dem Ziel der Festnahme und Auslieferung gebeten [hat], falls diese in Bulgarien angetroffen werden sollten. Hintergrund dieses Ersuchens waren im Rahmen des Ermittlungsverfahrens der Staatsanwaltschaft Gera aufgekommene Hinweise, wonach sich die gesuchten Personen seinerzeit in Bulgarien aufhalten bzw. von dort per Flugzeug nach Südafrika weiterreisen sollten. Im Ergebnis konnten die gesuchten Personen in Bulgarien nicht festgestellt werden.« So antwortete die Bundesregierung auf eine Frage von mir im Rahmen meiner Kleinen Anfrage.

### Was dagegen tun?

Das Problem hinsichtlich der Bedrohung durch Neofaschistinnen und Neofaschisten ist, dass diesem selbst in der Linken Bulgariens wenig Platz eingeräumt wird. Das Thema Rassismus, das dort noch weniger als in Deutschland als ein sehr wohl mit dem Neofaschismus zusammenhängendes aber eben nicht gleichzusetzendes Problem gesehen wird, ist faktisch gar kein Thema in der öffentlichen Debatte. Beides sind Themen, die wenigen, aber dafür um so engagierteren Menschen aus der antifaschistischen und antirassistischen Szene beackert werden. Dass sie aufgrund der geringen Wahrnehmung des Problems auch kaum gesellschaftlichen Rückhalt haben, zeigen die zahlreichen An- und Übergriffe auf sie wie zuletzt am 21. September dieses Jahres in Sofia.<sup>23</sup>

Rassistische Gewalt in Sofia aber auch anderen Städten Bulgariens ist faktisch ein Normalzustand. Da den Opfern zu meist selbst die Schuld daran gegeben wird, dass sie – entweder wegen ihrer vermeintlich (kulturell oder biologisch) »selbstverschuldeten« sozialen Situation oder ihres politischen Engagements – zu Zielen von Anfeindungen, An- und Übergriffen werden, findet sich unabhängig vom bestehenden rassistischen Konsens bei einem großen Teil der bulgarischen Gesellschaft weder bei der Polizei noch in der Politik eine Lobby. An- und Übergriffe bleiben daher öffentlich weitgehend unkommentiert, und schon gar nicht werden sie ad-

äquat beantwortet. Antifaschismus und Antirassismus muss von vielen linken Organisationen erst noch entdeckt werden. Die soziale Frage stellt dabei sicher einen Anknüpfungspunkt in der Zusammenarbeit von linken Organisationen und antifaschistischen und antirassistischen Gruppen dar, um sie in kausalen Zusammenhang, mit Antirassismus und Antifaschismus zu bringen. Das Hauptproblem scheint mit aller gebotenen Vorsicht einer Außenbetrachtung zu sein, dass es einerseits nicht allein darum gehen kann, den Nazis sowie Rassistinnen und Rassisten alltäglich entgegenzutreten, sondern einen eigenen Beitrag für eine solidarische und nicht rassistische Gesellschaft zu entwickeln. Die antifaschistischen Kräfte in Bulgarien sollten unter Berücksichtigung von internen organisatorisch-strukturellen und inhaltlichen Fragen einen Ausweg aus der Marginalisierung zum Zwecke von Bündnissen finden.

Dabei geht es gerade nicht um Bündnisse als Selbstzweck. Es geht darum Anschlussmöglichkeiten für und Anschlussfähigkeiten zu eigene(n) Positionen auszuloten bzw. herzustellen. Gleiches gilt übrigens auch für die linken Parteien und Organisationen. Hier werden offensichtlich zu oft Unterschiede in den Biografien, den politischen Ansichten und Aktionsformen, den gemeinsamen verbindenden sozialen Grundgedanken einer antikapitalistischen Perspektive der Vorzug gegeben. Die staatliche Kriminalisierung und Repression gegen junge Antifaschistinnen und Antifaschisten wird nicht nur teilweise toleriert, sondern häufig sogar mitgetragen. Notwendig ist in jedem Fall eine klare inhaltliche und personelle Abgrenzung von rassistischen und neofaschistischen Gruppen und Parteien. Eine irgendwie geartete Zusammenarbeit mit ihnen und ihren Vertreterinnen und Vertretern ist auszuschließen, denn es wertet diese einschließlich ihrer rassistischen und neofaschistischen Propaganda und Aktivitäten auf. Sie werden faktisch als »normale« politische Akteure eingeführt, obwohl ihre politische Ausgrenzung notwendig wäre. Ein negatives Beispiel ist hier die Bulgarische Sozialistische Partei (BSP). Die BSP, deren Vorsitzender vor kurzen zum Vorsitzenden der PES (Partei der Europäischen Sozialisten) gewählt wurde, arbeitet seit geraumer Zeit eng mit den Rassisten und neofaschistischen Kräften der VMRO zusammen, die aktiv den alljährlichen Lukov-Marsch unterstützt. So haben sie z. B. gemeinsam die Unterschriftenkampagne für die Durchführung eines Referendums für den Bau des Atomkraftwerkes in der erdbebengefährdeten Stadt Belene organisiert und durchgeführt. Doch auch darüber hinaus soll die Kooperation ausgebaut werden. Gut ist, dass sich sofort auch Protest gegen diese Zusammenarbeit regte. Die sozialdemokratische Organisation »Solidarisches Bulgarien« und die Partei »Bulgarische Linke« riefen den Vorstand der PES in einem Offenen Brief auf, diese Zusammenarbeit einzustellen.<sup>24</sup>

Ohne politische Klarheit kann es kein politisches Gegengewicht geben. Und ohne politisches Gegengewicht können rechte Gruppen und Organisationen soziale Konflikte rassis-

tisch aufladen und den Neofaschistinnen und Neofaschisten den geistigen Nährboden für ihre verbrecherische Gesinnung bereiten. So ist es in Deutschland über Jahre gelungen, z.B. gemeinsame Bündnisse gegen den Naziaufmarsch in Dresden zu schmieden; nicht allein mit linken Kräften. Hier gäbe es hinsichtlich des Lukov-Marsches sowohl in der Bündnisarbeit in Bulgarien als auch darüber hinaus hinreichend Potential. Gefragt sind gegenseitige Unterstützungen. Diese kann personell, materiell und/ oder finanziell sein und an bestimmte Gruppen und politische Projekte gerichtet sein. Aber auch ein kontinuierlicher Erfahrungsaustausch ist wichtig. Das Übersetzen von Informationen und Texten spielt dabei eine wichtige und notwendige Rolle, um eine Debatte zu ermöglichen. So können auch Konzepten und Erfahrungen zur Organisation oder zum Aufbau von Gruppen, genau so wie technische Möglichkeiten der sicheren Vernetzung und inhaltliche Diskussionen stattfinden.

#### Sevim Dagdelen

- 1 <http://diepresse.com/home/meinung/gastkommentar/702404/Machen-wir-Seife-aus-Zigeunern>.
- 2 <http://www.bpb.de/apuz/33279/roma-und-minderheitenrechte-in-der-eu-anspruch-und-wirklichkeit?p=all>.
- 3 <http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Bulgarien/1990.html>.
- 4 [http://epp.eurostat.ec.europa.eu/statistics\\_explained/index.php/Income\\_distribution\\_statistics/de](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/statistics_explained/index.php/Income_distribution_statistics/de).
- 5 <http://ec.europa.eu/esf/main.jsp?catId=372&langId=de>.
- 6 <http://www.wdr.de/tv/monitor//sendungen/2012/0329/armut.php5>.
- 7 <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ.do?uri=COM:2011:0173:FIN:DE:PDF>, S. 17.
- 8 [http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/01-Nodes\\_Uebersichtsseiten/Bulgarien\\_node.html](http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/01-Nodes_Uebersichtsseiten/Bulgarien_node.html).
- 9 [http://epp.eurostat.ec.europa.eu/statistics\\_explained/index.php/Income\\_distribution\\_statistics/de](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/statistics_explained/index.php/Income_distribution_statistics/de).
- 10 <http://bulgaria.indymedia.org/article/37014>.
- 11 für 2007 hier: <http://pi2005.cik.bg/results/>; für 2009 hier: [http://pi2009.cik.bg/results/proportional/rik\\_00.html](http://pi2009.cik.bg/results/proportional/rik_00.html).
- 12 [http://www.politikberatung.or.at/typo3/fileadmin/02\\_Studien/6\\_europa/Rechte\\_Parteien.pdf](http://www.politikberatung.or.at/typo3/fileadmin/02_Studien/6_europa/Rechte_Parteien.pdf).
- 13 <http://ep2009.cik.bg/results/>.
- 14 [http://pvr2006.cik.bg/results\\_2/index.html](http://pvr2006.cik.bg/results_2/index.html).
- 15 <http://anti-ziganismus.de/artikel/von-faulen-zigeunern-und-diskriminierten-roma/>.
- 16 <http://www.tagesschau.sf.tv/Nachrichten/Archiv/2011/05/21/International/Sofia-Rechts-extreme-greifen-Muslime-an>.
- 17 [http://www.politikberatung.or.at/typo3/fileadmin/02\\_Studien/6\\_europa/Rechte\\_Parteien.pdf](http://www.politikberatung.or.at/typo3/fileadmin/02_Studien/6_europa/Rechte_Parteien.pdf).
- 18 zit. nach: [http://www.tabularasa-jena.de/artikel/artikel\\_3717/](http://www.tabularasa-jena.de/artikel/artikel_3717/).
- 19 <http://www.woz.ch/die-europaeische-aktion/kommt-in-volkstreuken-kleidern>.

20 zit. nach <http://www.bnr.de/node/12152>

21 [http://www.europaeische-aktion.org/Artikel/de/Ansprache-von-Prof-Petar-Ivanov-und-Bojan-Rassate\\_18.html](http://www.europaeische-aktion.org/Artikel/de/Ansprache-von-Prof-Petar-Ivanov-und-Bojan-Rassate_18.html).

22 Lukov war bis zu seinem Tod 1943 ein leidenschaftlicher Anhänger des Nationalsozialismus und Führer der ehemaligen »Bulgarischen Nationalen Legionen«. 1935 wurde er zum Kriegsminister ernannt, unterstützte die Achsenmächte und knüpfte enge Kontakte zum Oberbefehlshaber der deutschen Luftwaffe Hermann Göring als auch zu anderen führenden Nazi-Politikern. Auf der bulgarischen Nationalkonferenz im November 1942 wurde beschlossen, Generalfeldmarschall Erwin Rommel und seine »Deutschen Afrikakoprs« in Nordafrika zu unterstützen. Dank des erfolgreichen Attentats kommunistischer Partisanen auf General Hristo Lukov im Februar 1943, konnte dieser Einsatz verhindert werden.

23 <http://stopnazi-bg.org/declarations/99-poredno-neonacistko-napadenie>.

24 <http://solidbul.eu/?p=408>.



## Was diese Ausstellung will

In der Bundesrepublik werden Menschen beschimpft, bedroht, zu Tode getreten oder bei lebendigem Leibe verbrannt, weil sie als Fremde oder Andersdenkende gehasst werden – über 100 Todesopfer hat die neofaschistische Gewalt seit 1990 bereits gefordert. Geht hier die jahrelange Saat von Alt- und Neofaschisten auf? Können diese Ereignisse mit denen aus der NS-Zeit verglichen werden? Haben die Ausbreitung rassistischen Denkens und die daraus erwachsende Gewalt heute ganz andere Gründe als damals? Die Ausstellung will dazu beitragen, dass diese Bilder nicht auf Dauer zum deutschen Alltag gehören. Sie informiert über Ideologie und Praxis des Neofaschismus und benennt Ur-sachen für die Ausbreitung -rassistischen, nationalistischen und militaristischen Denkens und Handelns.

## Verleihbedingungen

Die Ausstellung »Neofaschismus in Deutschland« kann ausgeliehen werden. Sie wurde bereits in zahlreichen Bürgerhäusern, Rathäusern, Gewerkschaftshäusern, Kirchengemeinden, Jugendzentren, Kulturzentren, Schulen, Universitäten, Parlamenten und anderen öffentlichen Räumen gezeigt.

Die 26 vierfarbigen Tafeln im DIN A1-Format sind auf unempfindlicher PVC-Folie gedruckt, mit Aluminiumschienen und Haken versehen und können problemlos gehängt werden. Der Versand erfolgt in einer Transportkiste, deren Gesamtgewicht 24 kg beträgt. Es kann auch eine Fassung in DIN A2 ausgeliehen werden.

Die Ausleihgebühr beträgt 100,- € pro Verleihwoche.

Wenn Sie Führungen durch die Ausstellung organisieren wollen, können Sie für ihre Aktiven mit uns eine Schulung vereinbaren.

Für weitere Informationen, Werbematerial, Kataloge und Terminabsprachen wenden Sie sich an die Bundesgeschäftsstelle der VVN-BdA, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Tel. 030 / 29 78 4174, E-Mail: [bundesbuero@vvn-bda.de](mailto:bundesbuero@vvn-bda.de)

Informationen zur Ausstellung finden Sie außerdem unter:

[www.neofa-ausstellung.vvn-bda.de](http://www.neofa-ausstellung.vvn-bda.de)

## ZUR DISKUSSION

# Ein Stein des Anstoßes. Der Gedenkstein in Berlin-Friedrichsfelde

Die Forderung, der Opfer stalinistischer Repressalien zu erinnern, wird schon seit vielen Jahren, genau genommen seit Jahrzehnten, erhoben. Ebenso lange wird um die geeignete Form dieser Erinnerung debattiert. Sicherlich wird dieses Thema auch in nächster Zeit strittig bleiben. Unstrittig sollte jedoch das Anliegen selbst sein. Den Frauen und Männern, die unter konstruierten Beschuldigungen in die Maschinerie stalinistischer Verfolgung gerieten und dies mit langen Haftstrafen und oft mit dem Leben bezahlten, gebührt ein fester Platz in unserer Erinnerungskultur. Wie schwierig es ist, dem Anliegen gerecht zu werden, zeigte sich, als am 11. Dezember 2006 in der Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde ein Gedenkstein für die Opfer des Stalinismus eingeweiht wurde. Der Gedenkstein wurde zum »Stein des Anstoßes« und löste heftige und kontroverse Debatten aus.<sup>1</sup> Während Vertreter von antikommunistischen Opferverbänden ihren Alleinvertretungsanspruch für Opfer des Stalinismus gefährdet sahen, vermuteten einzelne Stimmen aus dem linken Lager eine antikommunistische Provokation.

Initiator des Gedenksteines war der sechs Jahre zuvor gegründete überparteiliche Förderkreis Erinnerungsstätte der deutschen Arbeiterbewegung Berlin-Friedrichsfelde e. V., dem neben Einzelpersonlichkeiten auch die Landes- und Bundesvorstände der SPD und der LINKEN angehören. Dieser Förderkreis hatte Lottomittel des Landes Berlin erworben und mit Unterstützung des Landesdenkmalamtes sowie des Bezirkes Lichtenberg in den Jahren 2004 und 2005 die von der baupolizeilichen Sperrung bedrohte Gedenkstätte der Sozialisten grundlegend und denkmalgerecht sanieren lassen. Über 500.000 Euro flossen in die Wiederherstellung der Anlage. Neben einer ständigen Ausstellung zur Vorgeschichte und Geschichte der Gedenkstätte und zu den Biografien der dort beigesetzten Personen sollte auch an die Opfergruppe erinnert werden, die seit Mitte der 1930er Jahre bis in die 1950er Jahre hinein den verschiedenen Wellen stalinistischer Verfolgung ausgesetzt war. Diese Opfergruppe war in der Gedenkstätte der Sozialisten zuvor ausgeblendet geblieben, obwohl nicht wenige der dort Bestatteten bzw. deren Angehörige als Betroffene zu gelten haben. Hinter zahlreichen Namen auf den Grabsteinen des Pergolenweges und der Anlage für die Verfolgten des Nazi-regimes verbergen sich ebenfalls bedrückende Geschichten von Verdächtigungen, Ausgrenzungen und Lagerhaft in der Sowjetunion sowie Funktionsenthebungen, Untersuchungs-

haft und Zuchthaus in der DDR. Ob die Bauherren und die alte Garde der DDR- und SED-Führung die Inschrift »Die Toten mahnen uns« auch auf die Opfer der Repressalien in der Sowjetunion bezogen wissen wollte, muss Spekulation bleiben, auch wenn der eine oder andere sicher das Andenken seiner ehemaligen Kampfgefährten im Hinterkopf verwahrte. Den nachwachsenden Generationen musste solch ein Geheimcode angesichts des verordneten Schweigens verschlossen bleiben. Die Verankerung von Erinnerung in der Gesellschaft erfordert aber die Weitergabe und Tradierung von Erinnerung.

Um den Gedenkstein war unter den Mitgliedern des Förderkreises und seines Vorstandes intensiv und vereinzelt kontrovers diskutiert worden. Dabei ging es vor allem darum, wie weit oder wie eng die Inschrift zu fassen sei. Die realisierte Fassung war Ausdruck eines Kompromisses. Ob sich die Widmung undifferenziert auf alle Opfer des Stalinismus bezieht oder auf die Mitglieder und Funktionäre der verschiedenen Strömungen der Arbeiterbewegung wird je nach politischer Verortung und biografischem Hintergrund unterschiedlich interpretiert werden. Dem Besucher der Anlage wird eine eigene Positionsbestimmung nicht abgenommen. Der Standort des Gedenksteines allerdings legt den Bezug zur Arbeiterbewegung und ihren verschiedenen Strömungen von vorn herein nahe. So erklärt sich auch der Einwand von Verfolgtenverbänden, eine Erinnerung an die Opfer des Stalinismus gehöre nicht an den »Ort der Täter«.

Die teilweise heftige Debatte um das Für und Wider des Gedenksteines in Friedrichsfelde – vor allem zahlreiche Verdächtigungen – ließen oft mangelnde Kenntnis der Sachlage und der Geschichte der Anlage erkennen. Deshalb sei an dieser Stelle noch einmal an einige Fakten erinnert:<sup>2</sup>

Der 1881 als Städtischer Gemeindefriedhof eröffnete Zentralfriedhof Friedrichsfelde befand sich von Beginn an im Eigentum der Stadt Berlin und in der Verwaltung seiner Magistratsbehörden. Nach der Bildung von Groß-Berlin übertrug die Stadt 1921 die Verwaltung des Friedhofs an den Verwaltungsbezirk Lichtenberg. Seitdem verblieb die Zuständigkeit für den Friedhof bei diesem Bezirk.

Seinen Charakter als »Sozialistenfriedhof« erhielt die Anlage in Friedrichsfelde nachdem Wilhelm Liebknecht im August 1900 dort zur letzten Ruhe gebettet wurde. Etliche seiner Mitstreiter und weitere Funktionäre der Sozialdemokratie

ließen sich in den Folgejahren in seiner Nähe beisetzen. So entstand über die Jahrzehnte in der Nähe des Eingangsbereichs des Friedhofs ein »Feldherrnhügel« der Sozialdemokraten. Auf eben diesem Areal steht seit 1951 die Gedenkstätte der Sozialisten. Das Massengrab für Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und die Opfer der Januarkämpfe von 1919, für das Ludwig Mies van der Rohe sein legendäres Revolutionsdenkmal schuf, befand sich am entgegen gesetzten Ende des Friedhofs.

Mit dem Bau der Gedenkstätte der Sozialisten war dieser Teil des Friedhofes nicht aus der städtischen Zuständigkeit entlassen. Die Anlage blieb ebenso wie der Pergolenweg Teil des Zentralfriedhofs. Daran ändert auch nicht die Tatsache, dass sich das Politbüro bzw. Sekretariat des ZK der SED die Entscheidung über die Beisetzungen in diesen Ehrenanlagen vorbehielt. Nachfolgeparteien der SED haben zwar eine besondere moralische und historische Verantwortung für diese einzigartige Gedenkstätte, sie können aber keine Rechtsnachfolge oder gar einen Rechtsanspruch reklamieren.

Die Initiative zum Bau der Gedenkstätte der Sozialisten sollte eine gemeinsame Erinnerung an die verstorbenen und ermordeten Sozialdemokraten und Kommunisten ermöglichen. Die Widmung für alle Strömungen der Arbeiterbewegung, hatte ihre Grundlage in den bitteren Erfahrungen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, vor allem in denen des gerade überwundenen Faschismus. Eine Erinnerung an die Opfer stalinistischer Verfolgungen muss also dieser Widmungsidee entsprechen und kann sich nicht auf Vertreter einer einzelnen Strömung beziehen. Daraus ergeben sich unter Umständen Schwierigkeiten, wenn eine Auswahl von Personen getroffen werden soll. Diese hatten sich nicht selten zu Lebzeiten erbittert bekämpft.

Die Gedenkstätte der Sozialisten ist sowohl Erinnerungsstätte wie Grabanlage. Dieser Doppelcharakter ist bei allen Überlegungen zu berücksichtigen. Dazu kommt der Status eines eingetragenen Denkmals, der auf Empfehlung einer vom Senat eingesetzten Kommission 1993 erneuert und bekräftigt wurde.<sup>3</sup> Damit waren und bleiben auch der Erinnerung an die Opfer stalinistischer Repressalien an diesem Ort enge Grenzen gesetzt. Das gilt für alle beabsichtigten Veränderungen und Eingriffe in das Erscheinungsbild der denkmalgeschützten Anlage.

Um eine Erinnerung an die Opfer stalinistischer Repressionen in der Gedenkstätte der Sozialisten zu ermöglichen, wandte sich der Vorstand des Förderkreises Erinnerungsstätte der deutschen Arbeiterbewegung Berlin-Friedrichsfelde e.V. nach Abschluss der Sanierungsarbeiten an die Friedhofsverwaltung und die Untere Denkmalbehörde des Bezirks Lichtenberg von Berlin. In den vorbereitenden Gesprächen wurde geklärt, dass eine Tafel an der Ringmauer bzw. an den Ergänzungsmauern der Gedenkstätte mit den Auflagen des Denkmalschutzes nicht vereinbar ist. Auch größere Installationen, die das überlieferte Erscheinungsbild

der Gedenkstätte beeinträchtigt hätten, waren auszuschließen. Lediglich ein Gedenkstein in der Nähe der Anlage wurde als mögliche Option angesehen. Der Gedenkstein erlangt dadurch nicht den Status eines eingetragenen Denkmals. Die denkmalrechtliche Prüfung bezog sich lediglich auf die Zulässigkeit seiner Aufstellung in der Nähe des eingetragenen Denkmals.

Das Bezirksamt Lichtenberg verwies den Antrag des Förderkreises an den für Fragen der Erinnerungskultur zuständigen Ausschuss Kultur der Bezirksverordnetenversammlung. Dort stand er am 21. September 2006 auf der Tagesordnung der öffentlichen 55. Sitzung und wurde vom Vorsitzenden des Förderkreises begründet. Bei einer Stimmenthaltung bestätigte der Ausschuss den Antrag. Kritiker der Entscheidung mutmaßten später, der Ausschuss wäre zu dieser Entscheidung nicht mehr befugt gewesen, da wenige Tage zuvor das Abgeordnetenhaus und die Bezirksverordnetenversammlungen in Berlin neu gewählt worden waren. Das trifft aber nicht zu, da die Zuständigkeit der alten Bezirksverordnetenversammlung erst mit der Konstituierung der neuen erlischt und nicht am Wahltag. Sonst könnten manche dringenden Anliegen für viele Wochen nicht behandelt und entschieden werden.

Obwohl die Organisatoren des Stillen Gedenkens und der Demonstration im Januar nach Friedrichsfelde zur Besonnenheit aufgerufen hatten, demonstrierten Einzelpersonen während des Luxemburg-Liebknecht-Gedenkens 2007 ihre Ablehnung des Gedenksteines, indem sie ihn beschmutzten, ablegte Kränze und Blumen verwüsteten sowie Ordnungskräfte tätlich angriffen. Diese Formen der Protest(un)kultur sind seitdem tendenziell rückläufig, treten aber vereinzelt immer wieder auf. Dem stehen Initiativen aus dem Berliner Landesverband der Linkspartei entgegen, mit gewidmeten Blumen, den Opfern des Stalinismus an dieser Stelle einen Namen zu geben. Ob sich diese Form durchsetzt, ist noch offen. Es wäre aber eine Möglichkeit, den zu gedenkenden Personenkreis selbst mitzubestimmen.

Die heftigen Kontroversen um die Erinnerung an die Opfer stalinistischer Repressionen bestimmten auch in erheblichem Umfang die 5. Tagung des 10. Landesparteitages der Berliner Linkspartei.PDS im März 2007. Dem Landesvorstand wurde von einigen Delegierten »Würdelosigkeit« im Umgang mit Geschichte, »Kotau vor der veröffentlichten Meinung« und »Mitwirkung an Geschichtsklitterung« vorgeworfen.<sup>4</sup> Die Mehrheit der Delegierten folgte diesen Anwürfen nicht. Der unterschwellige Appell, die kritische Rückschau auf die Geschichte des Sozialismus zugunsten einer Betonung sozialistischer Errungenschaften einzudämmen, zielte auf eine Neuausrichtung der Geschichtsdebatte. Solche Bestrebungen waren bereits Mitte der 1990er Jahre sichtbar geworden. Michael Nelken hatte auf der Geschichtskonferenz der PDS 1995 feststellen müssen: »Die *Analyse* des repressi-



ven, zentralistischen, antidemokratischen Gesellschaftssystems wurde im PDS-Diskurs verdrängt durch die *Verteidigung der »Legitimität des Versuchs«*, die Würdigung der positiven »Errungenschaften und Erfahrungen«, des »selbstlosen Einsatzes von Millionen« DDR-Bürgern für die Errichtung einer »sozialistischen Alternative« usw. usf.«<sup>5</sup> Darüber hinaus waren Stimmen aufgetaucht, die die Stalinismuskritik als Opportunismus bzw. Revisionismus diskreditierten.<sup>6</sup> Alle damals zusammengetragenen Argumente und Gegenargumente der Stalinismuskritik leben bis heute fort.<sup>7</sup>

DIE LINKE steht in der Nachfolge ihrer Quellparteien. Sie wird sich deshalb auch weiterhin der Verpflichtungen annehmen müssen, die sich daraus ergeben. Dazu gehören zweifelsohne auch die Versprechen, die gegenüber der Gesellschaft abgegeben wurden. Deshalb bleibt für unser Thema der Bezug zum Außerordentlichen Parteitag der SED/PDS aktuell. Damals am 16. Dezember 1989 schlug Michael Schumann dem Parteitag im Namen des vorbereitenden Arbeitsausschusses vor, »dass den Opfern stalinistischer Verbrechen ein bleibendes Gedenken in unserer Gesellschaft bewahrt wird. Dem sollten sowohl das bereits von anderen vorgeschlagene würdige Mahnmal als auch Zeugnisse der Erinnerung und Bewahrung der bestehenden Museen und Gedenkstätten ... dienen.«<sup>8</sup> Dieser Vorschlag war Bestandteil des Referats »Zur Krise in der Gesellschaft und zu ihren Ursachen sowie zur Verantwortung der SED«. Es wurde noch am gleichen Tag von den Parteitagsdelegierten mit absoluter Mehrheit, ohne Gegenstimme, bei einer Enthaltung als Arbeitsgrundlage bestätigt.<sup>9</sup>

Die Gedenkstätte der Sozialisten um eine Tafel für die »Opfer des Stalinschen Terrors« zu ergänzen, hatte Anfang Dezember 1989 der damalige Direktor des Zentralen Parteiarchivs der SED angeregt. Im Januar 1990 bekräftigte er noch einmal seine Ansicht, dass die Gedenkstätte der Sozialisten »der geeignete Ort« wäre, »um auch der namentlich bekannten sowie der noch unbekannten Opfer des Stalinschen Terrors zu gedenken.«<sup>10</sup> Diese Vorgeschichte wurde später von all denen ausgeblendet, für die ein solcher Gedenkstein ausschließlich Ausfluss antikommunistischer »Stalinismus-Demagogie« sein konnte. Dabei war die Idee, den Opfern stalinistischer Willkür ein Denkmal zu widmen, nicht völlig neu. Bereits in seinem Schlusswort auf dem XXII. Parteitag der KPdSU am 27. Oktober 1961 hatte Nikita Sergejewitsch Chruschtschow ein solches Vorhaben angeregt und sich auf Briefe und Vorschläge alter Bolschewiki berufen. Allerdings bezog sich das beabsichtigte ewige Gedenken zunächst nur auf die namhaften Partei- und Staatsfunktionäre. Mit der Realisierung sollte das neu zu wählende Zentralkomitee beauftragt werden.<sup>11</sup> Wenige Jahre später unter Leonid Iljitsch Beshnew verschwand dieses Denkmalprojekt von der politischen Agenda. Erst im Oktober 1990 konnte die Gesellschaft Memorial auf dem Lubjanka-Platz in Moskau einen »Gedenkstein für die Opfer der

politischen Unterdrückung in der UdSSR« errichten. Ein Jahr später erhob der Oberste Sowjet der Russischen Föderation den 30. Oktober offiziell zum »Tag des Gedenkens an die Opfer der politischen Repression«.<sup>12</sup> Memorial war 1988 als erste regierungsunabhängige Organisation in der Sowjetunion unter dem Vorsitz des Atomphysikers und Friedensnobelpreisträgers Andrei Dimitrijewitsch Sacharow gegründet worden. Ihr ursprüngliches Anliegen, ein Denkmal für die Opfer des Stalinismus zu errichten, hat sich inzwischen auf die historische Aufarbeitung politischer Gewaltherrschaft, die Unterstützung von Überlebenden des GULag-Systems und den Schutz der Menschenrechte ausgedehnt. Memorial (Russland) erhielt 2004 den alternativen Nobelpreis (Right Livelihood Award).

In der Stalinismus-Diskussion unter Linken wird oft eingewandt, Stalinismus sei ein ideologischer Kampfbegriff, und solle deshalb keine Verwendung finden. Wenn Linke aber ihrem marxistischen Denkansatz nicht untreu werden, sind es doch die realen Verbrechen und Deformationen im Namen des Sozialismus, die den Rückblick auf den Realsozialismus und die Vision eines neuen Anlaufs belasten. Das Problem ist folglich nicht der Begriff. Es sind vielmehr die Tatsachen und die historischen Erfahrungen, die sich hinter ihm verbergen.



**antifa**

**Magazin für antifaschistische Politik und Kultur der VVN-BdA**

Beiträge November/Dezember 2012  
 ■ Kurt Pätzold Über den Sinn von Jahrestagen ■ Jürgen Weber Keine Anklage in Deutschland ■ Till Mayer Widersprüchliche Aspekte ■ Moritz Krawinkel Elf Jahre für ein Denkmal ■ Gerald Netzl Misstraut den Grünanlagen ■ Christoph Leclair Ehre, wem Ehre gebührt? ■ Peter Fisch Ein Expressionist im Exil ■ Maria González Gorosarri Heimliches Gedenken ■ Theresa Vollmer Rassismus in Bildern ■ Reiner Zilkenat Vergessener Widerstand

[www.antifa.vvn-bda.de](http://www.antifa.vvn-bda.de)

antifa erscheint alle zwei Monate, Preis € 2,50, ermäßigt für Schüler, Lehrlinge und Studenten (Nachweis) € 1,25, Jahresabo € 15,00 bzw. € 7,50

Hiermit bestelle ich antifa zum nächstmöglichen Termin

Name, Vorname: \_\_\_\_\_

Straße, Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ, Wohnort: \_\_\_\_\_

Das Abo verlängert sich um ein Jahr, wenn es nicht 6 Wochen vor Ablauf gekündigt wird.

Ort, Datum/Unterschrift: \_\_\_\_\_

Bitte einsenden an: Redaktion antifa, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Tel.: 030-29 78 41 75, Fax: 030-29 78 41 79

Zugespißt hat das Hartmut Krauss 1994 auf einer Konferenz des Arbeitskreises kritischer Marxistinnen und Marxisten folgendermaßen formuliert: »Anstatt nämlich die Stalinismuskritik als verdeckten Antikommunismus zu denunzieren, gilt es vielmehr den Stalinismus als effektivste Form des Antikommunismus zu begreifen ...«<sup>13</sup>. Dennoch bleibt in jüngsten Wortmeldungen für einige Autoren Stalinismus ein antikommunistischer Kampfbegriff, auch »wenn er unter dem Vorwand demokratischer Erneuerung ... gebraucht wird«. Die Kritik am Stalinismus sei eine »Entlastungsstrategie«. Die Stalin-Zeit bleibe »die Zeit ungeheurer Erfolge beim Aufbau des Sozialismus«, die zunächst herausgearbeitet werden müssten, »bevor wir zur Feststellung von Unrechtshandlungen, Verbrechen und Fehlentwicklungen und zur Erforschung ihrer Ursachen übergehen«.<sup>14</sup>

Selbstverständlich ist nicht zu leugnen, dass das Stalinismusetikett gern zur pauschalen Diskriminierung kommunistischer und sozialistischer Parteien und Bewegungen in Vergangenheit und Gegenwart missbraucht wird.<sup>15</sup> Deshalb auf die Auseinandersetzung mit dem Stalinismus und ein eigenes kritisches Verständnis der damit verbundenen Erscheinungen und Probleme zu verzichten, führt zurück zu Zeiten, in denen Themen nicht benannt wurden, weil sie »dem Gegner nutzen« konnten. Das wäre faktisch eine Rückkehr zu einem stalinistischen Selbstverständnis.

Initiativen, die eine Würdigung der zu Unrecht Diskriminierten und Verfolgten zum Ziel haben, werden auch künftig den Diskussionen um den Stalinismus-Begriff und seine historische Verortung nicht ausweichen können. Der Verweis auf eine fehlende allgemein anerkannte Definition hilft da nicht weiter, zumal es zahlreiche Angebote zur Begriffsbestimmung gibt. Darunter sind auch viele Autoren, die der marxistischen Denktradition und den Sympathisanten linker Bewegungen und Organisationen zuzuordnen sind.<sup>16</sup> Etliche scheinbar theoretische Erörterungen haben für die Erinnerungs- und Gedenkkultur unmittelbar praktische Relevanz. So entscheidet die Frage, ob mit Stalinismus nur die Schauprozesse und Repressionswellen unter Stalin in der Sowjetunion gefasst werden sollen oder ob darunter ein die Gesellschaft prägendes System mit nachhaltigen Langzeitwirkungen zu verstehen ist, darüber, welche Zeiträume, Ereignisse und Personen Gegenstand unserer Erinnerung sein müssen oder besser sein sollten.

## Jürgen Hofmann

- 1 Siehe dazu u. a.: Heinz Karl, Ein Stein der Provokation und der Verdrängung, in: Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der Linkspartei.PDS. Februar 2007 (Wortmeldungen auch im Heft 1/2007). – Jürgen Hofmann, Respekt vor den Opfern gebietet würdige Ehrung, in: Neues Deutschland, 5. Januar 2007, S. 14.
- 2 Zur Geschichte des Zentralfriedhofs und seiner Gedenkstätte der Sozialisten siehe u. a. Joachim Hoffmann, Berlin-Friedrichsfelde. Ein deutscher Nationalfriedhof, Berlin 2001; Jürgen Hofmann, Zentralfriedhof Friedrichsfelde (Die Neuen Architekturführer Nr. 91), Berlin 2006; ders., Das Grab der Rosa Luxemburg. Eine Spurensuche auf dem Zentralfriedhof Friedrichsfelde, in: Annelies Laschitzka und Klaus Gietinger (Hrsg.), Rosa Luxemburgs Tod. Dokumente und Kommentare (Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte 7), Leipzig 2010, S. 74–90.
- 3 Siehe Abgeordnetenhaus von Berlin; 12. Wahlperiode, Drucksache 12/2743 vom 20. April 1993: Mitteilung zur Kenntnisnahme über die Einrichtung einer Fachkommission zum Umgang mit den Denkmälern im ehemaligen Ost-Berlin, S. 9.
- 4 Siehe DIE LINKE.PDS, 10. Landesparteitag, 5. Tagung, 10. März 2007, Arbeitsmaterial, S. 14.
- 5 Michael Nelken, Schwierigkeiten einer Emanzipation. Zur Stalinismusdebatte in der PDS, in: Lothar Bisky/Jochen Czerny/Herbert Mayer/Michael Schumann (Hrsg.), Die PDS – Herkunft und Selbstverständnis, Berlin 1996, S. 66–86 (hier S. 71). Siehe auch im gleichen Band die Berichte von Horst Helas zur Stalinismusdebatte in der PDS und von Wladislaw Hedeler zur Stalinismusforschung in Russland.
- 6 Siehe u. a. Kurt Gossweiler, Der »moderne Revisionismus« und die Niederlage des Sozialismus – Eine Thesenreihe, in: Weißenseer Blätter, Berlin 1992, H. 4.
- 7 Siehe dazu Jürgen Hofmann, Bruch mit dem Stalinismus. Rückblick auf eine notwendige Debatte, in: Klaus Kinner (Hrsg.), Linke zwischen den Orthodoxien, Berlin 2011, S. 48–62.
- 8 Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS. Materialien, S. 55.
- 9 Siehe Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS. Protokoll der Beratungen am 8./9. und 16./17. Dezember 1990 in Berlin. Hrsg. von Lothar Hornbogen/Detlef Nakath/Gerd-Rüdiger Stephan, Berlin 1999, S. 222.
- 10 Siehe Für eine allen Sozialisten geweihte Gedenkstätte. ND-Interview mit Prof. Dr. Heinz Voßke, in: Neues Deutschland vom 2./3. Dezember 1989. – Heinz Voßke, Unsere Blumen auf den Gräbern, in: Ebenda vom 6./7. Januar 1990, S. 9. Siehe auch Herbert Wolfgram, Münzenberg und Kreikemeyer demnächst in Friedrichsfelde? In: Junge Welt vom 5./6. Dezember 1998.
- 11 Siehe Schlusswort und Schlussansprache N. S. Chruschtschows auf dem XXII. Parteitag der KPdSU. Resolution des XXII. Parteitages zum Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU. Oktober 1961, Berlin 1961, S. 31. Die SED-Führung sah keinen Anlass für ähnliche Schlussfolgerungen, da unter ihren Bedingungen »kein Personenkult entstehen« konnte und angeblich »einzelne Überspitzungen ... rechtzeitig und im Vorwärtsschreiten korrigiert« wurden. Siehe Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. VIII, Berlin 1962, S. 500.
- 12 Siehe Stefan Kreuzberger, Stalinismus und Erinnerungskultur, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 61. Jg., Nr. 46–50/2011, S. 44 f.
- 13 Hartmut Krauss, Stalinismuskritik ohne Begriff? Oder Verweigerung einer begreifenden Analyse des Stalinismus, in: Glasnost-Archiv (zitiert nach: [www.glasnost.de/autoren/krauss/stalin1.html](http://www.glasnost.de/autoren/krauss/stalin1.html)). Ausdruck vom 5. Mai 2008).
- 14 Hans Heinz Holz, Erklären, nicht verharmlosen, in: Junge Welt vom 14. März 2011, S. 10. Es handelt sich dabei um einen Vorabdruck aus seinem Buch Theorie als Materielle Gewalt. Die Klassiker der III. Internationale, Berlin 2011 (Aufhebung und Verwirklichung der Philosophie; 2).
- 15 Einen Überblick über bisher vorhandene Erinnerungsorte und ihre teilweise zwiespältigen Widmungen in der Bundesrepublik Deutschland bietet Anne Kaminsky (Hrsg.), Orte des Erinnerns. Gedenkzeichen, Gedenkstätten und Museen zur Diktatur in SBZ und DDR, Bonn 2007.
- 16 Siehe aus den letzten Jahrzehnten u. a. Heinz Kühnrich, Stalinismus. Der Autor im Gespräch mit Jürgen Weidlich, Berlin 1990; Wladislaw Hedeler/Horst Helas/Dietmar Wulff, Stalins Erbe. Der Stalinismus und die deutsche Arbeiterbewegung, Berlin 1990; Schauprozesse unter Stalin 1932–1952. Zustände, Hintergründe, Opfer. Mit einem Vorwort von Horst Schützler, Berlin 1990; Wolfgang Ruge, Stalinismus – eine Sackgasse im Labyrinth der Geschichte, Berlin 1991; Heinz Niemann, Vorlesungen zur Geschichte des Stalinismus, Berlin 1991; Gerhard Lozek, Stalinismus – Ideologie, Gesellschaftskonzept oder was? Klartext. H. 4, hrsg. von Helle Panke e. V., Berlin 1993; Wolfgang Gehrke (Hrsg.), Stalinismus. Analyse und Kritik. Beiträge zu einer Debatte, Bonn 1994; Zur Stalinismus-Debatte. 50 Jahre nach dem XX. Parteitag der KPdSU. Erklärung der Historischen Kommission beim Parteivorstand der Linkspartei.PDS vom Febr. 2006 (<http://archiv2007.sozialisten.de/partei/geschichte>); Karl-Heinz Gräfe, Es kommt auf die Definition an, in: Neues Deutschland vom 4. August 2006; Thomas Marxhausen, Stalin, Stalinismus, Stalinismen. Ein Beitrag zur Stalinismusdebatte, hrsg. von »Helle Panke« Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin, Berlin 2009 (Philosophische Gespräche. H. 13).

# Reichsgesetzblatt

83

## Teil I

1933

Ausgegeben zu Berlin, den 28. Februar 1933

Nr. 17

Inhalt: Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat. Vom 28. Februar 1933. . . . . S. 83

### Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat. Vom 28. Februar 1933.

Auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung wird zur Abwehr kommunistischer staatsgefährdender Gewaltakte folgendes verordnet:

#### § 1

Die Artikel 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 der Verfassung des Deutschen Reichs werden bis auf weiteres außer Kraft gesetzt. Es sind daher Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechts der freien Meinungsäußerung, einschließlich der Pressfreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechts, Eingriffe in das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprecheheimnis, Anordnungen von Hausdurchsuchungen und von Beschlagnahmen sowie Beschränkungen des Eigentums auch außerhalb der sonst hierfür bestimmten gesetzlichen Grenzen zulässig.

#### § 2

Werden in einem Lande die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen nicht getroffen, so kann die Reichsregierung insoweit die Befugnisse der obersten Landesbehörde vorübergehend wahrnehmen.

#### § 3

Die Behörden der Länder und Gemeinden (Gemeindeverbände) haben den auf Grund des § 2 erlassenen Anordnungen der Reichsregierung im Rahmen ihrer Zuständigkeit Folge zu leisten.

#### § 4

Wer den von den obersten Landesbehörden oder den ihnen nachgeordneten Behörden zur Durchführung dieser Verordnung erlassenen Anordnungen oder den von der Reichsregierung gemäß § 2 erlassenen Anordnungen zuwiderhandelt oder wer zu solcher Zuwiderhandlung auffordert oder anreizt, wird, soweit nicht die Tat nach anderen Vorschriften mit einer schwereren Strafe bedroht ist, mit Gefängnis nicht unter einem Monat oder mit Geldstrafe von 150 bis zu 15 000 Reichsmark bestraft.

Wer durch Zuwiderhandlung nach Abs. 1 eine gemeine Gefahr für Menschenleben herbeiführt, wird mit Zuchthaus, bei mildernden Umständen mit Gefängnis nicht unter sechs Monaten und, wenn die Zuwiderhandlung den Tod eines Menschen verursacht, mit dem Tode, bei mildernden Umständen mit Zuchthaus nicht unter zwei Jahren bestraft. Daneben kann auf Vermögensseinziehung erkannt werden.

Wer zu einer gemeingefährlichen Zuwiderhandlung (Abs. 2) auffordert oder anreizt, wird mit Zuchthaus, bei mildernden Umständen mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft.

#### § 5

Mit dem Tode sind die Verbrechen zu bestrafen, die das Strafgesetzbuch in den §§ 81 (Hochverrat), 229 (Giftbeibringung), 307 (Brandstiftung), 311 (Explosion), 312 (Überschwemmung), 315 Abs. 2 (Beschädigung von Eisenbahnanlagen), 324 (gemeingefährliche Vergiftung) mit lebenslangem Zuchthaus bedroht.

Mit dem Tode oder, soweit nicht bisher eine schwerere Strafe angedroht ist, mit lebenslangem Zuchthaus oder mit Zuchthaus bis zu 15 Jahren wird bestraft:

1. Wer es unternimmt, den Reichspräsidenten oder ein Mitglied oder einen Kommissar der Reichsregierung oder einer Landesregierung zu töten oder wer zu einer solchen Tötung auffordert, sich erbietet, ein solches Erbieten annimmt oder eine solche Tötung mit einem anderen verabredet;
2. wer in den Fällen des § 115 Abs. 2 des Strafgesetzbuchs (schwerer Aufruhr) oder des § 125 Abs. 2 des Strafgesetzbuchs (schwerer Landfriedensbruch) die Tat mit Waffen oder in bewußtem und gewolltem Zusammenwirken mit einem Bewaffneten begeht;
3. wer eine Freiheitsberaubung (§ 239) des Strafgesetzbuchs in der Absicht begeht, sich des der Freiheit Beraubten als Geißel im politischen Kampfe zu bedienen.

#### § 6

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 28. Februar 1933.

Der Reichspräsident  
von Hindenburg

Der Reichskanzler  
Adolf Hitler

Der Reichsminister des Innern  
Frick

Der Reichsminister der Justiz  
Dr. Gürtner

Herausgegeben vom Reichsministerium des Innern. — Gedruckt in der Reichsdruckerei, Berlin.



**Jan Korte**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Jan Korte MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Berlin, 15.08.2012

**Jan Korte MdB**  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: 030 227-71100  
Fax: 030 227-76201  
E-Mail: jan.korte@bundestag.de  
Homepage: www.jankorte.de

**Bürgerbüro Bemburg**  
Kleine Wilhelmstr. 2b  
06406 Bemburg  
Telefon & Fax: 03471-622 947  
jan.korte@wk.bundestag.de

**Bürgerbüro Bitterfeld-Wolfen**  
Kirchstr. 2  
06749 Bitterfeld-Wolfen  
Telefon: 03493-401 594  
Fax: 03493824 957  
bitterfeld@jankorte.de

**Bürgerbüro Staßfurt**  
Grenzstr. 11  
39418 Staßfurt  
Telefon & Fax: 03925-322 381  
staassfurt@jankorte.de

**Bürgerbüro Köthen**  
Schlaunische Str. 6/7  
06366 Köthen  
Telefon & Fax: 03496-303390  
koethen@jankorte.de

Mitglied im Innenausschuss

Mitglied im Vorstand der  
Fraktion DIE LINKE.

## **Praktizierter Verfassungsschutz: Konkrete Vorschläge zur Auflösung des Inlandsgeheimdienstes**

Positionspapier von Jan Korte, Leiter des Arbeitskreises III -  
Demokratie, Kultur, Wissen und Bildung der  
Bundestagsfraktion DIE LINKE.

### **Einleitende Bemerkungen**

Nicht erst mit dem NSU-Debakel haben sich das Bundesamt für den Verfassungsschutz (BfV) und die wesentlichen Säulen der bundesdeutschen (geheimen) Sicherheitspolitik – Bundeskriminalamt (BKA), Bundesnachrichtendienst (BND), Militärischer Abschirmdienst (MAD) und die Landesämter für Verfassungsschutz (LfV) - in eine schwere Legitimationskrise gestürzt. Diese Krise ist die bislang größte. Sie existiert nicht nur in der bundesdeutschen Politik, sondern auch in der Bevölkerung und in den Behörden selbst. Letzteres ist ein eher selten eintretender Umstand.

Im Mittelpunkt der Kritik steht zurzeit besonders der Verfassungsschutz (VS) im Bund UND in den Ländern gleichermaßen. Alle Aspekte der VS-Konzeption, ihrer Strukturen, ihre Instrumente und ihre immer „organischere“ Integration auf allen Ebenen der deutschen



Sicherheitsarchitektur werden in Frage gestellt. Bisherige, weniger umfassende Krisen wurden bis dato auf die immer gleiche Art und Weise gelöst: Die Zentralinstanzen wurden gestärkt, Befugnisse erweitert, Instrumente geschärft und die Grenzen zwischen polizeilichen und geheimdienstlichen Aktivitäten durch Gesetzgebung und immer intensivere Formen der Kooperation weiteraufgeweitet. Effektive Kontrollen geheimdienstlicher Aktivitäten konnten hingegen nie durchgesetzt werden. Das verdeutlicht nicht zuletzt die unwürdige Debatte um die Änderung des Gesetzes zur parlamentarischen Kontrolle der Geheimdienste 2008/2009.

Dabei hätten die Geheimdienste, als Relikte des sogenannten Kalten Krieges mit dessen Ende, ebenso der Vergangenheit angehören können. Stattdessen wurden VS und BND ausgebaut und auf „neue Aufgaben“ hin ausgerichtet. Zu Beginn der 2000er Jahre kam es im Rahmen neuer Sicherheitspakete zur nochmaligen Ausweitung der Befugnisse! Diese reichten von den quasi polizeilichen Konto- und Finanzierungsüberprüfungen bei Banken und Finanzdienstleistern, über neue Formen der Zusammenarbeit aller deutschen Sicherheitsbehörden durch die Gründungen des ‚Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrums‘ (GTAZ) und des ‚Gemeinsamen Analyse- und Strategiezentrums illegale Migration‘ (GASIM) sowie der Errichtung der Anti-Terrordatei (ATD) und führten damit zur Überwindung des Trennungsgebotes<sup>1</sup>.

Die Ausweitung der Kontrollbefugnisse des Parlaments und der Bürgerinnen und Bürger gegenüber den Geheimen gerät selbst nach intensiver Recherche dagegen sehr kurz.

---

<sup>1</sup> Vgl. Anlage I



Eine ganze Reihe der jeweiligen Reformen der deutschen Sicherheitsarchitektur haben nicht nur nichts genutzt, sondern sind sogar mitverantwortlich für das Gesamtversagen der Sicherheitsbehörden, in deren Verbund der VS intensiv wirkt. Das System der Informationsbeschaffung des VS in Bund und Ländern, das sich wesentlich auf V-Leute und damit untrennbar auf das Prinzip des "Quellenschutzes statt Strafverfolgung" stützt, gefährdet Menschenleben. Und es ist schließlich systembedingt zu einer Gefahr für Rechtsstaat und Demokratie geworden. Der Beitrag dieses Systems bspw. zur Aufrechterhaltung und permanenter Erneuerung von Nazi-Szenen ist nicht mehr zu leugnen. Allen parlamentarischen und institutionellen Kontroll- und Zähmungsansätzen hat dieses fehlerhafte System unmissverständlich die Grenzen gezeigt.

Parlamentarische Kontrollgremien (PKG) können – trotz einer verantwortungsbewussten Arbeit der Opposition, besonders der LINKEN, in diesen Gremien – am grundsätzlichen Problem nichts ändern. Denn es ist im System angelegt, dass Parlamenten die Kontrolle eines nachrichtendienstlichen VS im Sinne von Grundrechtsschutz und Demokratie nicht möglich ist. Geheimdienste lassen sich nicht kontrollieren oder verbessern. Nur die schrittweise Auflösung des Inlandsgeheimdienstes kann perspektivisch zu einer Auflösung des staatlich organisierten Gefahrenpotentials führen. Es muss darüber hinaus auch geprüft werden, ob die PKG qua Existenz und Ausformung nicht zur Verdunkelung der Arbeit des VS missbraucht wurden.

Ein Aufbrechen der aktuellen Strukturen der geheimen Sicherheitsbehörden entspräche überdies den durch die VerfasserInnen des Grundgesetzes gegebenen Aufträgen an die



gewählten ParlamentarierInnen. Denn: Die Ausgestaltung des VS als Geheim- oder Nachrichtendienst ist im Grundgesetz nicht vorgeschrieben – weder im Bund, noch in den Ländern. Selbst die Einrichtung des Verfassungsschutzamtes schreibt die Verfassung nicht vor. Das Amt gründet sich nur auf eine Kann-Regelung.

**I. Sofortmaßnahmen zur Auflösung der Ämter für den Verfassungsschutz:**

1. Das BfV wird bis 2014 auf seine ursprünglichen Aufgaben der Informations- und Koordinationsstelle des Bundes für Fragen des Verfassungsschutzes ohne nachrichtendienstliche Kompetenzen reduziert. Alle Landesbehörden werden zu Abteilungen der Landesinnenministerien, wie es jetzt schon in der Hälfte der Bundesländer der Fall ist, umstrukturiert. Eine Ein- oder Unterordnung der Landesämter unter das BfV erfolgt nicht.
2. BfV und allen Landesbehörden bzw. Abteilungen der Länderinnenministerien werden die Grundlagen zur Informationserhebung mit nachrichtendienstlichen Mitteln entzogen; das umfasst das (schrittweise) Abschalten aller V-Leute, das Abschalten „menschlicher Quellen“ und die Verwendung von Legenden und Tarnpapieren sowie die Streichung der Befugnisse zur Überwachung des Fernmelde- und Postverkehrs nach dem Gesetz zu Art. 10 GG, verdeckte Ermittlungen, Observationen, Aufzeichnung von und Entschlüsselung von Kommunikation, Beobachtung des Funkverkehrs u.a.m.



3. Der Verfassungsschutz in Bund und Ländern verliert alle Befugnisse zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität bzw. seine quasi polizeilichen Befugnisse<sup>2</sup>.
4. Bundes- und Landesämter für Verfassungsschutz werden spätestens ab 01.01.2014 aus allen Kooperationsgremien wie GTAZ, Gemeinsames Abwehrzentrum Rechts (GAR), GASIM zurückgezogen. Dasselbe gilt für die im Rahmen der Innenministerkonferenz (IMK) und ihrer Arbeitskreise eingerichteten Projekt- und Arbeitsgruppen. Der Verfassungsschutz leistet dort, mit seinen als Geheimdienst erworbenen Informationen, Zuarbeit zu Lagebildern, aber auch zu operativen Maßnahmen der einzelnen Behörden und Gremien. Er ist quasi der nachrichtendienstliche Arm von bis zu 40 Sicherheitsbehörden und anderen Gremien.
5. Die Regelungen zur Übermittlung von Informationen des BfV an Landes- und Polizeibehörden, sowie zur Regelung der Zusammenarbeit mit MAD und BND werden im Bundesverfassungsschutzgesetz (BVerfSchG) gestrichen. Die bisher geheimen Zusammenarbeitsrichtlinien werden veröffentlicht und außer Kraft gesetzt.
6. Vertreter des VS werden aus allen Gremien, Institutionen und Behörden(abteilungen) zurückgezogen, in denen sie mit der Aufgabe „Bekämpfung des Terrorismus“ oder der Bedrohung der Sicherheit vertreten sind.
7. Vertreter des BfV oder der bisherigen LfV werden aus allen Gremien und Institutionen der EU zurückgezogen,

---

<sup>2</sup> Vgl. ebd.





- in denen sie als Vertreter deutscher Geheim-/Nachrichtendienste vertreten sind.
8. Alle Dateien und Akten in Bund und Ländern werden jeglicher nachrichtendienstlichen und polizeilichen Verwendung entzogen. Die entsprechenden automatisierten technischen Verbindungen zwischen den Sicherheitsbehörden werden gekappt. Unter Beteiligung der zuständigen Datenschutzbehörden werden Dateien und Akten gesichert, archiviert und der wissenschaftlichen Aufarbeitung und zur Information der Betroffenen aufgearbeitet und zur Verfügung gestellt. Laufende Vorgänge werden Gremien in Bund und Ländern zur Prüfung der weiteren Verwendung der jeweiligen Informationen vorgelegt. Diese Gremien setzen sich aus MitarbeiterInnen der jeweiligen Innen- und Justizministerien, Abgeordneten der Landtage bzw. des Bundestages und weiteren zivilgesellschaftlichen Akteuren zusammen.
  9. Die vor allem in den Ländern unter dem Mantel der Aufklärung vom VS entwickelte Bildungsarbeit wird eingestellt. Die für diese Zwecke eingesetzten finanziellen Mittel werden unabhängigen Bildungseinrichtungen zugewiesen.
  10. Die Arbeit der Staatsschutzabteilungen der Polizei in Bund (BKA, BPol) und Ländern werden bis zum Ende dieser Legislatur evaluiert. Insbesondere muss untersucht werden, in welchem Verhältnis die Eingriffsbefugnisse zu den Ermittlungserfolgen stehen. Ziel ist auch hier, für die Entfernung der quasi-nachrichtendienstlichen Vorfeld-Befugnisse aus dem politischen Bereich zu sorgen.



11. In den laufenden Haushaltsberatungen werden die bisher für die Aufgaben unter 1-8 aufgewendeten Ausgaben gestrichen. Sie werden den für die Datenschutzbeauftragten neu entstehenden Aufgaben und für die Aufarbeitung und Verwaltung der Dateien und Akten anfallenden Ausgaben eingesetzt.
12. Die Bundestagsfraktion DIE LINKE will eine maßgebliche Stärkung des Innen- und Rechtsausschusses. Gerade die öffentlich tagenden parlamentarischen Gremien müssen mit mehr Kontrollrechten gegenüber den Sicherheitsbehörden ausgestattet werden.

## **II. Langfristige Maßnahmen zur Ausgestaltung öffentlicher Sicherheit und Festigung der Demokratie**

Mit diesen Sofortmaßnahmen sollen die Voraussetzungen geschaffen werden, der Verfassungsaufgabe - die freiheitliche, demokratische und soziale Verfassungsordnung zu schützen – vollumfänglich nachzukommen. An Stelle einer nachrichtendienstlich arbeitenden Behörde tritt eine Informations- und Dokumentationsstelle für Menschenrechte, Grundrechte und Demokratie in Bund und Ländern. Diese sollen die Dokumentation neonazistischer, rassistischer, antisemitischer und anderer gegen die Grundsätze der Verfassung gerichteten Aktivitäten und Einstellungen, sowie ihre strukturellen und öffentlichen Erscheinungsformen vornehmen. Zu diesem Zwecke arbeitet sie wissenschaftlich und ist befugt, mit Dritten zusammenzuarbeiten. Informationen erhält das Informations- und Dokumentationszentrum nur aus öffentlich zugänglichen Quellen und wissenschaftlichen Studien. Ehemalige Mitarbeiter der Bundes- und Landesämter für den



Verfassungsschutz, die im Bereich der Anwendung von nachrichtendienstlichen Mitteln tätig waren, werden nicht in die Informations- und Dokumentationszentren übernommen.

Aufgaben der Informations- und Dokumentationszentren sind die

- Erstellung regelmäßiger Berichte zur politischen Einstellung der Bevölkerung unter besonderer Betrachtung neonazistischer, rassistischer und antisemitischer Positionen,
- Dokumentation neonazistischer, gegen die Verfassung gerichtete Bestrebungen,
- Entwicklung von Handlungsempfehlungen für Behörden und anderen Verantwortungsträgern zur Zurückdrängung neonazistischer, rassistischer, antisemitischer und antidemokratischer Einstellungen.
- Die Beobachtung und Auswertung von organisierter Menschenfeindlichkeit sowie die Beobachtung und Entwicklung von religiösem Fundamentalismus.

Die Übermittlung von personenbezogenen Daten an und von Behörden, die über nachrichtendienstliche Befugnisse auf Grundlage anderer Gesetze als der Strafprozessordnung oder der das allgemeine Polizeirecht regelnden Gesetze des Bundes und der Länder verfügen, ist ausgeschlossen. Jede Bürgerin und jeder Bürger kann sich mit der Bitte um Auskunft an die Informations- und Dokumentationszentren wenden. Datenschutzrechtliche Bestimmungen bei der Informationsweitergabe, insbesondere der Schutz persönlicher Belange, sind einzuhalten. Zur Unterstützung der Arbeit der Informations- und Dokumentationszentren werden Beiräte



gebildet. In diese inkorporiert werden dabei die durch die Verfassungen der Länder und des Bundes zu bildende parlamentarische Kontrollgremien.

Folgende offene Fragen haben sich bei der Erarbeitung des Positionspapiers ergeben, über die eine Debatte in der nächsten Zeit sowohl in, als auch außerhalb des Parlaments stattfinden sollte:

1. **Themenkomplex Spionageabwehr:** Inwieweit tangiert der Komplex Spionageabwehr das Wirken von Geheimdiensten im Inneren der Bundesrepublik Deutschland? Wenn die Antwort darauf bejaht werden muss, welche Behörde kann/sollte diese Aufgabe übernehmen? Oder ist die Tatsache, dass die Spionageabwehr sich zu großen Teilen auf Wirtschaftsspionage konzentriert Grund genug, auch diesen Komplex endgültig zu schließen und die Demokratie nicht wirtschaftlichen Interessen unterzuordnen?
2. **Themenkomplex Kompetenzübertragung:** Müssen Kompetenzen, die bislang beim BfV lagen zwangsläufig an andere Behörden, zum Beispiel das BKA, übertragen werden? Und wenn ja, welche sind dies? Wie ist unter diesen Vorzeichen das durch DIE LINKE geforderte Einhalten des strikten Trennungsgebotes umzusetzen bzw. zu erhalten? Oder ist diese Frage vor dem Hintergrund der Gefahr einer erneuten Verselbständigung der jeweiligen Behörde generell zu verneinen?
3. **Themenkomplex Dokumentationszentren:** Wem sollen die Dokumentationszentren zuarbeiten bzw. unterstehen? Werden diese den Innenministerien zugeordnet oder nach einem Stiftungsmodell organisiert?

# Adam König ist tot

Wenige Wochen vor seinem 90. Geburtstag ist das älteste Mitglied unserer Bundes-Arbeitsgemeinschaft Rechtsextremismus/Antifaschismus verstorben.

Adam König hat an den Beratungen unseres Verbundes aktiv teilgenommen und seine Meinung dort kundgetan. Dabei schöpfte er aus den Erfahrungen seines reichen, konfliktreichen Lebens. Und immer konnte er sich dabei auf ganz aktuelle Begegnungen mit jungen Menschen berufen, die ihm besonders am Herzen lagen.

Der ehemalige jüdische Häftling des Konzentrationslagers Sachsenhausen hat auch die Zwangsarbeit in Auschwitz für den Chemiekonzern IG Farben überlebt. Begegnungen mit anderen ehemaligen Zwangsarbeitern des Lagers Buna-Monowitz waren für ihn Quelle des Erinnerns an tote Leidensgefährten wie des Gedankenaustauschs mit anderen Davongekommenen.

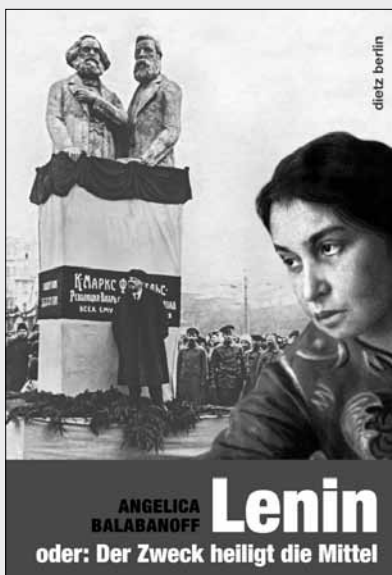
Unermüdlich hat Adam König in der Gedenkstätte Sachsenhausen und anderswo aus seinem Leben erzählt. Geduldig, stets ruhig und freundlich hat er jede Frage beantwortet. Das Spektrum dessen, was Jüngere von ihm wissen wollten, die respektvoll, sensibel und doch drängend um Auskunft baten, war

breit gefächert. Adam König sollte erklären, wie ein Mensch solche Torturen überhaupt ertragen konnte. Und es war sein Standpunkt gefragt, warum ihn aktuelle rechtsextremistische Vorfälle nicht schreckten und was dagegen zu tun sei.

Von Adam König konnte man lernen, über Geschehnisse und Personen keine vorschnellen Urteile zu fällen. Oft hat er im Konzentrationslager Solidarität von Menschen erfahren, die von den Nationalsozialisten willkürlich in andere Häftlingskategorien eingeteilt worden waren als ihn, den jüdischen politischen Häftling. Er hatte zugleich differenzierte Ansichten über den Erfolg der Anstrengungen im gegenwärtigen Deutschland, mit den Verbrechen an den europäischen Juden umzugehen. Diese Fähigkeit unterschied ihn von Modetrends des Umgangs mit Geschichte – aber auch von einseitigen Urteilen von Menschen seiner Generation.

Nicht nachzulassen in den Anstrengungen im Kampf gegen Rechtsextremismus – das ist wohl ganz im Sinne von Adam König.

Sprecherrat der Bundes-Arbeitsgemeinschaft Rechtsextremismus/Antifaschismus beim Vorstand der Partei DIE LINKE



Angelica Balabanoff  
**Lenin oder: Der Zweck heiligt die Mittel**  
Hrsg. von Jörn Schütrumpf  
192 Seiten, Klappenbroschur, 22,00 Euro  
ISBN 978-3-320-02288-4

Den Emigranten Lenin lernte Angelica Balabanoff 1906 in Zürich kennen. Es war die Zeit, als der spätere Faschistenführer Benito Mussolini noch zum Freundeskreis der in Russland geborenen Führerin der italienischen Sozialisten gehörte. Angelica Balabanoff geriet mit Lenin nicht zuletzt als Organisatorin der Zimmerwalder Konferenzen gegen den Ersten Weltkrieg immer wieder aneinander: Sie wollte die Sozialistische Internationale, in deren Büro sie bis 1914 neben Rosa Luxemburg, August Bebel, Jean Jaures und Lenin mitgearbeitet hatte, erneuern, Lenin wollte die Internationale spalten ...

Im revolutionären Russland arbeiteten Lenin und Angelica Balabanoff nach 1917 zusammen, bis sie 1921 freiwillig ausreiste. Doch erst die Niederschlagung der ungarischen Revolution im November 1956 überzeugte Angelica Balabanoff, dass das Sowjetsystem auch auf längere Sicht keinen Sozialismus freisetzen könne. Das bewog sie, ihr Schweigen über Lenin zu brechen.

dietz berlin



Am 25. Juni 1933 überfällt die SA den sozialdemokratischen »Vorwärts« in Berlin. Das Bild zeigt SA und Polizei nach dem Überfall.



Schutzpolizei nach der Erstürmung des Karl-Liebknecht-Hauses.



Terror gegen Nazigegner in Chemnitz, März 1933.



Appell in dem frühen Konzentrationslager Oranienburg, Frühjahr 1933.



# »Das Kartell der Verharmloser« – Wie deutsche Behörden systematisch rechtsextremen Alltagsterror bagatellisieren

»In vielen Städten existiert eine Kultur des Wegschauens: Die Opfer werden in ihrer Notsituation allein gelassen, die Täter hingegen erfahren Solidarisierung und können dadurch immer mehr gesellschaftlichen Raum besetzen. Wer das Nazi-Problem offen anspricht, trifft dagegen auf Abwehr, wird gar als »Nestbeschmutzer« diffamiert«, konstatiert die Politologin Marion Kraske im Einstieg in der Broschüre, die jüngst von der Amadeo-Antonio-Stiftung herausgegeben wurde. In acht Bundesländern recherchierte die Autorin wie Polizei und Politik mit Rassismus, Antisemitismus und anderen Diskriminierungsformen umgehen. Das Bild, was sich ihr bot, ist erschreckend. Die Spanne reicht von Verharmlosung frem-

denfeindlicher und neonazistischer Angriffe bis zu rassistischen Äußerungen seitens der herbeigerufenen Polizisten und gar Täter-Opfer-Umkehr. Auch Bürgerinnen und Bürger, die sich gegen Neonazis engagieren, fühlen sich oft im Stich gelassen. Die 30seitige Broschüre beschreibt das Problem in mehreren Beispielen und kann auf der Webseite der Stiftung als pdf-Datei heruntergeladen werden:

<http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/aktuelles/das-kartell-der-verharmloser/>

Julia Wiedemann

## Hoppe, hoppe, Reiter!



Wie gern trägt Papa Eugenberg  
Als Hottel den Hitlerzwerg.  
Allein — die Sache ist verheert:  
Der Hitlerknabe wächst und wächst.

Bedrückend wird sein Gewicht  
Das Eugenpferdchen schafft es nicht.  
Zu Boden sinkt es fleh und matt,  
Der feiste Reiter drückt es platt.



# Eine gelungene Symbiose.

## 25 Jahre »Topographie des Terrors«

Vor nunmehr 25 Jahren rückte im Zentrum Berlins, in unmittelbarer Mauernähe, ein geschichtsträchtiger Ort (wieder stärker) in das Blickfeld der Öffentlichkeit. In den Dienstgebäuden von Gestapo, SS und Reichssicherheitshauptamt war seit Januar 1933 der Mord an den europäischen Juden geplant und organisiert worden. Von hier wurden die Instruktionen erteilt, jeglichen Widerstand gegen das Regime des Nationalsozialismus mit beispielloser Gewalt zu unterdrücken – zuerst das Aufbegehren von Deutschen verschiedenster Weltanschauung oder politischen Engagements, schließlich von Menschen in allen Ländern, die im 2. Weltkrieg besetzt wurden. Das Bild von der Spinne, das von diesem Ort aus ihr todbringendes Netz über Europa ausbreitete, ist stimmig.

Zum Geleit dieser Schrift erinnern Andreas Nachama, der Geschäftsführende Direktor der Stiftung Topographie des Terrors und Christine Fischer-Defoy als Vorsitzende des Aktiven Museums Faschismus und Widerstand in Berlin e. V. an paralleles und schließlich gemeinsames Handeln. 25 Jahre bürgerliches Engagement – oft mit ungewöhnlichen Mitteln praktiziert – sowie die Beharrlichkeit von Wissenschaftlern und Politikern führten schließlich zum Erfolg.

Matthias Haß zeichnet chronologisch den Weg bis zur Eröffnung des Dokumentationszentrums Topographie des Terrors im Mai 2010 nach. Dem Text beigegebene Fotos belegen, wie aus einer baulichen Brache schrittweise ein Erinnerungsstät-

te entstand, der heute weltweit bekannt ist. Aktivisten des Vereins Aktives Museum Widerstand kommen zu Wort. Die vielfältigen Konflikte um die bauliche Umsetzung des inhaltlichen Konzepts für das Zentrum, die zeitweilig gar zur Gefährdung des ganzen Projekts führten, werden nachgezeichnet.

Die Dokumentation zeigt auch: Alle Beteiligten waren auch deshalb zum Erfolg verpflichtet, weil die internationale Blamage, dass man sich in Deutschland und Berlin mit der Erinnerung an die nationalsozialistischen Haupttäter immer noch so schwer tat, augenfällig geworden wäre.

Das Dokumentationszentrum Topographie des Terrors ist heute ein Besuchermagnet für Berliner und Berlin-Besucher. Wechselnde Ausstellungen und zahlreiche Veranstaltungen prägen das Bild von einem lebendigen Lern-Ort.

Der Ratschlag diesmal: unbedingt kaufen, lesen und weiter empfehlen. Ein besseres Souvenir kann man von hier nicht mit nach Hause nehmen. Und: Man hat ein Hilfsmittel für stetes Erinnern.

### Horst Helas

Mathias Haß: Das Aktive Museum und die Topographie des Terrors, Bd. 4 der Notizen der Stiftung Topographie des Terrors, Hentrich & Hentrich Berlin 2012

# Jetzt erst recht

## Anschläge auf Wahlkreisbüros nehmen weiter zu – aber einschüchtern lassen wir uns nicht

In der Nacht vom 11. zum 12. Juni wurde auf das Büro der Partei DIE LINKE in Gera ein Anschlag mit Sprengmitteln verübt. An den Scheiben des Büros waren Böller oder sprengstoffhaltige Patronen mit Klebeband befestigt und angezündet worden. Das Glas der Eingangstür sowie ein weiteres Fenster wurden dabei zerstört.

In der Nacht zum 22. August wurde ein Anschlag auf das Wohnhaus des LINKE-Bezirkspolitikers Hans Erxleben in Trepow-Köpenick verübt. Unbekannte sprengten den Briefkasten mit Böllern und warfen mit Steinen die Fensterscheiben ein. Erxleben ist seit vielen Jahren in seinem Bezirk engagiert gegen Rechtsextremismus und in zahlreichen Bündnissen aktiv. In derselben Nacht war das Büro der SPD-Jusos in Oberschönneweide angegriffen worden.

In der Nacht vom 26. auf den 27. August werden erneut auf zwei Büros der SPD. Scheiben wurden eingeschlagen, eine teerartige Flüssigkeit verteilt und die Worte »Rache für Dortmund« an die Fassade gesprayed. Wenige Tage zuvor waren durch den SPD-Innenminister in Nordrhein-Westfalen Ralf Jäger die »Kameradschaft Aachener Land«, der »Nationale Widerstand Dortmund« und die »Kameradschaft Hamm« verboten worden.

Anschläge wie diese sind keine Einzelfälle mehr. Seit Jahren versuchen Neonazis mit Angriffen auf zivilgesellschaftliche Projekte und Initiativen gegen Rechts ihre Gegner ein-

zuschüchtern. Mittlerweile werden häufiger auch auf Büros demokratischer Parteien, vor allem der Partei DIE LINKE, der SPD und der GRÜNEN Anschläge verübt. Farbbeutel, rechts-extreme Schmierereien, Buttersäure, eingeschlagene Fensterscheiben.

Das Wahlkreisbüro der Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke (DIE LINKE) wurde bereits sechs mal attackiert. Ebenso war das Wahlkreisbüro der LINKEN von Wulf Gallert und Eva von Angern in Magdeburg bereits zum sechsten Mal in diesem Jahr Ziel eines Anschlags. Für 2011 zählt der Verfassungsschutz in Mecklenburg-Vorpommern insgesamt 46 Übergiffe mit Sachbeschädigung auf Wahlkreisbüros der im Landtag vertretenen Parteien.

Nicht nur die Zahl der Anschläge steigt, auch die Aggressivität scheint zu zunehmen. Schon mehrfach kam in diesem Jahr auch Sprengmaterial zum Einsatz. Die Täter sind oft schwer zu ermitteln.

Diese Anschläge sind weit mehr als Sachbeschädigung. Sie sind gezielte Einschüchterungsversuche und ein Angriff auf die Demokratie. Doch Fakt ist: mit dieser Taktik erreichen die Neonazis nur das Gegenteil: Die Solidarisierung mit den Betroffenen und die Schärfung der Wahrnehmung des Problemfelds Rechtsextremismus. Wir machen weiter, jetzt erst recht und sowieso!

**Julia Wiedemann**

## REZENSIONEN UND ANNOTATIONEN

# Basisdemokratie und Arbeiterbewegung

Eine Veröffentlichung zu einer bislang vernachlässigten Problematik

**Basisdemokratie und Arbeiterbewegung. Günter Benser zum 80. Geburtstag**

**Hrsg. von Rainer Holze und Siegfried Prokop. Karl Dietz Verlag Berlin GmbH 2012, ISBN 978-3-320-02272-3, 288 Seiten, Broschur, 19,90 Euro.**

Im Januar 2011 haben die »Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin und Brandenburg« gemeinsam mit dem »Förderkreis Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung« anlässlich des 80. Geburtstages des weit über die Grenzen Deutschlands und der Kenner seines Fachgebietes bekannten Historikers Günter Benser in Berlin ein wissenschaftliches Kolloquium durchgeführt. Vor den etwa 120 TeilnehmerInnen haben dort HistorikerInnen aus der BRD und aus Polen Vorträge zu dem Thema »Basisdemokratie und Arbeiterbewegung – Erfahrungen und Vermächtnis« gehalten.

In dem Band »Basisdemokratie und Arbeiterbewegung« sind jetzt sowohl die Beiträge des Kolloquiums als auch einige weitere zu der Thematik veröffentlicht worden. Zu Recht weisen in ihrem Vorwort (S. 9 ff.) die beiden Herausgeber Rainer Holze und Siegfried Prokop eingangs darauf hin, dass dem Spannungsverhältnis von Basisdemokratie und ArbeiterInnenbewegung nicht nur eine hohe Aktualität innewohnt, sondern dass diese Problematik zugleich auch viel mit der wissenschaftlichen Biographie von Günter Benser zu tun hat (S. 9), worauf dieser später auch selber explizit hinweist (S. 25 ff.). Günter Benser ist der erste und zugleich auch der letzte Direktor des Berliner »Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung« gewesen. Dieses ist im Dezember 1989 aus dem »Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED« (IML) hervorgegangen. In diesem IML hat Benser über dreißig Jahre geforscht und dort zuletzt als stellvertretender Leiter der Abteilung Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung von 1945 bis zur Gegenwart gearbeitet. In seiner Laudatio (S. 11 ff.) skizziert Siegfried Prokop zunächst knapp die wichtigsten Etappen des wissenschaftlichen und politischen Lebenswegs des Jubilars. Die anschließend folgenden nicht nur lobenden, sondern durchaus auch kritischen Erinnerungen des Kasseler Historikers Dietrich Staritz an einige Begegnungen mit Benser seit 1964 (S. 17 ff.) sind eine sinnvolle und interessante Ergänzung zu dem Beitrag von Prokop – nicht zuletzt weil sie am Beispiel Günter Bensors einige Einblicke in die oftmals komplizierte Arbeits-Situation von Historikerinnen in der damaligen DDR geben.

Den Hauptvortrag auf dem Kolloquium »Basisdemokratie gestalten, heute und morgen« hat Günter Benser selber gehalten (S. 24 ff.). Auch in dem Sammelband ist der Beitrag von Benser zwar der umfangreichste, aber auf nicht einmal 30 Sei-

ten kann naturgemäß nur ein recht grober Überblick über die Thematik gegeben werden, zahlreiche sehr wichtige und interessante Problematiken können – wenn überhaupt – nur ganz kurz angerissen werden. Aber auch wenn Benser viele Problematiken nur kurz anreißt, so ist schon alleine diese ihre Benennung wichtig – und sie macht deutlich, wie viele weitere Forschungsaufgaben nicht lediglich für HistorikerInnen hier immer noch vorhanden sind. Nachdem Benser auf die Bedeutung der Thematik Basisdemokratie hinsichtlich seiner eigenen wissenschaftlichen Biographie eingegangen ist (S. 24 ff.) weist er darauf hin, dass das Spannungsverhältnis zwischen sozialer Gerechtigkeit und politischer Demokratie, zwischen repräsentativer und direkter Demokratie sowie zwischen spontanem Handeln und institutionellen Hierarchien sehr weit in die Geschichte zurückreiche. Es sei eigentlich schon so alt wie der in der Antike entstandene Begriff der Demokratie (S. 27). Die entscheidende Frage lautet nach Ansicht Bensors generell stets: »Wie und wo können in einem Gemeinwesen gravierende Entscheidungen sachkompetent, im Allgemeininteresse bei Respektierung der Belange von Minderheiten mit hoher Transparenz am zweckmäßigsten getroffen werden.« (S. 27 f.). Als ein in der materialistischen Tradition stehender Wissenschaftler geht Benser auch darauf ein, dass Herrschaftsverhältnisse und somit die Demokratieproblematik aufs engste mit der Entfaltung der Produktivkräfte, der Gestaltung der sozialen Verhältnisse und der demographischen Entwicklung verbunden sind (S. 28.). Seinen eigentlichen analytischen historischen Überblick beginnt er anschließend dann mit einer Untersuchung der Situation in Athen zu Zeiten Perikles vor zweieinhalbtausend Jahren und führt ihn beispielhaft anhand mehrerer bedeutender historischer Ereignisse bis zur Gegenwart fort (S. 28 ff.). Dabei kritisiert Benser zugleich gängige Geschichtsbilder.

Im Anschluss an den historischen Überblick von Günter Benser wird die Thematik des Spannungsfeldes zwischen Arbeiterbewegung und Basisdemokratie in vier thematisch-chronologischen Bereichen durch einzelne Fallstudien vertieft behandelt. Walter Schmidt beleuchtet im ersten Komplex, der sich mit Problem- und Konfliktlagen in der deutschen Arbeiterbewegung bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts beschäftigt, zunächst basisdemokratische Elemente der Revolution während der Jahre 1848/1849 in Deutschland (S. 53 ff.). Im

Anschluss skizziert Ralf Hoffrogge anschaulich und kritisch die sich wandelnden Sozialismuskonzeptionen innerhalb der deutschen ArbeiterInnenbewegung während der Jahre 1848 bis 1920 (S. 63 ff.). Manfred Neuhaus zeigt unter Verweis auf den MEGA<sup>2</sup>-Band 22/I sehr kurz auf, welche Bedeutung die Schrift von Karl Marx »Der Bürgerkrieg in Frankreich« für die ArbeiterInnenbewegung gehabt hat, und unter welchen Bedingungen sie entstanden ist (S. 81 ff.). In seinem Beitrag über das Verhältnis der Sozialdemokratie zur Demokratie und zum Deutschen Kaiserreich unterscheidet Hartmut Henicke (S. 84 ff.) nach einer Darstellung der Demokratieproblematik innerhalb der ArbeiterInnenbewegung zwischen den Konzeptionen einer reformsozialistischen auf der einen sowie einer linkssozialistischen Strömung auf der anderen Seite bezüglich deren divergierenden Epochenverständnisse. Anschließend untersucht er die sozialdemokratische Realpolitik im Machtkampf zwischen Parlament und Oberster Heeresleitung. Die Ausführungen Henickes werden durch die Beiträge von Gerhard Engel zu dem Demokratiekonzept der Bremer Linksradikalen (S. 98 ff.) sowie von Annelies Laschitzka zusammen mit Eckhard Müller als Koautor über das Denken Rosa Luxemburgs hinsichtlich einer bewussten freien Selbstbestimmung der Volksmassen (S. 107 ff.) sinnvoll und wesentlich ergänzt. Leider bricht die Behandlung des Themas dann jedoch für die durchaus interessante Zeit der Weimarer Republik abrupt ab. Dabei gibt es gerade auch in der Weimarer Republik zahlreiche Elemente und Beispiele von Basisdemokratie, wie z. B. die Betriebsrätebewegung zu Beginn der Republik – aber auch mehrere »Arbeiterkartelle« ab 1930 im Kampf gegen den immer stärker werdenden Faschismus in Deutschland in Form der Nationalsozialisten. Über die politische Bedeutung und Wirkungen dieser »Arbeiterkartelle« hat am Beispiel des Kartells in Hechingen der Linkssozialist Wolfgang Abendroth, der selber in diesem Kartell sehr aktiv mitgewirkt hat, in seinen Erinnerungen »Ein Leben in der Arbeiterbewegung« berichtet.

Im Zentrum des zweiten Themenkomplexes steht nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges das Jahr 1945. Peter Brandt präsentiert eine prägnante Darstellung der Antifa-Bewegung in Deutschland im Frühjahr des Jahres 1945 (S. 125 ff.). Dabei geht Brandt auch auf Kontinuitäten hinsichtlich der Zeit der Weimarer Republik ein. Da dieser Zeitraum jedoch vorher nicht in eigenen Beiträgen thematisiert worden ist, bleiben Kontinuitäten und Brüche letztlich etwas im luftleeren Raum hängen. Es folgen Untersuchungen von Rolf Badstübner über die Freiräume für Basisaktionen unter der alliierten Besatzungsherrschaft (S. 133 ff.), von Heinz Niemann zur Fragestellung, warum es weder zu einer sozialdemokratischen noch zu einer radikaldemokratisch-sozialistischen basisdemokratischen Neugründung einer Einheitspartei gekommen ist. Mit der letztgenannten Thematik beschäftigt sich auch Reiner Zilkenat. Er kann in seinem Beitrag (S. 150 ff.) am Beispiel des Berliner Stadtbezirks Neukölln aufzeigen, dass Bestrebungen zur Konstituierung einer Einheitspartei an der

jeweiligen Basis von KPD und SPD zunächst breite Resonanzen gefunden haben. Zugleich behinderten die US-amerikanischen Autoritäten z. T. massiv die Vorbereitungen einer Herstellung der Einheitspartei durch Schikanen und Verbote.

Fünf anschließend folgende Studien zum Komplex des Umbruchsjahrs 1989/1990 finden sicherlich ein besonderes Interesse der LeserInnen. Stefan Bollinger geht hier in seinem Beitrag (S. 167 ff.) der Frage nach, welche geschichtlichen Erfahrungen aus dem Ende der DDR für Basisdemokratie und die Verteidigung der Rechte von abhängig Beschäftigten gezogen werden können. Kurt Schneider rekonstruiert dann kritisch die Programmatik, den Aufstieg und den schließlichen Niedergang der basisdemokratischen Emanzipationsbewegung während der Jahre 1989/1990 in der DDR (S. 180 ff.). Nach Ansicht Schneiders habe diese Emanzipationsbewegung einen freiheitlichen Sozialismus angestrebt. Genauso aufschlussreich wie dieser Beitrag ist auch der von Jörg Roesler über die Chancen für eine Wirtschaftsdemokratie am Ende der DDR (S. 196 ff.). Außerhalb eines äußerst kleinen Personenkreises ist bis dato sicherlich völlig unbekannt gewesen, was Günther Glaser über einen systemkritischen Mentalitätswandel und über Aufbegehren an der Basis der Nationalen Volksarmee zum Ende des DDR zu berichten weiß (S. 206 ff.). Zum Schluss dieses Komplexes schildert Feliks Tych sehr kritisch den Aufstieg, den folgenden Niedergang sowie die gegenwärtige schließliche weitgehende politische Marginalisierung der polnischen Gewerkschaft Solidarność (S. 217 ff.). Dieser Beitrag ist nicht zuletzt deshalb bedeutsam, weil er einer der wenigen Beiträge ist, die einen Blick über den deutschen Tellerrand bieten. Außerdem kommt der Autor bei aller Kritik an der Gewerkschaft Solidarność zu dem bemerkenswerten Resultat, dass sie heute von einer Mehrheit der erwachsenen Bevölkerung Polens als jene soziale Bewegung gewürdigt werde, die dazu beigetragen habe, dass ihr Heimatland endlich wieder unabhängig und weitaus demokratischer als in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen geworden sei.

Im letzten vierten thematischen Komplex wird analysiert, welche Vorstellungen und Konzepte innerhalb der ArbeiterInnenbewegung vom 20. Jahrhundert bis hin in die Gegenwart bezüglich der Thematik Basisdemokratie vorhanden sind. Ulla Plener präsentiert hier vier sehr anregende, aber sicherlich auch diskussionswürdige Thesen zum Thema »Basisdemokratie und Arbeiterbewegung – Erfahrungen und Vermächtnis« (S. 224 ff.). Gisela Notz stellt anschließend basisdemokratische Wirtschaftsmodelle, darunter die Kommune Niederkauungen, vor. Der in der Traditionslinie der »Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition)«, der von der damaligen KPD als vermeintlich »rechts« verschrien KPD(O) stehende Veteran der ArbeiterInnenbewegung Theodor Bergmann geht auf das oftmals ambivalente Verhältnis der kommunistischen Bewegung zur bürgerlichen Demokratie und zum Faschismus ein (S. 248 ff.). Mit Wolfgang Abendroth (S. 258 ff.) und Erich Gerlach (S. 269 ff.) werden im Anschluss daran durch den

Autor dieser Rezension sowie durch Gregor Kritidis zwei der wohl bedeutendsten Vordenker und Protagonisten von direkter Demokratie und Mitbestimmung vorgestellt. Den gewiss aktuellsten Beitrag unter dem Titel »Weltrevolution via World Wide Web. Was den tunesischen Gemüsehändler Mohamed Bouazizi mit dem deutschen Erfinder Konrad Zuse verbindet« steuert Karlen Vesper-Gräse zu dem Tagungsband bei (S. 274 ff.). Nach Ansicht der Autorin haben die Mikroelektronik und das World Wide Web nicht nur ein qualitativ neues Stadium der internationalen Geschäftstätigkeit und der globalen Kommunikation bewirkt, sondern auch bislang völlig ungeahnte Perspektiven für Partizipation und Mitbestimmung eröffnet. Und seit dem »Arabischen Frühling« sei die demokratische Online-Community eine Macht. Auch wenn die Einschätzungen der Autorin über die politischen Entwicklungen im Zusammenhang mit dem »Arabischen Frühling« angesichts der aktuellen Entwicklungen etwas zu optimistisch erscheinen, so ist die von ihr wieder thematisierte Vision eines »Computer Sozialismus« hochaktuell. Der Sammelband ist eine verdienstvolle und weitere Forschungen zu der Problematik anregende Veröffentlichung der beiden Herausgeber, die durch deren sehr sorgfältige Editionsarbeit zusätzlich noch gewinnt. Beeindruckend ist die umfangreiche, einige hundert Titel umfassende Auswahlbibliographie des wissenschaftlichen Wirkens von Günter Benser. Kritisch kann allenfalls angemerkt werden, dass in dem Band bedauerlicherweise ein Personen- und Sachverzeichnis fehlt. Dadurch wäre die Arbeit mit dem Band noch effektiver gewesen.

**Andreas Diers**

# Ein Feind, eine Front, ein Kampf!

## Das Kampfge löb nis der Antifaschistischen Aktion

Der Kampf kongreß gegen Faschismus beschloß auf seiner Tagung das nachfolgende Ge löb nis zum Kampfes schwur der Antifaschistischen Aktion zu erheben:

Wir geloben, mit Leib und Leben, mit unserer ganzen Kraft, einzustehen für den antifaschistischen Massenkampf:

gegen die faschistischen Todfeinde des werktätigen Volkes,  
gegen die Aufrichtung der faschistischen Diktatur,  
gegen den faschistischen Mordterror,  
gegen Notverordnungen, Verbote, Unterdrückungsmaßnahmen,  
gegen Lohnraub, Gehaltsraub, Unterstützungsraub,  
gegen Tributsklaverei und imperialistische Kriegspolitik,  
gegen das kapitalistische System von Hunger und Knechtschaft!  
Mit aller Kraft gegen den Faschismus!  
Es lebe die Antifaschistische Aktion!

Wir geloben, nicht zu ruhen und zu rasten, sondern in Betrieb und Stempelstelle, in Stadt und Land, alle Kraft einzusetzen:

für die gemeinsame rote Einheitsfront,  
für die Freiheit der Arbeiterklasse,  
für die Verteidigung der Kommunistischen Partei und aller proletarischen Organisationen, für die Verteidigung der Sowjetunion,  
für den roten Massenselbstschutz,  
für Streiks und Kampfactionen,  
für den politischen Massenstreik gegen die faschistischen Machthaber,  
für eine Arbeiter- und Bauernregierung,  
für ein freies, sozialistisches Deutschland!  
Alles für den Sozialismus!  
Es lebe die Antifaschistische Aktion!  
Ein Feind — eine Front — ein Kampf!  
Her zu uns! Wir sind die Antifaschisten der Tat!  
Wir geloben es mit unserem Kampfruf:

# „Rot Front“!

Berlin-Spandau, den 9. 1. 1932.

385  
406

Unaufgefordert erscheint der ~~Eisenkträger~~ Eisendreher  
<sup>11. Jänner 1932</sup>  
 Rudolf Hoffmann wohnhaft Siemensstadt, Nonnendamm-Allee 92e  
 und erklärt folgendes :

Ich bin Mitglied des Reichsbanners "schwarz-rot-gold".  
 Seit dem Uniformverbot trage ich weder Uniform noch Abzeichen des  
 Reichsbanners, sondern lediglich eine Schleife mit den Reichs-  
 farben im Knopfloch meines Rockes. Ich will damit nicht zum  
 Ausdruck bringen, dass ich Mitglied des Reichsbanners bin,  
 sondern ich trage das Abzeichen aus Idealismus für die jetzige  
 Staatsform. Seit etwa drei Wochen werde ich wegen des Abzeichens  
 dauernd von Nationalsozialisten auf der Strasse angepöbelt.  
 Man ruft mir Schimpfworte zu und verlangt von mir, die Schleife  
 zu entfernen. Die Anpöbeleien erfolgen meistens in der Nonnen-  
 Damm-Allee und in der Voltastrasse. Die Täter sind mir nicht  
 namentlich bekannt, sie sind jedoch meistens in dem nationalso-  
 zialistischen Lokal Jahnke Siemensstadt, Siemens-Ecke Voltastrasse  
 anzutreffen. Von diesem Lokal aus gehen in den Nachmittags- und  
 Abendstunden die S. A. Leute durch die Hauptverkehrsstrassen  
 von Siemensstadt und versuchen Anrenpeleien mit Mitgliedern des  
 Reichsbanners und auch anderen Leuten herbeizuführen. Hiernach  
 gehen sie wieder in das Lokal zurück, um gewöhnlich nach einiger  
 Zeit wieder auf der Strasse zu erscheinen. Vor etwa acht Tagen  
 wurde ich in der Voltastrasse von den S. A. Leuten angepöbelt.  
 Diese Leute kamen ebenfalls aus dem Lokal von Jahnke. Vor drei  
 Tagen wurde ich von vier S. A. Leuten, <sup>die auf u. abgingen</sup> in der Nonnen-Damm-Allee an-  
 gehalten und aufgefordert, mein schwarz-rot-goldenes Band abzu-  
 legen. Ich bin der Aufforderung natürlich nicht nachgekommen,  
 sondern habe mich entfernt.

Ähnlichen Anpöbeleien sind auch die anderen Mitglieder des  
 Reichsbanners in den Strassen von Siemensstadt ausgesetzt. Im  
 Auftrage dieser Mitglieder bitte ich das Revier gegen diesen  
 Strassenterror einzuschreiten.

v. g. u.

Rudolf Hoffmann

g. w. o.

Knick, Karl Witten.

# Berliner Verkehrsarbeiterstreik, 3.–7. November 1932

**Sonderheft der Mitteilungen des Förderkreises Archive und Bibliotheken  
zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin 2012, 36 Seiten**

Im Mittelpunkt des Sonderheftes erinnern zwei Texte von Henryk Skrzypczak an den Berliner Verkehrsarbeiterstreik vor 80 Jahren. Die Texte beruhen auf Quellen basierten Forschungen des sachkundigen und leidenschaftlichen Zeithistorikers, der alle Akteure in den Blick nimmt. Dem Herausgeber Reiner Zilkenat erscheint die erneute Edition von Skrzypczaks Text »Revolutionäre Gewerkschaftspolitik in der Weltwirtschaftskrise. Der Berliner Verkehrsarbeiterstreik 1932« nach dreißig Jahren sinnvoll und gerechtfertigt, weil Henryk Skrzypczaks Behandlung des Themas bis heute aus dem »Rahmen des Gewohnten« fällt.

Dem Sonderheft voran stellt Zilkenat eine pointierte Einführung mit zahlreichen Anmerkungen, die dem Leser eine ausführliche und kundige Quellenübersicht zum Thema darreichen. Zumal in einer Zeit der zugespitzten ökonomischen und sozialen Krise, in der Reichstagswahlen unmittelbar vor der Tür standen. Der Arbeitskampf der Berliner Verkehrsarbeiter im November 1932 wurde von Beginn an in besonderer Weise politisch instrumentalisiert und kam »viel besprochen« als zeitgenössisches und historisches Ereignis daher – nicht nur in den Medien, sondern auch in den Geschichtsbüchern. Kolportiert wurde das »Zusammengehen« von KPD und NSDAP in diesem Arbeitskampf als Wasser auf die Mühlen einer Totalitarismuskritik, die Faschisten und Kommunisten gleichermaßen als Feinde der Demokratie brandmarkt.

Es folgt der tagebuchartig verfasste Text von Henryk Skrzypczak »Fragmentarisches zum Berliner Verkehrsarbeiterstreik 1932«. Hier dokumentiert ein Wissenschaftler mit Kopf und Herz den chronologischen Ablauf des Streiks. Der Text stammt

aus seinem »Vorlass« und liest sich wie ein zeitgenössischer Text. Er beeindruckt, weil er den Akteuren »ein Gesicht« gibt. Der Leser fühlt sich zunächst unmittelbar in Berlins Haveland Festsäle versetzt und als Teilnehmer der hitzigen Debatten in Vorbereitung des Streiks. Ebenso nimmt er an der Kabinettsitzung in der Reichskanzlei teil, die Herr von Papen konsterniert mit dem Hinweis auf den »Ernst der Lage« in Berlin eröffnet. Anschließend findet sich der Leser im Roten Rathaus wieder und wird Zeuge der »Verhandlungen« der Herren der BVG-Direktion und der Gewerkschaft. Auch das »Schein-gefecht« des Tarifunterhändlers wird ihm nicht vorenthalten. Ein Einblick in das »Räderwerk der Schlichtungsfabrik« schließt sich an, gefolgt von erschütternden Schilderungen der nächtlichen Kämpfe auf den Berliner Straßen – Martin-Luther-Straße Ecke Belziger, die Kreuzung Hauptstraße Ecke Vorbergstraße und Hauptstraße Ecke Eisenacher. Es war der verdiente Historiker Gerhard Beier, der den Autor ermutigte, seine Aktenstudien unbedingt weiter zu führen und auch diesen besonderen Stil zu pflegen. Die Leser würden es ihm danken. Dem kann ich als Rezensentin nur zustimmen.

Der zweite Aufsatz von Henryk Skrzypczak erschien zum 50. Jahrestag der Berliner Ereignisse in den damaligen »Gewerkschaftlichen Monatsheften«. Zilkenat lobt ihn als gelungenen Versuch, die Debatten um den BVG-Streik 1932 in ein »sachliches Fahrwasser« geführt und neuerliche Instrumentalisierungen der Thematik zurückgedrängt zu haben. Den Abschluss bilden biografische Notizen zu Henryk Skrzypczak.

**Marga Voigt**

167

Ansprache des Superintendenten Noth  
am Reichsfrontsoldatentag zu Breslau am 30./31. Mai 1931.

Matthäus 5 Vers 4: Seelig sind, die da  
Leid tragen, denn sie sollen getröstet  
werden.

Liebe Kameraden, Deutsche Männer und Frauen !

Ein grosser Dichter unserer Tage fasst sein Urteil über das  
deutsche Volk in folgenden Worten zusammen : "Man mag von den Deutschen  
sagen was man will, und ich bin geneigt, das Härteste von ihnen zu sagen,  
aber sie sind jedenfalls ein männliches Volk". Er versteht unter die-  
sen männlichen Wesen den in der Geschichte hervortretenden tragischen  
Charakter unseres Volkes. Dieser tragische Charakter besteht in der in-  
nerlichen aktiven Auseinandersetzung mit dem Leid.

Wenn wir am Reichsfrontsoldatentag, zu welchem wir aus allen  
Gauen Deutschlands nach Tausenden zusammen geströmt sind, unserer gefal-  
lenen Kameraden gedenken, so veranlasst uns das Gedächtnis an sie, männ-  
lich dem ungeheuren Leid ins Auge zu sehen, das über Volk und Vaterland  
verheerend eingebrochen ist. Wir erblicken die Schwere dieses Leides in dem  
schmerzlichen Umstande, dass wahrscheinlich die Besten unseres Volkes  
uns im Weltkriege entrissen sind und uns fehlen in einer Zeit, die kei-  
nen Überfluss hat an aufrechten und tapferen Männern. Wir erblicken  
die Schwere des Leides in den furchtbaren Folgen des verlorenen Krieges,  
der unser Volk in einen Abgrund geworfen hat. Wir erblicken die Schwere  
des Leidens in der Härte des Leidensweges, der aus diesem Abgrund in die  
deutsche Zukunft führen soll. So tritt uns aus Vergangenheit, Gegenwart  
und Zukunft die Tatsache des Leidens des Leidenswissens so stark hervor,  
dass man es als die entscheidende Aufgabe des Deutschen bezeichnen muss,  
diesem Leid einen Sinn abzugewinnen und es seelisch zu überwinden. Un-  
zählige unseres Volkes finden keine männliche Antwort auf die Frage,  
warum müssen wir leiden ? Infolgedessen hat sich eine Unmännlichkeit in  
der inneren Haltung unseres Volkes entwickelt, die das Schlimmste be-  
fürchten lässt. Haltlosigkeit, Müdigkeit und Lebensüberdruß haben sich  
weitestens breitet bemächtigt. Aus einem dumpfen "sich beugen," unter ein  
blind waltendes Geschick, entwickelt sich in bedingstiger Weise ein  
sklavischer Sinn, durch welchen wir nicht nur die politische Ehre nach  
russen verlieren, sondern auch die Beziehungen innerhalb des Volkes von  
Mensch zu Mensch verjüßert und verdorben werden, dass die Volksgemein-  
schaft sich auflöst. Denn so sagt Ernst Moritz Arndt: "Es sind viele  
Laster schändlich zu nennen, doch das schändlichste von allen ist ein  
knechtischer Sinn, und wer die Freiheit verlor, der verlor jede Tugend  
und dem zerbrochenen Mut hängen die Schanden sich an".

Unzählige kommen nicht zu dieser unerbittlichen Einsicht in  
die schwachwolle innere Haltlosigkeit grösster Volksteile, weil groes-  
städtische raffinierte Intelligenz sie daran hindert, denn diese Ent-  
wicklung gleichgültiger Intelligenz ist schon längst in einen Verdum-  
mungsprozess übergegangen, durch welchen die Volksmassen allen Schlag-  
worten, Illusionen und Lügen schutzlos preisgegeben sind. Diese auch  
in anderen Ländern deutschen Zustände, welche in parteipolitischen Le-

ben



ben oft in frevelhafter Weise ausgenutzt werden, zeigen, dass die Verworfenheit und Haltlosigkeit insbesondere die seelische Ermüdung unseres Volkes ihren Grund haben, in dem allgemeinen Auflösungsprozess der europäischen Kultur.

Darauf folgt unwiderlegbar, dass die nationale Freiheitsbewegung sich mit diesem allgemeinen Auflösungsprozess auseinandersetzen hat, wenn sie einen endgültigen Erfolg sich sichern will. Die tiefste Ursache dieser Entwurzelungserscheinungen und der immer hemmungsloser auftretenden dämonischen Zerstörungswut liegt in einem Erweichungsprozess des Christentums, der längst etwa seit dem 17. Jahrhundert eingesetzt hat. Seit mehr als 2 Jahrhunderten ist das Christentum in eine mehr oder weniger ohnmächtige Verteidigungsstellung geraten, es hat den männlichen leidbejahenden Angriffsggeist verloren. Wenn aber diese in der Geschichte bisher nie beobachtete Ohnmacht des Christentums die tiefste Ursache unserer Kraftlosigkeit und Haltlosigkeit ist, dann ist die nationale Bewegung notwendig auf die Erneuerung des Christentums angewiesen. Von hier aus und nur von hier aus verstehen wir das zunächst so sinnwidrige Ereignis des verlorenen Weltkrieges, und verstehen den daraus folgenden Leidens- und Kreuzesweg unseres Volkes : Das deutsche Volk ist in der Ueberwindung des deutschen Leides und der nationalen Schmach Kräfte zu entwickeln, durch welche zugleich das Christentum erneuert wird. Allein aus der nationalen Bewegung erwächst die Weltaufgabe des deutschen Volkes, den unüberwindlichen Angriffsggeist des Christentums zu entwickeln. Gott schenke uns die Kraft stolzen Gehorsams, diese Aufgabe zu erfüllen, wie sie der grösste lebende deutsche Dichter als weit-schauende Deutung deutschen Schicksals in folgende Worte gekleidet hat :

- I. Im Kampfe einer gegen zehn, in tausend Schlachten unbestegt,  
Von Blutverlust und Hunger schwach das deutsche Volk am Boden liegt;  
Das Schwert von seinem schlechten Feind gelogen ist ihm aus der Hand,  
Als Fieberträume irren trüb der Feinde Lügen im Verstand;  
Das Letzte noch, die Ehre auch, der schlechte Feind gestohlen hat;  
Es findet zur Verteidigung selbst nicht das Wort, es ist zu matt.
- II. Noch niemals, seit die Erde steht, am Himmel Mond und Sonne gehn,  
Noch niemals ist an einem Volk ein solcher feiger Mord geschehn.  
Noch niemals, seit die Erde steht, betraf ein Volk ein solches Leid,  
Noch nie, seit Mond und Sonne gehn, gestiegt hat so die Schlechtigkeit.  
Mit reinen Händen gingst zum Krieg, mit reinen Händen kamst zurück,  
Du heilig Volk; mit dir war Gott, und mit den Feinden war das Glück.
- III. Gott wird von Einem nicht erkannt, der glücklich ist. Glück macht gemein.  
So muss von Gottes Güte wohl dein tödlich Leid dir Schickung sein.  
Dass Gottes Sohn am Kreuze starb, kann nie ein Glücklicher verstehn.  
Doch ist der Kreuzestod der Weg, auf dem zu Gott die Füsse gehn.  
Vor allen Völkern auserwählt, bist heilig deutsches Volk, von Gott;  
Du findest den verwachsenen Weg in deiner Seele tiefster Not.
- IV. Wie wird dein äusser Leben sein ? Vielleicht, dass in der Krankheit stirbst  
I. Vielleicht, dass als der Feinde Knecht ein kümmerliches Brot erwirbst.  
Doch was ist Leben, was ist Tod, und was ist Freiheit, Knechtschaft was?  
Zum Kreuzestod geh, heilig Volk, Gott ist bei dir ohn Unterlass;  
Ist feindlich dir die ganze Welt, ist keiner freundlich dir gesinnt:  
So sollst du lehren Gott die Welt : wen Alles hasst, ist Gottes Kind.

# Der »wiederentdeckte« Arbeiterwiderstand

**Hans Coppi, Stefan Heinz (Hrsg.): Der vergessene Widerstand der Arbeiter. Gewerkschafter, Kommunisten, Sozialdemokraten, Trotzlisten, Anarchisten und Zwangsarbeiter, Karl Dietz Verlag, Berlin 2012, 384 Seiten, 24.90 Euro.**

Zur Geschichte des antifaschistischen Widerstandes scheint alles Wesentliche gesagt worden zu sein. Mittlerweile füllen Monographien zu dieser Thematik ganze Bibliotheken. Doch ein von Hans Coppi und Stefan Heinz herausgegebener Sammelband zum »vergessenen Widerstand der Arbeiter« verdeutlicht, dass vornehmlich aus »geschichtspolitischen« Gründen nach wie vor große Forschungsdesiderate existieren. Worum geht es?

Der 2011 verstorbene Leipziger Historiker Werner Bramke bringt es in seinem Beitrag »Die öffentliche Erinnerung an die Verfolgung und an den Widerstand aus der Arbeiterbewegung« auf den Punkt: »Das Hauptinteresse gilt der Förderung des Erinnerns an Terror und Widerstand in der DDR, was sich auch an der materiellen Förderung ablesen lässt.« (S. 300) Seit 1990 wird von offizieller Seite vieles getan, um in öffentlich geförderten Gedenkstätten und Publikationen die Darstellung des Arbeiterwiderstandes zu marginalisieren. Umso erfreulicher ist es, dass mit dem vorliegenden Band nicht nur gegen diesen seit zwei Jahrzehnten dominierenden Trend angeschrieben, sondern Forschungsergebnisse von Historikerinnen und Historikern aus unterschiedlichen Generationen, aus »alten« und »neuen« Bundesländern präsentiert werden, die den Umfang, aber auch die politisch-weltanschauliche Differenziertheit des Arbeiterwiderstandes verdeutlichen. Dabei kristallisieren sich viele neue Forschungsergebnisse heraus. So wird z. B. angemessen der Widerstand gewürdigt, der nicht von Mitgliedern der »großen Organisationen« der Arbeiterbewegung, also von der KPD, der SPD und den Freien Gewerkschaften, seinen Ausgang nahm. Mehrere Autoren des Sammelbandes nehmen Widerstandsgruppen in den Fokus, die wegen ihres geringen politischen Einflusses in der Weimarer Republik oder weil deren Protagonisten in ihren Parteien als »Abweichler« galten, bislang nur wenig beachtet worden sind. Der Beitrag von Knut Berghauer über Trotzlisten im Widerstand, dargestellt am Beispiel des Ehepaars Walter und Hanna Herz, demonstriert, dass auch hier überregionale Netzwerke entstanden und die Verfolgungsapparate des Faschismus große Mühe hatten, die entsprechenden Aktivitäten aufzudecken. Besonders beeindruckend ist die von Robert Kain verfasste biographische Skizze über Otto Weidt, der in seiner in Berlin-Mitte gelegenen »Blindenwerkstatt« jüdische Arbeitskräfte vor dem Zugriff der Gestapo retten konnte. Dabei scheute er nicht davor zurück, mehrfach im »Geheimen Staatspolizei-

amt« vorzusprechen und mit dem Hinweis auf »kriegswichtige« Tätigkeiten seiner Arbeiter, manche von ihnen vor der Deportation zu bewahren. Nahezu unglaublich erscheint seine Fahrt nach Auschwitz-Birkenau, um die Verwaltung des Lagers davon zu überzeugen, seine inhaftierte Sekretärin Alice Licht aus dem Vernichtungslager zu entlassen. Weitgehend unbekannt dürfte Weidts Verwurzelung im Anarchismus sein. Wenn er sich auch nach dem Ersten Weltkrieg aus den organisatorischen Zusammenhängen der Anarchisten gelöst hatte, so war sein mutiges Handeln in der Nazizeit zugunsten seiner jüdischen Arbeitskräfte von der Gedankenwelt des Anarchismus motiviert: Seine Überzeugung von der Freiheit des Individuums gegenüber jeglichen staatlichen Autoritäten, sein unerschrockenes Auftreten ihnen gegenüber blieben Konstanten seines Denkens und Handelns.

Einen erheblichen Neuwert hat die Studie von Dennis Egginger über den »Roten Stoßtrupp«. Hier kann durch eine umfassende Auswertung der archivarischen Überlieferungen präziser, als es bisher möglich war, die Verbreitung dieser vor allem von oppositionellen Sozialdemokraten gebildeten Organisation sowie die Anzahl und Auflagen der von ihr verbreiteten Schriften nachgezeichnet werden. Der Beitrag von Stefan Heinz belegt, dass der Einheitsverband der Metallarbeiter Berlins, eine der »revolutionären« Gewerkschaftsgründungen der KPD, nach der Machtübertragung an die Nazis weitgefächerte Aktivitäten besonders in den Großbetrieben entfaltete, an denen anfangs Hunderte seiner Mitglieder einbezogen waren. Wenn auch verständlicherweise in engen Grenzen, so gelingt doch zunächst die Überführung der Organisation in die Illegalität und ihre Anpassung an die neuen Kampfbedingungen. Interessant ist der Hinweis des Autors, dass sich – entgegen der Anweisungen aus Moskau – der EVMB bis in das Jahr 1935 hinein strikt weigerte, Verbindungen mit sozialdemokratischen Kollegen aufzunehmen, ja den Zusammenschluss mit ihnen in einer neu aufzubauenden, einheitlichen Gewerkschaft anzustreben. Offenkundig waren Sektierertum und anti-sozialdemokratische Ressentiments in der kommunistischen Arbeiterschaft, »an der Basis«, weit verbreitet und stellten nicht allein das Resultat politischer Kopfgeburten der Führungen der KI bzw. der KPD dar.

Den Widerstand der ausländischen Zwangsarbeiter untersucht Cord Pagenstecher. Etwa 25 Prozent der in der Berliner Kriegswirtschaft tätigen Arbeitskräfte waren ausländischer

Herkunft, lebten oft unter elenden Bedingungen, aus denen sie aber immer wieder – im wortwörtlichen Sinne – ausbrachen. Viele weigerten sich, in der Öffentlichkeit mit ihren »Abzeichen« aufzutreten, arbeiteten absichtlich langsam bzw. sabotierten vereinzelt die Produktion. Organisierten Widerstand gab es lediglich in geringem Umfang, nur vereinzelt existierten Kontakte zu deutschen Widerständlern. Obwohl ihre Zahl beträchtlich war, funktionierte das System sozialer Kontrolle der Zwangsarbeiter durch die deutschen »Kollegen« in ausreichendem Maße, so dass eine ernsthafte Gefährdung der NS-Kriegswirtschaft, ganz zu schweigen von einer Gefährdung des faschistischen Machtapparates, nicht entstehen konnte. Für den Fall von größeren Aufständen existierten im Übrigen »Notfallpläne« der Wehrmacht, der Polizei und der Gestapo. Annette Neumann und Bärbel Schindler-Saefkow untersuchen den Widerstand der Saefkow-Jacob-Bästlein-Organisation von 1942 bis 1945. Dabei analysieren sie das über viele Regionen geknüpfte Netz dieser bedeutenden Widerstandsgruppe, veranschaulichen die zu anderen Oppositionellen angebahnten Kontakte und kommen zu dem Schluss, dass der Frauenanteil der Organisation bei 25 Prozent gelegen habe. Sie hätten einen eigenständigen Anteil an den Aktivitäten dieser Gruppe gehabt, der sich nicht auf »einfache« Tätigkeiten reduzieren lasse, um den »eigentlichen« Widerstand der Männer zu unterstützen. Nicht alle Beiträge des Sammelbandes können an dieser Stelle genannt, geschweige denn referiert werden. Erwähnt seien

aber die Studien von Marion Goers über den Widerstand von Mitgliedern des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Berlin und von Hans-Rainer Sandvoß über den Widerstand Berliner Sozialdemokraten in der damaligen Reichshauptstadt in der Zeit des Zweiten Weltkrieges, sowie Sven Schneiders Aufsatz über Erich Wollenberg, einen kritischen Kommunisten, der als aktiver Widerstandskämpfer in die Mühlen des Stalinischen »Großen Terrors« geriet.

In seiner Einleitung schreibt Hans Coppi völlig zutreffend, dass an Universitäten und Fachhochschulen dieses wichtige Thema des Arbeiterwiderstandes nicht mehr in Lehre und Forschung verankert sei. Mehr noch: Die Arbeiterbewegung als die größte und bedeutendste Emanzipationsbewegung des 19. und 20. Jahrhunderts ist ein randständiger Untersuchungsgegenstand geworden. Auch aus diesen Gründen ist die Publikation der in diesem Sammelband vereinten Forschungsergebnisse überaus begrüßenswert und sollte Anlass dazu bieten, dass Stiftungen linker Parteien und Organisationen, linke Verlage und Zeitschriften, Geschichtswerkstätten und regionale sowie Schulprojekte zu dieser Thematik (weiter)arbeiten und somit den blamablen Zustand der universitären Geschichtswissenschaft und der vorherrschenden Geschichtspolitik bei der Erforschung des Arbeiterwiderstandes wenigstens ein Stück weit kompensieren.

**Reiner Zilkenat**

antifa.vvn-bda.de

# antifa

Magazin für antifaschistische Politik und Kultur



Die »antifa« wird herausgegeben von der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - und der Antifaschistinnen und Antifaschisten e.V. (VVN-BdA) und erscheint zweimonatlich. Mit Berichten und Beiträgen zur ■ Geschichts- und Gedenkstättenarbeit ■ Tatsachen und Hintergründe des Neofaschismus ■ Theoretischen Auseinandersetzungen ■ Kulturteil mit Rezensionen von Büchern, Filmen und Ausstellungen.

☐ Bitte schicken sie mir ein kostenloses Probeexemplar der »antifa«

Ich aboniere die »antifa«

- ☐ Normal Abo (15,- Euro)  
☐ Vorzugsabo\* (7,50 Euro)  
☐ Förderabo (30,- Euro)

Jetzt auch online abonnieren!

[antifa.vvn-bda.de](http://antifa.vvn-bda.de)

Name/Vorname \_\_\_\_\_

Straße, Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ, Wohnort: \_\_\_\_\_

Das Abo verlängert sich um ein Jahr, wenn es nicht sechs Wochen vor Ablauf gekündigt wird.

Datum, Unterschrift \_\_\_\_\_

Coupon einsenden an

Redaktion »antifa«, Franz Mehring Platz 1, 10243 Berlin

\*»antifa« erscheint als: Abo für 15,- Euro jährlich (für Mitglieder der VVN-BdA im Beitrag enthalten) + Vorzugsabo für 7,50 Euro (für Schüler, Studierende und Azubis gegen Vorlage eines Nachweises) + Förderabo für 30,- jährlich.

# Im Dienst für die vermeintliche Heimat

**Michael Berger – Gideon Römer-Hillebrecht (Hrsg.): Jüdische Soldaten-Jüdischer Widerstand in Deutschland und Frankreich, Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn, 2012, 572 S.**

Im Geleitwort geht Christian Schmidt in seiner Eigenschaft als Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung auf die »grausame Täuschung« der jüdischen Soldaten und Offiziere ein, die aus nationaler Begeisterung im Ersten Weltkrieg für ihr vermeintliches Vaterland ihr Leben einsetzten. Ab 1933 wurden sie durch das NS-Regime als »wehrunwürdig« diskriminiert und erbarmungslos verfolgt. Ch. Schmidt widerspricht in seinem Vorwort der gängigen Ansicht, dass sich die Juden nicht gewehrt hätten und verweist auf die vielfältigen Aktionen gegen die braune Barbarei, die bis heute ignoriert und unterschätzt werden.

Der vorliegende Sammelband vereinigt Forschungsbeiträge über den Umgang und die Wertschätzung bzw. über das Verschweigen der Leistungen jüdischer Soldatinnen und Soldaten in beiden Weltkriegen. Die Aufsätze behandeln die unterschiedlichsten Beiträge jüdischer Bürger, sich als deutsche Staatsbürger einzubringen.

Michael Berger schildert das am Beispiel des jüdischen Rechtsanwaltes und Abgeordneten Dr. Ludwig Frank aus Mannheim, der als 40jähriger Freiwilliger sich zum Kriegsdienst meldete und fiel. Er belegt in seinem Beitrag, dass die Kriegsbegeisterung auch alle Bereiche des jüdischen Lebens in Deutschland erfasste.

Gideon Römer-Hillebrecht beleuchtet überzeugend die ungleiche Emanzipation der Juden in Deutschland und Frankreich und geht dabei auf das unterschiedliche Verhalten der jüdischen Militärangehörigen der beiden Staaten ein. Am gemeinsamen Widerstand der Juden in den beiden Ländern gegen das NS-Regime untersucht und analysiert der Autor die Perspektive als Staatsbürger in Deutschland und Frankreich. Er belegt, dass allen jüdischen Organisationen und den deutschen Juden seit 1935 bewusst war, dass ihre Emanzipation in Deutschland gescheitert war. Die jüdischen Bürger in Frankreich, so der Autor, kämpften angesichts der antisemitischen Gefahr besonders patriotisch gegen die deutsche Wehrmacht. M. Berger skizziert eindrucksvoll den Schock der Juden in Frankreich, als sie nach der Kapitulation am 22. Juni 1940 ohne Vorgaben und Druck der deutschen Okkupanten durch die französische Regierung in Vichy aus dem gesamten öffentlichen Leben verdrängt wurden.

Ferner schildert er an konkreten Beispielen wie der Herbert-Baum-Gruppe, dass jüdische Antifaschisten sich trotz aussichtsloser Position aktiv am Widerstand gegen das NS-

Regime beteiligten. Unter H. Baums Leitung nutzten die Mitstreiter jede Möglichkeit als Zwangsarbeiter in der Berliner Rüstungsindustrie zur Sabotage in der Produktion. Höhepunkt ihres Widerstehens war der Brandanschlag auf die NS-Hetzausstellung im Berliner Lustgarten. In einem aufschlussreichen Biogramm schildert M. Berger, wie Dr. Julius Deutsch über den Weg als österreichischer Frontoffizier im Ersten Weltkrieg sich zum General der Interbrigadisten in Spanien entwickelte.

Unter der Überschrift »Deutsche Juden in der französischen Résistance« geht Peter Fisch der Frage nach, wie deutsche Juden zum französischen Widerstand stießen. Er analysiert wie vielfältig und umfangreich er trotz der widrigen Lebensverhältnisse der Beteiligten war. Der Autor belegt mit sorgfältig recherchierten Fakten wie es den Antifaschisten gelang, einen bedeutsamen Beitrag gegen das deutsche Besatzungsregime zu leisten. Als Ausgangspunkt bzw. Voraussetzung der großen Beteiligung deutscher Juden am französischen Widerstand sieht P. Fisch in der Tatsache, dass sie als Emigranten in Frankreich eine neue Heimat gefunden hatten, die sie nicht kampflos verlieren und nicht in den Vernichtungslagern enden wollten. Er belegt und betont, dass von ca. 1000 deutschen Résistanceangehörigen bis zu 30 Prozent bereits als Interbrigadisten in Spanien gekämpft hatten und sich nun erneut an der Seite der französischen Widerstandsbewegung bewährten. In den »Fallbeispielen zu Norbert Kugler, Leo Knelser, Gerhard Leo und Peter Gingold« untersucht P. Fisch die unterschiedlichen Beweggründe, die zum Widerstehen geführt haben. Er erinnert an solche Persönlichkeiten wie Leo Knelser, der bereits 1932 als verfolgter Kommunist emigrieren musste sich in Spanien bewährte und führend an mehreren Attentaten gegen leitende Vertreter der NS-Okkupanten in Frankreich beteiligt war.

Erstmals legen die Autoren ein Sachbuch zur Thematik »Jüdische Soldaten – Jüdischer Widerstand« vor, das bisher in der deutschen Historiografie fehlte.

Die vorgestellten Themen und Sachverhalte regen zur weiteren Erforschung des Anteils jüdischer Militärs und Widerständler im Ringen gegen Faschismus und Krieg an.

Die Publikation ist leserfreundlich in Bezug auf die Fußnoten gestaltet und mit einem umfangreichen Quellen- und Literaturverzeichnis ausgestattet.

**Günter Wehner**

# NS-Terrorjustiz as usual<sup>1</sup>

**Wolfgang Fritz, Die Geschichte von Hans und Hedi. Chronik zweier Hinrichtungen, Milena Verlag, Wien 2009, 139 Seiten.**

Wolfgang Fritz hat ein erschütterndes und berührendes Buch über zwei Menschen verfasst, die völlig unerwartet in die Mühlen der nationalsozialistischen Unrechtsjustiz gerieten. Von den Millionen von Menschen, die während der Herrschaft des Nationalsozialismus als politische Verfolgte in Konzentrationslagern, Gefängnissen oder bei Pogromen ermordet wurden, sind uns aufgrund der schieren Masse derartiger Fälle notgedrungen verhältnismäßig wenige individuelle Schicksale und Leidensgeschichten näher bekannt. Jede dokumentierte Geschichte ist jedoch ein ungemein wichtiger Baustein einer essentiellen Erinnerungskultur. Viele Fälle von WiderstandskämpferInnen und politischen DissidentInnen, die für ihre Überzeugungen ihr Leben riskierten – und diese allzu oft auch verloren – sind spektakulärer Natur. Manche Geschichten kommen jedoch völlig ohne HeldInnen- und MärtyrerInnenpathos aus und sind dennoch bewegend. Die Geschichte von Hedwig (Hedi) und Johannes (Hans) Schneider aus Wien ist einer derartige Geschichte, die der Historiker Wolfgang Fritz aufgearbeitet hat.

Hans und Hedi Schneider waren keine todesmutigen WiderstandskämpferInnen, über die es spektakuläre Geschichten zu erzählen gäbe. Dennoch ist ihre Geschichte eine, die es sich in Erinnerung zu rufen lohnt. Sie waren ein – wie man so schön sagt – »ganz normales« Ehepaar aus der ArbeiterInnenklasse mit einer politischen Orientierung, die ins klassisch sozialdemokratische ging. Die politischen Aktivitäten von Hans beschränkten sich auf das Besuchen von sozialistischen Versammlungen und, als es nach den kurzen Kämpfen des Österreichischen Bürgerkriegs im Februar 1934 zur Implementierung des Austrofaschismus durch Engelbert Dollfuß kam, auf diverse Aktivitäten auf Seiten der (bald verbotenen) sozialistischen Kräfte. Von Hedi ist keine einschlägige politische Tätigkeit überliefert. Was den beiden offenbar viel wichtiger war als Politik, war ihr kleines Haus in Wien-Floridsdorf und ihr Garten, an dem sie sehr gehangen haben.

Eines Tages kamen sie mit Floridsdorfer Mitgliedern der Kommunistischen Partei Österreichs (KPÖ) in Kontakt. Ein Mitglied der KPÖ, der ursprünglich aus Interesse an ihrem Garten zu Besuch kam, bat sie schließlich um einen Gefallen: Er wollte eine (kaputte) Abziehmaschine zur Vervielfältigung von KPÖ-Flugblättern bei ihnen in der Scheune vorübergehend unterstellen. Hans und Hedi willigten ein, was

ihnen zum Verhängnis wurde. Als die Gestapo die Floridsdorfer KommunistInnen Schritt für Schritt verhaftete, fiel bei den Verhören und Folterungen in der Gestapo-Zentrale in Zusammenhang mit dieser Abziehmaschine der Name der Schneiders, die postwendend ebenfalls in Haft genommen wurden. Es kam wie es kommen musste und nach einem dreiviertel Jahr Haft wurden Hans und Hedi Schneider – gemeinsam mit den meisten anderen Floridsdorfer KommunistInnen – zum Tode verurteilt und durch Enthauptung hingerichtet.

Wolfgang Fritz rekonstruierte diesen Fall mittels Interviews, die er mit Hedis Schwester geführt hat, Originaldokumenten aus diversen Archiven und vor allem mithilfe des regen Briefverkehrs, der zwischen den Schneiders und Hedis Schwestern zur Zeit ihrer Haft vonstattenging. Dieser Briefwechsel prägt das Buch und schafft bewegende Einblicke in die Gefühls- und Gedankenwelt der beiden Inhaftierten. Besonders der Briefwechsel in der Zeitspanne zwischen dem Todesurteil am 24. September 1942 und der Hinrichtung am 2. Dezember 1942, den der Autor so gut wie lückenlos – gar bis wenige Stunden vor der Hinrichtung – vermochte wiederzugeben, ist emotional sehr herausfordernd. Dabei sind diese Briefe inhaltlich notgedrungen keine politischen Traktate oder Anklagen, was durch die Zensur und Überwachung ja überhaupt gar nicht möglich war. Die Briefe zeichnen ein Bild zweier Menschen, die versuchen, sich in ihrer Verzweiflung an jeden erdenklichen letzten mutbringenden Gedanken aufzubauen und an der Sorge füreinander (es war ihnen zu meist verboten, direkten Kontakt zu halten) fast zerbrechen. Der resignativ wirkende Gedanke, dass »der Krieg [vielleicht] doch bald aus« (S. 78) sein werde, war wohl eine der letzten Hoffnungen, die ihnen blieb. Mit seitenlangen Auszügen aus Briefen der beiden zu Tode Verurteilten, führt Fritz dem/der LeserIn die ganze Monströsität, Unmenschlichkeit und Absurdität dieses Systems, in dessen Fänge die beiden wie aus heiterem Himmel gekommen waren, vor Augen. Nicht, dass es einen derartigen Beweis noch bedurft hätte, aber das direkte und unmittelbare Teilnehmen an den Gedanken von Menschen mit einem Schicksal wie jenes der Schneiders, ist etwas, das schlichten und anonymen Zahlen von Opfern, mit denen man häufig konfrontiert wird, eine ganz anderen Dimension gibt.

Der Autor hat einen klugen und zugänglichen Erzählstil ge-

wählt. Vor allem ein Aspekt ist hier erwähnenswert: Fritz bettet das Schicksal des Ehepaares Schneider in den breiten historischen Kontext des Österreichischen Bürgerkriegs, des Austrofaschismus, dem wenige Jahre danach erfolgten »Anschluss« Österreichs durch Nazi-Deutschland und die daraufhin etablierte nationalsozialistische Herrschaft ein, sodass das Buch nicht bei einer schlichten Schilderung von individuellen Schicksalen stehen bleibt, sondern auch das politische Klima, in dem sich diese Geschichte abspielte, auf fundierte und abwechslungsreiche Weise miteinbezieht und erläutert.

Diese »Chronik zweier Hinrichtungen« zeigt dem/der Lesern auf erschreckende Weise auf, welche Trivialitäten diesem Amok laufenden Unrechtssystem bereits genügten, um Men-

schen hinrichten zu lassen – und wie konsterniert, verzweifelt und ungläubig die Betroffenen und Angehörigen ob derartiger Urteile zurückblieben. »Die Geschichte von Hans und Hedi« ist ein bedrückendes Buch, das auch stellvertretend für die Millionen von Opfern der NS-Unrechtsjustiz steht, die heute bereits so gut wie in Vergessenheit geraten sind und nicht das Glück hatten, von einem engagierten Historiker gewürdigt zu werden.

**Sebastian Kalicha**

<sup>1</sup> Die Rezension erschien zuerst bei [kritisch-lesen.de](http://kritisch-lesen.de) (<http://kritisch-lesen.de/rezension/ns-terrorjustiz-as-usual>).



ISBN 978-3-86557-227-1  
Festeinband, 148 Seiten,  
Abb. und Dokumente 19,90 €

Dr. Siegfried Ransch wurde 1937 in Brandenburg an der Havel geboren. Er studierte an der Humboldt-Universität zu Berlin Wirtschaftswissenschaften und promovierte zum Dr. rer. oec. Der Autor lebt heute in Berlin.



Über sechzig Jahre nach dem Ende des deutschen Faschismus wird hier die erste Studie über das »Jüdische Arbeitsheim Radinkendorf« (JAR) gegeben. In den Archiven sind Dokumente zum JAR nur spärlich vorhanden. Die Akten des JAR wurden auf Anordnung der Potsdamer Gestapo-Leitstelle wahrscheinlich vernichtet.

Das JAR war zugleich eine typische und eine singuläre Stätte im faschistischen Deutschland in der Zeit April 1940 (Gründung) bis April 1943 (Liquidierung): Fürsorgestätte der »Reichsvereinigung der Juden in Deutschland« (RVJD), zentral unter dem Kommando des »Reichssicherheitshauptamtes«, dort des Gestapa, und regional der Potsdamer Gestapo, Lagerkapazität des Gestapa (zunächst Schneidemühler Juden) mit begrenzter jüdischer Leitung, Stätte im System der Zwangsarbeit, Sammelplatz für Brandenburger Juden vor der Deportation.

Diese Stätte war kein Vernichtungs- und kein Konzentrationslager, sie gehörte nicht zum System der SS-Lager, sie war kein ausschließliches Zwangsarbeitslager, kein großes, sondern ein kleines Lager, sie war im vielgestaltigen Gefüge des Lagersystems ein besonderer Typ.

**NORA Verlagsgemeinschaft Dyck & Westerheide**  
Pettenkoferstr. 16-18 \* 10247 Berlin  
Tel.: 030 20454990  
Fax: 030 20454991  
E-mail: [kontakt@nora-verlag.de](mailto:kontakt@nora-verlag.de)  
Web: [www.nora-verlag.de](http://www.nora-verlag.de)

Novitäten & Raritäten

**NORA**

# Nachdenkliches zu Faschismus und Antifaschismus

**Reiner Zilkenat (Hrsg.): Deutschland im 20. Jahrhundert.**

**Aus dem Nachlass von Rolf Richter (Rosa-Luxemburg-Stiftung, Manuskripte 93),  
Karl Dietz Verlag, Berlin 2011, 194 Seiten**

Unter den jüngsten Publikationen unseres Vereinsvorsitzenden ist die obige Veröffentlichung hervorzuheben. Es war ihm ein wichtiges Anliegen, das Werk seines Lehrers Rolf Richter, der von 1970 bis 1990 am Institut Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung der Akademie für Gesellschaftswissenschaften in Ost-Berlin wirkte, zuletzt als ordentlicher Professor und Direktor dieser wissenschaftlichen Einrichtung, nicht in Vergessenheit geraten zu lassen.

Die von Reiner Zilkenat ausgewählten Veröffentlichungen und unveröffentlichten Manuskripte Rolf Richters zu den Problemkreisen »Geschichte der Arbeiterbewegung«, »Geschichtsschreibung über den Faschismus und den antifaschistischen Widerstand«, »Überlegungen zum Antifaschismus seit 1989« und »Evangelische Kirchen in der DDR« sind aktuell geblieben. Sie vermitteln, wie der Herausgeber in seiner Einleitung »Gedanken zum Werk von Rolf Richter« zu Recht hervorhebt, wichtige Hinweise und Ratschläge, »wie man in Theorie und Praxis mit den unter immer neuen Parolen und Organisationsformen auftretenden Rechtsextremen und Neofaschisten umgehen sollte.«

Die vom Herausgeber vorgestellten Beiträge und Studien Richters zur Geschichte der Arbeiterbewegung in der Wei-

marer Republik, zur marxistischen, sozialdemokratischen und bürgerlichen Faschismusanalyse, zur Erschließung des antifaschistischen Erbes und zur Entwicklung der protestantischen und russisch-orthodoxen Kirchen in der DDR sind ein Spiegelbild für die von den DDR-Geschichtswissenschaftlern erbrachten Leistungen, welche von den meisten bundesdeutschen Historikern in Abrede gestellt werden. Sie belegen gleichzeitig die auch bei Rolf Richter zum Ausdruck gekommenen Erkenntnisdefizite und Konzessionen in seinem historischen Schaffen während der DDR-Zeit – worauf Z. aufmerksam macht. Deutlich wird in der vorliegenden Publikation Richters nachdenkliches und leidenschaftliches Eintreten und Werben für eine durchgreifende Erneuerung der Historiografie in der DDR (an ihrem Ende) und dann in der Bundesrepublik (vor allem zur Faschismus- und Antifaschismusproblematik sowie zur Arbeiterbewegungsgeschichte).

Der Band enthält ein Verzeichnis der ursprünglichen Erscheinungsorte der abgedruckten Beiträge Rolf Richters sowie eine darüber hinaus gehende Auswahlbibliografie.

**Rainer Holze**

# Der Nationalsozialistische Untergrund (NSU) und die Inlandsgeheimdienste<sup>1</sup>

Markus Bernhardt, *Das braune Netz. Naziterror – Hintergründe, Verharmloser, Förderer*, Papyrossa Verlag, Köln 2012, 117 Seiten.

Im November 2011 wurde die Existenz der neonazistischen Terrorgruppe aufgedeckt, die mehr als 13 Jahre unbehelligt Morde und Bombenanschläge begehen konnte. Markus Bernhardt beleuchtet die Hintergründe des Zusammenwirkens der Geheimdienste und der NSU.

Im November 2011 kam es zur Aufdeckung der Morde und Anschläge des neonazistischen »Nationalsozialistischen Untergrundes« (NSU). Die mindestens aus den Neonazis Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe bestehende Terrorgruppe ermordete zwischen 2000 und 2006 neun Migranten und 2007 eine Polizistin. Außerdem soll neben mehreren Banküberfällen der NSU für einen Nagelbombenanschlag in der mehrheitlich von Migranten bewohnten Keupstraße in Köln verantwortlich sein, wobei 22 Menschen zum Teil schwer verletzt wurden.

Der Journalist Markus Bernhardt stellt in seinem Buch »Das braune Netz. Naziterror – Hintergründe, Verharmloser, Förderer« die These auf, dass mehrere Geheimdienste der BRD die Aufenthaltsorte der 1998 untergetauchten Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe kannten und deshalb die Morde und Anschläge hätten verhindern können: »Ohne die Kumpanei der bundesdeutschen Geheimdienste hätte die neofaschistische Terrorgruppe (...) nicht über dreizehn Jahre hinweg Morde, Bombenanschläge und Bankraube verüben können.« (S. 7) Das Abtauchen des Trios in den Untergrund könne laut Bernhardt nicht ohne das Wissen führender Mitglieder des neofaschistischen *Thüringer Heimatschutzes* (THS), dem die drei angehörten, sowie ohne Kenntnis des thüringischen Verfassungsschutzes erfolgt sein. Für die lückenhafte und schwerfällige Aufarbeitung des »größten Geheimdienstskandals der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte« (ebd.) macht Bernhardt die herrschende politische Elite verantwortlich: »Sind es doch maßgeblich Politiker der Regierungskoalition, die sich mit aller Macht gegen eine umfassende öffentliche Aufarbeitung des Geheimdienstskandals stemmen.« (S. 9)

Bernhardt spricht sich mit Recht gegen die Fortsetzung der Praxis der sogenannten V-Leute aus: »Vor allem aber wäre die militante Neonaziszene nicht so stark, wenn die Löhne, die die Geheimdienste den von ihnen installierten V-Leuten zahlen, nicht als eine Art staatlicher Transferleistungen in den Aufbau der rechten Szenerie flössen.« (S. 42)

Er stellt weiterhin die Frage, ob der NSU Teil eines international operierenden neonazistischen Terrornetzwerks war:

»Es dürfte (...) mitnichten ausgeschlossen sein, dass das NSU-Netzwerk über gute internationale Kontakte verfügte und dass Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe während ihrer Zeit im Untergrund nicht nur von deutschen, sondern auch von Faschisten in und aus anderen Ländern unterstützt worden sind.« (S. 26)

Neben einer »Mitverantwortung der Inlandsgeheimdienste für die Morde« (S. 112) macht Bernhardt zu Recht den in weiten Teilen der Gesellschaft verankerten Rassismus im weitesten Sinn für die Terrorakte verantwortlich. Die repräsentative Studie »Die Mitte in der Krise – Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland« aus dem Jahre 2010 ergab, dass über ein Viertel der Befragten über ein gefestigtes extrem rechtes Weltbild verfügte. Für diese Studie wurden im Frühjahr 2010 mehr als 2.400 Menschen befragt. Daraus ergab sich, dass in der Bundesrepublik antidemokratische und rassistische Einstellungen auf einem sehr hohen Niveau existierten. Der NSU konnte sich bei diesen Einstellungsmustern als »Vollstrecker« eines vermeintlichen »Volkswillens« sehen.

Bernhardt spricht weiterhin vom Fehlen einer »nötigen Distanz mancher Ermittler (der Geheimdienste, Anm. M.L.) zur rechten Szene« (S. 112). Hierbei nennt er namentlich den früheren Präsidenten des thüringischen Verfassungsschutzes, Helmut Roewer, der in dem extrem rechten Ares-Verlag aus Graz publizierte. Die Behauptung Bernhardts, dass Roewer öffentlich ausgeführt hatte, dass der Nationalsozialismus »gute als auch schlechte Seiten« gehabt habe (S. 46), wird leider nicht mit einer Quelle belegt.

Dann arbeitet Bernhardt die Reaktionen der extrem rechten Parteien in der BRD auf die Aufdeckung des Terrornetzwerks der NSU heraus. In neonazistischen Foren finden sich Andeutungen zu einer Rechtfertigung der Morde und Anschläge. Dagegen verurteilten der antimuslimische Internetblog *Politically Incorrect* (PI) und die extrem rechte Pro-Bewegung die Verbrechen des NSU, da beide Gruppen Angst vor staatlichen Repressalien befürchteten (S. 37). Die NPD versuchte auch im Hinblick auf ein bestehendes Verbotverfahren den Eindruck zu erwecken, dass es keine Verbindung zwischen der Partei beziehungsweise einzelnen Mitgliedern und dem NSU gab. Ihr Bundesvorsitzender Holger Apfel thematisierte dagegen die »Verstrickung der Inlandsgeheimdienste in den NSU-Terror« und stellte sich als unschuldig Opfer in der Öffentlichkeit dar (S. 38).



Anschließend kritisiert Bernhardt die Extremismustheorie, die in den Veröffentlichungen des Verfassungsschutzes sowohl des Bundes als auch der Länder verwendet wird. Die beiden Politikwissenschaftler Uwe Backes und Eckhard Jesse sind seit Jahren bemüht, die Extremismustheorie über Staatsschutzorgane oder Regierungsapparate hinaus im akademischen Bereich zu etablieren. Der Extremismusbegriff gilt als »Sammelbezeichnung für unterschiedliche politische Gesinnungen und Bestrebungen (...), die sich in der Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates und seiner fundamentalen Werte einig wissen.« (Backes / Jesse 1993, S. 40) Bernhardt befürchtet, dass die Debatten über die erneute Einleitung eines Verbotsverfahrens gegen die NPD dazu genutzt werden, um auch über die verstärkte Überwachung oder gar ein Verbot der Linkspartei nachzudenken.

Für die Bekämpfung der extremen Rechten hält Bernhardt die Extremismustheorie für gänzlich ungeeignet: »Die Extremismustheorie läuft daher prinzipiell auf die Unterstützung eines autoritären Staates hinaus, der Abweichungen von der jeweils neu definierten »Mitte« sanktioniert. Die Virulenz einer sozialen Bewegung der »extremen Rechten« sowie rassistische, nationalistische und antisemitische Stereotype in einem erheblichen Teil der bundesdeutschen Bevölkerung werden von Extremismusforschern zumindest ignoriert und bagatellisiert.« (S. 72)

Dabei bezieht er sich besonders auf Kritiker\_innen der Extremismustheorie aus Wissenschaft und Politik, die auf eine »Extremismus der Mitte«, das heißt eine Interaktion zwischen extremen Rechten und der »Mitte« der Gesellschaft und des politischen Establishments, verweisen.

Die Extremismustheorie stellt für ihn ein ideologisch motiviertes staatliches Instrument gegen antifaschistische Politik und Aktionen dar, das den Widerstand gegen rechte Denkmuster und Gewalt behindert. Dabei verweist er auf die Kriminalisierung der Proteste gegen neonazistische Aufmärsche in Dresden und Dortmund in den vergangenen Jahren. Um rechte Gewalt und das Vordringen rassistischer Denkmuster in der Gesellschaft zu bekämpfen, fordert Bernhardt, »verstärkt gegen den gesellschaftlich verankerten Rassismus vorzugehen, endlich die vollkommene Gleichstellung und Teilhabe von Migranten sicherzustellen und einen offensiven Antifaschismus nicht wie bisher als Bedrohung der Demokratie, sondern vielmehr als zwingende Notwendigkeit zu akzeptieren.« (S. 113)

Weiterhin plädiert er dafür, die Praxis der V-Leute einzustellen, deren Bezahlung für den Aufbau rechter Strukturen mitverantwortlich ist, sowie die sofortige Auflösung der bundesdeutschen Inlandsgeheimdienste.

Insgesamt gesehen bietet das Buch einen guten Einstieg über den Mordserie des NSU und die Verstrickung der bundesdeutschen Geheimdienste. Leider fehlen die Hinweise auf die benutzten Quellen fast durchgängig. Neue sensationelle Enthüllungen werden nicht geliefert, was auch nicht der Anspruch des Autors ist. Bernhardt stellt die Hintergründe des Zusammenwirkens der Geheimdienste mit neonazistischen Terroristen dar und fordert darüber hinaus die Abschaffung aller Inlandsgeheimdienste mitsamt deren extremismustheoretischer Ideologie.

Dass diese provokanten Thesen vor allem bei Vertretern des Verfassungsschutzes oder der Geheimdienste auf vehemente Ablehnung stößt, wundert niemanden. In diesem Zusammenhang ist zum Beispiel auch die Rezension des Buches von Armin Pfahl-Traughber zu sehen. Pfahl-Traughber war von 1994 bis 2004 Mitarbeiter beim Bundesamt für Verfassungsschutz und publiziert seit Jahren in dem von Backes und Jesse herausgegebenen »Jahrbuch für Extremismus und Demokratie«. Außerdem gibt er seit 2008 das »Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung« heraus und ist Professor an der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung in Brühl. Auf dem Internetblog *Endstation Rechts* wirft er Bernhardt »verschwörungstheoretische Deutungen« und das Arbeiten mit »Andeutungen und Unterstellungen in seinem Sinne« vor. Pfahl-Traughber geht es dabei nicht um eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den Thesen des Autors, sondern um eine bloße Abwehr von Angriffen von kritischen Einzelpersonen oder Gruppen auf die bundesdeutschen Geheimdienste.

### Zusätzlich verwendete Literatur

Der Tagesspiegel 13. Oktober 2010: Ausländerfeindlichkeit und Führerfantasien. (Originalquelle: Decker, Oliver et al. (2010): Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin.)

Backes, Uwe / Jesse, Eckhard (1993): Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. 3. Auflage, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn.

Pfahl-Traughber, Armin 24. April 2012: Buch zum NSU: »Kumpane« zwischen Rechtsterroristen und dem Staat? Online-Artikel auf [www.endstation-rechts.de](http://www.endstation-rechts.de)

### Michael Lausberg

---

1 Die Rezension erschien zuerst bei [kritisch-lesen.de](http://kritisch-lesen.de/rezension/der-nationalsozialistische-untergrund-nsu-und-die-inlandsgeheimdienste) (<http://kritisch-lesen.de/rezension/der-nationalsozialistische-untergrund-nsu-und-die-inlandsgeheimdienste>).

Abschrift.

IAA 2100 A. 18.4.31

Der Preußische  
Minister des Innern.

Berlin, den 17. Februar 1931.

31.

- II 1420 a 2 B/4.2.

Abschrift.

31

Der Regierungspräsident.

Schleswig, den 4. Februar 1931.

J.Nr. I.P.P.78. II.6.

Dem  
Herrn Minister des Innern in Berlin NW 7.

Der Polizeipräsident in Altona hat mir zu dem wieder beiliegenden Ausschnitt aus dem Berliner Tageblatt folgenden Bericht erstattet:

"Der Vorsitzende der S.P.D., Ortsgruppe Altona, Bugdahn, hat tatsächlich in einer öffentlichen Versammlung erklärt, daß die Nationalsozialisten an Erwerbslose Schreiben versandten, in denen ihnen Arbeit versprochen wird, wenn sie Mitglieder der NSDAP. werden. Diese Behauptung stützte Bugdahn auf mehrere Schreiben, die ihm im Original vorgelegen haben und an Angehörige der S.P.D. verschickt worden sind.

Da in diesen Fällen eine Durchbrechung der gesetzlichen Arbeitsvermittlungs-Bestimmungen vorliegt, hat Bugdahn diese Schreiben der Landesarbeitsvermittlungsanstalt in Hamburg zur weiteren Erledigung zugeleitet. Der dort zuständige Sachbearbeiter hatte 2 dieser Schreiben im Besitz, die das Datum vom 12.11.30 tragen und deren Inhalt wie folgt lautet:

" Wir bitten Sie, zwecks Vermittlung einer Arbeitsstelle sich umgehend auf Geschäftsstelle Altona, Palmallee 57, einzustellen

Mit Hitler-Heil

gez. H a g e r,  
Ortsgruppengeschäftsführer"

An

- a) den Herrn Reichsarbeitsminister
- b) den Herrn Reichsminister des Innern
- c) den Herrn Preuß. Minister f. Handel u. Gewerbe
- d) den Herrn Polizeipräsidenten in Berlin.

Von

*mit. H.*  
*g. H. : Arbeitsvermittlung*  
*Stütz d. H.*  
*18.4.31*  
*g. 2000 a. 18.4.31*

Von dem Sachbearbeiter des Arbeitsamtes in Hamburg ist auch in anderen vorhergehenden Fällen festgestellt worden, daß das Parteibüro der NSDAP. tatsächlich Leute bei der Werft Blohm & Voss in Hamburg als Arbeiter untergebracht hat. Diese Erwerbslosen gehören nicht der NSDAP, an, haben sich aber <sup>den</sup> von dieser gestellten Bedingungen unterwerfen müssen. Diese Bedingungen sind folgende: Der so geworbene Erwerbslose, dem durch die NSDAP. eine Arbeitsstelle vermittelt worden ist, muß Mitglied der Partei und der SA. werden; er muß sich außerdem eine Bundeskleidung der SA. kaufen und diese mit einer wöchentlichen Rate von 3,-RM abzahlen. Weiter hat er sich für alle SA.-Veranstaltungen zur Verfügung zu halten.

Bezüglich der im Artikel vermerkten 3,-RM handelt es sich also nicht um einen Sonderbeitrag für die Partei, sondern um die Rate für die Uniform. Bereits im November 1930 wurde hier festgestellt, daß die NSDAP. politisch Andersdenkende mit dem Versprechen weitgehendster Unterstützung für die SA. wirbt. Die Unterstützung besteht in der Hauptsache darin, daß den Erwerbslosen von der Partei aus Lebensmittel zu billigeren Preisen geliefert werden."

Gleiche Beobachtungen aus anderen Orten des Regierungsbezirks liegen nicht vor.

In Vertretung  
gez. Grimpe.

---

Abschrift übersende ich ergebenst mit der Bitte um gefl. Kenntnisnahme.

Im Auftrage  
gez. Schöner.

# Die extreme Rechte wandelt und radikalisiert sich

**Toralf Staud / Johannes Radke: Neue Nazis. Jenseits der NPD: Populisten, Autonome Nationalisten und der Terror von rechts., Kiepenheuer & Wisch, Köln 2012, 272 Seiten, 9,99 Euro**

Für Menschen, die sich gegen Neonazis engagieren ist es keine neue Erkenntnis mehr, dass das Bild des Neonazis mit Bomberjacke, Springerstiefel und weißen Schnürsenkeln überholt ist. Dass die Autoren Toralf Staud und Johannes Radke direkt zu Beginn in ihrer Einleitung zum jüngst erschienen Buch »Neue Nazis« so darauf drängen, man solle sich dieses Bild aus dem Kopf schlagen, irritiert zunächst. Spätestens seit die Autonomen Nationalisten ab 2003/2004 häufiger auf Demonstrationen auftauchten in schwarzen Kapuzenpullis, Turnschuhen und Basecaps, wurde sichtbar, dass die rechte Szene sich zumindest äußerlich modernisierte. Doch hat das Buch deutlich mehr zu bieten, als das Aufräumen mit alten Klischees.

Mit einem Rückblick in 90er Jahre in Ost- und Westdeutschland skizzieren die Autoren die Entwicklung der rechten Szene in Deutschland. Hoyerswerda, Lichtenhagen, die Debatte um das Asylrecht und der Wiederaufstieg der NPD. Eine Zeit, die auch die Mitglieder der NSU-Terrorzelle geprägt hat, und in der die Präsenz der extremen Rechten zur Normalität wurde. Ein Stichwort, das die jüngeren Entwicklungen in der extremen Rechten treffend beschreibt, ist »Patchworkidentität«. Ein Begriff, der vor allem in der Soziologie geläufig ist: Man mischt zusammen, was gefällt. *»Sie können an einem Tag Hip-Hop hören und Pizza essen, am nächsten beim Aufmarsch für eine »reine Volksgemeinschaft« mitlaufen.«* Die rechte Musikszene ist breiter geworden ebenso wie die Zahl der Internetversände größer, in denen sich Neonazis mit Musik, Kleidung, etc. versorgen können. Staud und Radke stellen die neonazistische Popkultur in ihrer Breite vor und veranschaulichen an zahlreichen Beispielen, wie faschistische Ideologie, der Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus mit einem modernen Auftreten verknüpft werden.

Die NPD stand im 2006 von Toralf Staud veröffentlichten Buch »Moderne Nazis« noch im Mittelpunkt. Im jüngsten Werk beschreibt der Autor nur in einem Kapitel. Darin wird vor allem der Konflikt der NPD heute zwischen Anbiederung und Radikalisierung treffend analysiert. Auch ihre Rolle, die sie in Augen vieler Neonazis hat, als lediglich taktisches Instrument, als »Plastiktüte« in der man seine Inhalte verteilt, wird zum Ausdruck gebracht.

Auch der Rechtspopulismus in Deutschland hat ein eigenes Kapitel, in dem die Autoren die jüngsten Entwicklungen skizzieren. Trotz der ständigen Versuche der Rechtspopulismus, sich gegen die extreme Rechte abzugrenzen, ist ihre Spielart der Rassismus wohl der größte Beitrag zur Modernisierung der extremen Rechten, so Staud und Radke.

Besonders aufhorchen lässt die These der Autoren, dass der Rechtsterrorismus von morgen aus den Reihen der Autonomen Nationalisten kommt. Hier gibt es das größte Aggressionspotential, lose Strukturen, die dem Staat oft verborgen verbleiben. Die Zahl der Anschläge auf zivilgesellschaftliche Einrichtungen, die sich gegen Rechts engagieren und auf Büros von Parteien hat deutlich zugenommen. Und immer häufiger werden bei Razzien der Polizei in der rechten Szene auch Sprengsätze gefunden.

Für Leser, die sich regelmäßig mit der Thematik befassen, bietet »Neue Nazis« womöglich wenig neue Erkenntnisse, stellt aber eine gute Rundumschau dar, in der verschiedene Beobachtungen miteinander verknüpft und in Zusammenhang gebracht werden. Durch die vielen Beispiele ist die Analyse der Autoren gut nachvollziehbar, der Schreibstil flüssig. Die thematischen Kapitel lassen sich auch gut einzeln für sich lesen. Fazit: Ein empfehlenswertes Buch für alle, die sich einen Überblick verschaffen wollen, ebenso für alle, die ihren Kenntnisstand in einzelnen Bereichen auffrischen wollen.

# Für eine offene, lebendige Gesellschaft

**Claus Leggewie / Horst Meier: Nach dem Verfassungsschutz.  
Plädoyer für eine neue Sicherheitsarchitektur der Berliner Republik.  
Archiv der Jugendkulturen, Berlin 2012, 208 Seiten, br., 12 Euro.**

Um es gleich vorweg zu sagen: Dieses kleine und dennoch gewaltige Büchlein hat das Zeug, zum Manifest einer neuen linken und linksliberalen Bürgerrechtspolitik zu werden. Mit leidenschaftlicher Sprache und sachlicher Empörung rechnen Claus Leggewie und Horst Meier mit einer aus dem Kalten Krieg stammenden Sicherheitsarchitektur ab. Ausgangspunkt ihrer Überlegungen sind die Skandale und Vertuschungen des Verfassungsschutzes, dieser ganz und gar nutzlosen, gefährlichen und ein unkontrollierbares Eigenleben führenden Institution.

So verheerend aber die Bilanz des Verfassungsschutzes ausfällt, so positiv beziehen sich die Autoren auf die demokratische Entwicklung der Bundesrepublik. »Der Verfassungsschutz bietet keine Lösung, er ist nur das symptomatische Problem einer Demokratie, die einst sich selbst nicht traute.« Nunmehr aber gebe es – bei allen Abstrichen, Fehlern und Leerstellen – eine gut entwickelte Demokratie in Deutschland, die eine lebendige und offene Gesellschaft braucht, die von sich aus die »demokratische Republik« verteidigt und sie täglich attraktiver zu machen versucht.

Leggewie und Meier skizzieren pointiert, warum das Bundesamt und die Landesämter für Verfassungsschutz dringend aufgelöst werden müssen: Vom sogenannten »Frühwarnsystem« ist bei dieser Behörde nichts übriggeblieben. Eine Nazi-Terror-Gruppe zieht jahrelang mordend durch das Land und der Verfassungsschutz will nichts mitbekommen haben? Vielmehr schafft sich der Verfassungsschutz seine Gegner selber, er dient nur sich selbst. Interessant auch der Verweis, dass es in anderen Demokratien keinerlei Entsprechungen dafür gibt, dass ein Inlandsgeheimdienst weit, weit im Vorfeld politische »Extremisten« bespitzeln darf.

Die Autoren machen auch darauf aufmerksam, dass der politische Wettbewerb massiv verzerrt wird: »Wenn sich Geheimdienstler für »extremistische« Parteien interessieren, sind das Recht auf Opposition und die Chancengleichheit aller politischen Richtungen bedroht.« Von diesem grundlegenden Ansatz her analysieren die beiden auch die V-Leute-Praxis und nähern sich dem kontroversen, zweiten Teil des Buches: Ohne Abstriche wenden sich Leggewie und Meier gegen Leute. Und ein neues Verfahren steht vor dem kaum lösba-

Problem, dass das »kriminelle Verhalten eines Einzelnen« der »Partei als organisationsspezifische Eigenart zugerechnet werden« müsste. Ebenfalls verstoße ein Verbot gegen die Verhältnismäßigkeit und ersetze niemals die tägliche Auseinandersetzung mit menschenfeindlicher Ideologie.

Auch in einem anderen Punkt geben beiden Wissenschaftler zu denken: »Dort, wo rechtsradikale Parteien schwach sind, ist einschlägige Gewalt stärker verbreitet: In den neunziger Jahren hatte Deutschland bei schwachen Rechtsparteien die höchste Gewaltrate von rechts; Frankreich dagegen hatte eine der niedrigsten, obwohl der Front National eine der stärksten rechtsradikalen Parteien in Westeuropa ist und keineswegs gemäßigt auftritt.«

Die Autoren bieten also reichlich Diskussionsstoff und machen Lust auf die Erarbeitung neuer Strategien. Ihr Buch offeriert aber nicht nur Analyse, sondern auch konkrete Schritte von der geschlossenen hin zur offenen Gesellschaft. Dreh- und Angelpunkt für die Wissenschaftler ist die Idee des »Republikschutzes«, der im Kern nur eine Grenze kennt: Die der Gewalt. Konkret meint dieser Ansatz, dass der Staat nur und ausschließlich bei »krimineller, nicht extremistischer Dissidenz« eingreifen kann. »Die Gewaltgrenze ist der Dreh- und Angelpunkt des Republikschutzes. Ein Ausschluss vom politischen Wettbewerb erfolgt – ohne Ansehen einer politischen Ideologie – erst und ausnahmslos dort, wo Politik die Grenze zur Gewalt überschreitet.« Am Ende des Buches werden eine Reihe von Thesen und Forderungen aufgegriffen und aufgelistet: von der sofortigen Streichung der Extremismusklausel über die Thematisierung des »Rassismus der Mitte« bis hin zur Aufzählung der Karikatur: Harm Bengen

Verfassungsschutzskandale in der Geschichte der Bundesrepublik. Mit ihrem Plädoyer für eine neue Sicherheitsarchitektur der Berliner Republik haben Claus Leggewie und Horst Meier einen großen Wurf gelandet, der brillant und scharf in der Analyse ist und praktische Wege für ein radikales Mehr an Demokratie aufzeigt. Für die gesamtdeutsche Linke könnte dies Buch ein Meilenstein auf dem Weg zu einer starken, sozialistischen Bürgerrechtsbewegung sein. Wenn sie denn Lust auf die Anstrengungen der offenen Gesellschaft hat.

**Jan Korte, MdB**

# Linke, Nahostkonflikt, Antisemitismus – Wegweiser durch eine Debatte

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat mit ihrer Broschüre »Linke, Nahostkonflikt, Antisemitismus Wegweiser durch eine Debatte« eine kommentierte Bibliografie vorgelegt, deren Ziel es ist, zu einer Versachlichung der Debatte beizutragen. Der Autor Peter Ullrich stellt in der Broschüre im ersten Teil Bücher zur Geschichte der Arbeiter/innenbewegung vor. Vor allem zu den Schwerpunkten Zionismus und Antisemitismus. Im zweiten Teil folgen Publikationen, die sich mit der DDR, dem Antisemitismus in der DDR und dem Verhältnis der DDR zu Israel befassen. Der dritte Teil umfasst Veröffentlichungen zur (westdeutschen) Linken vor allem mit diskursanalytischem Schwerpunkt. Im vierten Abschnitt geht es um die Kontexte des Nahostdiskurses. Abschließend werden Sammelbände mit vor allem po-

litischen Debattenbeiträgen vorgestellt. Wer sich tiefer in diese komplexe Debatte einarbeiten will, hält mit dieser Broschüre einen Ratgeber in der Hand, der einem den Lesestart erleichtert. Die Broschüre kann als pdf auf der Webseite der Stiftung [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de) herunter geladen werden. Der direkte Link: <http://www.rosalux.de/publication/38659/linke-nahostkonflikt-antisemitismus.html>

Oder in gedruckter Form bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung angefragt werden: Rosa-Luxemburg-Stiftung: Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e. V., Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin.

**Julia Wiedemann**



**AUFLÄREN & EINMISCHEN  
DEN BEHÖRDEN  
AUF DIE FINGER SCHAUEN!**

**WIR BRAUCHEN EURE SPENDEN FÜR:**

- eine kritische Öffentlichkeitsarbeit,
- eine unabhängige Begleitung und
- eine fundierte Bewertung der NSU-Untersuchungsausschüsse und anstehenden Prozesse.

**SPENDENKONTO:**

apabiz e.V.  
KTO 3320803 BLZ 10020500  
Bank für Sozialwirtschaft  
Verwendungszweck: Beobachtung

**EIN PROJEKT VON & MIT:**

Antirassistisches Bildungsforum Rheinland, a.i.d.a., Antifaschistisches Infoblatt (AIB), apabiz, ART Dresden, Der Rechte Rand, Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus, LOTTA - antifaschistische Zeitung u.a.

[HTTP://NSU-WATCH.APABIZ.DE/SPENDEN](http://NSU-WATCH.APABIZ.DE/SPENDEN)

# Mieterstreit gegen die Nazi-Mordhöhle

**Neuköllner Arbeitermieter antworten den Goebbelsbanditen — Liste nationalsozialistischer Schlupfwinkel in Berlin — Wo bleibt hier die Polizei?**

Während Gefinssi über 2000 schwerbewaffnete Polizisten in die Berliner Arbeiterviertel schickt und dort in leeren Schränken und Tüpfen nach Waffen suchen läßt, richten die Nationalsozialisten in allen Teilen Berlins ungestört ihre Mordhöhlen ein. Vor wenigen Tagen quartierte sich Goebbels SA in einem Lokal des Hauses Richardstraße 35 in Neukölln ein. Mit dem Gastwirt Heinrich Böwe schlossen sie einen Vertrag, der ihm eine Tageseinnahme von 50 Mark garantiert.

Gleich nach ihrem Eingang machten die Patenkreuzler die Umgebung unsicher. In der Nacht lungen sie vor dem Hause und auf dem Hof herum und schlugen ahnungslos heimkehrende Jungarbeiter aus dem Hinterhalt nieder. Auf dem Hofe spielende Arbeiterkinder bedrohten sie mit Pistolen. Während sich die Polizei überhaupt nicht um die SA-Kaserne gekümmert hat, haben die proletarischen Mieter des Hauses die Abwehr organisiert. Auf einer Mieterversammlung, an der 100 Personen von 145 Bewohnern teilnahmen, wurde beschlossen, einen antifaschistischen Abwehredienst zu schaffen und am 1. September, wenn die Nazis bis dahin nicht das Haus verlassen haben, in den Mieterstreik zu treten. Sofort nach Bekanntwerden der Nazi-provokationen zogen 800 Gewerkslose der Stempelstelle Mittelweg zu dem Lokal und forderten von dem Wirt, die Patenkreuzler sofort hinauszusenden.

Auch in anderen Teilen Berlins hat Goebbels seine SA in den fragwürdigsten Lokalen einquartiert. Hinter dem Namen „SA-Heim“ verbirgt sich überall, wie beifolgende der Vorfall in der Mohlstraße zeigt, eine Bande schwerbewaffneter Patenkreuzler, die hier tagtäglich haust und Überfälle auf Arbeiter unternimmt. Die „Rote Fahne“ ist in der Lage, eine ganze Reihe der bekanntesten nationalsozialistischen Mordhöhlen in Berlin zu veröffentlichen.

Im Norden Berlins: Lokal Lehmann, Tegeler Straße 38; Café Margold, See- & Ede Müllerstraße; Café Bischof, Chausseestraße 56. In dem Lokal Uebomer Straße 9 ist ein SA-Treffpunkt in Alarmsfällen. Hier ist auch Schlafgelegenheit. Andere Alarmtreffpunkte befinden sich in Privatwohnungen: Grünthaler Straße 27/28, Wollankstraße 62, Soldiner Straße 102.

Im Nordosten befinden sich die SA-Kasernen; die Patenkreuzler nennen sie „Stützpunkte“. Trelleborger Straße 35a (hier sind 10 Betten aufgestellt), Greifswalder Straße 29 (5 Betten). In den Bismarckfestälen in Niederschönhausen ist ein Schlupfwinkel mit 10 Betten.

Im Osten Berlins befindet sich die Hauptmordhöhle Lange Straße 108 mit 30 bis 40 Betten; andere Schlupfwinkel sind: Gürtelstraße 36; Lokal Sauer, Simpson- & Ede Grifflusstraße, und Große Frankfurter Straße 99, wo Hof, Saal und Keller von den Nazis benutzt werden.

Im Süden: Kaiser-Friedrich-Straße 25, Hermannstraße 120 und Weiser- & Ede Elbestraße.

Im Südwesten: „SA-Heim“, Gollenstraße 56; „Afrikaner“, Lühnowstraße; „Ameise“, Hauptstraße; eine Unterkunft in der Mohlstraße 66.

Im Nordwesten: „Spreeshallen“, Kirchstraße; „SA-Heim“, Tegeler Weg 7, und die bekannte Mordhöhle in der Hebbelstraße.

Im Zentrum: SA-Unterkunft für 50 Mann Dresdner Straße 118; Wall- & Ede Neue Jakobstraße, „SA-Quartier“ für 4 bis 5 Mann; im „Wiener Garten“, Wiener Straße 10, eine Kaserne für 100 Mann.

Das sind die „SA-Heime“, „SA-Treffpunkte“, wie sie so schön genannt werden, aus denen nachweisbar unzählige Blut-taten auf Passanten und Arbeiter verübt wurden. Das sind die Schlupfwinkel der seligen Mordbanditen vom Schlage des Sturms 88, die unsere unvergeßlichen Kameraden Otto Grüneberg und Max Schirmer und andere fleischlich abgeschlachtet haben? Hat die Polizei schon einmal diese Mordhöhlen ausgeräumt? In der Mohlstraße mußte erst ein Passant blutig niedergeschlagen werden, mußten erst empörte Zeugen des seligen Überfalls von der Polizei energisch die Aushebung des Verbrechernes fordern.





# DER ROTE FRONTKÄMPFER

Organ des R. F. B. 14. Abteilung

Nr. 2 Jahrgang 1

Juli 1929

Extra-Ausgabe

## Nieder mit dem R. F. B.-Verbot!

Am 1. August demonstriert das rote Neutölln auf den Straßen gegen die erhöhte Kriegsgefahr. Wir „Roten Frontkämpfer“ nehmen diesen Tag zum Anlaß, die Neutöllner Arbeiterschaft aufzufordern, den gemeinsamen Willen zum Kampf gegen den imperialistischen Krieg mit dem Kampf gegen das R. F. B.-Verbot zu verbinden.

Der 1. August ist nicht für uns allein der 15-jährige Gedenktag jener Schreckentage, an dem die Imperialisten aller Länder mit Hilfe ihrer Generale Europa in ein Schlachtfeld verwandelten, sondern soll ein Warnungssignal sein gegen die Imperialisten, die heute ein neues Völkergemetzel vorbereiten. Seit seinem Bestehen gehörte es zu den Aufgaben des R. F. B., die Arbeiterschaft auf die gewaltigen Kriegsrüstungen der kapitalistischen Mächte aller Länder aufmerksam zu machen, hinzuweisen auf die faschistischen Wehrverbände Deutschlands, die auch ein Teil der militärischen Organisation der deutschen Bourgeoisie bedeuten. In den letzten Tagen hat die Kriegsgefahr einen akuten Charakter angenommen. Der chinesische General Tschangai, der die gewaltigen Aufstände der chinesischen Arbeiter gegen den Imperialismus und für die proletarische Revolution nach nationalistischem Muster niederschlug, provoziert das Land der Arbeiter und Bauern, die Sowjet-Union, indem er mit Gewaltmaßnahmen die Verträge mit der Sowjet-Union bricht. Jeder Arbeiter muß erkennen, daß bisher alle Kriegsprovokationen der Imperialisten gegen den Arbeiter- und Bauernstaat an dem festen Friedenswillen der Sowjet-Union gescheitert sind. Wer in diesen kritischen Tagen die bürgerliche Sensations-

presse und das Zentralorgan der Sozialdemokratie, den „Vorwärts“, verfolgte, konnte sich ein Bild machen, wie die Feinde der Sowjet-Union ihre Monopol-Stellung in der Massenbeeinflussung durch den fast ausschließlichen Besitz der Presse und eines großen Parteiapparates benützen, um den Krieg gegen die Sowjet-Union auch ideologisch vorzubereiten. Es besteht daher kein Zweifel, daß die S. P. D., genau wie im August 1914, in die Front der kapitalistischen Interessen einschwenken wird. Während es vor 15 Jahren um die „Vaterlandsverteidigung“, um den Schutz von „Haus und Herd“ gegen die barbarischen Horden des Zarentums ging, wird der sozialdemokratische Feldwebel zum Schutze der „Europäischen Kultur“ gegen den „Bolschewistischen Imperialismus“ zu Felde ziehen. Das Proletariat der kriegführenden Länder hat aus dem letzten imperialistischen Krieg die Lektion erhalten, daß es immer, ob im Siegerland oder im besiegten Land, die Unkosten für die Imperialisten zu tragen haben wird.

Der Kampf gegen den Krieg kann nicht geführt werden mit der Befegung von Ministersejeln, oder mit der Sozialdemokratischen „Durchdringung“ des Staatsapparates, der sich in allen politischen und wirtschaftlichen Forderungen der Gesamtarbeiterschaft gegen das Proletariat richtet. Der Kampf gegen den Krieg kann auch nicht geführt werden mit einem Reichsbanner, das die illusionäre Parole „Nie wieder Krieg“ in ein sehr reales Bekenntnis zu der Wehrmacht des kapitalistischen Staates umgewandelt hat. Wir haben immer das Schlagwort „Nie wieder Krieg“ als Vernebelung des ernsthaften Kampfes gegen den Krieg gekennzeichnet.

Nicht Koalition mit demokratischen Börsenjobbern und Burgfrieden mit christlichen Zentrumsparasiten, sondern die Revolution gegen die kapitalistische Ausbeutung und die Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg ist der befreiende Weg zum Frieden und zum Sozialismus.

**Denken!**



Die faschistischen Wehrverbände, Stahlhelm, Jungdo, Wehrwolf, die immer frecher werdenden Nationalsozialisten sind nichts anderes, als die ausgehaltenen kapitalistischen Schutztruppen im Kampfe gegen das Proletariat, das nicht mehr das Kanonensutter und die wirtschaftliche Kraft für den Imperialismus im Falle eines neuen Krieges stellen will. Die faschistischen Kadaver werden daher die Reserven für die kommenden Kriege bilden.

Die Führung des Reichsbanners hat in den letzten Jahren eine lebhaft propagandistische „Republikanisierung“ der Armee und Flotte geführt. Das bedeutet nichts anderes, als auch das Reichsbanner als Reserve der Armee in Bereitschaft zu halten. Göring's Ausspruch, daß wenn irgend ein Schlawiner es wagen wollte, Deutschland anzugreifen, wird das Reichsbanner bereitstellen, um das deutsche Vaterland zu verteidigen, zeigt deutlich, wo das Reichsbanner bei Ausbruch eines Krieges stehen wird.

Die Deutsche Republik erlaubt sich in diesem Jahre den Luxus einer Verfassungsfeier, da der diesjährige Verfassungstag auf einen Sonntag fällt. Am 11. August wird das Reichsbanner Arm in Arm mit der Bourgeoisie im roten Berlin aufmarschieren. Reichswehr und Schutzpolizisten werden die Musik dazu liefern. Dieser Aufmarsch wird jedem Proletarier den besten Anschauungsunterricht vom Wesen der bürgerlichen Demokratie geben. Während der N. F. B. und sein Reichstreffen verboten wurde, marschieren die schwarzrotgelben Helden

durch die sonst für Proletarier verbotene Bannmeile. Der Ehrenausschuß des Reichsbanners fordert die Berliner Bevölkerung auf, Quartiere für die schwarzrotgoldenen Schutztruppen der deutschen trustkapitalistischen Republik bereitzustellen. Der Aufruf ist auch von einem Mann, der der Berliner Arbeiterschaft besonders sympathisch und in frischer Erinnerung ist, unterschrieben worden — dem Berliner Polizeipräsidenten Jörgiebel. Raum hat sich über die 31 von Jörgiebels Polizeihorden ermordeten Berliner Proletarier das Grab geschlossen, tritt Jörgiebel an die Berliner Bevölkerung mit der Bitte heran, Quartiere für seine Hilfstruppen zu geben. Noch sind die Verhaftungen, Prügeleien und Schießereien der Polizei nicht vergessen, noch befinden sich Neuköllner Arbeiter auf Grund der Maiereignisse in den Gefängnissen, noch sind nicht alle Verletzten von ihren Verwundungen wieder hergestellt, noch zeugen die Schießspuren in den Straßen Neuköllns von der Brutalität der Polizei und den todbringenden Geschossen ihrer Panzerwagen. Für das revolutionäre Proletariat Neuköllns gibt es keinen Frieden mit der Polizei, deren „Ruhe und Ordnung“ der Bourgeoisie die schrankenlose Ausbeutung des Proletariats durch die Bourgeoisie gewährleistet. Es ist geradezu Ehrenpflicht eines jeden Neuköllner Arbeiters, den Schwarzrotgelben kein Quartier zu geben. Der Boykott zum Verfassungstag wird energisch durchgeführt werden. Es wird die erste Antwort des roten Neuköllns auf die Mainnegeleien des Herrn Jörgiebel sein.

## Arbeiter Neuköllns!

Der Rote Frontkämpferbund ist eine Kampftruppe gegen den Imperialistischen Krieg und gegen den kriegerischen Faschismus. In jahrelanger Arbeit haben die Proletarier diese Organisation geschaffen. Unsere Aufmärsche zeigten die Entschlossenheit und Disziplin revolutionärer Bataillone, die der Arbeiterschaft Neuköllns die Gewißheit gaben:

## „Unser die Zukunft!“

Wer eine solche Organisation verbietet, leistet der kapitalistischen Klasse und ihren Kriegstreibern Vorschub, ebnet den Weg zum Kriege!

Am 1. August demonstriert die Neuköllner Arbeiterschaft unter den Losungen:

Krieg dem imperialistischen Kriege!  
Nieder mit der trustkapitalistischen Republik!  
Aufhebung des Verbotes des RFB. und RJ.  
Für die Verteidigung der Sowjet-Union!  
Für die Proletarische Revolution!  
Rot Front — Trotz alledem!

Roter Frontkämpfer-Bund — Rote Jungfront  
14. Abteilung Neukölln-Britz.

# Forderungen der Neuföllner Erwerbslosen

**Weg mit dem Demonstrationsverbot — Magistratsverordnungen werden nicht durchgeführt**

Gestern fand in Allems. Festfälen eine glänzend besuchte Kampfkundgebung der Neuföllner Erwerbslosen statt. Nach einem mit großem Beifall aufgenommenen Referat des Genossen Kunz wurde eine Resolution einstimmig angenommen, in der die Neuföllner Erwerbslosen fordern:

**Nieder mit dem Demonstrationsverbot! Es lebe der gemeinsame Kampf der Betriebsarbeiter und Erwerbslosen gegen Faschismus!**

**Es lebe der Kampf für Arbeit, Brot und Freiheit!**

**Es lebe die internationale Kampfsolidarität und der internationale Kampf der Erwerbslosenarmee am 25. Februar 1931!**

In der Diskussion schildert ein alter Wohlfahrtsempfänger die neuen Abbaumassnahmen des Magistrats. Die Rente soll um 20 Prozent gekürzt werden. Der Magistrat läßt weitere Abzüge machen für den Mann 1 Mark, für die Familienangehörigen 1.50 Mark. Der Magistrat hat die Frechheit, zu behaupten, die Preise seien gesunken. Die Exekutiv-Beamten können auf die Frage, wo die Preise gesunken sind, keine Auskunft geben.

Revolutionäre Wohlfahrtspfleger treten auf und erklären, die Massnahmen des Magistrats nicht durchzuführen,

sondern mit den Wohlfahrtsempfängern aktiv gegen den Hunger, gemeinsam mit den Erwerbslosen und Betriebsarbeitern zu kämpfen. Alle Redner ernteten großen Beifall, besonders als diese über die Hörsting-Weite im Lustgarten und über die wachsende revolutionäre Einheitsfront, über die Köpfe der sozialdemokratischen Führer hinweg, sprachen.

Die Erwerbslosen beschloßen, ein großes Kampfprogramm mit allen ihren Kampfforderungen und den Aufbau der Wehrformationen (Erwerbslosenstaffeln) gegen den Faschismus.

4 Delegierte wurden zum antifaschistischen Kongress am 8. März gewählt.

Rote Fahne, 24.2.1931

Diese Dokumentation zeigt, wie bis heute von etlichen Politikern der Bundesrepublik mit der NS-Vergangenheit umgegangen wird. Die Herausgeber, ein Bundestagsabgeordneter und ein wissenschaftlicher Mitarbeiter, stießen immer wieder auf die üblichen Abwehrtechniken gegen eine kritische Aufarbeitung der Vergangenheit sowie auf apologetische Positionen, die an der Legende der »sauberen Wehrmacht« und einer angeblich rechtsstaatlichen NS-Militärjustiz festhielten.

Bis 2009 wurde im Bundestag einfachen Wehrmachtssoldaten sogar offen das Recht auf Widerstand abgesprochen, besonders jenen, die wegen sogenannten Kriegsverrats zum Tode verurteilt worden waren. Nach wie vor existieren Auffassungen, dass lediglich der Widerstand der »Eliten«, namentlich der des 20. Juli 1944, legitim gewesen sei. Soldaten hingegen hätten vor allem eines: zu gehorchen.

Während der Debatten musste sowohl von Seiten der Wissenschaft als auch aus den Reihen der Politik mit erheblichem Nachdruck deutlich gemacht werden, dass die Wehrmachtsjustiz direkter Teil des nationalsozialistischen Terror- und Willkürsystems war. Schon deshalb galt es, die mörderischen Kriegsverratsbestimmungen des Militärstrafgesetzbuches in der Fassung von 1934 als das zu kennzeichnen, was sie waren: blutiges NS-Unrecht.

Jan Korte, Dominic Heilig (Hrsg.)

## Kriegsverrat

### Vergangenheitspolitik in Deutschland

Analysen, Kommentare und Dokumente einer Debatte,

208 S., Broschur, 13 Abb., 14,90 Euro, ISBN 978-3-320-02261-7



diets berlin

280

Abteilung I A.

Berlin, den 27. Juni 1930.

Tgb.Nr. 2718 I A. 7.30.

282

An

das Kommando der Schutzpolizei.

Unter Bezugnahme auf die vorangegangenen Ferngespräche teile ich hierdurch mit, dass Umzüge, aus welchen ein Lied mit dem Text:

" Der Kommune den Tod ! "

" Wenn das Judenblut vom Messer spritzt, dann geht's nochmal so gut. "

gesungen wird, aufzulösen und Betroffene zwangszugestellt und nach Abteilung I A einzuliefern sind. Ferner werden von hieraus Strafverfahren eingeleitet werden.

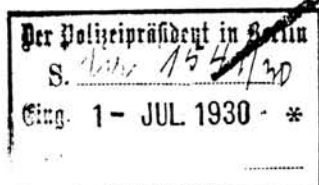
Den gesamten Text des Liedes werde ich noch mitteilen.

Im Auftrage:

gez. Dr. Schoch.

Beglaubigt:

*Bischof,*  
Kanzleisekretär.



*12*

*19. 6. 30.*

*H. der städt. Polizeibehörde  
H. Herr Adolf R. Langemann als stellvertretender  
Führer der städt. Polizeibehörde.*

*Dr. H.  
Schoch*

*Bischof*

# Mitteilungen

des

## Förderkreises

### Archive und Bibliotheken

### zur Geschichte der Arbeiterbewegung

#### Aus dem Inhalt

Digitalisierung und Bestandszugänge in der SAPMO-BArch (2) – Archiv der Münchner Arbeiterbewegung e.V. (3) – Bibliotheksfundus Ostdeutschland (6) – Internationales Online-Archiv: Workscontrol.net (7) – 100 Jahre Unabhängigkeit Albaniens: Dokument aus dem Jahre 1923 (11) – Heinz Kundels BBC-Rede am 4.1.1945 (14) – Findhilfsmittel von Archiven der neuen Bundesländer und des Bundes (24) – 22. Sitzung des Kuratoriums der SAPMO-BArch (35) – Moskauer Konferenz anlässlich des 140. Geburtstags Rosa Luxemburgs (36) – Promotionsprojekt zum Kulturbund der DDR 1945-1990 (39) – Promotionsprojekt zur Internationale der Seeleute und Hafenarbeiter 1930-1937 (42) – Protokoll der 21. Jahresversammlung des Förderkreises (46) – Personalien (49) – Aktivitäten unserer Vereinsmitglieder (50) – Vorträge (53) – Buchbesprechungen (54)

Nr. 42

September 2012

#### Impressum:

Diese Schrift wird an Mitglieder des Förderkreises kostenlos abgegeben.  
Die Schutzgebühr für sonstige Bezieher beträgt 3 EURO, zuzüglich Versandgebühr.  
Nachdruck - auch auszugsweise - ist nur unter Angabe der Quelle gestattet.  
Gezeichnete Beiträge geben nicht die Meinung von Herausgeber und Redaktion wieder.  
Redaktion: Dr. Rainer Holze, Dr. Birgid Leske.  
Erreichbarkeit der Redaktion: birgid.leske@googlemail.com  
Vertrieb: Dagmar Goldbeck – E-Mail: d.goldbeck@web.de  
Herausgeber (V.i.S.d.P.): Dr. Reiner Zilkenat, Alte Berliner Str. 52, D-15366 Hoppegarten  
Tel.: 03342-305974 – E-Mail: R. Zilkenat@gmx.net  
ISSN 1869-3709

Internet: [www.fabgab.de](http://www.fabgab.de)

Anschrift des Förderkreises: Finckensteinallee 63, D-12205 Berlin.

Konto: Commerzbank, Berlin, BLZ 120-800-00, Konto-Nr. 0662821700.  
IBAN: DE 39 1208 0000 0662 821700  
BIC-Code: DRES DE FF 120

Siegfried Grundmann  
Eugène Martres

## Hugo Geissler – vom Dresdner SA-Mann zum Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD in Vichy

NORA

Die Autoren des vorliegenden Buches haben selbst erlebt, welche unsägliche Mühe die Erstellung dieses Berichtes über Hugo Geissler erfordert hat. Wir freuen uns umso mehr, beruhend auf unendlich vielen Mosaiksteinen das Bild eines NS-Verbrechers erstellt zu haben – als Mahnung für die heute Lebenden und, wie wir hoffen möchten, besonders für die heranwachsende Generation.

Bleibt zu fragen, wie das Urteil der Geschichte über Hugo Geissler lauten wird und sollte. Wir verzichten aber auf eine entsprechende Schlußbilanz, weil wir meinen, daß unsere Leser auf Grund der von uns bereitgestellten Belege selbst in der Lage sein werden, ein Urteil zu fällen.

ISBN 978-3-86557-303-2

Paperback, 480 Seiten, 29,90 €

zahlreiche Abbildungen und Dokumente

»Der Begriff Stalinismus umschreibt/beinhaltet vor allem ein System (Typ) der Machtausübung, das – mit dem Anspruch, ein sozialistisches zu sein und dem Aufbau einer sozialistischen Gesellschaftsordnung zu dienen, – in der Sowjetunion nach Lenins Tod seit Mitte/Ende der 20er Jahre von Stalin und seinen Leuten errichtet wurde. (...) Die autoritäre Macht funktionierte auf der Grundlage des staatlichen, nur formal vergesellschafteten Eigentums an Produktionsmitteln und der weitgehenden Verstaatlichung der Gesellschaft. Diese beschränkte die Dynamik und die Erneuerungsfähigkeit der Gesellschaft und die Kreativität des Einzelnen in ihr. Sie widersprach diametral den Vorstellungen von Marx, Engels und Lenin über die (schrittweise) Zurücknahme des Staates in die Gesellschaft, also Vergesellschaftung des Staates im Sozialismus.« – So die Historikerin Dr. Ulla Plener, die mit ihren Recherchen und den in diesem Band versammelten Arbeiten einen bedeutenden Beitrag zur Aufklärung und Aufarbeitung des tragischen Schicksals vieler deutschen Kommunisten in der Zeit des konterrevolutionären Terrors in der Sowjetunion in den Jahren 1937 bis 1941 geleistet und ihnen ein Gesicht zurückgegeben hat.



ISBN 978-3-86557-307-0

Paperback, 288 Seiten, 22,00 €

Abbildungen und Dokumente

Novitäten & Raritäten

NORA

NORA Verlagsgemeinschaft Dyck & Westerheide

Pettenkoferstr. 16-18 \* 10247 Berlin \* Tel.: 030 20454990 \* Fax: 030 20454991

E-mail: kontakt@nora-verlag.de \* Internet: www.nora-verlag.de



A b s c h r i f t.

Abteilung IA.

III. 1.

Berlin, den 15. Dezember 1930.

31  
82

Zusammenstellung

der Sturm-Verkehrs- und Versammlungslokale der SA und NSDAP.

Stand: Dezember 1930.

A) Sturmlokale:

Sturm 1-Alexanderplatz	Passage Bierhallen, Behrenstr. 50/52
" 2-Prenzlauer Berg	Restaur. Kunigk, Wins-Ecke Chodowicki-
Trupp 2 und 2a	Restaur. Karger, Weißburgerstr. 17 <sup>str.</sup>
" 3 " 4	Restaur. Franz, Wicherstr. 64
" 3-Steglitz-Friedenau	
Trupp Steglitz	Rest. Menzelklaus, Menzelstr.
" Friedenau	Rest. Hohenzollern, Friedenau, Hand- jerystr. 64
" 4-Wilmersdorf-	Rest. Unger, Brandenburgischestr. 75
" 5-Friedrichshain- ✓ 83 +	Rest. Keglerheim, Petersburgerstr. 86
" 6-Moabit -	Rest. Sprechhallen, Kirchstr. 13
Trupp Beussel (Sturm 32) ✓ 24 +	Rest. Schulz, Beusselstr. 44
" 9-Schöneberg-	Rest. Zur Ameise, Hauptstr. 86
" 10-Spandau - ✓ 142 +	Rest. Achenbach-Klaus, Achenbach- str. 7
" 11-Lichterfelde- ✓ 196 +	Hans Sachs-Kasino, Bhf. Lichterfelde- West
" 15-Kleist -	Nollendorfkasino, Kleiststr. 41
" 16-Tempelhof-	Herolds-Festsäle, Mariendorf, Chaussee- str. 293 <sup>str.</sup>
" 17-Stettiner Bhf.-Wedding	Rest. Grahn, "Zur Post", Usedomstr. 9
" 20-Kaulsdorf-	Rest. Schützenklaus, Hühnerstr. 5
" 23-Tegel - ✓ 298 +	Rest. Hanuseck, Hauptstr. 6
" 25-Neukölln-	Schützenhaus, Maunburgerstr. 36
" 26-Kreuzberg-	Rest. Höhr, Kreuzbergstr. 50
" 27-Südost. -	Wienergarten, Wienerstr. 10
" 29-Pankow - ✓ 287 +	Konzerthaus Linder, Pankow, Breite- str. 34
" 31-Charlbg.-Siemensstadt	Rest. Siegmund, Tegelerweg 14
" 33-Charlottenburg	Rest. Hebbelstraße 20
" 35-Lichtenberg-	Rest. Sauer, Gryphiusstr. 34
" 37-Cöpenick-Friedrichshagen, a) b)	Rest. Kühntopf, Bahnhofstr. 49 Fr. Wichmann, Seestraße 99

B) Verkehrslakale der "NSDAP" (Diese Lokale werden in dem "Angriff" unter der Überschrift "Wo verkehrt der NS?" angekündigt).

M i t t e	Passage Bierhallen, Behrenstr. 50/52 (auch Sturmlokal) ✓
	Rest. Rowoldt, Mariusstr. 12 ✓
	Rest. Alt-Berlin, Friedrichsgracht 2 ✓
	✓ 7 + Hotel Dahm, Mittelstraße 20
	✓ 7 + Rest. Löwen-Böhmisch, Am Weidendamm 1
T i e r g a r t e n	✓ 21 + Rest. Bellevue, Bhf. Bellevue
K r e u z b e r g	✓ 105 + Rest. Alexandriner, Alexandrinenstr. 37a
	✓ 106 + Max Köhlers Bierklaus, Oranienstr. 60
	✓ 117 + Orpheum, Bräuhausstübl, Hasenheide 32/38
C h a r l o t t e n b u r g	Konditorei u. Café Koegel, Spreestr. 10
	✓ 127 + Konditorei u. Café Austria, Passauerstr.
S c h ö n e b e r g	✓ 170 + Café Schöneberg, Inh. Grunze, Hauptstr. 23/24
F r i e d e n a u	✓ 128 + Rest. Uhlandstübl, Uhlandstr. 184
S t e g l i t z	Konditorei Borgwardt, Steglitz, Albrechtstr. 39
	✓ 191 + Rest. Schmidt, Herder-Ecke Arndtstr.
Z e h l e n d o r f	+ 271 Rest. "Zum wilden Eber", Schmargendorf, Heiligendammerstr. 19
L i c h t e n b e r g	✓ 257 + Rest. Wichmann, Lichtenberg, Wagner-Ecke Alfredstraße
T e g e l	✓ 293 + Rest. Bewark, Tegel, Bahnhofstr. 1
S p a n d a u	Wirtshaus "Zur Altstadt", Spandau, Charlottenstr. 9 ✓
	✓ 142 + Café Kolbe, Spandau, Kaiserstr. 33

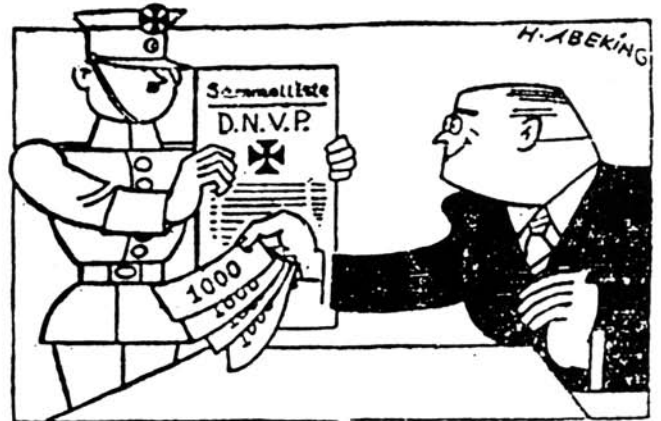




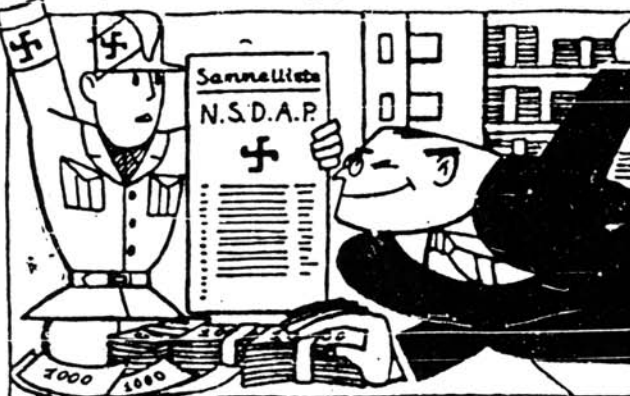
# Fabrikant Pinke rüstet zur Wahl.



„Volkspartei — Stresemann — Curtius?  
Na, aus aller Gewohnheit eine Kleinigkeit.“



„Hugenberg — der Mann ist mir sympathisch,  
bloß etwas doß. Hier ein größerer Beitrag.“



„Hitler — das ist der echte Sozialismus, für  
den können auch wir Fabrikanten unbesorgt ein-  
treten. Mein Geldschrank steht Ihnen offen, das bringen  
Ihre Leute durch Streikbruch wieder ein.“



„Lunge, entwerfen Sie sofort eine Mitteilung an mein  
Personal: Die fortgesetzten finanziellen Verluste infolge  
der schlechten Wirtschaftslage zwingen mich zu  
einem sofortigen Lohn- und Gehaltsabbau!“



# Reihe Geschichte des Kommunismus und Linksozialismus



Klaus Kinner  
Der deutsche Kommunismus  
Band 1  
**Die Weimarer Zeit**  
240 S., geb., 19,90 Euro  
ISBN 978-3-320-01979-2



Klaus Kinner/Elke Reuter  
Der deutsche Kommunismus  
Band 2  
**Gegen Faschismus und Krieg (1933-1939)**  
320 S., geb., 19,90 Euro  
ISBN 978-3-320-02062-0



Klaus Kinner  
Der deutsche Kommunismus  
Band 3  
**Im Krieg (1939-1945)**  
424 S., geb., 29,90 Euro  
ISBN 978-3-320-02149-8



Günter Benser  
Der deutsche Kommunismus  
Band 4  
**Neubeginn ohne letzte Konsequenz (1945/46)**  
308 S., geb., 24,90 Euro  
ISBN 978-3-320-02150-4



Hans Coppi/Stefan Heinz (Hrsg.)  
**Der vergessene Widerstand der Arbeiter**  
Gewerkschafter, Kommunisten, Sozialdemokraten, Trotzlisten, Anarchisten und Zwangsarbeiter  
382 S., geb., 18 Abb., 29,90 Euro  
ISBN 978-3-320-02264-8  
*Band XVI der Reihe*



»Brüsseler Konferenz«  
der KPD von 1935  
Hrsg. von Günther Fuchs/Erwin Lewin  
auf CD-ROM  
Herausgegeben von Günther Fuchs/Erwin Lewin  
ISBN 978-3-320-02009-5  
*Band II der Reihe, wird zusammen mit Band V ausgeliefert*

auf  
CD-ROM



Rosa Luxemburg  
Historische und aktuelle Dimensionen ihres theoretischen Werkes  
Hrsg. von Klaus Kinner/Helmut Seidel  
336 S., geb., 19,90 Euro  
ISBN 978-3-320-02031-6  
*Band III der Reihe*



**LUXEMBURG oder STALIN**  
Schaltjahr 1928  
Die KPD am Scheideweg  
Hrsg. von Elke Reuter/Wladislaw Hedeler/Horst Helas/Klaus Kinner  
304 S., geb., mit Dokumenten-CD, 19,90 Euro  
ISBN 978-3-320-02038-5  
*Band IV der Reihe*



»Die Wache ist müde«  
Neue Sichten auf die russische Revolution von 1917 und ihre Wirkungen  
Hrsg. von Wladislaw Hedeler/Klaus Kinner  
416 S., geb., 24,90 Euro  
ISBN 978-3-320-02140-5  
*Band VI der Reihe*



Ralf Hoffrogge  
Richard Müller  
Der Mann hinter der Novemberrevolution  
Vorwort von Wolfgang Wippermann  
240 S., geb., 19,90 Euro  
ISBN 978-3-320-02148-1  
*Band VII der Reihe*



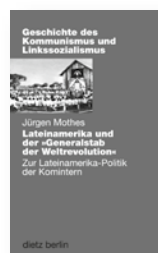
Alexander Vatlin  
**Die Komintern**  
Gründung, Programmatik, Akteure  
368 S., geb., 29,90 Euro  
ISBN 978-3-320-02172-6  
*Band X der Reihe*



Klaus Kinner (Hrsg.)  
**DIE LINKE - Erbe u. Tradition**  
Teil 1: Kommunistische und sozialdemokratische Wurzeln  
ISBN 978-3-320-02212-9  
Teil 2: Wurzeln des Linksozialismus  
ISBN 978-3-320-02213-6  
320 S., geb., 24,90 Euro  
*Band XI und XII der Reihe*



Wolfgang Schröder  
**Leipzig - die Wiege der deutschen Arbeiterbewegung**  
Wurzeln und Werden des Arbeiterbildungsvereins 1848/49 bis 1878/81  
480 S., geb., 29,90 Euro  
ISBN 978-3-320-02214-3  
*Band XIII der Reihe*



Jürgen Mothes  
**Lateinamerika und der »Generalstab der Weltrevolution«**  
Zur Lateinamerika-Politik der Komintern  
Hrsg. Klaus Meschkat  
264 S., geb., 24,90 Euro  
ISBN 978-3-320-02235-8  
*Band XIV der Reihe*



Gerhard Engel  
**Johann Knief - ein unvollendetes Leben**  
464 S., geb., 25 Abb., 29,90 Euro  
ISBN 978-3-320-02249-5  
*Band XV der Reihe*



# Rundbrief **CALL FOR PAPERS**

AG Rechtsextremismus/Antifaschismus beim Bundesvorstand der Partei DIE LINKE

Der Rundbrief erscheint bei Bedarf, in der Regel einmal je Quartal, und wird herausgegeben von der AG Rechtsextremismus/Antifaschismus beim Bundesvorstand der Partei DIE LINKE.

Gegenstand der Rundbriefe sind Analysen, Erfahrungen, Nachrichten, Rezensionen und Untersuchungen zum Thema Rechtsextremismus und rechter Zeitgeist. Damit soll die antifaschistische Arbeit demokratischer Organisationen und interessierter Personen unterstützt werden.

Die Herausgeberinnen und Herausgeber laden zur Einsendung von Beiträgen und Rezensionen zu den Themen Rechtsextremismus, Antifaschismus, Geschichte des deutschen und internationalen Faschismus sowie der Arbeiterbewegung ein. Außerdem sollen thematische Schwerpunkte die antifaschistische Debatte befördern helfen und neue Forschungsfelder erschließen. Schwerpunkt des Heftes 1/2013 ist:

## **Vertragsarbeit in der DDR (Rundbrief, Heft 1/2013)**

Sie kamen aus Mocambique, Angola, Vietnam, der Mongolei, China, Nordkorea, Algerien, Kuba, Ungarn und Polen – die ausländischen Vertragsarbeiter\_innen in der DDR. Noch 1989 arbeiteten etwa 95.000 von ihnen in den Volkseigenen Betrieben. Ihre Entsendung in die DDR war ein Zeichen internationaler Solidarität. Viele erhielten Ausbildungsplätze und damit die Chance auf ein besseres Leben. Gleichzeitig sollten die Vertragsarbeiter\_innen einen Beitrag zur Kompensation des Arbeitskräftemangels in der DDR leisten.

Doch wie war das Leben der Vertragsarbeiter\_innen? Wie wirkten sich die in den Abkommen zwischen der DDR und dem jeweiligen Entsendeland ausgehandelten Richtlinien und Restriktionen auf die Wohn- und Arbeitsverhältnisse, auf Gehaltszahlungen und Lebensbedingungen aus? Wie gestaltete sich der Kontakt zur DDR-Bevölkerung? Neben Empathie und gelebter Solidarität für die Menschen aus den »Bruderländern«, machten sich im Laufe der 1980er Jahre zunehmend Vorurteile und Missgunst gegenüber

den »Fremden« breit. Mit der ‚Wende‘ verloren Tausende Vertragsarbeiter\_innen ihre Arbeit; in der Bundesrepublik wurden sie nicht mehr gebraucht; sie mussten als »Sündenböcke« für die sozialen und wirtschaftliche Probleme in den Neuen Bundesländern herhalten und wurden Opfer von rassistischer Gewalt und Asylpolitik.

Der »Rundbrief« möchte mit diesem Schwerpunkt einen Beitrag zur DDR-Migrationsgeschichte leisten und hofft auf spannende und facettenreiche Einblicke in die Thematik.

Alle Interessierten sind aufgerufen, ein maximal 500 Zeichen (inklusive Leerzeichen) umfassendes Abstract zuzusenden.

### **Abgabetermin für Abstracts: 15. Januar 2013**

Die Beiträge sollen die Länge von 30.000 Zeichen (inklusive Leerzeichen) nach Möglichkeit nicht überschreiten. Bitte beachten Sie auch die Hinweise für Autorinnen und Autoren bezüglich der Zitierweise, die Ihnen auf Nachfrage gerne zugesandt werden.

### **Abgabetermin für Beiträge: 29. Februar 2013**

Außerdem bitten wir um Rezensionen zu diesem oder verwandten Themen. Die Rezensionen sollen die Länge von 7.000 Zeichen (inklusive Leerzeichen) nach Möglichkeit nicht überschreiten. Auch hier beachten Sie bitte unsere Hinweise für Autorinnen und Autoren.

### **Abgabetermin für Rezensionen: 29. Februar 2013**

Abstracts, Beiträge sowie Rezensionen sind bitte als .doc per E-Mail an die Redaktion zu senden.

E-Mail: r.zilkenat@gmx.net

V.i.S.d.P. Dr. Reiner Zilkenat  
Kleine Alexanderstraße 28 · 10178 Berlin  
Telefon 030 24009-236 · Telefax 030 24009-215  
Layout und Satz: MediaService GmbH  
Druck und Kommunikation



## Rundbrief ISSN 1864-3833

Der Rundbrief erscheint bei Bedarf, in der Regel einmal je Quartal, und wird herausgegeben von der AG Rechtsextremismus/Antifaschismus beim Bundesvorstand der Partei DIE LINKE.  
V.i.S.d.P. Dr. Reiner Zilkenat

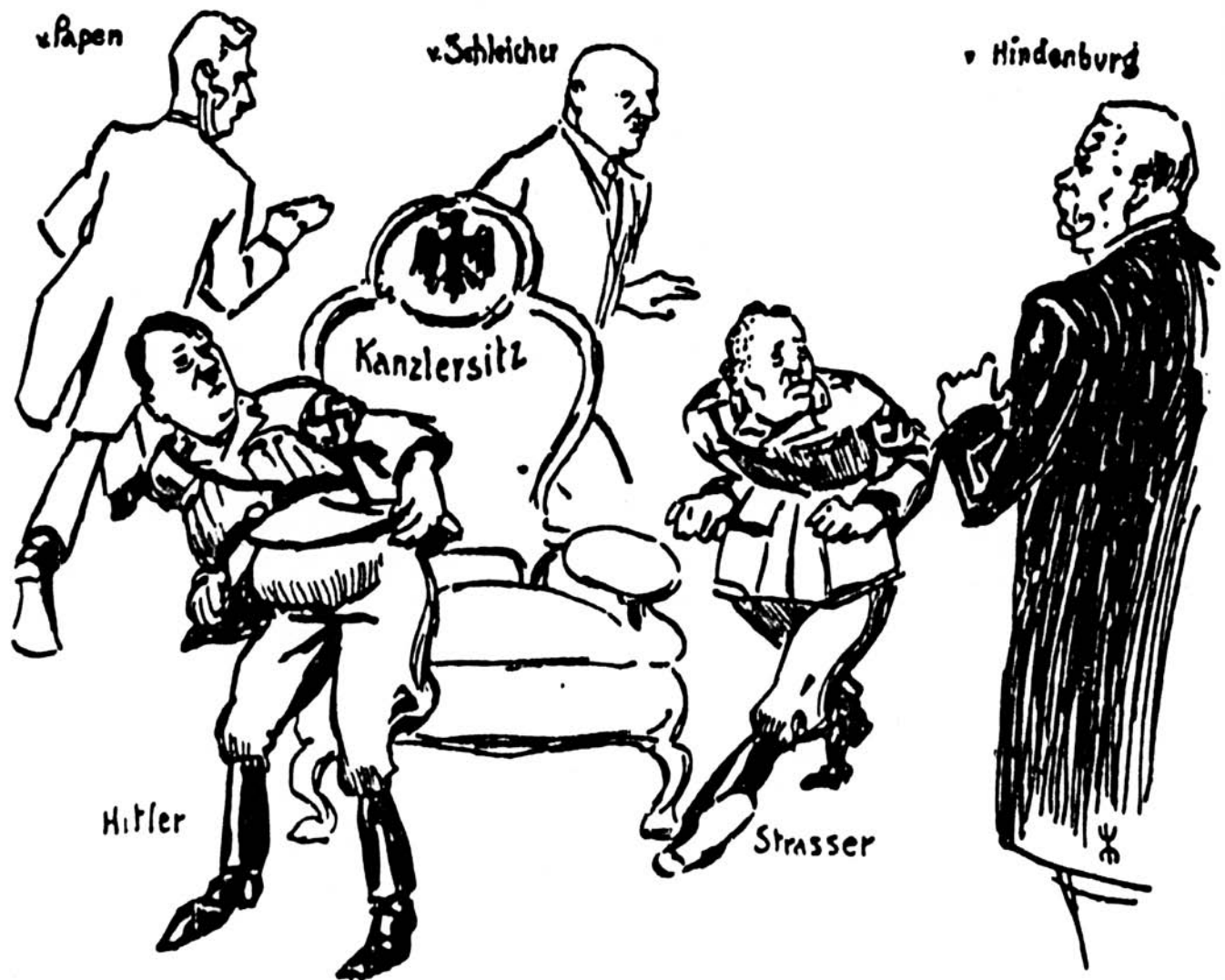
Adresse: Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin  
Telefon: 030 24009-236  
Telefax: 030 24009-215  
E-Mail: [r.zilkenat@gmx.net](mailto:r.zilkenat@gmx.net)

Gegenstand der Rundbriefe sind Analysen, Erfahrungen, Nachrichten, Rezensionen und Untersuchungen zum Thema Rechtsextremismus und rechter Zeitgeist. Damit soll die antifaschistische Arbeit demokratischer Organisationen und interessierter Personen unterstützt werden. Der Rundbrief ist über die AG zu beziehen. Zuschriften und Beiträge sind willkommen.  
Layout und Satz: MediaService GmbH  
Druck und Kommunikation



# Die Reise nach Jerusalem.

(Ein beliebtes Kinderspiel.)



**Hitler:** „Na, ob er bei mir das Zeichen zum Sehen gibt?“